

F...I...fF...Kommunikation

Zeitschrift für Informatik und Gesellschaft

42. Jahrgang 2025

Einheitspreis: 7 EUR

4/2025 – Dezember 2025



ISSN 0938-3476

Inhalt

Ausgabe 4/2025

inhalt

- 03 Editorial
- Stefan Hügel

Forum

- 04 Der Brief: Militärlogik und Wehrpflicht
- Stefan Hügel
- 07 Cables of Resistance
- Bewegungskonferenz gegen Big Tech
- 08 Die neue FlfF-Website
- Benjamin Kees
- 11 Grimme Online Award 2025 Mastodon stellvertretend für die Idee des Fediverse
- Grimme-Institut
- 12 Soziale Netzwerke als demokratische Kraft retten!
- Petition von Künstlern und Organisationen

Netzpolitik.org

- 47 Auf Crash-Kurs mit digitalen Grundrechten
- Ingo Dachwitz
- 49 Was plant die EU-Kommission bei KI und Datenschutz?
- Ingo Dachwitz, Daniel Leisegang
- 53 „Die Verantwortung für alles, was auf dem Kinderhandy passiert, liegt bei den Eltern“
- Chris Köver
- 56 Kein Nachweis, dass Massen-Scans verhältnismäßig sind
- Constanze Kurz
- 58 „Wir brauchen Transparenz, wo in Gerichtsverfahren KI eingesetzt wird“
- Anna Biselli

Lesen & Sehen

- 77 Arved Fuchs: Das Eis schmilzt
- Birgit Ahlmann

Rubriken

- 79 Impressum/Aktuelle Ankündigungen
- 80 SchlussFlfF

Big Tech und drumherum – Die Gier nach Macht und Geld

- 14 Editorial zum Schwerpunkt
- Ulrike Erb, Stefan Hügel, Hans-Jörg Kreowski und Margita Zallmann
- 16 Trump und Big-Tech: Eine komplizierte Bromance
- Ben Bergleiter
- 19 Das gefährliche Bild des „KI-Wettrüstens“
- Stefka Schmid, Carlo Diehl und Christian Reuter
- 23 Künstliche Intelligenz: Quo vadis?
- Wolfgang Krieger
- 28 KI – die irrsinnige Billionen-Dollar-Wette der USA
- Jens Berger
- 31 KI kippt Klimaziele und vertieft alte Machtstrukturen
- Felix Behrens
- 35 Satelliteninternet und das neue Wettrennen um den Weltraum
- Ingo Dachwitz, Sven Hilbig
- 39 Krieg der Medien
- Martin Andree
- 42 Europas Chance: Entschlossen gegen Marktmacht der Techkonzerne
- Max Bank
- 44 Forderungen anlässlich des „Europäischen Gipfels für Digitale Souveränität“
- Sandra Barthel
- 46 Google zerschlagen!
- Petition an EU-Wettbewerbskommissarin Teresa Ribera, gestartet von Rebalance Now

BigBrotherAwards 2025

- 61 BigBrotherAwards 2025
- Stefan Hügel
- 61 Kategorie Technik – Laudatio
- Frank Rosengart
- 63 Kategorie Behörden und Verwaltung – Laudatio
- Elisabeth Niekrenz
- 66 Kategorie Arbeitswelt – Laudatio
- Katharina Just
- 68 Kategorie Social Media – Laudatio
- Thilo Weichert
- 71 Kategorie Was mich wirklich wütend macht – Laudatio
- Rena Tangens
- 74 Kategorie Jung & überwacht – Laudatio
- Teckids

Editorial

„Während also Bewegungen wie *Tax the Rich* und Klimaproteste zu Recht die Exzesse des Kapitalismus anprangern, beginnt in meinen Augen das Problem viel früher: schon bei der Verteilung der Unternehmensanteile und der damit verbundenen Machtstrukturen“ – so schreibt Aya Jaff in ihrem kürzlich erschienenen Buch über die *Broligarchie*¹. Wir leisten uns ein Wirtschaftssystem, das Menschen hervorbringt, deren Macht die vieler Staaten inzwischen deutlich übersteigt. Auch dafür haben wir eine verharmlosende Bezeichnung erfunden: Wir nennen sie *Tech-Bros*. Es sind Männer², die die technische Basis für autokratische Regierungen schaffen und so dabei mithelfen, Demokratien zu zerstören. Gerne schaut man dabei auf die US-Regierung unter Donald Trump und Einzelereignisse wie den Hitlergruß Elon Musks. Doch beispielsweise auch die deutsche Bundesregierung und Landesregierungen lassen sich letztlich durch die technische Leistungsfähigkeit dazu verleiten, sich in die Abhängigkeit dieser *Tech-Bros* zu begeben und damit – beabsichtigt oder unberücksichtigt – demokratische Strukturen zur Disposition zu stellen.

Das derzeit vielleicht größte gesellschaftliche Risiko durch Informatik-Systeme kann die *FlfF-Kommunikation* selbstverständlich nicht ignorieren – und so haben wir den Schwerpunkt dieser Ausgabe diesem Thema gewidmet: *Big-Tech und drumherum – die Gier nach Macht und Geld*. In zehn Beiträgen entfalten wir die Problematik aus unterschiedlichen Perspektiven. Es handelt sich dabei um einen umfassenden Umwandlungsprozess, der vorgeblich dem Fortschritt der Menschen, tatsächlich aber vor allem den Interessen Einzelner dient:

Akteure aus Politik und Wirtschaft treiben den Umwandelungsprozess voran, wobei allerdings der gesellschaftliche Fortschritt und das Wohl der Menschheit selten die Leitmotive sind, sondern viel eher Partikularinteressen, Geldgier, Machtstreben und Führungsanspruch einzelner Staaten, Unternehmen oder Personen.

Der High-Tech-Unternehmer Peter Thiel, Medienberichten folge Strippenzieher der MAGA³-Bewegung und Anhänger der politischen Grundsätze von Philosophen wie Carl Schmitt und Ayn Rand, findet, dass Freiheit und Demokratie nicht miteinander vereinbar seien.⁴ Vielleicht hat er damit sogar Recht, doch anders, als er meint: Eine „Freiheit“, die für Einzelne fast uneingeschränkte Macht ermöglicht, zerstört die Demokratie und unsere gesellschaftlichen Grundlagen. Wir können uns diese Abart der „Freiheit“ nicht leisten. Eine erste Forderung gegen diese Zerstörung wäre stattdessen, De-facto-Monopole, wie sie beispielsweise Google bildet, zu zerschlagen. Diese Forderung wurde bereits vor längerer Zeit bei den BigBrotherAwards⁵ erhoben; eine Petition aus jüngerer Zeit drucken wir im Rahmen des Schwerpunkts dieser Ausgabe ab.⁶

Ein weiterer Schritt wäre, die kommerziellen sozialen Netzwerke wie X, TikTok, Facebook, Instagram zu meiden und stattdessen auf das Fediverse zu setzen. Doch begünstigt dies auch die Bildung von Echokammern? Dies ist wohl nicht völlig von der Hand zu weisen. Dennoch: Das FlfF hat sich schon vor geraumer Zeit entschieden, seinen X-Account nicht mehr zu bespielen und stattdessen Mastodon⁷ und Signal zur Kommunikation

zu nutzen. Stellvertretend für die Idee des Fediverse wurde nun Mastodon auch mit dem Grimme-Preis ausgezeichnet. Wir sagen „Herzlichen Glückwunsch“ allen Beteiligten und drucken die Begründung der Jury in dieser Ausgabe ab.



Tech-Bros, Quelle: ChatGPT

„Soziale Netzwerke als demokratische Kraft retten“ fordert das Netzwerk Save Social⁸ und wendet sich damit ebenfalls gegen die Monopolisierung des Internet durch Big-Tech-Konzerne. Dieser Prozess werde durch generative Künstliche Intelligenz weiter verstärkt. Das Netzwerk fordert den Ausbau demokratiesstärkender Angebote und den Verlust der Privilegien demokratieschädlicher Plattformen. Auch diese Petition dokumentieren wir in der vorliegenden Ausgabe.

Am 10. Oktober 2025 wurden zum 25. Mal die BigBrotherAwards verliehen. Auch dort waren Plattformmonopole und ihr Umgang mit persönlichen Daten ein großes Thema. Tragischerweise machen Institutionen des Staats hier munter mit – durch Deregulierung, durch Nutzung von Suchmaschinen und Analysewerkzeugen, vorgeblich zur Strafverfolgung, und durch fragwürdige Urteile im Arbeitsrecht, durch die die Überwachung von Arbeitern und Angestellten abgesegnet wird. Wie in jedem Jahr sind Laudationes der BigBrotherAwards in dieser Ausgabe enthalten.

Ergänzend enthält die Ausgabe wieder ausgewählte Beiträge zu netzpolitik.org: Zum „Digitalen Omnibus“, mit dem unter anderem die KI-Verordnung, IT-Sicherheitsgesetze, der Data Act und die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) angepasst werden sollen: „Statt den Datenschutz zu vereinfachen“, so netzpolitik.org, „schleift sie Grundrechte. Statt europäischen Unternehmen zu helfen, kommt sie Big Tech entgegen.“

Unter anderem sollen KI-Unternehmen eine Art Freifahrtschein für das Training ihrer Systeme mit personenbezogenen Daten erhalten. Die Kommission will klären, dass Menschen hierfür nicht gefragt werden

müssen, sondern lediglich über eine Widerspruchsmöglichkeit verfügen. Zudem sollen Regeln für gefährliche KI-Systeme aus dem AI Act aufgeschoben werden.

Die wohl weitreichendste Änderung wäre eine Neudefinition dessen, was als personenbezogene Daten verstanden wird. So sollen pseudonymisierte Daten teilweise ausgenommen werden. Die Kommission will zudem Betroffenenrechte schleifen: Unternehmen und Behörden sollen zudem weitreichende Möglichkeiten bekommen, Auskunfts- oder Löschanfragen von Betroffenen abzuweisen.

Dazu kommt ein Interview zur Nutzung von Smartphones durch Kinder, Neues zur Totalüberwachung durch Chatkontrolle und zur Nutzung von digitalen Modellen von menschlichen Skeletten in der Strafverfolgung.

Zuletzt in eigener Sache: Seit einigen Wochen hat das FlfF eine neue Website, mit der wir nicht nur unsere Arbeit von 42 Jahren sichtbar und durchsuchbar machen, sondern auch nachhaltige und gemeinwohlorientierte Best-Practice-Web-Technologie umsetzen. Zu verdanken ist dies vor allem der großartigen Arbeit von Benjamin Kees, der in seinem Beitrag einen Überblick über die Gestaltungsprinzipien und Inhalte gibt.

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern eine interessante und anregende Lektüre – und viele neue Erkenntnisse und Einsichten.

Stefan Hügel
für die Redaktion

Anmerkungen

- 1 Aya Jaff (2025) *Broligarchie. Die Machtspiele der Tech-Elite und wie sie Fortschritt verhindern*. Berlin: Ullstein/Econ
- 2 Ja!
- 3 „Make America great again“, der Claim von US-Präsident Donald Trump
- 4 Peter Thiel – „politisch entfesselter Neoreaktionär“. Deutschlandfunk, <https://www.deutschlandfunk.de/peter-thiel-unternehmer-politaktivist-100.html>
- 5 <https://bigbrotherawards.de/update/google-muss-zerschlagen-werden>
- 6 Google zerschlagen! Petition von Rebalance Now, Seite 46 in dieser Ausgabe der FlfF-Kommunikation
- 7 https://mastodon.bits-und-baeume.org/@fiff_de
- 8 <https://savesocial.eu>



Der Brief

Militärlogik und Wehrpflicht

*... and walking in the kitchen, and my mother and father were sitting there
and my Dad said: „Where have you been?“
I said: „I went to take my physical.“
He said: „What happened?“
I said: „They didn't take me.“
And he said: „That's good.“
(Bruce Springsteen¹)*



Liebe Freundinnen und Freunde des FlfF, liebe Mitglieder,

das Jahr 2026 hat nicht gut begonnen. Mit einer Neujahrsansprache des Bundeskanzlers, bei der er ein Gesicht machte, als würde er eine Grabrede halten, seltsam uninspiriert die Vorhaben der Bundesregierung herunterbetete und dabei den Osten Deutschlands – wo immerhin in diesem Jahr zwei wichtige Landtagswahlen stattfinden – offenbar gleich völlig vergaß.² Wenige Tage nach Beginn des neuen Jahres überfielen die USA dann Venezuela – und bestätigen damit scheinbar einen neuen Standard für das Völkerrecht, wie ihn auch Russland in der Ukraine bereits praktiziert: das *Recht des Stärkeren* (oder: „Wenn ich etwas haben möchte, nehme ich es mir.“) Offenbar hat es die US-Regierung als nächstes nun auf Grönland abgesehen – per Kauf oder notfalls auch militärisch.³ In den Leitmedien wird schon die militärische Ausgangslage für eine Übernahme diskutiert.⁴ Noch halten die europäischen Regierungen zu Dänemark, und die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen erklärte, dass eine Übernahme Grönlands durch die USA das Ende des NATO-Militärbündnisses bedeuten würde – doch Trumps Berater Stephen Miller erwartet,

dass „niemand ... die USA wegen der Zukunft Grönlands militärisch bekämpfen [wird]“.⁵ Es ist wohl auch fraglich, ob ein Militäreinsatz gegen die waffenstarrenden USA⁶, von denen wir uns in den vergangenen Jahrzehnten zudem massiv abhängig gemacht haben – politisch, militärisch und wirtschaftlich – mehr wäre, als Soldatinnen und Soldaten in einen sinnlosen Tod zu schicken.

Ob es nun der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der Überfall der USA auf Venezuela oder die ständigen Drohgebärden Chinas gegen Taiwan sind: Offensichtlich ist es der Menschheit immer noch nicht gelungen, sich von der Militärlogik des 20. Jahrhunderts zu befreien. Einer Logik, die auf militärische und wirtschaftliche Stärke setzt und Menschenleben zur Disposition stellt, wenn es dem eigenen Vorteil dient. In dieser Logik ist es selbstverständlich folgerichtig, auch Europa aufzurüsten, um in dieser militarisierten Welt „ernst genommen“ zu werden. Ob das ein erstrebenswertes Gesellschaftsmodell ist, darf mehr als bezweifelt werden.

Dennoch wird in der Öffentlichkeit gleichzeitig gerade eine breite Debatte über die Wehrpflicht geführt, am 1. Januar 2026 hat die Wehrerfassung – verpflichtend für Männer, freiwillig für Frauen – begonnen. Die Wehrpflicht greift tief in das Leben und die persönliche Autonomie der Betroffenen ein und ist damit ein zentrales friedenspolitisches und bürgerrechtliches Thema. Nach monatelangem medialem Stakkato ist Umfragen zufolge auch in Deutschland die Mehrheit für die Einberufung von Wehrpflichtigen – mindestens derer, die selbst nicht damit rechnen müssen, davon betroffen zu sein. Der Journalist Ole Nymoen hat sich in einem Plädoyer⁷ gegen den Kriegsdienst ausgesprochen und damit eine heftige Debatte ausgelöst^{8,9}:

Im Krieg wird der Mensch zum Ding, zum bloßen Instrument der Machthaber. Auf ihren Befehl hin gilt es zu töten, und was im zivilen Leben als schlimmstes denkbare Verbrechen gilt, wird zur Alltagshandlung. Dabei wurde uns beigebracht, den Staat als Voraussetzung von Vernunft und Freiheit zu verstehen! Und doch ist er es, der den Menschen vom rationalen und moralischen Wesen in ein Tötungswerkzeug verwandelt.¹⁰

Nun sollte es sich in der Regel schon lohnen, einen Staat im Notfall zu verteidigen, und vielleicht ist es auch legitim, von den Menschen dafür einen Beitrag zu verlangen. Aber welcher Beitrag müsste das sein, wie müsste die Verteidigung insgesamt aussehen¹¹, wie müsste so ein Staat aufgebaut sein und welche Ziele müsste er verfolgen? Selbst der militärische Sinn der Wehrpflicht im modernen Krieg ist wohl mindestens umstritten. Schon in vergangenen Kriegen waren Infanteristen im Fronteinsatz ständig mit dem Tod bedroht. Erst vor wenigen Jahren – 2016 – gedachten wir der Schrecken des Stellungskriegs von Verdun, schon vergessen? Waren tödliche Artillerietreffer mit der geringen Treffergenauigkeit der damaligen Waffentechnik noch einem gewissen Zufall überlassen, und gab es so ein Mindestmaß an Schutz in den Schützengräben, gebe es gegen moderne präzise Artillerie, FPV-Drohnen und Wärmebildkameras kaum mehr wirksame Gegenmittel.¹² Mit Drohnen können so auch einzelne Infanterist:innen gezielt verfolgt und „bekämpft“ werden. „Die Lebenserwartung eines neu eingesetzten Infanteristen an der Front ist schockierend kurz. Anders gesagt: Wer dort dient, weiß, dass er kaum eine Chance hat.“

Dazu kommt, dass ihnen kaum jemand den Einsatz danken wird. Auch wenn wir seit den beiden Weltkriegen – und weiteren Kriegen, wie dem Vietnam-Krieg – viel über posttraumatische Belastungsstörungen gelernt haben¹³: ein symbolischer „Veterantag“ wird nicht reichen. Wie zynisch der deutsche Staat mit Menschen umgeht, die ihm geholfen haben, zeigt sich gerade an anderer Stelle: bei der Behandlung der afghanischen „Ortskräfte“, die von der deutschen Regierung und den deutschen Behörden im Stich gelassen werden. Das sollten sich alle sehr genau anschauen, die als Soldat:in ihr Leben für die Politik des deutschen Staats aufs Spiel setzen wollen.

Doch für Bundesverteidigungsminister Pistorius – noch wird darauf verzichtet, ihn wie seinen amerikanischen Amtskollegen *Kriegsminister*¹⁴ zu nennen – und die Falken in der deutschen Bundesregierung ist anscheinend klar: Wir sind nicht *kriegstüchtig* genug und müssen spätestens 2029 mit einem russischen Angriff rechnen. Also seien massive Aufrüstung der Bundeswehr

und die Verpflichtung unserer Jugend zum Wehrdienst unumgänglich. Sie sind sich offenbar sicher: Zwar seien wir (noch) nicht im Krieg, doch wir werden bereits heute attackiert.¹⁵ Das Bundeskriminalamt habe 2025 mehr als 1000 „verdächtige“ Drohnenflüge registriert. Ob hinter jedem fahrlässigen Drohnenflug eines unaufmerksamen Freizeitpiloten über Sperrgebiet gleich ein russischer Angriff stecken muss, sei einmal dahingestellt; auch BKA-Präsident Holger Münch sagt, dies sei nicht mit hundertprozentiger Sicherheit zu sagen.¹⁶

Militärische Aufrüstung galt bis vor einiger Zeit als politisches Ziel der konservativen und rechten Parteien. Dies ändert sich gerade, nicht zuletzt durch den politischen Sinneswandel von *Bündnis90/Die Grünen*, die ihre pazifistische Grundhaltung bekanntlich schon lange aufgegeben haben. Dennoch fällt auf, dass die Hinwendung zum Militär parallel zur Rechtsverschiebung des politischen Schwerpunkts in den Parlamenten erfolgt. Dies äußert sich einerseits in den Umfragewerten der AfD, deren Entwicklung zur stärksten Partei sich zu stabilisieren scheint. Es ist auch zu erkennen an der zunehmenden, immer selbstverständlicher werdenden Übernahme rechtsextremer Narrative durch gemäßigte Parteien und auch Leitmedien. Migration wird in dieser Lesart inzwischen von fast allen Parteien als wichtiges politisches Problem angesehen, Abschottung als die Lösung dafür und Begriffe wie „illegal“ und „irreguläre“ Migration werden unkritisch von Rechtspopulisten übernommen. Bundeskanzler Merz sorgt sich dabei um das *Stadtbild*. Mit dieser Aussage hat er (nicht zum ersten Mal) für Irritationen gesorgt.¹⁷ Doch auch wenn die rhetorische Nähe zum *Straßenbild* Joseph Goebbels' auffällt, sind die Aussagen zweifellos nicht miteinander gleichzusetzen.¹⁸ Etwas mehr Sorgfalt in der Wortwahl sollte man sich vom Bundeskanzler aber schon wünschen dürfen.

Wir werden Rechtsextremismus nicht bekämpfen können, indem wir ihn zwar rhetorisch abkanzeln und die Errichtung von „Brandmauern“ propagieren, gleichzeitig aber seine Narrative übernehmen und diese Brandmauern, wenn es darauf ankommt, wohl doch nicht so ernst nehmen. Rechte Positionen politisch zu bekämpfen mag nicht so erfolgreich sein, wie wir uns das wünschen – ganz bestimmt ist es das aber nicht, wenn sich Politiker:innen mit rhetorischen Entgleisungen und politischen Fehlentscheidungen auf die falsche Seite stellen und rechtsextremen Positionen zusätzlich Auftrieb geben.

Mit Fliegigen Grüßen
Stefan Hügel

Anmerkungen

- 1 Einleitung zum Song „The River“ über die Rückkehr von seiner Mutter. Sein Vater hatte demzufolge zuvor erklärt, er könne nicht abwarten, bis die Armee ihn „kriegen“ und einen „Mann“ aus ihm machen würde, Bruce Springsteen & the E-Street-Band – Live / 1975-85
- 2 Egger P (2026) Der Osten will not be televised: Merz vergisst in der Neujahrsansprache die halbe Republik. Der Freitag, <https://www.freitag.de/autoren/pep/friedrich-merz-schafft-es-in-neujahransprache-ostdeutschland-zu-ignorieren>
- 3 Spiegel Online (2025) US-Regierungssprecherin Leavitt droht mit Militäreinsatz auf Grönland. <https://www.spiegel.de/ausland/groenland-trump-bekraeftigt-ansprueche-auf-groenland-a-3bfc2966-a7ed-461b-a58d-db98a667b8ee>

- 4 Seidler C, Hasse, M (2026) Wer hat welche Waffen in der Arktis – und was lässt sich damit ausrichten? Spiegel Online, <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/us-militaer-und-groenland-plaene-von-donald-trump-wer-hat-welche-waffen-in-der-arktis-a-6533b796-5f87-43a2-8f44-8f2e8ac6c824>
- 5 Euronews (2026) Trump-Berater: Niemand würde USA wegen Grönland in die Quere kommen. <https://de.euronews.com/2026/01/06/trump-berater-usa-gronland>
- 6 Janson M (2025) Russland und Deutschland steigern Militärausgaben massiv. Statista/SIPRI, <https://de.statista.com/infografik/34366/laender-mit-den-hoehsten-militaerausgaben/>
- 7 Nymoen O (2025) Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde. Gegen die Kriegstüchtigkeit. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch-Verlag
- 8 Mühlendorff S (2025) Wehrpflicht-Debatte: Nymoens pazifistische Perspektive. Norddeutscher Rundfunk, <https://www.ndr.de/kultur/buch/tipps/Wehrpflicht-Debatte-Nymoens-pazifistische-Perspektive,nymoen100.html>
- 9 In einem weiteren Plädoyer sprechen sich Jörg Arnold und Peter-Michael Diestel ebenfalls gegen „Kriegstüchtigkeit“ und für das Völkerrecht aus: Arnold J, Diestel PM (2025) Kriegstüchtig. Nein danke. Plädoyer für Frieden und Völkerrecht. Berlin: Eulenspiegel Verlagsgruppe/Das neue Berlin
- 10 Umschlagtext, Nymoen O (2025) a. a. O.
- 11 Der Bund für soziale Verteidigung zeigt dafür Alternativen zu Militär und Gewalt auf: <https://soziale-verteidigung.de>
- 12 Simon A (2025) Todesfalle Wehrdienst – Warum Rekruten im Ukraine-Krieg chancenlos wären. Telepolis, <https://www.telepolis.de/article/Todesfalle-Wehrdienst-Warum-Rekruten-im-Ukraine-Krieg-chancenlos-waeren-10624569.html>
- 13 Wöhrl C (2020) Verhärmte Seelen. Spiegel Online, <https://www.spiegel.de/geschichte/kriegstraumata-bei-soldaten-verhaermte-seelen-a-ff2c304f-c6de-4cb7-8f9c-321cc307e60b>
- 14 Tagesschau (2025) Verteidigungsministerium heißt jetzt Kriegsministerium. <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/trump-usa-kriegsministerium-100.html>
- 15 Tagesspiegel (2025) „Wir werden attackiert“: Pistorius warnt vor neuer Realität in Deutschland und Europa. <https://www.tagesspiegel.de/politik/wir-werden-attackiert-pistorius-warnt-vor-neuer-realitat-in-deutschland-und-europa-14387543.html>
- 16 Tagesschau (2025) Mehr als 1000 verdächtige Drohnenflüge. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/drohnen-bka-deutschland-100.html>
- 17 Grasnick B (2025) Merz' Problem mit dem „Stadtteil“. Tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/merz-stadtteil-migration-100.html>
- 18 Ehlers T (2025) Goebbels vs. Merz: Ist der Vergleich zulässig? Katapult-Magazin, <https://katapult-magazin.de/de/artikel/ist-der-vergleich-zulaessig/> / <https://www.instagram.com/p/DQCRTAzCt4t/?hl=de>



Ulrike Erb und Karin Vosseberg

IFfF-Ko 2/2026 Digitale Souveränität gegen BigTech und BigBrother Call for Contributions

Digitale Souveränität, also das selbstbestimmte Betreiben und Nutzen digitaler Technologien durch Staat, Wirtschaft und Einzelpersonen, kann nur gelingen, wenn das Betreiben digitaler Infrastrukturen nicht monopolistischen Tech-Unternehmen überlassen wird, deren Praktiken intransparent und umstritten sind und die oft nicht der europäischen Datenschutz-Grundverordnung unterliegen. Auf Open-Source-Software und offenen Standards basierende Systeme werden daher von vielen als wichtige Grundlage für digitale Souveränität gesehen, da sie transparent und überprüfbar, gestaltbar und ersetzbar sind. Für den Schwerpunkt Digitale Souveränität gegen Big Tech und Big Brother erbitten wir Beiträge, die das Thema aus der Perspektive von Projekten, Organisationen, Institutionen und sonstigen Akteuren beleuchten, die

- mit der Umsetzung von digitaler Souveränität in öffentlichen und privaten Organisationen befasst sind,
- sich auf nationaler und europäischer Ebene mit der Umsetzung von digitaler Souveränität beschäftigen,
- sich mit (datenschutz-)rechtlichen, sicherheitstechnischen, politischen und ökonomischen Aspekten der Digitalen Souveränität befassen,

- digital souveräne Alternativen zu monopolistischen Anwendungen und Infrastrukturen untersuchen, entwickeln oder einsetzen,
- über Anforderungen an Open Source Projekte, ihre Organisation und Finanzierung, aber auch ihre Qualitätsanforderungen und Anforderungen an softwaretechnische Kompetenzen zur Umsetzung digitaler Souveränität berichten können,
- die Befähigung zu digitaler Souveränität aus Sicht von Ausbildung, Lehre und sonstiger Kompetenzvermittlung betrachten.

Dabei sollten nach Möglichkeit immer auch praktische Handlungsmöglichkeiten und/oder gelungene Beispiele aufgezeigt werden.

Länge: möglichst nicht mehr als ca. 20.000 Zeichen

Beiträge bitte bis zum **13. April 2026** einreichen an die Schwerpunktredaktion: Ulrike Erb (uerb@hs-bremerhaven.de) und Karin Vosseberg (karin.vosseberg@hs-bremerhaven.de).



Cables of Resistance

Bewegungskonferenz gegen Big Tech, Berlin, 10.-12. April 2026

Während die Ökosysteme kollabieren und menschliches Leben auf der Erde immer prekärer wird, lassen sich CEOs großer Tech-Unternehmen zum Spaß ins All schießen und träumen davon, das Universum als unsterbliche Maschinenmenschen zu kolonisieren. Sie inszenieren sich als Heilsbringer und haben für den Rest der Menschheit nur offenen Zynismus übrig. Wir sehen einen massiven Angriff auf Gewerkschaften und demokratische Institutionen, die ihnen bisher zumindest noch mit Schranken drohten. Der Abbau der für ihre Produkte nötigen Rohstoffe verwüstet ganze Landschaften und vertieft koloniale Ausbeutung. Mit ihren „sozialen“ Medien befördern sie die Vereinzelung und den Zusammenbruch von demokratischen Öffentlichkeiten. Sie kontrollieren umfassende Infrastrukturen und setzen diese ein, um die Macht faschistischer Kräfte zu verstärken und einen technokratisch-autoritären Gesellschaftsumbau zu beschleunigen.

Wir sind Bewegungen und antikapitalistische Aktivist:innen, die eine Vielfalt an Widerstandsformen praktizieren. Wir haben genug von Amazon, Google, Microsoft, Meta, Tesla, OpenAI, Nvidia und Co.! Deshalb wollen wir interessierte Menschen, Aktivist:innen und Bewegungen zusammenbringen, uns vernetzen und lokale Kämpfe verbinden. Wir wollen unser Problemverständnis vertiefen, uns über notwendige Aktionsformen austauschen, gemeinsam Strategien entwickeln und den Widerstand vorantreiben.

Egal ob Du politisch gegen Big Tech aktiv bist, wissenschaftlich forschst oder Dich anderweitig engagierst: Wir freuen uns über Deinen Beitrag zu *Cables of Resistance*.

Themenübergreifende Fragen können beispielsweise sein: Wie schafft es Big Tech, sich gegen demokratische Institutionen weitgehend ungehindert durchzusetzen? Welche Big-Tech-Strategien müssen wir verstehen, um sie effektiv bekämpfen zu können? Was können wir aus vergangenen Kämpfen lernen?

Bitte entscheide Dich für einen der folgenden Tracks, auch wenn Dein Beitrag mehrere Themen berührt. Die Fragen sind Beispiele.

- Stadtpolitik: Wie verändert Big Tech unsere Städte, unsere Mobilität, unser nachbarschaftliches Zusammensein? Was können wir in stadtpolitischen Initiativen dagegen tun?
- Wasser und Rohstoffe: Wie wirken sich der enorme Wasserverbrauch von Chipproduktion und Rechenzentren oder Lithium-Abbau auf Menschen und Umwelt in verschiedenen Teilen der Welt aus? Wie können wir dem in Umweltinitiativen begegnen?
- Arbeit: Wie verändern Big-Tech-Unternehmen die Bedingungen für Arbeiter:innen durch neue Formen der globalen Ausbeutung wie Klickarbeit, Automatisierung oder den Einsatz von „KI“? Was können wir in Kollektiven, Koops, Betrieben, Gewerkschaften oder Bewegungen dagegen tun?
- Klima und Energie: Wie befeuert Big Tech die Klimakatastrophe? Wie kann die Klimabewegung die daraus entstehenden neuen Fragen in ihren Kampf aufnehmen?

- Militarisierung: Wie sind Big-Tech-Unternehmen in die globale Aufrüstung verwickelt und welche Rolle spielen sie heute schon in bewaffneten Konflikten? Welche Hebel haben wir dagegen?
- Faschismus: Wie verstärkt Big Tech faschistische und autoritäre Tendenzen? Gegen welche Ideologien und Wirkungsweisen müssen wir uns stellen?
- Feminismus: Wie treibt Big Tech neue anti-feministische und queerfeindliche Diskurse voran? Wie können wir Kämpfe gegen Big Tech feministisch gestalten?
- Zukünfte: Wie können gute Zukünfte für alle jenseits von Big Tech und von Kapitalismus aussehen?

Logistisches

- Sprachen: Konferenzsprachen sind Englisch und Deutsch; falls es Bedarf gibt, können wir uns eventuell um Übersetzungen aus anderen Sprachen bemühen.
- Reisekosten: Bitte beachte, dass die Konferenz nicht-kommerziell und ehrenamtlich organisiert ist. Daher bitten wir Dich, Reisekosten nach Möglichkeit selbst zu tragen. Es soll aber jede:r teilnehmen können, der/die möchte. Melde Dich also bitte, falls Du Unterstützung brauchst; wir schauen dann, was wir tun können.

Wir wollen kämpferisch nach außen und wertschätzend nach innen sein. Jede Form von Diskriminierung, Gewalt, verletzendem und grenzüberschreitenden Verhalten, wie sexistische, rassistische, antisemitische, queerfeindliche, ableistische, klassistische oder vergleichbare Übergriffe und Aussagen werden nicht toleriert.

Webseite: <https://cableresist.de/de>

Call for Participation (bis 16.01.2026):
<https://programm.infraunited.org/cableresist26/cfp>

Die neue FlfF-Website

Ich freue mich mit dieser neuen Website nicht nur fast 42 Jahre Arbeit des FlfF sichtbar und durchsuchbar gemacht, sondern auch ein Stück nachhaltige und gemeinwohlorientierte Best-Practice-Web-Technologie für das FlfF umgesetzt zu haben. Hier ein kurzer, nicht allzu technischer Einblick, welche Entwicklung des Internets aus unserer Sicht sinnvoll ist, welche Wünsche wir an die FlfF-Website hatten und wie der Verein diesen Zielen ein ganzes Stück näher gekommen ist.



www.flff.de
jetzt auch mobil-tauglich

Beim Wischen auf dem Smartphone und Klicken im Browser bleibt für die meisten unsichtbar, was hinter den Buttons, Kacheln und Nachrichten-Feeds steckt. Tatsächlich kommt hier ein ganzer Dschungel von Technologien zum Einsatz, die ineinander greifen, um dafür zu sorgen, dass nach dem Klick auf einen Button schon im nächsten Augenblick wieder *das Nächste* auf dem Display erscheint.

Die Web-Technologien entwickeln sich rasant schnell und schnell sind auch gute Lösungen nach wenigen Jahren wieder überholt und nicht mehr ohne viel spezialisierten Wartungsaufwand nutzbar. Ein Wechsel zu einer neuen Lösung, um Schritt zu halten, ist oft gar nicht so einfach. Hat man einmal auf eine passende Lösung gesetzt, ist der Aufwand, alle Inhalte in ein neues System zu migrieren, mitunter kaum zu stemmen. Hinzu kommt, dass Lösungen von großen Tech-Konzernen so gestaltet sind, dass Schnittstellen nicht immer so vorhanden sind, wie man sich das wünscht. Das Onboarding wird besonders einfach gehalten, aber eine Migration weg von einem Dienstleister oder Verknüpfung mit anderen wird wenig unterstützt, da ein Interesse an Kundenbindung besteht. Zusätzlich zu dem scheinbar kostenlosen Lockangebot wird mitunter aber für jedes noch so kleine Feature, das man dann benötigt, um das Angebot sinnvoll weiter zu nutzen, ein neuer kleiner oder größerer Betrag in Rechnung gestellt. Das ist der Festungsgraben, der daran hindert, im Dschungel nach neuen Lösungen zu suchen und die User im Framework hält.

Die Alternative

Das Open-Source-Universum darf, kann und will da anders ticken. Hier sind offene Standards zum Austauschen und Umzug von Daten das erklärte Ziel. Vieles läuft nach der uralten Unix-Philosophie von vielen kleinen Tools, die ihre Aufgabe sehr gut und zuverlässig erledigen und technisch ohne irgendwelche Lizenzhürden miteinander verbunden werden können. Das Schöne an Free- und Open-Source-Lösungen ist, dass jeder Mensch die Möglichkeit hat, in den Code zu schauen, dabei lernen kann, wie etwas funktioniert und dann einzelne Teile austauschen kann, ohne gleich eine komplett neue Lösung für alles finden zu müssen. Wenn ein Feature benötigt wird, kann dieses genutzt werden, ohne dass die tatsächlich technischen Möglichkeiten künstlich dadurch begrenzt sind, wie viel eine Organisation dafür in der Lage ist, auszugeben.

Während große Tech-Firmen monolithische Lösungen für ihre Machtmonopole schaffen wollen, die nur in sich funktionieren, kann Open-Source dafür sorgen, dass alle Informationen für alle zur Verfügung stehen und online geteilt werden können. Das Internet in einer Version, wie man es mal im Kopf hatte, als **Inter-connected Network** also Netzwerk von Netzwerken.

Best-Practice für die neue Website

Nachdem die ehemalige¹ Website des FlfF eines Tages nicht mehr auf unserem Hardware-Setup lief und schon länger der Bedarf einer neuen Lösung deutlich war, sammelte das FlfF Kriterien für eine neue Website zusammen. In der Zwischenzeit wurde die alte Website nahezu unveränderbar statisch quasi als Momentaufnahme gespeichert und als Archiv ins Netz gestellt. Neue Beiträge wurden mit einer einfachen Blog-Software veröffentlicht.

Die neue Website sollte natürlich responsiv sein, also sowohl auf großen Bildschirmen als auch auf mobilen Geräten laufen und dabei selbstverständlich² möglichst barrierearm und auch für nicht sehende Menschen per Screenreader zugänglich sein. Sie sollte zum Stöbern, Lesen und Recherchieren einladen und sichtbar machen, was das FlfF aktuell tut und einen Rückblick auf Vergangenes bieten. Die Seite sollte technisch selbstverständlich³ auch langfristig also nachhaltig angelegt und natürlich⁴ möglichst sicher sein. Im Gegensatz zum weltweiten Trend, immer mehr Speicher, Übertragungskapazität und Rechenkapazität in Anspruch zu nehmen und dadurch Unmengen an Strom in den Rechenzentren und für die Auslieferung in der Übertragungs-Infrastruktur des Internets bereithalten zu müssen, sollte die Website des FlfF so genügsam sein wie möglich.

Statischer Seitengenerator

Vor allem, um diese letzten Kriterien zu erfüllen, hat sich in den letzten Jahren Static-Site-Generator (SSG) weiterentwickelt. Statt für jede Besucher:in jede Seite neu zu generieren und dabei Strom für die Prozessoren zu verbrauchen, wird die komplette Website ein mal statisch zu fertigen HTML-Dateien generiert und dann nur noch an den Browser ausgeliefert. Das bedeutet nicht nur weniger Stromaufwand – nach Klick auf den Button, kann das Nächste ohne Verzögerung ausgeliefert und angezeigt werden.

Hervorgetan hat sich unter den SSGs das Projekt 11ty⁵ von Zach Leatherman. Zach hat keine Lust auf aggressive Investoren im Hintergrund⁶ und setzt sich für Web-Technologien ein, mit denen alles mit allen geteilt werden kann und mit 11ty sogar für das Generieren möglichst wenige Ressourcen in Anspruch genommen werden. Die komplette Website des FlfF mit aktuell 656 Einzelseiten baut sich mit 11ty innerhalb von sportlichen 13,05 Sekunden (Edit: auf meinem Laptop, auf dem FlfF-Server sogar nur 4,65 Sekunden).

Die Wahl auf 11ty (Sprich „Eleventy“) fiel auch, da es alle möglichen Standards unterstützt, Inhalte zu aggregieren. Quellen von Inhalten wie Texten, Videos und Bildern können nicht nur lokale Dateien sein, sondern von fast beliebigen auch externen Schnittstellen zusammengesammelt werden. Es unterstützt eine ganze Reihe von sinnvollen Formatierungen und drängt sich nirgends mit einer bestimmten Technologie auf. Die Wahl der Oberfläche, also die „Sprache“ (bzw. das Framework), in der beschrieben wird, wie alles aussieht und angeordnet wird, ist und bleibt mit 11ty vollkommen frei.

Man kann sich die Software 11ty als sehr fleißige Krake vorstellen, die aus verschiedensten Datenquellen mit verschiedensten Strickmustern, die man ihr gibt, in atemberaubender Geschwindigkeit eine Website zusammenstrickt. Diese fertiggestrickte Website kann dann auf einem schnöden Internet-Server liegen, der nichts weiter können muss, als URLs entgegennehmen und die fertig gestrickten Seiten zurückgibt (z.B. Apache oder nginx). Die Anforderungen an die Rechenkraft des Servers und die installierte Software sind dabei so gering wie möglich. Selbst wenn zugrundeliegende Server-Systeme sich komplett ändern, können wir auf einem einfachen Laptop unsere Seite generieren und sie in Zukunft mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auf einem beliebigen Server ablegen und die Website so auf allen Systemen online bringen. Die Einfachheit dieser Architektur macht die Website auch zur sichersten Variante. Im Gegensatz zu einem komplexen Content-Management-System wie WordPress hat eine statische Website deutlich weniger Angriffsvektoren für z. B. Defacing⁷.

Gestaltung

Für das Design haben wir uns für das recht etablierte Bootstrap⁸ (ein Open-Source-CSS-Framework) entschieden, das mit einer Auswahl von anzupassenden Standardelementen die Inhalte sowohl auf großen als auch auf kleinen Displays darstellen kann.

Gerade am Wochenende erreichte mich noch das Feedback von einer blinden Person, die die Website freundlicherweise mit einem Screenreader auf Usability untersucht hat und gut zurechtkam.

Ich konnte mit meiner Sprachausgabe alle Links ansteuern, mir alles auf der Website vorlesen lassen und auch alle Menüpunkte problemlos erreichen, ansagen lassen und aktivieren. Mir fällt tatsächlich nichts auf bzw. ein, was mir noch fehlen würde, um mich auf der Homepage gut zuretzufinden.

Sicher gibt es auch für Screenreader noch Verbesserungsmöglichkeiten. Ich freue mich über weiteres Feedback, das ganz einfach über den [Bug]-Knopf im Menü abgegeben werden kann.

Inhalte zurück bis 1984 – Texte, Publikationen, Veranstaltungen

In vielen Stunden Arbeit der Regionalgruppe Berlin wurden nun also alte Inhalte aus dem Archiv übertragen. Trotz allerlei Möglichkeiten der Automatisierung war das eine riesige Fleißarbeit. Die Signalgruppe zur Koordinierung hatte als Kanalbild ein Mammut, das einen roten Luftballon (das Logo von 11ty) im Rüssel hält und damit versucht, abzuheben.

Artikel und Pressemitteilungen wurden in Markdown⁹ übertragen und mit einem neu erdachten Schlagwortsystem auffindbar gemacht. Für jedes Thema ist eine Seite entstanden, welche die dazu passenden Beiträge, Aktivitäten und verwandte Themen auflistet. Die Startseite begrüßt die Besuchenden mit einem Überblick über alles und lädt ein zum Stöbern und zum Vertiefen in alle möglichen Aspekte des FlfF – von kurzen einführenden Texten zu Long-Reads.

The screenshot shows a web browser window with the URL 'fiff.de/fiff-kommunikation/'. The header includes the FlfF logo and navigation links. Below the header, there is a section titled 'FlfF-Kommunikation' with a detailed description of the publication's purpose and history. At the bottom of this section is a photograph of several physical newsletters stacked together, with visible titles like 'Datenschutz handhabbar' and 'Komplett'. A caption below the photo reads: 'Die "FlfF-Ko" ausgelegt auf einem unserer Veranstaltungsstände'.

In diesem Zuge habe ich auch alle Ausgaben der *FIfF-Kommunikation*¹⁰ online gestellt und grob verschlagwortet. Außerdem ist aus dem umfangreichen Archiv der Wayback Machine vom Internet Archive¹¹ uralter Websites zu vergangenen FIfF-Jahrestagungen eine fast vollständige Übersicht über alle FIfF-Konferenzen¹² entstanden. Hier gibt es noch ein paar wenige inhaltliche Lücken – wir freuen uns, Material dazu digital zugeschickt zu bekommen.

Das FIfF zeigt Gesicht

Beteiligte und Autor:innen können nun Personenseiten anlegen, die in Beiträgen, Themenseiten, Aktivitäten und Arbeitskreisen verlinkt werden und die Aktivitäten zusammenfassen. So stellen sich auch der Vorstand¹³ und die Regionalgruppen¹⁴ vor. Außerdem hat jedes Thema nun Ansprechpersonen¹⁵, die z.B. von Journalist:innen gefunden werden können, um gezielt Interviewanfragen stellen zu können.

Neue Features: Suchen, Teilen und als FIfF-App auf dem Smartphone

Im Sinne des freien Datenaustauschs hat fast jede Seite der neuen Website Metadaten, die in verschiedenen Kontexten sichtbar werden. Beim Teilen einer Seite per URL wird in vielen Apps und sozialen Medien automatisch der Titel, das Titel-

bild und ein kurzer Beschreibungstext angezeigt, der eigens für die Verwendung außerhalb der Website selbst getextet wird. Auch in Suchergebnissen von Suchmaschinen werden diese kurzen Zusammenfassungen angezeigt. Mit der neuen Sortierung von z.B. Veranstaltungen, Arbeitskreisen und Pressemitteilungen sind nun auch sprechendere URLs möglich geworden, die auch ohne Metainformationen gepostet z.B. auch das Erscheinungsjahr eines Beitrages sichtbar machen.

Auf Laptops und Desktop-Rechnern können per Klick bequem URL, Titel und Kurztext kopiert werden, um sie von Hand zu posten. Auf mobilen Geräten kann man hier die geöffnete Seite mit anderen Apps teilen. Im Menü von Smartphone-Browsern gibt es außerdem die Möglichkeit www.fiff.de als App zu installieren und auf dem Home-Screen als Logo zu platzieren.

Da die Seite statisch ist, ist eine Volltextsuche nicht ohne Weiteres möglich. Im Suchfeld kann www.fiff.de aber über verschiedene Suchmaschinen, für die Datenschutz und Nachhaltigkeit Priorität haben, durchsucht werden.

Ich bedanke mich bei allen Helfer:innen für die Zuarbeit, freue mich über Hinweise per [Bug]-Knopf und wünsche allen Besucher:innen eine inspirierende Lektüre von 42 Jahren FIfF-Aktivitäten.

Anmerkungen

- 1 Eine Plone-Instanz damals fürs FIfF realisiert von Hendrik Bunke – Ein Dank an meinen Vorgänger dafür an dieser Stelle für Design, Implementierung und Skriptprogrammierung! Ein besonderer Dank geht auch an Dietrich Meyer-Ebrecht für die jahrelange Pflege der Plone-Instanz.
- 2 <https://www.fiff.de/aktivitaeten/2020/fifkon20/>
- 3 <https://www.fiff.de/themen/digitalisierung-und-nachhaltigkeit/>
- 4 <https://www.fiff.de/themen/it-sicherheit/>
- 5 [https://en.wikipedia.org/wiki/Eleventy_\(software\)](https://en.wikipedia.org/wiki/Eleventy_(software))
- 6 <https://www.youtube.com/watch?v=tXNsWsEE7SO>
- 7 <https://de.wikipedia.org/wiki/Defacement>
- 8 [https://de.wikipedia.org/wiki/Bootstrap_\(Framework\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Bootstrap_(Framework))
- 9 <https://de.wikipedia.org/wiki/Markdown>
- 10 <https://www.fiff.de/fiff-kommunikation/>
- 11 https://de.wikipedia.org/wiki/Internet_Archive
- 12 <https://www.fiff.de/events/fiff-konferenzen/>
- 13 <https://www.fiff.de/vorstand>
- 14 <https://www.fiff.de/regionalgruppen>
- 15 <https://www.fiff.de/ansprechpersonen/>



Benjamin Kees

Benjamin Kees ist Informatiker aus Berlin und seit 2013 beim FIfF engagiert. Als Systemarchitekt kombiniert er Wissen aus Psychologie und Informatik und findet für Communities und NGOs Lösungen mit Free und Open Source Software zu kollaborieren. Als Event- und Raumgestalter organisierte er FIfF-Konferenzen in Berlin, die Bits & Bäume Konferenz 2022 und B&B Habitate auf CCC-Veranstaltungen.

Grimme Online Award 2025

Mastodon stellvertretend für die Idee des Fediverse

Den diesjährigen Grimme-Online-Preis in der Kategorie SPEZIAL erhält u. a. die Microblogging-Plattform Mastodon, stellvertretend für die Idee des Fediverse. Mastodon besinnt sich als Verbund unabhängiger Netzwerke auf das ursprüngliche Versprechen des Internets zur freien Vernetzung, heißt es in der Publikation zum Grimme Online Award 2025¹ und weiter: „Mit offenen Protokollen und Open Source bricht dieses ‚förderierte Universum‘ die kommerzielle Idee von Plattformen als ‚walled gardens‘ unter Kontrolle großer Tech-Konzerne, auf die sich Medien und Öffentlichkeit zunehmend konzentrieren. Die Jury hat sich für diese Auszeichnung auch als Zeichen gegen Plattformautoritarismus in gesellschaftlich und politisch angespannten Zeiten entschieden.“²

Begründung der Jury:

Das Internet wurde einst als dezentrales Netzwerk ersonnen, um resilient gegen Angriffe auf zentrale Infrastrukturen zu sein. Und das World Wide Web ist einst mit der Idee der Vernetzung und des Austauschs von Wissen angetreten. Auch wenn wir bereits seit der Kommerzialisierung des Internets *Walled Gardens* kennen, also geschlossene Plattformen, um Nutzer:innen und die von ihnen generierten Inhalte einzuzäunen, so stellt die jüngste Dominanz einiger weniger großer Tech-Konzerne aus noch weniger Ländern eine Bedrohung für den kritischen, demokratischen, öffentlichen Diskurs dar. Neben den Algorithmen, die bestimmen, wer von uns welche Inhalte sieht, unterdrücken arbiträre Regeln Aufklärung oder politische Themen. *Mastodon* besinnt sich auf das ursprüngliche Versprechen der freien Vernetzung zurück. Es ist mehr als nur ein Mikroblogging-Dienst, wo man den Anbieter frei wählen oder gar den Server selbst betreiben kann. *Mastodon* ist Teil des größeren Fediverse. Dieses *föderierte Universum* bietet eine Vielzahl weiterer Dienste, etwa Peer-Tube für Videos, Pixelfed für Fotos und Bilder, Lemmy für Online-Diskussionen oder Friendica für die Vernetzung mit Freunden. Sie alle nutzen offene Protokolle und Open Source für den Austausch. Die Vernetzung und der Austausch finden nicht nur zwischen User:innen eines Servers oder eines Dienstes statt, sondern kreuz und quer miteinander, über Servergrenzen und Dienste hinweg. Content kann dank des Fediverse auf ganz andere Weise vernetzt werden: Es erlaubt, auf *Mastodon* einem Video-Podcast einer anderen PeerTube-Instanz zu folgen und Fotos von Pixelfed zu teilen und zu kommentieren, während Likes und Kommentare zurückfließen. Es bietet einen Nährboden für neue Formen von Online-Publizistik, oder auch nur

einen Raum abseits willkürlicher Regeln großer Plattformenbetreiber. Das Fediverse zeigt, dass ein anderes Internet möglich ist. Stellvertretend fürs Fediverse zeichnen wir *Mastodon* aus.

Beschreibung:

Es mangelt an virtuellen Räumen, wo Menschen einen respektvollen Austausch pflegen können, sie glaubwürdige Informationen finden und ihre Daten nicht für kommerzielle Zwecke verwertet werden. Nur das Fediverse bietet hier noch eine Alternative zu den kommerziellen Angeboten US-amerikanischer oder chinesischer Provenienz, wofür *Mastodon* mit seiner anti-kapitalistischen Plattformlogik stellvertretend als Prototyp für dezentrale Netzwerke steht. Frei nach dem Motto: deine Tröts gehören nur dir.

Wir bedanken uns beim Grimme-Institut, Gesellschaft für Medien, Bildung und Kultur mbH, für die freundliche Nachdruckgenehmigung der Jurybegründung für den Grimme Online Award 2025.

Referenz:

- <https://www.grimme-online-award.de/2025/preistraeger/preistraeger-detail/d/mastodon-stellvertretend-fuer-die-idee-des-fediverse-1> und
https://www.grimme-online-award.de/fileadmin/Grimme_Nutzer_Dateien/Online_Award/Dokumente/2025/GOA-Publikation_2025_FINAL_SCREEN.pdf

Anmerkungen

- 1 https://www.grimme-online-award.de/fileadmin/Grimme_Nutzer_Dateien/Online_Award/Dokumente/2025/GOA-Publikation_2025_FINAL_SCREEN.pdf
- 2 https://www.grimme-online-award.de/fileadmin/Grimme_Nutzer_Dateien/Online_Award/Dokumente/2025/GOA-Publikation_2025_FINAL_SCREEN.pdf, S. 23



Petition an:

Parteichefs und Fraktionsvorsitzende der demokratischen Parteien im Bundestag,
die Ministerpräsident:innen der Länder und
die EU-Kommission

Soziale Netzwerke als demokratische Kraft retten!

Gestartet von Save Social

Das freie Internet wird abgeschafft – es wurde von den Big-Tech-Monopolen übernommen. Die wachsende Dominanz von Plattformkonzernen wie Meta, X oder ByteDance (TikTok) für Information und Austausch führt zu einer Konzentration von Meinungsmacht, die unsere Demokratie gefährdet.

Im digitalen Raum lenken wenige vorwiegend US-amerikanische und chinesische Tech-Konzerne Information und öffentliche Debatte. Deren Plattformen erlauben keinen ungehinderten Zugang: Denn Nutzende müssen für diesen Zugang persönlichste Daten preisgeben. Gleichzeitig filtern Algorithmen transparent, was Nutzende zu sehen bekommen und was nicht – Algorithmen, die einzig den Gesetzen der Aufmerksamkeitsökonomie folgen, befreit von Gemeinwohlorientierung und journalistischen Qualitätsansprüchen. **Mit einer Flut von Hass, Hämme, Hetze und Desinformation zersetzen wenige Monopolplattformen unsere Demokratien und gefährden jeden Menschen.**

Unabhängige Angebote verlieren derweil auf eigenen Verbreitungswegen zunehmend ihr Publikum und ihre Finanzierungsgrundlage: Journalismus wird zum Verlustgeschäft, weil Big-Tech-Konzerne den Großteil der Werbeeinnahmen vereinnahmen. Journalist:innen und Medienunternehmen müssen sich und ihre Inhalte den Plattformen und deren Algorithmen unterordnen. Auch einzelne Kreative und weitere Akteur:innen geraten in wachsende Abhängigkeit.

Die rasante Einführung von generativer KI beschleunigt diesen Prozess: Nutzende haben kaum noch Anlass, Webseiten einer Originalquelle zu besuchen, weil KI-gestützte Suchmaschinen die Inhalte zusammenfassen – auf Basis intransparenter technischer Prozesse, die den Tenor oder Aussagen verändern, oft unter vielfachem Urheberrechtsbruch. Diese KI-Dienste sind dazu angetan, die Vormachtstellung der Plattformkonzerne zu zementieren und journalistische Medien weiter zu marginalisieren, bevor sie aussterben.

Wir sehen dringenden Handlungsbedarf für alle, für Unternehmen, Verbände, gesellschaftliche Institutionen und die Politik auf nationaler und europäischer Ebene.

Demokriestärkende Angebote müssen ausgebaut werden, demokrieschädliche Plattformmonopole sollten ihre massiven Privilegien umgehend verlieren.

Warum ist das wichtig?

Rund 100 Akteur:innen aus Kultur, Wirtschaft und Medien haben sich zur Initiative Save Social zusammengetan [1].

Gemeinsam schlagen sie zehn konkrete Schritte vor, um das Internet von der Dominanz der Monopolkonzerne zu befreien und alternative Plattformen für Information und Debatte zu stärken:

1. Wir stärken Alternativen mit guten Inhalten: Mit öffentlichen Mitteln finanzierte Inhalte müssen vollständig zumindest auch auf diesen Plattformen verfügbar sein, denen offene und anerkannte Standards und Protokolle zugrunde liegen. Politik, Behörden, Universitäten, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, aber auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk werden verpflichtet, alle Inhalte ausnahmslos zumindest auch auf diesen Plattformen zur Verfügung zu stellen. Sie müssen eigene Angebote wie Mediatheken über Protokolle für diese Plattformen öffnen.

2. Wir stärken Alternativen strukturell: Öffentliche Institutionen (Politik, Behörden, Universitäten, Bibliotheken, öffentlich-rechtlicher Rundfunk und weitere) produzieren heute mit hohem Aufwand exklusive Inhalte für Instagram, TikTok und weitere Monopolplattformen. Sie werden künftig verpflichtet, mindestens mit demselben finanziellen und strukturellen Aufwand in die Herstellung von Inhalten und deren Distribution für diese offenen Digitalplattformen zu investieren. In regelmäßigen Abständen prüfen Aufsichtsgremien, ob der Anteil des Aufwands für offene Plattformen vergrößert werden kann, ohne die erforderliche Reichweite der Angebote zu gefährden.

3. Wir investieren in die Entwicklung und Nutzbarkeit von Alternativen: Bund und Länder werden verpflichtet, ihre Investitionen in die Entwicklung und Stärkung dieser offenen Plattformen und Protokolle sowie Angebote auf Basis dieser massiv auszuweiten. Ziel ist dabei insbesondere, deren Bedienbarkeit zu verbessern, Wachstum durch ausreichende technische Infrastruktur zu erlauben und die Marktdurchdringung durch Marketing zu erhöhen. Zudem schaffen Bund und Länder Bürger:innengremien, die die Anforderungen an solche demokriestärkenden Angebote festlegen und überwachen.

4. Wir ermöglichen gemeinwohlorientierte Angebote: Für Betreiber demokriestärkender Plattformen und Angebote wird ein Rechtsrahmen geschaffen, in dem diese gemeinnützig operieren können.

5. Wir verbessern die Medienbildung: Bildungseinrichtungen, insbesondere Schulen und Träger von Medienkompetenz-Angeboten, werden verpflichtet, in erster Linie die Nutzung offener und demokriestärkender Plattformen und Netzwerke zu vermitteln. Gleichzeitig wird die Nutzung von Hardware und Angeboten der Monopolplattformen in Bildungseinrichtungen eingeschränkt mit dem Ziel, diese mög-

lichst ganz zu vermeiden. Zudem sollen Lehr- und Lerninhalte des staatlichen Bildungssystems auf offenen Plattformen zur Verfügung gestellt werden, sofern die Urheber:innen die nötigen Rechte eingeräumt haben.

- 6. Wir schaffen Vielfalt und Transparenz:** Für große Plattformen werden Marktanteilsobergrenzen eingeführt, bei deren Überschreitung Unternehmensteile veräußert oder Inhalt und Verbreitungsweg getrennt werden müssen. Eine Digitalsteuer für Tech-Giganten wird erhoben, um eine demokratiestärkende Informations- und Diskussionsinfrastruktur sowie Qualitätsjournalismus zu finanzieren.
- 7. Wir öffnen Plattformen:** Große Plattformen müssen offene Standards und Interoperabilität zwischen Angeboten einführen, damit Nutzende Inhalte herstellerunabhängig nutzen können und bei einem Angebotswechsel eigene Inhalte nicht verlieren. Ein solcher Angebotswechsel muss auch durch vollständige Download-Möglichkeiten eigener Inhalte erleichtert werden.
- 8. Wir ermöglichen Sichtbarkeit:** Monopolplattformen bestrafen heute Links, die auf Angebote außerhalb dieser Plattformen wie eigene Webseiten verweisen, beispielsweise durch geringere Reichweite oder weniger Sichtbarkeit. Solche Outlinks dürfen künftig in der Verbreitung von Inhalten nicht mehr zu einer Benachteiligung führen, damit Nutzende ohne Nachteile auf Angebote außerhalb der Plattformen verweisen können. Zur Überprüfung müssen große Plattformen ihre Algorithmen transparent offenlegen.
- 9. Wir geben Communities echten Sinn:** Unabhängige Aufsichtsgremien müssen die Einhaltung der oben genannten Maßnahmen überwachen mit dem Ziel, Monopolstellungen, strafbare Äußerungen und gezielte Desinformation und Wahlmanipulation einzudämmen. Die Plattformen müssen über mehrere Wege einfach erreichbare Ansprechpersonen beschäftigen, die bei Account-Sperrung, Hass oder Verleumdung schnell agieren. Wer Geld mit Inhalten verdient, muss Verantwortung übernehmen.

- 10. Wer Geld mit Inhalten verdient, muss Verantwortung übernehmen:** Bis heute dürfen Plattformen sogar strafbare Inhalte (Rassismus, Diskriminierung, Holocaustleugnung etc.) zu Geld machen. Das Haftungsprivileg für besonders große Plattformen kommt auf den Prüfstand. So, wie Medienkonzerne Inhalte presserechtlich verantworten, müssen Plattformen für ihre Inhalte Verantwortung übernehmen und haf-ten.

[1] Zu den Unterzeichnenden gehören unter anderem:

- die Musiker:innen Jan Delay, Dota Kehr und Sebastian Krumbiegel
- die Autor:innen Marc-Uwe Kling, Saša Stanišić, Nina George, Uwe Timm und Isabel Bogdan
- Journalist:innen wie Dr. Eckart von Hirschhausen und Nadia Zaboura
- der Unternehmer Sebastian Klein
- der Tech-Blogger Sascha Pallenberg
- die Gewerkschaften Deutscher Journalisten-Verband (DJV), Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di (dju), unisono (Deutsche Musik- und Orchestervereinigung e. V.) Freelens, der Berufsverband der Fotograf*innen sowie Greenpeace e. V., Campact e. V., Teilenwert e. V., digitalcourage e. V., Deutsche Vereinigung für Datenschutz e. V. und wechange eG

Für die vollständige Liste der Unterzeichnenden und für mehr Informationen: <https://savesocial.eu/>

Mitmachen!

<https://weact.campact.de/petitions/save-social-soziale-netzwerke-als-demokratische-kraft-retten>

Das IfF bittet um Eure Unterstützung

Viermal im Jahr geben wir die IfF-Kommunikation heraus. Sie entsteht durch viel ehrenamtliche, unbezahlte Arbeit. Doch ihre Herstellung kostet auch Geld – Geld, das wir nur durch eure Mitgliedsbeiträge und Spenden aufbringen können.

Auch unsere weitere politische Arbeit kostet Geld für Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Organisation. Dazu gehören unsere jährlich stattfindende IfF-Konferenz, der Weizenbaum-Preis, weitere Publikationen und die Kommunikation im Web: Neben der tatkräftigen Mitwirkung engagierter Menschen sind wir bei unserer Arbeit auf finanzielle Unterstützung angewiesen.



Bitte unterstützt das IfF mit einer Spende. So können wir die öffentliche Wahrnehmung für die Themen weiter verstärken, die euch und uns wichtig sind.

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft (BFS) Köln
IBAN: DE79 3702 0500 0001 3828 03
BIC: BFSWDE33XXX

Big Tech und drumherum – Die Gier nach Macht und Geld

Ulrike Erb, Stefan Hügel, Hans-Jörg Kreowski und Margita Zallmann

Big Tech und drumherum – Die Gier nach Macht und Geld

Editorial zum Schwerpunkt

Digitalisierung bezeichnet eine seit Jahrzehnten weltweit stattfindende Transformation nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche. Die technologischen Instrumente dafür stammen aus der Informatik und der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT), wobei in diesem Jahrhundert die Künstliche Intelligenz (KI) eine immer größere Rolle spielt oder zumindest zu spielen scheint. Akteure aus Politik und Wirtschaft treiben den Umwandlungsprozess voran, wobei allerdings der gesellschaftliche Fortschritt und das Wohl der Menschheit selten die Leitmotive sind, sondern viel eher Partikularinteressen, Geldgier, Machtstreben und Führungsanspruch einzelner Staaten, Unternehmen oder Personen. Auf staatlicher Seite sind hier vor allem die Industrieländer und ihre Regierungen zu nennen, auf wirtschaftlicher Seite in erster Linie die großen Tech-Konzerne und die aufkommenden IT- und KI-Unternehmen in ihrem Dunstkreis zusammen mit ihren Führungsriegen in den USA sowie ähnlich gelagerte Strukturen in China.

In diesem Schwerpunkt der FlfF-Kommunikation wird der Komplex der Tech-Giganten insbesondere aus ökonomischer und politischer Sicht, aber auch aus ökologischer Perspektive näher beleuchtet. Welche Relevanz haben die an der KI-Entwicklung (und darüber hinaus dem IT-Sektor) beteiligten Unternehmen und die dort versammelte Elite, auf die auch mit den Begriffen *Tech-Bros* oder *Bromigarchie* verwiesen wird, für die Machtverhältnisse und Umbrüche in den Einzelstaaten und im internationalen Wettbewerb? Es geht um einen Einblick in die beteiligten Unternehmen und Start-Ups, um die Allianz zwischen Tech-Bros und dem Trump-Regime, um den globalen Wettkampf im Kontext von IT und KI. Es gilt auch ein Schlaglicht zu werfen auf die antidemokratische, inhumane Gedankenwelt und Ideologie dieser Machtelite in den Vereinigten Staaten, wobei China, Russland, Indien und Europa nicht vergessen werden dürfen. Insbesondere China könnte den USA den Rang der Führungsmacht im Technologiebereich streitig machen.

Den Kern von Big Tech bilden die „Magnificent Seven“ Google, Apple, Microsoft, Meta, Amazon, Nvidia und Tesla, die die Weltrangliste der nach Aktienvermögen größten Unternehmen anführen (siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_größten_Unternehmen_der_Welt). Nur der Öl-Gigant Saudi Aramco und der Mischkonzern Berkshire Hathaway Inc. schieben sich mit Platz 6 bzw. 8 dazwischen. Neben den „Kapitalen Sieben“ – die übliche Übersetzung „Glorreiche Sieben“ ist irreführend – drängt eine Reihe von Technologie-Unternehmen nach vorn, die erst vor 10 oder 20 Jahren gegründet wurden. Dass die Tech-Konzerne einen bedeutenden Teil der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ausmachen, zeigt auch die Liste der unverschämten reichen Menschen. 15 von ihnen sind mit einem Vermögen von über 100 Milliarden Dollar ausgewiesen, wobei die erste Frau, eine Walmart-Erbin, Platz 15 einnimmt. Die Plätze davor sind vor allem von Tech-Giganten besetzt. In diesem Kontext drängen sich viele Fragen auf: Was sind das für Leute? Was treibt sie an? Welche

Ideologie steckt dahinter? Worum geht es außer Geldscheffeln? Welche Ziele verfolgen sie? Wie sind sie mit der Politik verbündet? Was bedeutet das für die Gesellschaft? Wie kann man sie in Zaum halten und sich gegen ihre Machenschaften wehren?

Der Schwerpunkt *Big Tech und drumherum – Die Gier nach Macht und Geld* ist ein erster umfassender Versuch im Rahmen der FlfF-Kommunikation, dem Fragenkomplex auf den Grund zu gehen. Da das vom Ausmaß und von der Bedeutung dieser Thematik her unmöglich in einem Anlauf zu schaffen ist, kann das nur der Auftakt einer Serie systematischer Auseinandersetzungen mit Big Tech sein. Das Schwerpunkt-Editorial schließt mit kurzen Hinweisen zu den einzelnen Beiträgen.

Ben Bergleiter, Autor zu politischen Dimensionen von IT, zeichnet detailliert nach, wie sich das Verhältnis der US-amerikanischen Tech-Unternehmen zu Trump seit 2016 entwickelt hat. Standen sie ihm während der ersten Präsidentschaft noch kritisch gegenüber, so änderte sich dies bereits vor der Wahl 2024 und grundlegend danach. Bergleiter geht ein auf den durch Trump ausgeübten Druck, auf die Rolle von Elon Musk und wie sich die Tech-Unternehmen dem US-Präsidenten zur Sicherung ihrer Interessen und Gewinne andienen. Thematisiert werden auch aktuelle europäische und deutsche Reaktionen auf die amerikanische Politik.

Stefka Schmid, Carlo Diehl und Christian Reuter vom Lehrstuhl Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit (PEASEC) stellen den von Staaten oft benutzten Begriff des KI-Wettrüsts und eine damit verbundene rein nationalistische KI-Politik infrage, da er nicht nur KI-Entwicklungen simplifiziere, sondern auch Eskalationsrisiken bergen. Stattdessen gehe es um einen geopolitischen Innovationswettlauf durch KI – ein technologischer Wettbewerb bei gleichzeitiger nationaler und transnationaler Kooperation zwischen Unternehmen, Staaten, Forschungseinrichtungen. Auf Basis von Strategiepapieren aus der EU, den USA und China betrachten die Autoren den praktischen Innovationswettlauf und die unterschiedlichen Positionen anhand von vier Merkmalen: Gewinnstruktur, Akteursnetzwerke, Motivationen und soziale Konstruktion von Technologie.

Wolfgang Krieger, KI-Entwickler, setzt sich mit der Produktreihe ChatGPT des Softwareunternehmens OpenAI auseinander, wobei er auf eine Vielzahl von Aspekten eingeht. Er erläutert zuerst die zugrundeliegende „Schnipsel“-Technologie. Sie erbringt bemerkenswerte Leistungen bei der Generierung von Texten, neigt aber gleichzeitig zum *Halluzinieren*, so dass die Ergebnisse nicht verlässlich sind, mit erheblichen Konsequenzen für eine umfassende kommerzielle Nutzung. Danach widmet er sich den aus seiner Sicht überzogenen Behauptungen, dass die Entwicklung von ChatGPT die Bedeutung von Feuer und Elektrizität noch übertrifft

und zu einer Superintelligenz führen soll. Der Autor bleibt aber nicht bei dem Einzelfall OpenAI stehen, sondern ordnet die Aktivitäten dieses Unternehmens ein in die Kartellbildung der KI- und IT-Konzerne rund um Google, Microsoft und Nvidia sowie in die Ambitionen des US-amerikanischen Finanzkapitals.

Jens Berger, Chefredakteur der NachDenkSeiten, kritisiert die derzeitige Ausrichtung der USA auf Künstliche Intelligenz. Er spricht mehrere Probleme an, wie fragwürdige KI-Geschäftsmodelle, den Ersatz menschlicher Arbeitskräfte durch KI, Fehlerhaftigkeit der großen Sprachmodelle (LLM). Ein Schwerpunkt seines Beitrags liegt in der Problematisierung des enormen Wachstums der Big-Tech-Unternehmen – ein Wachstum, das aktuell überwiegend auf umfangreichen KI-Investitionen basiert. Tatsächlich handle es sich jedoch nur um zirkuläre Geschäfte, weshalb die ökonomischen Bewertungen der Unternehmen höchst unrealistisch sind. Nicht unwahrscheinlich ist, dass sich aus solch aufgeblähten Umsätzen und Gewinnen Wirtschaftskrisen mit all ihren negativen Folgen entwickeln können. Der Beitrag wurde am 4. November 2025 auf <https://nachdenkseiten.de> veröffentlicht.

Felix Behrens vom Öko-Institut fokussiert auf die fatalen ökologischen Folgen der KI-Ausrichtung. Die Big-Tech-Unternehmen der USA können ihre Marktmacht, die sie vor dem KI-Boom durch geschlossene Cloud-Anwendungen ausgebaut haben, jetzt für umfangreiche KI-Investitionen profitabel nutzen. Sie treiben aber damit die CO₂-Emissionen in die Höhe, im Widerspruch zu ihren Bekenntnissen zur ökologischen Nachhaltigkeit, denn KI erfordert einen enormen Ausbau von Rechenzentren. Zur Sicherung der hohen Grundlast der Rechenzentren sollen auch die umweltschädlichen Fracking-Gas-Kraftwerke eingesetzt werden und neuerdings Kernkraftwerke. Lösungsansätze liegen auf technischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene.

Ingo Dachwitz (netzpolitik.org) und *Sven Hilbig* (Brot für die Welt) weisen auf die Gefahr eines neuen Kolonialismus hin, der neue Abhängigkeiten schaffen kann. An den Satellitenprojekten Starlink und Kuiper werden sowohl die Ambitionen der Tech-Unternehmen als auch die enormen Kosten und Unwägbarkeiten deutlich. Während der propagierte Nutzen für die meisten Bewohner:innen abgelegener Gebiete im globalen Süden völlig unrealistisch ist, entsteht mehr Weltraummüll mit katastrophalen

Folgen. Und es zeichnet sich ein Wettrennen um den Weltraum nicht nur der Unternehmen, sondern auch der Staaten ab. Hinweise dafür sind der Ausbau militärischer Kooperationen der US-Unternehmen sowie die Entwicklung eines eigenen Navigationsystems und eigener Satelliten durch China. Der Beitrag ist ein Auszug aus dem Buch (von 2025): *Digitaler Kolonialismus. Wie Tech-Konzerne und Großmächte die Welt unter sich aufteilen*.

Der Medienwissenschaftler *Martin Andree* warnt eindringlich vor einem Verschwinden europäischer Demokratien, falls nicht schnell der Medienübernahme und -macht durch die amerikanischen Tech-Unternehmen gegengesteuert wird. Er betrachtet mehrere Faktoren – die politischen und digitalen Abhängigkeiten von „Trumps USA“, die bereits strukturell weitgehende wirtschaftliche Verdrängung europäischer Medien durch Big Tech, die zunehmende Verbreitung von Hetze, Hass und Rechtspopulismus auf deren Plattformen, nicht zuletzt den militärischen Krieg Russlands mit der Ukraine. Der Beitrag ist ein Auszug aus dem Buch (von 2025): *Krieg der Medien. Dark Tech und Populisten übernehmen die Macht*.

Max Bank von *Rebalance Now* bezieht sich auf die notwendige Begrenzung der Marktmacht US-amerikanischer Tech-Konzerne. Er sieht hierfür Chancen durch neuere Gesetze der EU, den Digital Markets Act (DMA) und den Digital Services Act (DSA), kritisiert aber die bislang nur unzureichende Umsetzung sowohl des DMA als auch des DSA. Ein gegenwärtig laufendes Kartellverfahren gegen Google könnte trotzdem helfen, den Wettbewerb im Werbegeschäft zu fördern. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die gleichfalls in diesem Heft abgedruckte Petition *Google zerschlagen!* Der Beitrag wurde am 30. Oktober 2025 auf <https://rebalance-now.de/> veröffentlicht.

Sandra Barthel stellt als Initiatorin eines neu gegründeten breiten Digitalbündnisses (dem sich auch das IfF angeschlossen hat) zentrale Forderungen im Hinblick auf die digitale Souveränität vor. Die Forderungen zielen u.a. auf die Etablierung und Förderung einer gemeinwohlorientierten digitalen Infrastruktur in Deutschland bzw. Europa – als Alternative zu den derzeit vorherrschenden kommerziellen Plattformen. Sie wurden auf dem gemeinsamen Berliner Europäischen Digitalgipfel von Deutschland und Frankreich am 18. November 2025 eingereicht.

Rank	Name	Total	Last change \$	YTD change	Country / Region	Industry
1	Elon Musk	\$632B	+\$3.15B	+\$12.7B	United States	Technology
2	Larry Page	\$279B	+\$2.61B	+\$9.78B	United States	Technology
3	Jeff Bezos	\$267B	+\$3.99B	+\$13.9B	United States	Technology
4	Sergey Brin	\$259B	+\$2.42B	+\$9.05B	United States	Technology
5	Larry Ellison	\$242B	-\$3.09B	-\$5.53B	United States	Technology
6	Mark Zuckerberg	\$229B	-\$926M	-\$4.76B	United States	Technology
7	Bernard Arnault	\$203B	+\$886M	-\$4.42B	France	Consumer
8	Steve Ballmer	\$167B	-\$1.79B	-\$1.73B	United States	Technology
9	Jensen Huang	\$153B	-\$3.39B	-\$1.19B	United States	Technology
10	Warren Buffett	\$150B	+\$1.00B	-\$1.09B	United States	Diversified

Liste der reichsten Menschen der Welt (Bloomberg Billionaires Index, 9.1.2026), Quelle: <https://www.bloomberg.com/billionaires>

Trump und Big-Tech: Eine komplizierte Bromance

Die amerikanische Tech-Branche galt einst als relativ liberal und Trump gegenüber kritisch. Spätestens seit seiner Wiederwahl hat sich das geändert. Immer mehr Tech-Bros ändern ihre Firmen-Policies und knien vor dem aktuellen US-Präsidenten nieder. Rund ein Jahr nach seiner Wiederwahl lohnt sich ein Blick auf die Bilanz dieser eingeknickten Gestalten.

Was sich liebt, das neckt sich. Mit diesem abgedroschenen Sprichwort lässt sich die Beziehung zwischen der amerikanischen Tech-Branche und dem aktuellen US-Präsidenten ganz gut beschreiben. Aus anfänglichem Hass, leidenschaftlichen Twitter-Fehden und zahllosen juristischen Verfahren gegeneinander erwächst mittlerweile eine richtig innige Bromance. Man könnte sich fast für sie freuen, würde diese Beziehung nicht die dystopische Tech-Oligarchie bedingen, die sich aktuell in den USA bildet. Um zu verstehen, wie sich diese 180°-Wende vollzogen hat, lohnt sich ein Blick auf die Anfänge der Beziehung rund um Trumps erste Amtszeit.

Die Anfänge

Es ist das Jahr 2016. Der Immobilien-Unternehmer und Reality-TV-Star Donald Trump tritt gegen Hillary Clinton um das Amt des US-Präsidenten an und gewinnt, entgegen vielen Erwartungen. Später wird vermutet, dass ihm zu diesem Erfolg wohl auch Unterstützung von russischen Bot-Farms und fragwürdiges Micro-Targeting auf Facebook verholfen haben.¹ Der Facebook-Gründer Mark Zuckerberg steht daraufhin unter öffentlicher Kritik, Wahlmanipulation auf seiner Plattform zugelassen zu haben. Er lenkt ein und verspricht, Fehlinformationen und Extremismus durch Moderationsmechanismen auf Facebook entgegenzuwirken. Das bringt wiederum Donald Trump gegen ihn auf, der sich in seiner häufig geäußerten Annahme bestätigt sieht, dass Big-Tech ihn diskriminieren würde² – und das, obwohl Facebook-Kampagnen wahrscheinlich zu seinem Wahlerfolg beigetragen haben.³

Dieses Narrativ von Tech-Unternehmen, die sich mit den Demokraten gegen ihn verschwören, zieht sich durch Trumps erste Amtszeit. Auch gegen Google wettert er in dieser Zeit, weil dessen Suchergebnisse über Trump angeblich manipuliert seien.⁴ Sein Kommunikationsmittel der Wahl damals natürlich: Twitter – eine Plattform, die ihm ein Millionenpublikum ermöglicht hat, das er sonst wahrscheinlich nicht erreicht hätte. Doch auch hier sei man, laut Trump, gegen ihn und würde konservative Stimmen zum Schweigen bringen wollen.⁵

Ein neuer Tiefpunkt

Das Drama fand seinen Höhepunkt dann am 6. Januar 2021, als eine von Trump aufgestachelte Menge das Kapitol stürmte. Der gerade abgewählte Präsident nutzte seine mediale Reichweite, um den Sieg seines Gegners Joe Biden in Frage zu stellen und seine Anhängerschaft aufzufordern, die offizielle Anerkennung des Wahlergebnisses durch den US-Kongress zu verhindern. Im Zusammenhang mit den Ereignissen starben neun Menschen und über 100 Polizist:innen wurden verletzt.⁶

Aufgrund von Trumps zentraler Rolle an dem Tag und seiner hetzenden Rhetorik in den sozialen Medien entschieden sich einige Plattformen, seine Konten zu sperren. So stand er daraufhin ohne Instagram, Facebook, YouTube und Twitter da – und somit ohne riesiges Publikum, das auf jedes seiner Posts direkt reagiert. „Ich denke, dass Big-Tech unserem Land etwas Schreckliches antut, und ich glaube, dass dies für sie ein katastrophaler Fehler sein wird. Sie spalten und sorgen für Zwietracht“⁷, sagte er daraufhin gegenüber Reportern.

Während der ersten Hälfte von Bidens Amtszeit wurde es dann erstmal relativ ruhig um Trump und Big-Tech. Der ehemalige US-Präsident hatte mittlerweile seine hauseigene Echokammer *Truth Social* herausgebracht, wo er seine Anhängerschaft weiterhin mit seinen Gedankenströmen versorgte. Den ehemaligen Höchstwert von 80 Millionen Follower:innen auf Twitter konnte er dort aber nie erreichen.

Die Bromance mit Elon Musk

Ende 2022 betrat dann mit Elon Musk ein Spieler die Bühne, der die Karten nochmal neu mischte. Ähnlich wie seine Milliardärs-Konkurrenten Mark Zuckerberg mit Facebook und Instagram und Jeff Bezos mit der Washington Post wollte auch er seinen Einfluss durch den Besitz eines Massenmediums verfestigen. Und so kaufte er kurzerhand Twitter und benannte es in X um.

Nur wenige Wochen später kündigte Donald Trump dann eine zuvor lange diskutierte zweite Präsidentschaftskandidatur an. Obwohl Musk vor der Ankündigung argumentierte, dass Trump mittlerweile zu alt für den Posten sei,⁸ sicherte er ihm nur vier Tage nach der Ankündigung seine Unterstützung, indem er Trumps Twitter-Account wieder freigab. Der Weg für eine wahre Bromance war geebnet.

Als der Wahlkampf 2024 so richtig losging, steigerte sich Musk dann zu Trumps spendabelstem Unterstützer. Mit insgesamt über 290 Millionen US-Dollar Spenden⁹ für die Kampagne verhalf er Trump maßgeblich zu seinem Wahlsieg 2024. Seine Investition zahlte sich offenbar aus, denn sie verschaffte ihm einen Platz neben dem schon bald mächtigsten Mann der Welt und später dann sogar einen einflussreichen Posten als Kopf des *Department of Government Efficiency* (DOGE).

Was macht der Rest?

Diese klare Positionierung Musks an Trumps Seite setzte die anderen Tech-Bosse nun unter Druck. Sollten sie es ihm gleich tun oder auf die Demokratische Gegenspielerin Kamala Harris setzen? Im Sommer 2024 lagen die beiden Kandidat:innen Kopf an Kopf.¹⁰ Würde Trump gewinnen, würde er voraussichtlich Ver-

geltung an denjenigen üben, die ihn nicht unterstützt hätten. Mit Harris würden sie eine Kandidatin unterstützen, die sich ausdrücklich für eine Regulierung von Tech-Unternehmen ausgesprochen hatte.¹¹ Andererseits wäre in diesem Fall das Risiko der Vergeltung geringer.

Schlussendlich siegte die Angst vor Rache und Regulierung und die meisten Tech-Bosse orientierten sich Richtung Trump. So kündigte die von Jeff Bezos gekaufte Washington Post kurz vor der Wahl an, ihre erwartete Wahlempfehlung für Harris auszulassen.¹² Das erste Mal seit 36 Jahren hatte die Zeitung damit keine Wahlempfehlung ausgesprochen. Während Trumps erster Amtszeit hatte sie noch äußerst kritisch über ihn berichtet, was den Präsidenten immer wieder zu negativen Kommentaren über die Zeitung veranlasste. Nach der für Trump gewonnenen Wahl kündigte Bezos dann außerdem an, dass der Meinungsteil der Zeitung verstärkt libertäre Perspektiven veröffentlichen würde, die wirtschaftliche und persönliche Freiheiten hochhalten.¹³

Auch Mark Zuckerberg spruste brav und bot sich – wohl auch von Musk inspiriert – als KI-Berater für die US-Regierung an. Kurz vor der Vereidigung des neuen US-Präsidenten im Januar dieses Jahres beendete Meta außerdem sein Faktencheck-Programm und gab zuvor eingeschränkte rechtsradikale Accounts wieder frei. In dem Ankündigungsvideo bediente sich Zuckerberg klassischer rechts-libertärer Argumente über Meinungsfreiheit und weniger Regulierung.¹⁴ Auch ästhetisch markiert das Video einen Wendepunkt für ihn: Vom etwas weltfremd und unbeholfen wirkenden Nerd zum Goldkettchen tragenden Tech-Bro.

Treue, Gewalt und Verrat

Bei der Vereidigung am 20. Januar 2025 gelobte nicht nur der neu gewählte Präsident, sein Amt gewissenhaft auszuführen, sondern auch die anwesende Tech-Elite ihre Treue gegenüber dem neuen Herrscher. Dabei saßen sie gut sichtbar für die Öffentlichkeit in der ersten Reihe. Diese VIP-Sitzplätze hatten sie sich zuvor mit einzelnen Spenden in Millionenhöhe speziell für dieses Event erkaufte.¹⁵ Unter den Spendenden waren Firmen wie Microsoft, Meta, Google und Amazon, aber auch Einzelpersonen wie OpenAI-Chef Sam Altman, Apple-CEO Tim Cook und Amazon-Inhaber Jeff Bezos.

Trotz der Treuebekundungen nutzte Trump seine neue Macht direkt, um alte Rechnungen zu begleichen. Gegen die Firmen Meta, Twitter und YouTube hatte er wegen der Sperrung seiner Konten nach dem Sturm auf das Kapitol erfolglos Klagen erhoben. Alle drei Verfahren waren eigentlich bereits gegen Trump entschieden worden, als Präsident ließ er sie allerdings wieder aufrufen. Sein Anwalt John Coale sagte dazu in einer E-Mail an den Guardian: „We got \$\$\$ and changed tech behavior I believe“.¹⁶

Nachdem jetzt fast die gesamte Branche Trump die Treue geschworen hatte, tanzte der Tech-Bro der ersten Stunde Elon Musk im Sommer 2025 plötzlich aus der Reihe, als er Trumps „Big Beautiful Bill“ öffentlich kritisierte.¹⁷ Trump drohte daraufhin damit, Regierungsaufträge und Subventionen für Musks Unternehmen zurückzuziehen und Musk wiederum erwog die Gründung einer neuen Partei – kurzum: die einstige Bromance lag in Scherben.

Honig ums Maul

Mit diesem Bruch wurde ein Platz an Trumps Seite frei – eine Aussicht, die potenzielle Nachfolger wohl zum Umwerben anregte. Viele der Tech-Bosse besuchten den Präsidenten 2025 in seinem Privatdomizil Mar-a-Lago oder im Weißen Haus und äußerten sich öffentlich wohlwollend über ihn. OpenAI-Chef Sam Altman beispielsweise nannte einen Deal der Trump-Regierung mit den Golfstaaten über AI-Partnerschaften „extrem schlau“ und bezeichnete Kritiker als „naiv“.¹⁸

Apple-CEO Tim Cook ging im August sogar noch weiter, als er ankündigte, 100 Milliarden US-Dollar in US-Produktionsstätten zu investieren und dem Präsidenten zu dem Anlass eine goldene Uhr „made in America“ schenkte.¹⁹

Die Umwerbungen schienen sich auszuzahlen, denn im September lud Trump dann zu einem exklusiven Dinner im Weißen Haus ein, bei dem er wohl die Teile der US-Tech-Elite versammelte, die ihm zuvor den Hof gemacht hatten. Darunter die Chefs von Apple, Google, Meta und OpenAI.²⁰ Auffällig abwesend war hingegen Elon Musk, der nach eigener Aussage zwar eingeladen war, aber leider nicht kommen konnte. Doch auch er scheint wieder die Nähe zu Trump zu suchen, wie seine Teilnahme am 18. November bei einem Dinner mit dem Kronprinzen von Saudi-Arabien im Weißen Haus belegt.²¹

Die Annäherung könnte auch damit zusammenhängen, dass Musk aktuell wohl politischen Rückhalt gebrauchen kann. Die EU-Kommission hatte Anfang Dezember eine Strafe in Höhe von 120 Millionen Euro gegen Musks Plattform X für unzureichende Transparenz und Nichteinhaltung des Digital-Services-



Ben Bergleiter

Ben Bergleiter schreibt über die Machtverschränkungen zwischen Technologie, Staat und Gesellschaft. Themenschwerpunkte sind digitale Wahlkämpfe, politische Dimensionen von KI und Einflussnahme durch Tech-Unternehmen. An der Universität Potsdam forscht er aktuell zum TikTok-Wahlkampf der AfD.

Act (DSA) verhängt.²² Ein paar Tage später eilte Trump seinem Tech-Buddy verbal zu Hilfe und kritisierte die Maßnahme der EU als „üble Sache“.²³ Am selben Tag der Strafverkündung der EU-Kommission hatte die US-Regierung außerdem eine Sicherheitsstrategie veröffentlicht, in der sie sich vom bisherigen transatlantischen Verhältnis distanzierte.²⁴

Reaktionen aus der EU

Auf der internationalen politischen Bühne löst das tête-à-tête zwischen Big-Tech und Trump nervöse Reaktionen aus. Die Umrustierung des amerikanischen Tech-Sektors in Richtung auf Trumps protektionistische Wirtschaftspolitik veranlasst die EU-Staaten zu einem Umdenken in Sachen Abhängigkeit von amerikanischen Tech-Riesen. Genau das war auch der Themen-Schwerpunkt beim Gipfel der digitalen Souveränität am 18. November 2025, zu dem Deutschland und Frankreich eingeladen hatten.²⁵

Gleichzeitig scheint auch die EU vor Trump und seinen Big-Tech-Bros einzuknicken: Am Tag nach dem Gipfel stellte die EU-Kommission Pläne für die Überarbeitung mehrerer Digitalgesetze vor.²⁶ Diese ermöglichen es Tech-Unternehmen, unter anderem personenbezogene Daten ohne Einwilligung für das Training ihrer KI-Modelle zu verwenden. In einem gemeinsamen Schreiben nennen 127 zivilgesellschaftliche Organisationen die Pläne deshalb „den größten Rückschritt für digitale Grundrechte in der Geschichte der EU“.²⁷

In Deutschland macht man den Tech-Unternehmen ebenfalls Zugeständnisse. Anfang November 2025 stimmte eine schwarz-rote Mehrheit im Bundestag für die Abschaffung einer Regelung, die eine Steuervermeidung durch US-Firmen erschweren sollte.²⁸ Die Abschaffung war nach Recherchen des Netzwerks *Steuergerechtigkeit* bereits 2024 vom damaligen Finanzminister Christian Lindner in die Wege geleitet worden. Nach Ansicht des Netzwerks Steuergerechtigkeit und von Oppositionspolitiker:innen des Bundestages anscheinend auf Druck aus Washington.

Niederknien ist eine Entscheidung

Trump kreiert ein Klima der Angst, indem er denen droht, die nicht seiner Linie entsprechen. Dadurch zwingt er die Tech-Bosse mit Gewalt an seine Seite. Sich mit dem mächtigsten Mann der Welt gut zu stellen, hat aber auch einfach Vorteile für die Tech-Unternehmen: Interessenvertretung auf internationaler Ebene, weniger Regulierung, politischer Einfluss und die Aussicht auf lukrative Regierungsaufträge. Vor Trump niederzuknien, ist bei allem politischen Druck auch eine opportunistische Entscheidung.

Das Verhalten der Tech-Bosse zeigt vor allem, wie wenig Rückgrat in ihnen steckt. Am Ende geht es um Macht, Geld und Stellung. Für diese Dinge werfen sie ihre Weltverbesserer-Ambitionen über Bord und vollziehen einen autoritären Wandel an Trumps Seite. Das Motto lautet: Lieber den Stiefel lecken, als von ihm zertreten zu werden.

Anmerkungen

- 1 <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/donald-trump-und-der-facebook-skandal-um-cambridge-analytica-a-1199047.html>
- 2 <https://www.euronews.com/2019/06/10/trump-claims-collusion-between-big-tech-democrats-backs-antitrust-fines-n1015726>
- 3 <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/donald-trump-und-der-facebook-skandal-um-cambridge-analytica-a-1199047.html>
- 4 <https://www.theguardian.com/us-news/2018/aug/28/trump-twitter-google-not-partisan-bias>
- 5 <https://ip.reuters.com/article/world/trump-suggests-twitter-is-biased-against-him-provides-no-evidence-idUSKCN1N01YT/>
- 6 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/558037/6-januar-2021-sturm-auf-das-kapitol/>
- 7 <https://www.aljazeera.com/news/2021/1/13/us-house-to-debate-article-25-in-step-to-remove-trump?#:~:text=%E2%80%9CI%20think%20that%20Big%20Tech%20is%20doing%20a%20horrible%20thing%20for%20our%20country%20and%20to%20our%20country%2C%20and%20I%20believe%20it%E2%80%99s%20going%20to%20be%20a%20catastrophic%20mistake%20for%20them.%20They%E2%80%99re%20dividing%20and%20divisive%2C%E2%80%9D>
- 8 <https://www.dw.com/de/elon-musk-trumps-wertvoller-unterst%C3%BCCtzer/a-71336015#:~:text=2022%20%C3%A4u%C3%9Ferte%20er%20die%20Einsch%C3%A4tzung%20dass%20Trump%20mit%2076%20Jahren%20zu%20alt%20f%C3%BCr%20das%20Pr%C3%A4sidentenamt%20sei%20und%20dass%20er%20%22in%20den%20Sonnenuntergang%20segeln%22%20solle>
- 9 <https://www.axios.com/2025/06/05/musk-trump-feud-2024-election-contributions>
- 10 <https://www.politico.com/news/2024/07/23/harris-trump-poll-biden-withdrawal-00170767>
- 11 <https://www.brookings.edu/articles/how-harris-and-trump-differ-on-tech-policy/>
- 12 <https://www.npr.org/2024/10/25/nx-s1-5165353/washington-post-presidential-endorsement-trump-harris>
- 13 <https://www.npr.org/2025/02/26/nx-s1-5309725/jeff-bezos-washington-post-opinion-section>
- 14 <https://about.fb.com/news/2025/01/meta-more-speech-fewer-mistakes>
- 15 <https://www.heise.de/news/Viele-Tech-CEOs-kommen-zu-Trump-Amtseinfuehrung-auch-die-von-Apple-und-TikTok-10246134.html>
- 16 <https://www.theguardian.com/technology/2025/sep/29/youtube-trump-lawsuit-settlement>
- 17 <https://www.forbes.com/sites/saradorn/2025/07/07/the-musk-vs-trump-feud-latest-richest-man-trolls-president-over-epstein-list-again/>
- 18 <https://www.businessinsider.com/openai-sam-altman-trump-ai-deals-saudi-arabia-qatar-uae-2025-5>
- 19 <https://www.theguardian.com/technology/2025/aug/06/trump-apple-us-manufacturing-investment>
- 20 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-09/usa-donald-trump-dinner-weisses-haus-tech-ceos-gxe>
- 21 <https://www.spiegel.de/ausland/usa-elon-musk-kehrt-fuer-treffen-mit-saudischen-kronprinzen-ins-weisse-haus-zurueck-und-cristiano-ronaldo-kam-gleich-mit-a-ff56b66b-6dbc-4aea-8bbb-bbf1879f7c5>
- 22 <https://netzpolitik.org/2025/dsa-eu-kommission-verhaengt-120-millionen-euro-strafe-gegen-x/>
- 23 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-12/us-praesident-donald-trump-kritik-europa-geldstrafe-x>

- 24 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-reaktionen-ussicherheitsstrategie-100.html>
- 25 <https://de.euronews.com/next/2025/11/18/digital-gipfel-microsoft-google-macron>
- 26 <https://www.reuters.com/sustainability/boards-policy-regulation/ease-ai-privacy-rules-critics-warn-caving-big-tech-trump-2025-11-19/>
- 27 <https://edri.org/wp-content/uploads/2025/11/The-EU-must-uphold-hard-won-protections-for-digital-human-rights.pdf>
- 28 <https://taz.de/Steuervergab-Abgeschafft-Vorzugsbehandlung-fuer-Big-Tech-im-Bundestag/!6131238/>

Stefka Schmid, Carlo Diehl und Christian Reuter

Das gefährliche Bild des „KI-Wettrüstens“: Wie Metaphern die globale KI-Politik prägen¹

Künstliche Intelligenz ist zu einem zentralen Feld des globalen Wettbewerbs geworden, das von China, den USA und der EU häufig als Teil eines „KI-Wettrüstens“ verstanden wird. Wir argumentieren jedoch, dass diese Metapher die Dynamiken der KI-Entwicklung verzerrt. Stattdessen schlagen wir den Begriff eines „geopolitischen Innovationswettlaufs“ um technologische Vorherrschaft in einer vernetzten globalen Wirtschaft vor. Auf Basis einer Analyse von Strategiepapieren zeigen wir, dass die Akteure (1) zwischen Nullsummen- und Positivsummenlogiken schwanken, (2) ihre Netzwerke entsprechend nationaler Innovationskulturen unterschiedlich organisieren, (3) neben Sicherheitsinteressen auch wirtschaftliche und statusbezogene Ziele verfolgen und (4) die Bedeutung von KI bewusst offenhalten. Übergreifend trägt die Wettkampf-Metapher dazu bei, die Geopolitisierung von Innovation zu verstetigen und Sicherheit eng mit wirtschaftlichen Interessen zu verknüpfen. Vor diesem Hintergrund identifizieren wir folgende zentrale Punkte:

1. *Die Metapher des Wettrüstens sollte vermieden werden. Sie vereinfacht die KI-Entwicklung zu stark und birgt Eskalationsrisiken. Ein geopolitischer Innovationswettlauf basiert dagegen sowohl auf Wettbewerb als auch auf Zusammenarbeit.*
2. *Rhetorik zählt. Kommunikation, die auf einer nationalistischen Redeweise von Wettrüsten aufbaut, fördert nur eine Rückkehr zur Geopolitik und Abkehr von globaler Kooperation. Es ist zwar wichtig, Probleme transparent zu machen, sie sollten aber auf differenzierte Weise kommuniziert werden.*
3. *Kooperative Rahmenordnungen sollten gestärkt werden. Internationale Standards und Regulierung können Rivalitäten abmildern und, je nach ihrem Aufbau, Raum für verantwortungsvollere und diversere Innovation schaffen.*

Das trügerische Narrativ des „KI-Wettrüstens“

China, die USA und die EU betrachten künstliche Intelligenz als Teil des globalen Wettbewerbs, oft als *KI-Wettrüsten* bezeichnet. Diese Metapher suggeriert KI als Nullsummenkonflikt um technologische Vorherrschaft, wobei die Gewinner wirtschaftliche, politische und strategische Vorteile über ihre Gegner erringen. Wir argumentieren, dass das *Wettrüsten*-Framing irreführend ist. Denn KI-Entwicklung kann auch ein Mehrsummenspiel sein, verbindet nationale Innovation mit transnationaler Zusammenarbeit, dient wirtschaftlichen, statusbezogenen sowie Sicherheitszielen und hat sowohl zivile als auch militärische Anwendungen. Daher schlagen wir das Konzept eines geopolitischen Innovationswettlaufs vor: Wettbewerb um technologische Vorherrschaft bei gleichzeitiger Zusammenarbeit zwischen Netzwerken von Firmen, Staaten und Forschungseinrichtungen. Politische Akteure sprechen vielleicht von Wettrüsten, um ihre Führungsrolle zu bewahren oder Kompetenzlücken hervorzuheben,² doch das ist mehr Rhetorik als Beschreibung. Ein solches Framing riskiert, dass Schnelligkeit gegenüber Sicherheit und Ethik bevorzugt wird.³ In Zeiten steigender geopolitischer Spannungen und Anfechtung von Bürgerrechten und Demokratie sollte KI-Politik über nationalistische Visionen von technologischen Fähigkeiten hinausgehen und Offenheit für Kooperation und Wettbewerb zeigen.

Während der Begriff des Innovationswettlaufs in den Wirtschaftswissenschaften etabliert ist, muss er für den KI-Fall angepasst werden. Ihn als geopolitischen Innovationswettlauf

darzustellen hilft dabei, Debatten über eine Technologie zu normalisieren, deren Fähigkeiten oft auf gefährliche Weise übertrieben werden. Ein großer Teil des Hypes hängt mit geopolitischen und technischen Veränderungen zusammen, wie beispielsweise dem Aufstieg von China als Großmacht⁴ und Fortschritten in den Bereichen Cloud-Computing, IT-Entwicklung und KI-Trainingsdaten. Diese Faktoren haben Forschung und Entwicklung (F&E) beschleunigt, wobei über die Hälfte aller bestehenden KI-Patente zwischen 2013 und 2019 angemeldet wurden.⁵ KI ist zum Statussymbol für konkurrierende Staaten geworden. Dabei berufen sich Forschende und Firmen auf Nationalismus, um Finanzierung und politische Unterstützung zu sichern. Während auch andere Technologien geopolitisiert wurden, z.B. Cloud-Computing⁶, wird besonders KI mit Sicherheit und Macht in Verbindung gebracht, da Staaten die F&E finanzieren und Nutzung regulieren.

Im Anschluss an vorherige Kritik verweisen wir darauf, dass der Begriff des *Wettrüstens* die globale Lage zu stark vereinfacht, indem er Staaten als ausschließlich sicherheitsorientiert und das System als rein kompetitiv darstellt.⁷ Während allerdings der alternative Begriff eines *Innovationswettlaufs* treffender sein mag, hat er einen zu engen wirtschaftlichen Fokus und vernachlässigt dabei die geopolitische Dimension von KI. Aufbauend auf Debatten in der Innovationsökonomie, Kritischen Geopolitik und in den Internationalen Beziehungen identifizieren wir vier zentrale Merkmale eines geopolitischen KI-Innovationswettlaufs: Gewinnstruktur, Akteursnetzwerke, Motivationen und soziale Konstruktion von Technologie.

Unsere Untersuchung hinterfragt das Narrativ vom Wettrüsten und verdeutlicht dabei die ambivalente Beziehung zwischen Innovation und Kriegsführung. Während geopolitische Konflikte nationale F&E-Silos und Rhetorik von Technologiekrieg fördern,⁸ ist die KI-Entwicklung auch auf kollaborative Innovation und instrumentelle Kooperation angewiesen. In Anlehnung an unsere Publikation *Arms Race or Innovation Race? Geopolitical AI Development*⁹ vertreten wir das Konzept eines geopolitischen Innovationswettlaufs, der durch die vier oben genannten Merkmale definiert ist. Unsere Analyse¹⁰ von 34 Strategiepapieren aus China, den USA und der EU zeigt, wie diese Dynamiken sich praktisch entwickeln und gemeinsam den geopolitischen Innovationswettlauf bilden.

Die unsichere Auszahlungsstruktur eines geopolitischen Innovationswettlaufs

Ein geopolitischer Innovationswettlauf kann zu Negativ- oder Nullsummen-Ergebnissen führen, ähnlich wie bei einem Rüstungswettlauf. In solchen Szenarien wird Wettbewerb, insbesondere militärischer Natur, zu Lasten ethisch abgestimmter kooperativer Entwicklung beschleunigt, während zivile KI-Anwendungen als gewinnbringend für einen relativen Vorteil gesehen werden.¹¹ Expertise und Talent, Patente und Forschungsergebnisse werden als Schlüsselkapazitäten von Staaten behandelt, die geopolitischen Erfolg prägen.¹² Von den ambitionierten Halbleiter-Produktionszielen der USA bis hin zu Chinas Anreizpolitik für frühe Investitionen bestärkt die Wahrnehmung eines „Pionierzwecks“ diese Logik.¹³

Faktisch allerdings erlaubt der „Wettlauf“ um KI-Entwicklung auch absolute Gewinne durch Kooperation. Während internationale Standards und Institutionen wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oft als Rahmenordnungen für Kooperation und „fairen Wettbewerb“ angepriesen werden, wird Zusammenarbeit dennoch strategisch entlang „themenbezogener“ Linien ausgerichtet. Beispielsweise hat die EU, trotz lautstarker Unterstützung von Kooperation und Fairness, bekundet, dass sie „reagieren wird (...) values are threatened“.¹⁴ Doch eine solche Perspektive übersieht, dass Kooperation den Wettbewerb nicht abschafft, sondern vielmehr fairen Austausch, Regulierung und geteilte Gewinne überhaupt erst ermöglicht. Dieser Ansatz wird, mit einigen Ausnahmen, von der EU verfolgt, während die USA weiterhin Führung betont und Erfolg im Sinne von Ringen um relative Vorteile versteht.

Kollaborative Akteursnetzwerke innerhalb von Technopolen

In einem Rüstungswettlauf agieren Staaten als kohärente Einheiten, aber in einem Innovationswettlauf präsentieren sie sich als steuernde kollaborative Netzwerke. Die EU betont den Beitrag „aller Akteure“ und hebt KI und ihr „komplexes Ökosystem“ hervor.¹⁵ Die USA beschreibt ihr Ökosystem als gestärkt durch den Kapitalismus des freien Marktes¹⁶ und als „weltweit beneidet“.¹⁷ China betont zwischenstaatliche Zusammenarbeit, die Ministerien, Provinzen und führende Unternehmen verbindet, während gleichzeitig KI-Cluster und nationale Vorreiter gefördert werden.¹⁸ Trotz dieser Hervorhebung von Kooperation positionieren sich Staaten im globalen Wettbewerb, wobei die Zusammenarbeit durch geistiges Eigentum und Patente eingeschränkt wird, was den Prozess der Vermögensbildung durch KI widerspiegelt.¹⁹

Während die EU thematische Cluster der Zusammenarbeit unterstreicht,²⁰ richten die USA und China geographisch begrenzte Knotenpunkte ein.²¹ Globale Akquisition von KI-Talenten und internationale Kooperation lassen unbegrenzte Netzwerke vermuten, aber Akteure bleiben an lokale industrielle Basen und Lieferketten gebunden.²² Die USA betont, Barrieren für Innovation müssten entfernt werden,²³ die EU dagegen legt den Schwerpunkt auf Regulierung und Haftung während des gesamten KI-Lebenszyklus.²⁴ Dabei zementieren die staatlichen Akteure ihren Gestaltungsspielraum durch interne Umstrukturierung und Regulierung alltäglicher Praktiken von Design und Entwicklung.²⁵

Sicherheitsbedenken in Ergänzung zu wirtschaftlichen und statusbezogenen Motivationen

Im Gegensatz zu einem Wettrüsten überlappen sich in einem geopolitischen Innovationswettlauf wirtschaftliche, statusbezogene und sicherheitsbezogene Interessen.²⁶ Die USA hebt das Potenzial von KI hervor, sowohl Sicherheit als auch Wirtschaftswachstum zu fördern, und stellt diese beiden Dimensionen dabei als miteinander verflochten dar.²⁷ In ähnlicher Weise betont China globale Vormachtstellung und ökonomische *Spillover*-Effekte mit einer zivil-militärischen Fusion, die als umfassende Integration dargestellt wird.²⁸

In der EU wird Wissen mit Sicherheit in Verbindung gebracht, während es in den USA mit der Ausweitung der Führungsrolle und in China mit Schwarmintelligenz assoziiert wird.²⁹ Wissen wird daher zu einem geopolitischen Gut, dessen Umfang von lokalen Ordnungen und globalen hegemonialen Ideen geprägt ist.³⁰

Anwendung von KI: Technologie als Waffe und umstrittene Vorstellungen

Im Sinne eines Wettrüstens müsste KI eine Waffe sein. Solche Vorstellungen tauchen gelegentlich auf, beispielsweise wenn chinesische Dokumente von KI-Waffen wie „Killer-Bienen“ sprechen.³¹ US-Texte erwähnen ebenfalls durch KI erweiterte Fähigkeiten,³² aber KI wird öfter als Schlüsseltechnologie mit breiten gesellschaftlichen und ökonomischen Auswirkungen gesehen. Die EU betont das Potenzial von KI für sozialen Wandel, China für ökonomische Transformation und die USA für Wachstum. Alle drei präsentieren KI eher als Instrument ihrer nationalen Interessen und weniger als eine „Super-Intelligenz“ oder als gemeinschaftliches Gut.³³

Das transformative Potenzial von KI ist an eine nichtlineare Sicht auf F&E gebunden, nach der Experimentieren und Anpassungen für disruptive Technologien notwendig sind. Die USA unterstreicht Risikobereitschaft und Lernen durch schnelles Scheitern,³⁴ während China top-down schnelle Entwicklung fördert.³⁵ Jedes Technopol gestaltet die Bedeutung von KI und die Parameter für ihren Erfolg.

Weitere Regierungstexte diskutieren KI-Risiken, von Arbeitsplatzverlusten und Bias bis hin zum Verlust menschlicher Kon-

trolle. Die EU beschreibt KI als undurchsichtig und haftungsanfällig und bewirbt mit diesem risikoorientierten Ansatz ihre eigene Prägung.

KI-Forschung und -Entwicklung in einem geopolitischen Innovationswettlauf

Indem sie Staat, Industrie und Wissenschaft in eine Linie bringen, bemühen sich alle drei Technopole darum, ihre Position zu stärken. Die Konfigurationen sind unterschiedlich; so treibt China ein staatlich geführtes Modell voran, die EU betont Regulierung und die USA fördert einen Ökosystem-Ansatz. Doch in ihren Policy-Dokumenten spielen alle die Bedeutung transnationaler Verbindungen herunter. Die Metapher des Wettrüstens selbst nationalisiert Innovation, während sie immer noch Kooperation zwischen Netzwerken zulässt und somit Technopole als Akteure im globalen Wettbewerb stärkt.

Die heutigen Kriege und Narrative des *Technologiekriegs* verdeutlichen, wie der Wettbewerb um Allzwecktechnologien mit Sicherheitsfragen verflochten ist.³⁶ Dennoch ist Orientierung nach innen durch globale Lieferketten und Wissensdiffusion nur eingeschränkt möglich. Unsere Arbeit rekonstruiert, wie sich Akteure den Wettlauf vorstellen, wodurch ihr Verhalten erklärt werden kann. KI-Wettbewerb als Sicherheitsthema darzustellen ist eng verbunden mit wirtschaftlichen und ideologischen Zielen. Das spiegelt umfassendere Dynamiken des Wettlaufs in Quantencomputing, Halbleitern und anderen aufkommenden Technologien wider.³⁷

Unsere Ergebnisse legen mehrere Schlussfolgerungen für Politik und Debatten nahe. Erstens sollte die Metapher des Wettrüstens vermieden werden, da sie KI-Entwicklungen zu stark simplifiziert und Eskalationsrisiken birgt. KI stattdessen als geopolitischen Innovationswettlauf zu illustrieren, schließt sowohl Wettbewerb als auch Kooperation ein. Zweitens ist Rhetorik wichtig: Die nationalistische Redeweise von *Wettlauf* spiegelt eine umfassendere *Rückkehr zu Geopolitik* wider und zielt dabei nicht nur darauf ab, die Realität zu beschreiben, sondern auch sie zu erschaffen. Dabei bleibt wenig Raum für Optimismus (beispielsweise für Rüstungskontrolle autonomer Waffen). Schließlich kann die Stärkung kooperativer Rahmenordnungen durch internationale Standards und Regulierung Rivalitäten abmildern und verantwortungsvollere Innovation fördern.

Referenzen

- Asaro, P. 2019. What is an 'Artificial Intelligence Arms Race' Anyway? *I/S: A Journal of Law and Policy for the Information Society* 15(1-2): 45–64.
- Baur, A. 2023. European Dreams of the Cloud: Imagining Innovation and Political Control. *Geopolitics* 29(3): 796–820.
- Cave, S., and S. S. ÓhÉigearaigh. 2018. An AI Race for Strategic Advantage: Rhetoric and Risks. In Proceedings of the 2018 AAAI/ACM Conference on AI, Ethics, and Society, 36–40. AIES'18. New Orleans, LA: Association for Computing Machinery.
- CSET (Center for security and emerging technology). 2019. Artificial Intelligence Security Standardization White Paper (2019 Edition). Accessed April 15, 2022. https://cset.georgetown.edu/wp-content/uploads/t0121_AI_security_standardization_white_paper_EN.pdf
- CSET (Center for security and emerging technology). 2020. (Authorized Release) Proposal of the Central Committee of the Chinese Communist Party on Drawing Up the 14th Five-Year Plan for National Economic and Social Development and Long-Range Objectives for 2030. Accessed July 19, 2024. <https://cset.georgetown.edu/publication/proposal-of-the-central-committee-of-the-chinese-communist-party-on-drawing-up-the-14th-five-year-plan-for-national-economic-and-social-development-and-long-range-objectives-for-2030/>
- Christakis, T. 2020. 'European Digital Sovereignty': Successfully Navigating Between the 'Brussels Effect' and Europe's Quest for Strategic Autonomy. Technical report. Multidisciplinary Institute on Artificial Intelligence/Grenoble Alpes Data Institute. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3748098
- US DoD (Department of Defense). 2020. Department of Defense AI Education Strategy. Accessed April 15, 2022. https://www.ai.mil/docs/2020_DoD_AI_Training_and_Education_Strategy_and_Infographic_10_27_20.pdf
- EC (European Commission). 2018. Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: Artificial Intelligence for Europe. Accessed April 15, 2022. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018DC0237&from=EN>
- EC (European Commission). 2021a. Fostering a European approach to artificial intelligence (COM/2021/205 final). Accessed April 15, 2022. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52021DC0205>
- EC (European Commission). 2021b. Horizon Europe Strategic Plan (2021 – 2024). Accessed April 15, 2022. <https://op.europa.eu/en/web/eu-law-and-publications/publication-detail/-/publication/3c6ffd74-8ac3-11eb-b85c-01aa75ed71a1>
- ENISA (European Union Agency for Cybersecurity). 2020. AI Cybersecurity Challenges: Threat Landscape for Artificial Intelligence. Accessed April 15, 2022. <https://www.enisa.europa.eu/publications/artificial-intelligence-cybersecurity-challenges>
- EOP (Executive Office of the President). 2018. FY 2020 Administration Research and Development Budget Priorities. Accessed April 15, 2022. <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2018/07/M-18-22.pdf>
- Haddad, C., D. Vorlíek, and N. Klimburg-Witjes. 2024. The Security-Innovation Nexus in (Geo-)Political Imagination. *Geopolitics* 29 (3): 741–764.
- Hermann, I. 2021. Artificial intelligence in fiction: between narratives and metaphors. *AI & Society* 38, 319–329.
- Johnson, J. 2019. The end of military-techno Pax Americana? Washington's strategic responses to Chinese AI-enabled military technology. *The Pacific Review* 34 (3): 1–28.
- Laine, J. P. 2016. The Multiscalar Production of Borders. *Geopolitics* 21:465–482.
- Mahony, M. (2020). Geographies of science and technology 1: Boundaries and crossings. *Progress in Human Geography*, 45(3), 586–595.
- MIIT (Ministry of Industry and Information Technology). 2017. Three-Year Action Plan for Promoting Development of a New Generation Artificial Intelligence Industry (2018–2020). Accessed April 15, 2022. <https://www.newamerica.org/cybersecurity-initiative/digichina/blog/translation-chinese-government-outlines-ai-ambitions-through-2020/>
- NSCAI (National Security Commission on Artificial Intelligence). 2021. Final Report National Security Commission on Artificial Intelligence. Accessed April 15, 2022. <https://www.nscai.gov/wp-content/uploads/2021/03/Full-Report-Digital-1.pdf>
- OSTP (The White House Office of Science and Technology Policy). 2018. Summary of the 2018 White House Summit on Artificial Intelligence for American Industry. Accessed April 15, 2022. <https://trumpwhitehouse.archives.gov/wp-content/uploads/2018/05/Summary-Report-of-White-House-AI-Summit.pdf?latest>

- PRC MoE (People's Republic of China Ministry of Education). 2018. Notice of the Ministry of Education on Issuing the Artificial Intelligence Innovation Action Plan for Institutions of Higher Education. Accessed April 15, 2022. <https://cset.georgetown.edu/wp-content/uploads/Notice-of-the-Ministry-of-Education-on-Issuing-the-Artificial-Intelligence-Innovation-Action-Plan-for-Institutes-of-Higher-Education.pdf>
- Rikap, C., and B.-Å. Lundvall. 2021. The Digital Innovation Race: Conceptualizing the Emerging New World Order. London: Palgrave Macmillan.
- Schmid, S., Lambach, D., Diehl, C., & Reuter, C. (2025). Arms Race or Innovation Race? Geopolitical AI Development. *Geopolitics*, 30(4), 1907–1936. <https://doi.org/10.1080/14650045.2025.2456019>
- State Council. 2017. State Council Notice on the Issuance of the Next Generation Artificial Intelligence Development Plan. Accessed April 15, 2022. <https://flia.org/wp-content/uploads/2017/07/A-New-Generation-of-Artificial-Intelligence-Development-Plan-1.pdf>
- WIPO (World Intellectual Property Organization). 2019. WIPO Technology Trends 2019: Artificial Intelligence. Technical report. World Intellectual Property Organization. Accessed June 10, 2021. <https://www.wipo.int/publications/en/details.jsp?id=4386>
- 9 (Schmid et al. 2025)
- 10 Mehr Informationen zu Methodologie und Daten finden sich im Original-Artikel und im dort zur Verfügung gestellten Online-Anhang.
- 11 (US DoD 2020)
- 12 (PRC MoE 2018)
- 13 (NSCAI 2021)
- 14 (EC 2021a)
- 15 (EC 2018) – hier deutsche Fassung angeben: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018DC0237>
- 16 Seit 2025, unter der zweiten Trump-Regierung, ist jedoch eine engere Verflechtung zwischen staatlichen und industriellen Akteuren zu beobachten, was auf eine Entwicklung hin zu mehr staatlich gelenkter Innovation hindeutet.
- 17 (EOP 2018); unsere Übersetzung.
- 18 (MIIT 2017)
- 19 (Rikap and Lundvall 2021)
- 20 (EC 2021b)
- 21 (NSCAI 2021)
- 22 (CSET 2020)
- 23 (OSTP 2018)
- 24 (ENISA 2020)
- 25 (Laine 2016)
- 26 (Haddad et al. 2024)
- 27 (OSTP 2018)
- 28 (MIIT 2017)
- 29 (US DoD 2020; State Council 2017)
- 30 (Mahoney 2021)
- 31 (CSET 2019); unsere Übersetzung.
- 32 (NSCAI 2021)
- 33 (Hermann 2021)
- 34 (OSTP 2018)
- 35 (PRC MoE 2018)
- 36 (Rikap and Lundvall 2021)
- 37 (Christakis 2020)

Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag basiert stark auf unserem Beitrag „KI im geopolitischen Innovationswettlauf“ (erschienen im CNTR Monitor 2025) (<https://www.cntrarmscontrol.org/de/publikationen/cntr-monitor>) und fasst unseren Artikel „Arms Race or Innovation Race? Geopolitical AI Development“ (Schmid et al. 2025) zusammen.
- 2 (Johnson 2019)
- 3 (Cave and ÓhÉigearaigh 2018)
- 4 (Johnson 2019)
- 5 (WIPO 2019)
- 6 (Baur 2023)
- 7 (Asaro 2019)
- 8 (Rikap and Lundvall 2021)



Christian Reuter, Carlo Diehl und Stefka Schmid



Prof. Dr. Dr. **Christian Reuter** ist Universitätsprofessor am Fachbereich Informatik der Technischen Universität Darmstadt. Sein Lehrstuhl *Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit* (PEASEC) verbindet Informatik mit Friedens- und Sicherheitsforschung. Er hält Doktorgrade in Wirtschaftsinformatik (Siegen) sowie in Sicherheitspolitik (Nijmegen). Mit einem Fokus auf Cybersicherheit und -Privatheit, Friedens- und Konfliktforschung sowie Mensch-Computer-Interaktion adressieren er und sein Team die Themenfelder Friedensinformatik, Kriseninformatik und Informationskrieg sowie Benutzbare Sicherheit und Privatheit.

Carlo Diehl arbeitet derzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag. Zuvor war er während seines Masterstudiums der Internationalen Studien / Friedens- und Konfliktforschung an der Goethe-Universität Frankfurt und der TU Darmstadt am Forschungszentrum *Normative Orders* als studentischer Mitarbeiter tätig.



Dr. phil. **Stefka Schmid** ist seit November 2025 Post-Doktorandin in der *Digital Economic Security Lab* (Aalto University, Finnland) und forscht dort zur geopolitischen Dimension von Technologien wie Cloud Computing und staatlich-industriellen Beziehungen. Von 2020 bis 2025 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin (Dr. phil.) am Lehrstuhl *Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit* (PEASEC) an der Technischen Universität Darmstadt und untersuchte die Mensch-Computer-Interaktion in Krisen und sicherheitskritischen Szenarien sowie die Rolle von Visionen Künstlicher Intelligenz für die internationale Sicherheit.

Künstliche Intelligenz: Quo vadis?

Large Language Models von OpenAI innerhalb der US-Technologie-Strategie – Eine unübersichtliche Inszenierung von weltweiter Bedeutung

Mit den hier betrachteten generativen KI-Systemen rückt der uralte Traum einer maschinellen, der menschlichen nahe kommenden Intelligenz in erreichbare Nähe – wenn sie nicht gar übertragen wird. Dieses Credo des CEO der OpenAI-Foundation wird in dieser Untersuchung bestritten.

Das jüngst entstandene KI-Kartell aus OpenAI, Microsoft, Nvidia, Google und anderen will diesen Glaubenssatz gemeinsam in die Tat umsetzen. Das sich bedrohlich abzeichnende Platzen der gigantischen Investitions- bzw. Finanzblase soll verhindert und in den ebenso großartigen Traum eines Jahrtausend-Geschäfts mit weltpolitischer Bedeutung verwandelt werden.

1. Einleitung

Je deutlicher die Enttäuschung über den Funktions- und Leistungsumfang der letzten, im August 2025 präsentierten Version ChatGPT-5 kommuniziert wird, desto dynamischer entwickeln sich seine Marketing-Aktivitäten. Keineswegs überraschend die Antwort des CEO der OpenAI-Foundation Sam Altman: er gab zu, dass das Unternehmen den Start „total vermasselt“ („totally screwed up“) habe, nachdem eine Welle negativer Rückmeldungen eingetroffen war.

Sollten die führenden Vertreter von OpenAI, allen voran der CEO Sam Altman, über die grundsätzlichen wie erheblichen Defizite des Systems derart uninformativ gewesen sein, dass ihre Überraschung nicht gespielt war, sondern ihrem tatsächlichen Wissensstand entsprach?

Im Ergebnis erwiesen sich die Verbesserungen als marginal und einige ernste Mängel zeigten sich unverändert – in schroffem Gegensatz zu den Ankündigungen. Der Ruf nach der Rückkehr zum Vorgängermodell GPT-4 wurde laut und auch befolgt; nunmehr gab es heftige Kritik wie auch selbstkritische Statements mehrerer Verantwortlicher.¹ Die tatsächlichen Mängel und Schwächen der LLM-Technologie als Grundlage der ChatGPT-Systemfamilie wurden weiterhin klein geredet.

Relevanz des Themas

Die US-amerikanischen Milliardäre, sie bilden im Wesentlichen die Finanziers und Promotion-Group, repräsentieren nicht le-

diglich ihren eigenen Reichtum, sondern Prinzip und Paradigma des weltweiten Finanzkapitals. Zusammen mit ihrem neuen Präsidenten gehen sie davon aus, dass die weltweite Definitionshoheit über das Wissen und seine Begriffe wie der von ihnen kontrollierte Zugriff auf weltweite Wissenstankstellen eine erfolgversprechende Waffe im längst eröffneten Kampf um die Weltherrschaft im Allgemeinen und im Bereich von Wissen und Bildung im Besonderen darstellt.

2. „Schnipsel“ als mathematische Objekte

Die zentrale Besonderheit der Systemfamilie ChatGPT besteht in der Doppel-Existenz von Wissen wie von Kommunikations- und Sprachvermögen und ist verantwortlich für das enorme Leistungsvermögen – aber auch für die nicht mehr übersehbaren so genannten *Halluzinationen*. Die Arbeitsweise der Large Language Models besteht darin, dass die Zerlegung ausgewählter wie auch wahllos akquirierter Texte in fast sämtlichen natürlichen (Schrift-) Sprachen in Fragmente, genannt Token, am Anfang steht.

Als Ergebnis entstehen endlose Ketten dieser Token, deren jeweilige Trennstellen die Menge der Verbindungs-Häufigkeiten ergibt und daraus deren Wahrscheinlichkeiten erzeugt.

2.1 Token und stochastische Referenzen

Die Menge dieser Token mit ihren bilateralen wie auch jenen Wahrscheinlichkeiten, die aus der zusammenfassenden Betrach-

Tokens	Characters
95	444
<pre> Lorem ipsum dolor sit amet, consectetur adipiscing elit, sed do eiusmod tempor incididunt ut labore et dolore magna aliqua. Ut enim ad minim veniam, quis nostrud exercitation ullamco laboris nisi ut aliquip ex ea commodo consequat. Duis aute irure dolor in reprehenderit in voluptate velit esse cillum dolore eu fugiat nulla pariatur. Excepteur sint occaecat cupidatat non proident, sunt in culpa qui officia deserunt mollit anim id est laborum</pre>	

Tokenization: Zerlegung eines lateinischen Textes.²

tung längerer Ketten entstehen, bilden einen wesentlichen Bestandteil der Trainings- oder Wissensbasis.

Für die Erschließung solcher Wissensbasen können die Benutzer umgangssprachliche *Prompting*-Texte eingeben. Diese Textpassagen werden nach dem Einlesen auf sogenannte Schlüsselwörter untersucht, woraus wiederum die internen Such- und Konstruktions-Algorithmen erzeugt werden. Dieser Prozess ist weit umfangreicher als hier dargestellt und erfordert erhebliche manuelle Tätigkeiten, u. a. Programmierung, die allerdings von den Herstellern nur sehr ungern benannt und veröffentlicht werden.³

Grundlegende Arbeiten sind in dem 2017 entstandenen Google-Research-Paper *Attention Is All You Need* veröffentlicht.⁴

Das GPT-Modell ist hier lediglich als ein Text-Generator zu betrachten. Erst durch weitere manuelle Bearbeitung entsteht daraus das *ChatGPT-System*.⁵

2.2 Transaktionen und Parallelität

Mit Beginn der Arbeiten an ChatGPT war allen bewusst, dass die ungeheure Menge von Texten und insbesondere die daraus erwachsene Zahl der durch die Fragmentierung entstehenden Wahrscheinlichkeits-Relationen nicht ohne weiteres in endlicher Zeit bearbeitet werden konnten. Nur eine hochgradig parallele Bearbeitung konnte dies erreichen – die wiederum erforderte eine Darstellung der Operanden in Matrizenform. Die dafür benötigten Voraussetzungen gelangen im Jahre 2017 in den Google Laboratories mit dem *Attention-Mechanismus* der *Transformer-Architektur*. Damit war der Weg frei für die benötigten unglaublich hohen Geschwindigkeiten durch den Einsatz von Hundertausenden Spezialrechnern des Herstellers *Nvidia*.

3. „.... tiefgreifender als Elektrizität oder Feuer“!

Die phänomenalen Skalierungseffekte in der Abfolge der ersten Versionen der ChatGPT-Familie trafen auf hoch geschraubte Erwartungen einer Simulation von speziellem wie allgemeinem Wissen, die alle bisherigen Nachschlagewerke und Fachbücher übertreffen sollte. Im Unterschied zu diesen existierte jetzt ein allgegenwärtiger Wissenszugang über das Internet mit einem mehr oder weniger problemlosen Zugang per Text oder auch Sprache, erweitert durch einen immer verfügbaren und verständnisvollen Chat-Partner. Bereits drei Jahre nach der Gründung von OpenAI, im Jahre 2018, gab sich der damalige Google-Chef Sundar Pichai siegessicher: „KI ist eines der wichtigsten Dinge, an denen die Menschheit arbeitet. Es ist tiefgreifender als, ich weiß nicht, Elektrizität oder Feuer.“⁶ Nun zählten bereits zu diesem Zeitpunkt die Investitionen -zig Milliarden – aber es gab immer noch keinen ernsthaften Versuch innerhalb der akademischen oder Finanzwelt, die Funktions- und Leistungsparameter in Beziehung zu den verschiedenen Geschäftsmodellen zu setzen. Auch unter den großen IT-Unternehmen fand sich keines, welches eine Überprüfung vornehmen möchte. 2018 existierten tatsächlich erste imponierende Vorzeigemodelle – ausschlaggebender für die Investoren waren die Skaleneffekte, die steil nach oben wiesen. Aufkommende Bedenken wegen der Ähnlichkeit zur *Dotcom-Blase* in 2001

wurden zurückgewiesen: Damals gab es keine bis kaum Einnahmen aus funktionierenden Geschäftsmodellen – jetzt wiesen alle Finger auf den Überflieger Nvidia, der ja mit seinen Spezial-CPUs bereits enorme Umsätze erzielte, mit Gewinnmargen um die 50 %.

Die Architektur wie Informationsverarbeitung schien den Außenstehenden, obwohl in der Regel hochkarätige IT-Fachleute, nicht ausreichend klar zu sein: Die ChatGPTs bilden eine Klasse der generativen Large Language Modelle, einen stochastischen Systemtyp, der weder rechnen kann noch *definite Aussagen* zu ermitteln vermag.

Die steilen Skaleneffekte hatten den Sinn fürs Grundsätzliche getrübt, und mit einer Mischung aus amerikanischem Exzessionalismus und Pragmatismus schwelgten die Macher in den Visionen jedweder Machbarkeit – vorausgesetzt, die Ressourcen waren ausreichend.

Dazu gehören ein alle bisherigen Vorstellungen sprengender, unkommentierter und sich jeder Zweck-Mittel-Relation entziehender Ressourceneinsatz, ungelöste Copyright-Probleme wie auch eine ebenfalls unkommentierte Agenda zur Entwicklung einer „Superintelligenz“ unter der Bezeichnung *Artificial General Intelligence* (AGI).

Die öffentlich-rechtliche ARD stellt die rhetorische Frage „Wieviel ist die Zukunft wert?“ und gibt die Antwort, indem sie die Milliardärs-Gemeinschaft zitiert „etwa eine Billion Dollar“ – „so viel will die gesamte Tech-Industrie in den kommenden Jahren in Künstliche Intelligenz (KI) investieren“. Offensichtlich hat das Finanzkapital die Kontrolle nicht allein über die Gegenwart, sondern bereits über die Zukunft übernommen.

Gleichwohl gab es zu keinem Zeitpunkt einen ernsthaften Versuch innerhalb der akademischen oder Finanzwelt, die Funktionalität oder das Geschäftsmodell kritisch zu beleuchten. Dabei waren die Schwächen der bisherigen Versionen seit Jahren bekannt, und was die führenden Entwickler natürlich sehr wohl wussten, dass diese Schwächen dem Konzept zu eigen und untrennbar mit den Vorzügen des Systems verbunden waren.

Es gab also im engeren Sinne kaum ein Motiv, sich zu diesem Zeitpunkt an dem Projekt zu beteiligen – auch wenn die genannten Summen sich häufig auf Optionen oder Kooperationen⁷ anstatt auf Investitionen im üblichen Sinne bezogen.

3.1 Enorme Potenziale ...

Hören wir die Selbstdarstellung von ChatGPT auf die Frage eines Reporters der Schweizer *Netzwoche* im Jahre 2023: „Wie wirst du die Welt verändern?“

ChatGPT: „Als Language Model, wie ich es bin, und insbesondere als general-purpose AI, habe ich das Potenzial, die Welt in vielerlei Hinsicht zu verändern. Meine Fähigkeiten können dazu beitragen, Prozesse und Aufgaben in vielen Branchen und Bereichen zu automatisieren und zu optimieren, was dazu führen kann, dass Arbeit effizienter und produktiver wird.“⁸

Tatsächlich wurde bald eine große Anzahl von Erfolgen kolportiert, die von sehr gut gestalteten und auch fehlerfreien wissenschaftlichen Arbeiten zu berichten wussten. Bachelor- und Diplomarbeiten, ja sogar Dissertationen sollten entstanden sein, und es wurde bereits über Zulässigkeit oder Verbot der Nutzung von LLM-Systemen bei der Erbringung wissenschaftlicher Leistungen diskutiert.

Aber erhebliche Probleme waren unübersehbar

Allen Beteiligten war klar – musste klar sein – dass die bisher aufgetretenen Nonsense-Effekte (Halluzinationen) eine nicht unerhebliche Gefahr für die Funktionssicherheit der LLM-Systeme darstellen. Indem man sie als Kinderkrankheiten verharmloste und ihre Behebung nächsten Technologieschritten oder dem nächsten Release zuschob, konnte man sich fürs Erste beruhigen.

In einem Gespräch mit dem Berliner *Tagesspiegel* erwiderte Microsoft-Gründer Bill Gates im Februar 2023 auf die Bemerkung, der Alltag mit der neuen KI-Software sei angesichts deren Fehlerträchtigkeit ernüchternd, dass es bis zur Lösung des Fehlerproblems noch „ein paar Jahre“ dauern werde. Es führe kein Weg zurück. „Die Milliarden, die in den Software- und Digitalunternehmen in diese Entwicklung fließen, sind größer als die Forschungsetats von Regierungen.“⁹

3.2 Die Hoffnung der Verzweifelten?

Die in Stufen vollzogene Skalierung vervielfachte jeweils den Ressourcen- und Kapitalbedarf. Bereits für die Entwicklung von ChatGPT-3 nannte Sam Altman astronomische Zahlen. Der explodierende Energiebedarf sah die Verlagerung der neuen Tempel an jene Orte vor, wo Energie reichlich und günstig zu haben war – etwa in die Nähe großer Wasserkraftwerke. Prozessorleistung – kein Problem, solange die Skalierbarkeit durch die Parallelverarbeitung gesichert blieb. Entsprechende Prozessoren – die Chip-Produktion von Nvidia lässt sich mit einem entsprechenden Finanzierungsmodell auf jede Größe bringen. Wer trägt die Risiken? Das Unternehmen – die Welt – der Dollar?

Was machte es so attraktiv, diesem risikobehafteten Weg zu folgen und sowohl riesen- bzw. wahnhafte Ressourcen-Anforderungen zu ignorieren wie auch die ersten Hinweise, dass es mit der Erzeugung definiten Wissens nicht recht gelingen wollte? Die enormen Ressourcen-Anforderungen galten jedenfalls als ein Garant für ein (weltweites) Monopol – wer hätte es ihnen auch gleich tun können?

Der Hype hatte vor allem in den westlichen Ländern den Charakter einer Staatsdoktrin angenommen. Eine Verweigerung bedrohte die wirtschaftliche Prosperität, die Verteidigungsfähigkeit, die staatliche Souveränität, kurzum die Existenz der (westlichen) Staaten.

4. Desaster oder kalkuliertes Manöver?

Am 7. August 2025 stellte OpenAI mit ChatGPT-5 das neueste KI-Sprachmodell vor: „Diese Version stellt einen wichtigen Entwicklungsschritt im Bereich der künstlichen Intelligenz dar und

bietet zahlreiche Funktionen, die insbesondere für Unternehmen von Bedeutung sind.“¹⁰ Hinter dieser allgemein gehaltenen Ankündigung lugt bereits ein großes Problem hervor.

Die Verbesserungen gegenüber dem Vorgänger ChatGPT-4 blieben marginal, die seit Beginn seines Einsatzes nicht kontrollierbaren Halluzinationen und Falschaussagen waren keineswegs abgestellt. Empörte Zuschirften forderten eine Rückkehr zur vorherigen Version ChatGPT-4 und setzten sich durch.

Sam Altman, verantwortlicher CEO von OpenAI, gesteht nicht das Scheitern ein, sondern macht zum wiederholten Male erkennbar überzogene Versprechen über die kommenden Modelle. Er spricht von *Artificial General Intelligence*, von *Singularity* und *multiple PhD Assistants* war bereits die Rede.

Sam Altman trat die Flucht nach vorn an, und nahm gleich neue Hypothesen auf: Nun mehr ginge es um (noch) Größeres, nämlich um die immer im Blick gehaltene, aber nun verstärkt propagierte *Generelle Künstliche Intelligenz* (AGI). Das *Handelsblatt* hilft gern aus, wenn es eine drohende argumentative Leerstelle zu überbrücken gilt und souffliert: „AGI“, so springen sie ein, „ist eine hypothetische Form der KI, die menschenähnliche Intelligenz in ihrer Breite und Tiefe erreicht und damit die Fähigkeit besitzt, alle kognitiven und wirtschaftlichen Aufgaben ebenso gut wie oder besser als ein Mensch ausführen zu können.“¹¹

4.1 Eine Wende in Richtung Zukunft

Wenn wir anerkennen, dass das Großprojekt OpenAI ein ganz besonderes ist, dessen Tragweite und Zielsetzung die strategischen Interessen der USA ebenso berühren wie die des von dort agierenden Finanzkapitals, können wir nicht erwarten, selbst im Falle eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs, einen solchen auch tatsächlich zu erleben.

Mit Datum vom 29. Oktober 2025 meldete das Handelsblatt eine neue Unternehmensstruktur bei OpenAI: „Die bisherige Non Profit-Organisation heißt künftig *OpenAI Foundation*. Sie hält eine Beteiligung von ca. 136 Mrd. US-Dollar an der neu gegründeten *OpenAI Public Benefit Corporation (OpenAI PBC)*. Diese soll Gewinne erwirtschaften, während die Stiftung die strategische Kontrolle behält.“¹²

Natürlich waren den führenden Mitarbeitern der Unternehmensführung die Schwachstellen der ChatGPT-Entwicklung ebenso bekannt wie die Unmöglichkeit ihrer Behebung – jedenfalls innerhalb dieser Systemarchitektur und in naher Zukunft. Daraus erwächst die Vermutung, dass der Crash mit ChatGPT-5 bewusst inszeniert war, vielleicht, um aus noch unbekannten Gründen die neue Unternehmensstruktur durchzusetzen.¹³

Sam Altman auf dem Weg in den Sonnenuntergang

„Whether we burn 500 million a year or 5 billion or 50 billion a year, I don't care I genuinely don't as long as we can stay on a trajectory where eventually we create way more value for society [snip] We're making AGI it's going to be expensive It's totally worth it.“¹⁴

Die Botschaft für den Markt

Warum und aus welcher Intention auch immer – die vernichtende Präsentation der fünften Version löste Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Systems aus und konnte nicht ohne Antwort bleiben. Ein grundsätzlich infragestellendes Systemansatzes ist aber offensichtlich weder erwünscht noch notwendig. Es besteht die Hoffnung, der Hype könnte trotz des Einbruchs eine eigenständige Tragkraft entwickeln und sich selbst an den Haaren aus dem Sumpf ziehen. Es bleibt die Forderung an einsatzfähige ChatGPT-Systeme. Dies gilt umso mehr, als mit DeepSeek eine chinesische Konkurrenz den Markt betreten hat.

Nunmehr ist Eile geboten, denn die LLM-Systeme haben insgesamt die Unternehmen noch gar nicht erreicht; dort herrscht Zurückhaltung. Wegen der bekannten enormen Unzulänglichkeiten ist zur Zeit an einen Einsatz gar nicht zu denken.

Der CEO von Airbnb, Brian Chesky, ein weiterer Champion des digitalen Business in den USA und ein Freund von Sam Altman: „KI hat die Welt noch nicht verändert, sie hat es einfach nicht“, sagte Chesky dem Handelsblatt, und fährt fort, als müsste er vor einer Blase warnen: „Wenn ein Unternehmen Kapitalzusagen

in Höhe von mehreren Hundert Milliarden Dollar oder gar einer Billion macht“, dann müsste es im Gegenzug „letztlich auch Erlöse in dieser Höhe vorweisen können“ – womit er den seltsamen Deal des KI-Kartells ansprach.¹⁵

4.2 Ein Kartell mit weltweiter Präsenz

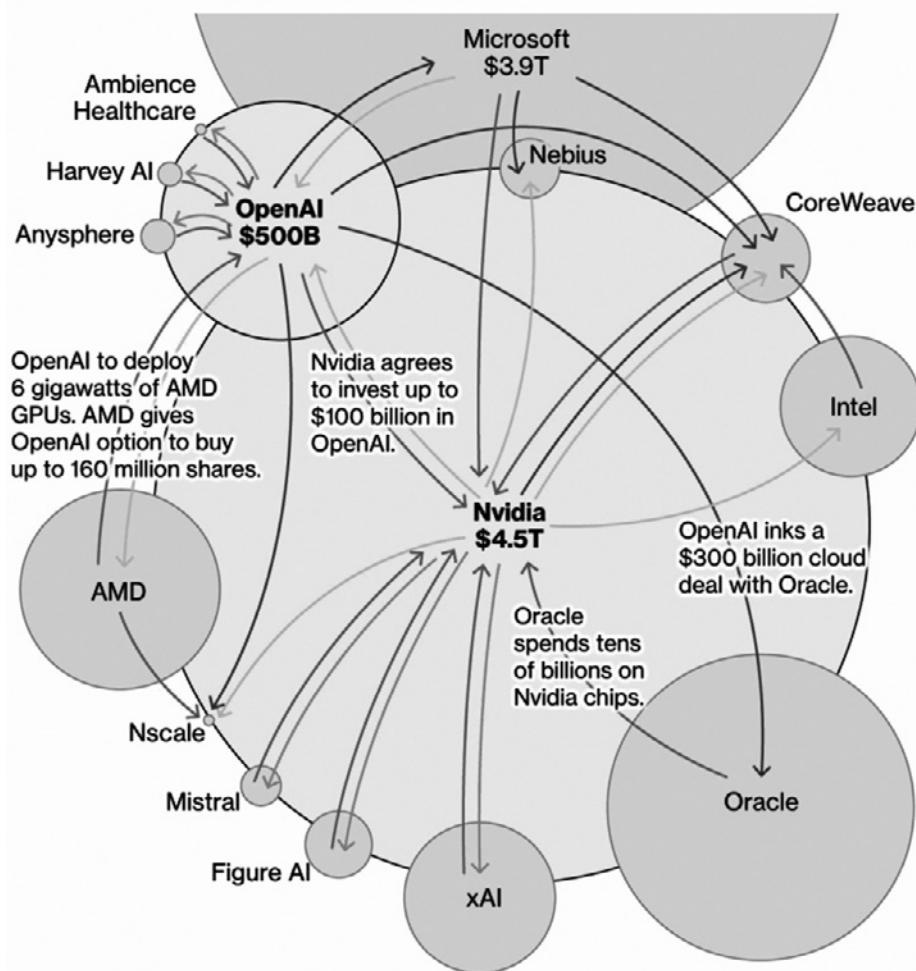
Das Riesenheft der benötigten Ressourcen, wie ihre noch unbekannten Konsequenzen für den betrieblichen Einsatz, erzeugen Bedenklichkeiten und lassen das Gefühl der Bedrohung entstehen. Konfrontiert mit den bestehenden konzeptionellen Schwächen der ChatGPT-Familie und dem Fehlen eines ertragreichen Geschäftsmodells entstehen Erinnerungen an bisherige Blasen. Seit Oktober des Jahres 2025 zeigen die Börsen erste Reaktionen.

Aber es gibt Hilfe: ungewöhnliche Geschäfts- wie Finanztransaktionen signalisieren Rettung. Die bisher engagierte Gruppe der IT-Milliardäre, ergänzt um weitere aus ihrem Umfeld, haben gegenseitige Verflechtungen in enormer Größe beschlossen. Die vereinbarten Umsätze, Investitionen und Kooperationen zielen darauf, das Geschäftsfeld der Künstlichen Intelligenz zu stabilisieren – sie sollen die Blase vor ihrem Zerplatzen bewahren. Eine erste Besichtigung ergibt, dass sich die Vereinbarungen allesamt um das Unternehmen Nvidia ranken. Was ist an ihm besonders? Die *Nvidia Corporation*¹⁶ ist das einzige Unternehmen dieser Runde, welches reale, dingliche Produkte und damit Werte produziert, die als Sicherheit für die verabredeten Transaktionen dienen können.

Der eigentliche Clou – man folge den Linien in der Bloomberg-Zeichnung – besteht in der Mehrfach-Beleihung der Sicherheiten in Gestalt der Nvidia-Chips. Dies ähnelt fatal einer Wiederholung der Dotcom-Blase (2001) wie auch der Immobilien- bzw. Finanzkrise in den USA des Jahres 2008: Die trickreich vorgenommene Mehrfach-Beleihung der hinterlegten Sicherheiten wird in der von Bloomberg referenzierten Graphik mit dem Hinweis auf die Krise und Finanzblase des Jahres 2008 wie folgt kommentiert: „2008 had mortgages – 2025 has CPUs“.¹⁷

How Nvidia and OpenAI Fuel the AI Money Machine

/ Hardware or Software / Investment / Services / Venture Capital
Circles sized by market value



Quelle: Bloomberg News reporting

5. Künstliche Intelligenz und die Politik der USA

Die bemerkenswerten Vorzüge der Konzeption der Produktfamilie ChatGPT sind mit den Schwächen erratischer Fehlleistungen systemisch verbunden, und es gibt keine Möglichkeit zur Propagierung von definitem Wissen. Stattdessen erhält der Benutzer relativierende oder unangemessen apodiktische Aussagen.

Die bisherigen Einnahmen erscheinen insbesondere den Investoren gänzlich ungenügend. Wegen der oben genannten Schwächen wird sich dies – wenn überhaupt und innerhalb dieser Architektur – erst auf mittlere Sicht ändern. Die benötigten Einnahmen können nur aus der Lizenzvergabe an große und mittlere Unternehmen entstehen. Dafür bestehen heute keine Voraussetzungen. Stattdessen gibt es Hochglanzprospekte, wie die breit gestreute Google-Broschüre *Aufbruch*: Die darin beschriebenen Pläne und Projekte, etwa im Bereich des Prozessmanagements, bewegen sich dort, wo die Schwächen von GPT auf die Stärken ihrer traditionellen Wettbewerber treffen.¹⁸

Für die Nachfolge der LLM-Systeme bringt sich bereits der Meta Chief AI Scientist Yann LeCun in Position. Er bezeichnet auf einem Seminar am 10. September an der New Yorker Universität autoregressive LLMs als „verdorben“ und präsentierte seinen Formalisierungsansatz JEPAs als überlegene Alternative – einsatzbereit in wenigen Jahren.¹⁹

Nicht allein die spektakuläre *Kreislaufwirtschaft* der führenden IT- und Digitalunternehmen (vgl. Abbildung von Bloomberg) in den USA, die die Bezeichnung *Kartell* rechtfertigt, auch die enge Abstimmung mit den Gouverneuren von Texas und Delaware²⁰ bei der Umgestaltung der OpenAI-Unternehmung verweisen auf die insbesondere unter dem Präsidenten Trump intensivierte Verbindung des Internationalen Finanzkapitals (IFK) mit staatlichen Institutionen. Ein Blick auf die aktuellen Proportionen muss Bedenken auslösen: Für die vergangenen drei Jahre gilt, dass 80 % der Gewinne der Top 500 US-Unternehmen dem AI-Geschäft (sic!) entstammen. Das gesamte Wachstum des US Brutto-Inland-Produkts (BIP) in Höhe von 1,5 % beruht auf dem AI-Boom. Diese Abhängigkeit von einer Technologie ist so bemerkenswert wie riskant.²¹

Referenzen

- Davidson, Neil, 2023. What Was Neoliberalism? Studies in the Most Recent Phase of Capitalism, Chicago: Haymarket Books.
- Elsner, Wolfram, 2021. Globalisation, de-globalisation, re-globalisation. On old globalisation, de-globalisation pre- and under Corona, and the restructuring of VACs ‘post-Corona’, Int. J. Pluralism and Economics Education 12(1), 14-27.
- Heise, Arne, 2023. A Keynesian-Minskian perspective on the transformation of industrial into financial capitalism, Journal of Evolutionary Economics 33, 963-990.
- Hudson, Michael, 2024. Deutschland als Kollateralschaden in Amerikas neuem Kalten Krieg, Berliner Zeitung, berliner-zeitung.de/ 31.3.2024.
- Kasonta, Adriel, 2024. Interview m. Prof. Michael Brenner, Asia Times 29.3.2024. [abgerufen am 12.8.2024]
- Krieger, Wolfgang, 2025. in Elsner & Krieger, Abstieg der Moderne, Bergkamen pad-Verlag.
- Krieger, Wolfgang, 2022. Hegelsche Dialektik und das Problem der Formalisierung, Bremen: Uni-Bibl. Bremen.
- Kurzweil, Ray, 2012. How to create a Mind, London: Penguin Books Ltd.
- Raschka, Sebastian, 10/2024. Build a Large Language Model (From Scratch), Manning Publications, ISBN-10: 1633437167, ISBN-13: 978-1633437166
- Rügemer, Werner, 2021. BlackRock & Co. enteignen! Auf den Spuren einer unbekannten Weltmacht, Frankfurt/Main: Nomen.
- Schwab, Klaus, 2019. Die Zukunft der Vierten Revolution, München: Pantheon.
- Vighi, Fabio, 2024. Notfallkapitalismus. Bergkamen: pad-Verlag.
- Vogl, Joseph, 2012. Das Gespenst des Kapitals. Berlin: Diaphanes.

Anmerkungen

- <https://www.golem.de/news/nach-nutzeraufstand-openai-bringt-gpt-4o-zurueck-2508-198999.html> „Nach Nutzeraufstand: OpenAI bringt GPT-04 zurück“ [abgerufen am 6.11.2025]
- Der Ablauf des Tokenization kann bei OpenAI verfolgt werden. <https://platform.openai.com/tokenizer>
- Vgl. den Arte-Film über die massenhafte manuelle Tätigkeit zugunsten der KI-Entwicklung in Madagaskar / <https://www.youtube.com/watch?v=5uQopUq4DeM> [abgerufen am 6.11.2025]
- Es formulierte einen Durchbruch bei der Architektur von NLP-Systemen und bildete den Startschuss für massiv paralleles Training von LLM-Systemen mit riesigen Datensätzen. Damit konnte die durch Skaleneffekte induzierte, emergente „Intelligenz“ allerdings nicht erreicht werden.

Wolfgang Krieger



Wolfgang Krieger, Dipl.-Ing (FH) der Regelungstechnik und Diplom-Mathematiker (algebraische Systemtheorie). Er hat einen großen Teil seines Berufslebens mit dem Entwurf und der Realisierung von Systemen der Künstlichen Intelligenz verbracht, u. a. als Projektleiter und Mitautor des modellbasierten Diagnosesystems ROSE (*Reasoning Over Systems in their Entirety*). Nach seiner Berufstätigkeit hat er sich mit philosophischen und wissenschaftstheoretischen Themen beschäftigt, was 2022 zur Promotion über „Hegelsche Dialektik und das Problem der Formalisierung“ im FB Mathematik/Informatik der Universität Bremen führte. Er ist Autor mehrerer Aufsätze über die Künstliche Intelligenz.

- 5 Für die erhebliche, allerdings tunlichst verschwiegene manuelle Bearbeitung sind gemäß den Recherchen des Time-Magazins Arbeitnehmende u. a. in Kenia damit beschäftigt, in Neun-Stunden-Schichten zwischen 150 und 250 Textpassagen mit jeweils 100 bis 1000 Wörtern zu bearbeiten. <https://www.netzwoche.ch/news/2023-01-20/chatgpt-in-kenia-menschen-als-filter-fuer-problematische-inhalte> [abgerufen am 8.12.2025]
- 6 Sundar Pichai, der CEO von Google und seiner Muttergesellschaft Alphabet, verwendete diesen Vergleich mehrfach, um die transformative Kraft der Künstlichen Intelligenz (KI) hervorzuheben. Ein ähnliches, ebenfalls bekanntes Zitat stammt von Andrew Ng, Mitbegründer von Coursera und außerordentlicher Professor an der Stanford University: „KI ist der neue Strom“ („AI is the new electricity“).
- 7 Immerhin hat sich Microsoft als eines der ersten IT-Unternehmen für seinen Browser BING einen Zugriff auf die jeweilige GPT-Variante verschafft.
- 8 Frage wie Antwort stammen aus einem exklusiven Interview, das die Schweizer Tech-Publikation Netzwoche durch den Reporter Maurice Tiriet im Januar 2023 mit ChatGPT geführt hat.
<https://www.netzwoche.ch/news/2023-01-12/exklusiv-chatgpt-im-interview-mit-der-netzwoche>
- 9 Interview in Der Tagesspiegel (Sebastian Matthes) 14. Februar 2023, S. 20 f, zitiert nach <https://de.wikipedia.org/wiki/ChatGPT>
- 10 Breit gestreute Ankündigung der OpenAI-Foundation. Hier entnommen der IT-P unter <https://www.it-p.de/news/chatgpt-5-veroeffentlichung/>, [abgerufen am 10.12.2025]
- 11 Handelsblatt 10/25, Nr. 208, S. 19, online unter
<https://www.handelsblatt.com/technik/ki/ki-openai-stellt-sich-neu-auf-microsoft-bleibt-groesster-anteilseigner/100169025.html>
- 12 Microsoft besitzt nunmehr 27 % an dieser Gesellschaft, die auch die Forschung an der AGI fortsetzt. „Im Gegenzug erhält der US-Konzern bis 2032 Zugang zu den OpenAI-Technologien – auch zu Modellen, die den Maßstab für sogenannte Generelle Künstliche Intelligenz (AGI) erreichen. (Handelsblatt 10/25, Nr. 208, S. 19)
- 13 Vgl. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/ki-blase-100.html>
- 14 „Whether we burn...“ unter <https://youtu.be/GLKoDkbS1Cg?si=4Yr54-hKzH-s1H9U&t=750> [abgerufen am 10.12.2025]
- 15 Handelsblatt 10/25, Nr. 208, S. 21
- 16 Einiges über Nvidia und ihren CEO Jensen Huang, vgl. Handelsblatt 3. Nov. 2025. Nr. 211, S. 25.
- 17 Aussagen zu der o. g. Graphik unter https://www.youtube.com/watch?v=GhJK46g-G_s [abgerufen am 8.11.2025]
- 18 Die Hochglanz-Broschüre Aufbruch Nr. 32 von Google bietet „Wachstum schaffen mit KI“.
- 19 Der Meta Chefwissenschaftler Yan LeCun tritt seit der Mitte des Jahres 2024 als Gegenspieler der LLM-Systeme auf. Mit deutlicher Infrastruktur erfährt er zunehmende Aufmerksamkeit bis Zustimmung. [beide abgerufen am 10.11.2025] <https://ppc.land/lecun-calls-autoregressive-langs-doomed-at-nyu-seminar/> sowie <https://www.newsweek.com/nw-ai/ai-impact-interview-yann-lecun-lm-limitations-analysis-2054255>
- 20 Delaware gilt als die Cayman Islands der USA mit besonderer Steuerfreiheit.
- 21 <https://fortune.com/2025/10/07/ai-bubble-cisco-moment-dotcom-crash-nvidia-jensen-huang-top-analyst/> [abgerufen am 8.11.25]. Alle Zahlen beruhen auf den aktuellen Quartalsberichten.

Jens Berger

KI – die irrsinnige Billionen-Dollar-Wette der USA

Deutschland wird – so verkündete es jüngst Bundesforschungsministerin Doro Bär¹ – in den kommenden vier Jahren 18 Milliarden Euro in Schlüsselindustrien, darunter die KI, investieren. Das ist süß. In den USA werden im gleichen Zeitraum rund vier Billionen US-Dollar in die Entwicklung der KI investiert – mehr als das Zweihundertfache. Die gesamte US-Volkswirtschaft scheint eine Billionen-Dollar-Wette eingegangen zu sein – eine Wette, die sie nur verlieren kann.

Noch vor wenigen Jahren war der Name Nvidia nur eingefleischten Gamern ein Begriff. Nvidia war und ist der bekannteste Entwickler und Hersteller von Hochleistungsships, die auf Grafikkarten für Computer zum Einsatz kommen. Später entdeckte man, dass die Berechnungen, die beim Schürfen sogenannter Cryptowährungen zum Einsatz kommen, den Berechnungen dreidimensionaler Computergrafiken sehr ähnlich sind, und so fanden Nvidia-Chips auch ihren Einzug in die Rechenzentren der Cryptobranche. 2018 war Nvidia bereits einer der großen Player in der Hardware-Branche und kam auf eine Marktkapitalisierung, also einen Firmenwert, von 82 Mrd. US-Dollar, der sich – auch dank des Siegeszugs spieletauglicher Computer und Konsolen während der Coronazeit – bis 2022 auf 362 Mrd. US-Dollar steigerte. Zum Vergleich: Das ist in etwa so viel wie die deutschen Großkonzerne Mercedes, BMW, Volkswagen, DHL und die Deutsche Telekom zusammengenommen.

Der eigentliche Siegeszug von Nvidia beginnt jedoch erst jetzt. Nvidia-Chips sind nämlich auch sehr effizient bei den Rechenaufgaben, die in den seit 2022 boomenden KI-Rechenmodellen zum Einsatz kommen. Der Bedarf an Rechenpower in den Re-

chen- und Datenzentren der KI-Anbieter ist nahezu grenzenlos und Nvidia ist deren maßgeblicher Ausrüster. Nvidia wuchs und wuchs. Vor wenigen Tagen konnte Nvidia als erstes Unternehmen der Welt die Fünf-Billionen-Dollar-Marke bei der Marktkapitalisierung knacken². Der Chiphersteller aus Santa Clara ist damit heute das wertvollste Unternehmen der Welt – mit einer Marktkapitalisierung, die mehr als doppelt so groß ist wie die aller 40 deutschen DAX-Unternehmen zusammen.

Nvidia ist kein Einzelfall. Die zehn wertvollsten Unternehmen machen heute 40 Prozent des Wertes aller 500 Unternehmen im US-Aktienindex S&P 500 aus – ein historischer Rekord. Und die ersten acht dieser zehn Unternehmen sind ausnahmslos Tech-Giganten, die entweder massiv auf dem Feld der KI investieren oder wie im Falle Nvidia von den KI-Investments profitieren. Seit der Einführung von ChatGPT im November 2022 machen KI-bezogene Aktien 75 Prozent der Renditen, 80 Prozent des Gewinnwachstums und 90 Prozent des Wachstums der Investitionsausgaben im S&P 500 aus³. Gleichzeitig machen die KI-Investitionen fast 92 Prozent des US-BIP-Wachstums in diesem Jahr aus⁴. Der britische Economist beziffert die KI-Investitionen

der US-Tech-Giganten für dieses Jahr auf eine halbe Billion US-Dollar – bis Ende 2028 soll sich dieser Betrag auf drei Billionen US-Dollar summiert haben⁵. Das ist fast so viel wie die komplette deutsche Volkswirtschaft.

Die USA sind im KI-Rausch. Ohne die Investitionen in KI würde die US-Volkswirtschaft in diesem Jahr stagnieren. Der Anteil an den KI-Investitionen zum US-Wirtschaftswachstum ist heute schon größer als der Anteil der Konsumausgaben. Nicht der Mensch, sondern die Maschine steht im Mittelpunkt der US-Volkswirtschaft. Die US-Volkswirtschaft 2025 ist eine gigantische Wette auf den Erfolg der KI. Man könnte sie jedoch auch als die Mutter der Blasen bezeichnen und wie bei allen Blasen ist das Risiko groß, dass diese Wette für die Volkswirtschaft als Ganzes nicht aufgeht.

Zirkularität – woher kommen eigentlich diese wahnsinnigen Zahlen?

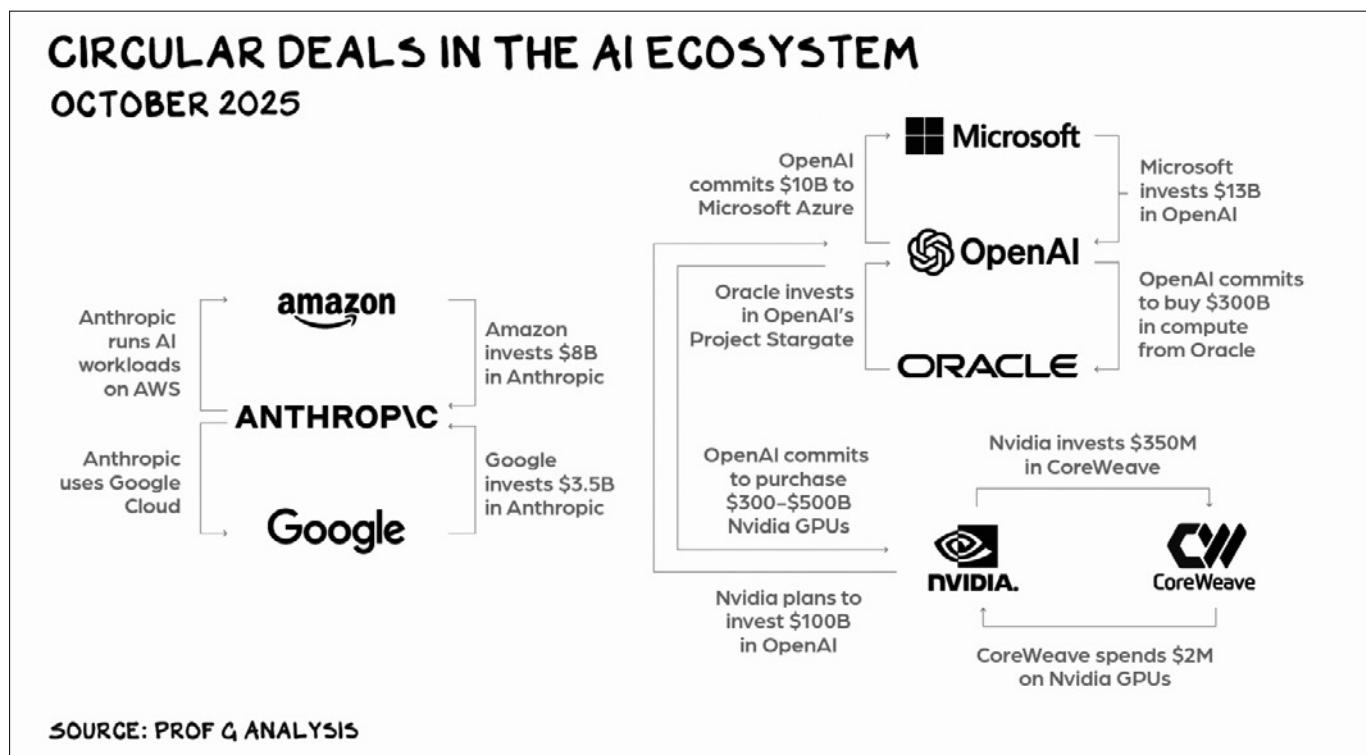
Drei Billionen US-Dollar sind zweifelsohne eine kaum vorstellbare Zahl. Doch wie kommen solche Zahlen eigentlich zu stande? Spätestens hier sollten die ersten Alarmglocken läuten. Ein Großteil dieser Gelder ist nämlich strenggenommen ein geschlossener Kreislauf innerhalb der KI-Branche selbst. Dazu ein kleines Beispiel: Ende September kündigte Nvidia an, 100 Mrd. US-Dollar in den ChatGPT-Betreiber OpenAI zu investieren⁶, und begründete dies damit, dass es den Umsatz für seine eigenen Chips steigern wolle. Zugespitzt könnte man auch sagen, Nvidia gibt OpenAI das Geld, mit dem OpenAI dann die Chips von Nvidia kauft. Und dies ist nur ein Beispiel von vielen. Der US-Ökonom Scott Galloway hat sich die „großen Deals“ der KI-Unternehmen im letzten Jahr einmal näher angeschaut und festgestellt, dass es sich hierbei strenggenommen bei allen *Investitionen* im Grunde um derartige Kreislaufgeschäfte innerhalb der eigenen Branchen handelte⁷.

Solche Systeme werden gemeinhin als *Zirkularität* bezeichnet und sind in der Ökonomie sichere Zeichen für das Entstehen von Blasen. Es gibt keine echten Marktpreise, da es keinen echten Markt gibt. Kennzahlen wie Erlöse oder gar Gewinne sind nicht mehr aussagekräftig, da die zugrundeliegenden Geschäfte Zirkelschlüsse sind. Problematisch ist vor allem, dass die zum Teil absurde Bewertung der beteiligten Unternehmen sich aus diesen Zahlen – und sehr viel Fantasie – ergibt. Solange sich die Unternehmen innerhalb der KI-Branche ihre Produkte und Dienstleistungen mit ihrem eigenen Geld abkaufen, ist dies strenggenommen nur ein Nullsummenspiel. Für den Erfolg oder Misserfolg der Investitionen im größeren Kontext ist es entscheidend, ob und wie viel Geld von außen ins System fließt. Und hier sind Zweifel angebracht.

KI-Revolution oder Hype ohne Grundlage?

Wenn pro Jahr rund eine Billion, das sind 1.000 Milliarden bzw. eine Million Millionen Dollar ins KI-System investiert wird, müsste mindestens diese Summe auch von außen ins System fließen, um diese Investitionen zumindest wieder reinzuholen. Das ist aber mit den gängigen Lizenzmodellen, die heute am Markt sind, gar nicht möglich. OpenAI ruft für sein *Plus-Modell* derzeit beispielsweise 25 US-Dollar pro Monat, also 300 US-Dollar pro Jahr, auf. Um mit solchen Modellen auf eine Billion zu kommen, müsste man also mindestens 3,5 Milliarden Plus-Lizenzen verkaufen – jeder zweite Erdenbürger müsste also zahlungspflichtiger Abonnent werden. Das ist freilich grotesk, aber das weiß auch die Branche selbst.

Der Fachjournalist Ezra Klein formuliert es sinngemäß so, dass diese Endkunden-Abo-Modelle ohnehin bestenfalls für die Portokasse sind. Das eigentliche Geschäftsmodell sollen zu einem späteren Zeitpunkt nicht Endkunden-Abos für 25 US-Dollar pro



Quelle: Scott Galloway⁸

Monat sein, sondern Business-Lösungen mit Preismodellen, die im fünfstelligen Dollar-Bereich pro Monat erst losgehen. Diese Modelle machen für die Firmenkunden dann aber natürlich nur Sinn, wenn sie mithilfe der KI Personalkosten in relevanter Größe sparen können. Und genau das ist die eigentliche Wette, die Billionen-Dollar-Frage.

KI-Bots bezahlen keine KI-Bots

Wenn man die eine Billion US-Dollar pro Jahr als Maßstab nimmt und die jährlichen Kosten für einen einzusparenden Job mit 100.000 US-Dollar pro Jahr beziffert, entspräche dies 10 Millionen Jobs. Und dies ist noch sehr konservativ geschätzt. Dario Amodei, CEO des KI-Konzerns Anthropic, spricht bereits von einem kommenden „Blutbad“ bei den Bürojobs, wo die KI „die Hälfte aller Einstiegsjobs für Angestellte vernichten – und die Arbeitslosigkeit in den nächsten ein bis fünf Jahren um 10 bis 20 Prozent in die Höhe treiben“ könnte⁹. Der IWF geht derweil davon aus, dass bereits heute 60 Prozent aller Jobs in den Industrieländern durch die KI bedroht sind.

An dieser Stelle ist ein kleiner Ausflug in die Volkswirtschaft sinnvoll. Der gute alte Satz „Autos kaufen keine Autos“ lässt sich auch 1:1 auf die KI-Branche übertragen. Hier würde es dann wohl heißen, „KI-Bots bezahlen keine KI-Bots“. Die Finanzjungleure arbeiten offenbar diesmal zusammen mit Big Tech schon wieder an der Quadratur des Kreises – einem grenzlosen Wachstum ohne menschliche Beteiligung. Auch das ist freilich ein Zirkelschluss, der so nicht aufgeht. Jeder entlassene Angestellte fällt als Konsument weg und sowohl physische Produkte als auch Dienstleistungen müssen am Ende der Wertschöpfungskette immer noch von einem Konsumenten, also einem Menschen, gekauft werden. Das gesamte KI-Ökonomie-Modell ist also eine Totgeburt. Kein Wunder, dass die KI-Pioniere und Tech-Milliardäre so große Fans eines „bedingungslosen Grundeinkommens“ sind. Aber auch das ist eine Schnapsidee, die nichts an der Grundproblematik ändert, dass es ohne menschliche Produktivität auch nichts zu verteilen gibt.

Hinzu kommt, dass all die Euphorie zumindest bislang jeglicher Grundlage entbehrte. Wer sich – wie ich – einmal halbwegs professionell mit dem Einsatz sogenannter LLMs (Large Language Models) wie ChatGPT, Grok, Claude oder Gemini beschäftigt hat, merkt nach anfänglicher Begeisterung schnell, dass diese Modelle unglaublich fehlerbehaftet sind. Das mag bei privaten Spielereien nichts ausmachen. Für bestimmte Einsatzzwecke wie

die eines Chatbots, der Kundenbeschwerden aufnimmt, mag dies auch kein Problem sein, da die Kunden heute gar keine qualifizierte Betreuung mehr erwarten. Bevor ein Unternehmen aber Kernbereiche wie die Buchhaltung, das Personalwesen, die Rechtsabteilung oder gar die Entwicklung in die Hände von LLMs gibt, muss aber noch sehr, sehr viel passieren. Anders verhält es sich freilich mit generativen und spezialisierten KI-Modellen, die selbstverständlich ihnen – auch kommerziellen – Weg in unsere Unternehmenswelt finden werden und ja oft auch bereits gefunden haben. Aber hier sprechen wir dann nicht über ein jährliches Billionen-Volumen.

Und zu guter Letzt erstaunt bei der Betrachtung der genannten Zahlen auch die Naivität. Man ist begeistert vom technischen Vorsprung, will unbedingt dabei sein, ignoriert dabei aber, dass die technologische Entwicklung nicht stehenbleibt. Die jetzigen Billionen-Investitionen werden in eine Technik vorgenommen, die man wohl als die Frühphase der KI-Entwicklung bezeichnen könnte. Das ist im übertragenen Sinne so, als hätten sich die Industriemagnaten der deutschen Staaten 1835 zusammengetan und Milliarden Taler gesammelt, um ganz Deutschland mit Millionen Dampfloks des Typs Adler¹⁰ an die Schiene zu bringen. Die Adler wurde aber bereits nach wenigen Jahren ausgemustert und durch neue, leistungsfähigere, preiswertere und produktivere Lokomotiven ersetzt.

Selbstverständlich wird es auf dem Feld der KI ähnlich sein. Schon in wenigen Jahren werden veraltete Rechenmodelle durch neue, effizientere Modelle ersetzt, die Chips von Nvidia, für die heute gigantomanische Rechenzentren mit eigener AKW-Stromversorgung geplant und finanziert werden, werden neuen, effizienteren Chips weichen. Chinas DeepSeek¹¹ war der erste Warnschuss, der nächste Sputnik-Moment in der KI wird schon bald folgen und womöglich sämtliche Billioneninvestitionen pulverisieren.

Was wenn die Blase platzt?

Dass die Blase platzt, ist sicher. Wann dies geschieht und welche Folgen das haben wird, ist offen. Da es sich bei den meisten Investitionen wie oben angeführt um ein geschlossenes System handelt – das allenfalls von außen mit „Private Equity“-Risikokapital gespeist wird –, ist der direkte volkswirtschaftliche Schaden überschaubar. Dann hat die Forbes-Liste halt ein paar Milliardäre weniger. So what? Das gilt jedoch nicht für die dann zu erwartenden Buchverluste.



Jens Berger

Jens Berger ist Chefredakteur der *NachDenkSeiten*. Er hat Volkswirtschaft studiert und ist politischer Blogger der ersten Stunde. Er befasst sich vor allem mit sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen. Zu seinen Büchern gehören *Stresstest Deutschland* (2013), die Spiegel-Bestseller *Wem gehört Deutschland?* (2014), *Der Kick des Geldes* (2015), *Wer schützt die Welt vor den Finanzkonzernen?* (2020) und *Schwarzbuch Corona* (2021) sowie *Wem gehört Deutschland? Die Bilanz der letzten 10 Jahre* (2024).

Vor allem in den USA – aber leider ja auch mehr und mehr in Deutschland – ist ein großer Teil der Altersvorsorge auf die Aktienmärkte ausgelagert. Lebensversicherung, Pensionsfonds und ETFs – wenn die KI-Branche heute einen Großteil des Wertes des amerikanischen Aktienmarktes ausmacht, wird das Platzen der KI-Branche direkte Folgen auf die Alterseinkünfte großer Teile der Bevölkerung haben. Das ist unvermeidbar, ist die Privatisierung der Altersvorsorge dort doch bereits weit fortgeschritten. Welche Folgeeffekte dies haben wird, ist schwer zu berechnen. Doch allzu viel Fantasie braucht es dafür auch nicht. Wenn weite Teile der Bevölkerung auf einen signifikanten Teil ihrer erwarteten Einnahmen verzichten müssen, hat dies auch massive Auswirkung auf deren Ausgaben. Die Folge: Rückgang der Kaufkraft, Rezession, Wirtschaftskrise.

Vor allem die USA sind also eine Wette eingegangen, die sie – als Volkswirtschaft – eigentlich nur verlieren können. Gehen – was eher unwahrscheinlich ist – die Prognosen der KI-Branche auf, drohen Massenarbeitslosigkeit, Kaufkraftverlust und Krise. Gehen – was wahrscheinlicher ist – die Prognosen nicht auf, droht ein Platzen der Blase, die Erosion der privaten Altersvorsorge, Kaufkraftverlust und Krise. Tertium non datur.

PS.: Dieser Artikel ist der Auftakt einer Reihe zu KI-Themen aus ökonomischer Sicht. Viele Aspekte des Themenbereichs konnte ich in diesem kurzen Artikel nicht behandeln. Das wird aber in Folgeartikeln noch geschehen. Wenn Sie konkrete Fragen oder Anregungen haben, schreiben Sie mir gerne.

Dieser Beitrag ist am 4. November 2025 auf den nachdenkseiten (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=141525>) erschienen. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.

Anmerkungen

- 1 <https://www.bmftr.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2025/09/260925-haushalt-26-1-lesung.html>
- 2 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/nvidia-rekordwert-100.html>
- 3 <https://am.jpmorgan.com/content/dam/jpm-am-aem/global/en/insights/eye-on-the-market/the-blob-amv.pdf>
- 4 <https://finance.yahoo.com/news/without-data-centers-gdp-growth-171546326.html?guccounter=1>
- 5 <https://www.economist.com/leaders/2025/09/11/what-if-the-3trn-ai-investment-boom-goes-wrong>
- 6 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/nvidia-open-ai-investment-100.html>
- 7 <https://www.profgalloway.com/how-does-the-end-begin/>
- 8 <https://www.profgalloway.com/wp-content/uploads/2025/10/flowchart-1.png>
- 9 <https://www.axios.com/2025/05/28/ai-jobs-white-collar-unemployment-anthropic>
- 10 https://de.wikipedia.org/wiki/LEG_%E2%80%93_Adler_und_Pfeil
- 11 <https://de.wikipedia.org/wiki/DeepSeek>

Felix Behrens

KI kippt Klimaziele und vertieft alte Machtstrukturen

Künstliche Intelligenz (KI) hat sich innerhalb weniger Jahre von einer Spezialanwendung aus Wissenschaft und Forschung zu einem Massenprodukt entwickelt. Individuelle Berechnungen durch Large Language Models (LLM) werden heute genauso selbstverständlich konsumiert wie Suchmaschinen-Anfragen oder Videostreaming. Hinter dieser Entwicklung stehen monopolartige Tech-Konzerne, die ihre Vormachtstellung damit noch weiter ausbauen. Digitale Infrastrukturen sind mit dem Boom der KI zentralistischer geworden und die Energie-Infrastruktur, die mit Einzug der Erneuerbaren auf dem Weg der Dezentralisierung war, droht ebenfalls wieder zentralistischer zu werden. Es ist nicht absehbar, dass die Digitalbranche ihre Klimaversprechen einhält, sie verhindert im Gegenteil die Energiewende. Um den wachsenden Energiebedarf zu decken, holt sie Technologie und falsche Versprechen aus den 70er-Jahren hervor: die Kernkraft.

Selbstdarstellung und Minderungsziele der Big Five

Die großen Fünf sind Google, Amazon/AWS, Facebook/Meta, Microsoft und Apple, kurz „GAMMA“. Sie inszenieren sich seit über fünf Jahren als progressive Vorreiter im Kampf gegen die Klimakrise. Apple behauptete 2020, „bereits heute klimaneutral“ zu sein. Die anderen Vier unterzeichneten den *Climate Neutral Data Centre Pact* (CNDP), eine Selbstregulierungsinitiative mit Unterstützung der Europäischen Kommission, um einer gesetzlichen Regulierung vorzukommen.

Das Versprechen der Klimaneutralität beruht auf Marktmechanismen, also Ausgleichszahlungen, entweder direkt für Ökostrom an einem anderen Ort und zu anderer Zeit oder für

Kompensation. Inzwischen ist bekannt, dass der Nutzen von Kompensationen für das Klima mindestens zweifelhaft ist.¹

Google, Microsoft und Vattenfall werben für einen strengeren Marktmechanismus, *Hourly Carbon Free Energy Matching* (oder 24/7CFE) genannt.² Damit stellen sich die Unternehmen wieder an vorderster Front aktiv gegen den Klimawandel dar: „This solution shows how new digital solutions and technology can be used to enable a fossil free living“ (Vattenfall).

Der Marktmechanismus führt jedoch nicht zu einem Mehrangebot an erneuerbaren Energien im Stromnetz, sondern verschiebt nur die Anteile auf den Stromrechnungen. Der Marktmechanismus führt kurzfristig dazu, dass Google sich Grundlast-fähige Kapazitäten an erneuerbaren Energien (wie

Wasser- und Geothermie) vertraglich sichert und andere Verbraucher ausbootet.

Geschäftsmodelle und Monopole

Digitale Infrastruktur bezeichnet sowohl die materielle Basis von Endgeräten, Netzwerken und Rechenzentren als auch die unteren Ebenen der Software einer Cloud-Umgebung. Sowohl im Hardware-Markt als auch bei den Cloud-Anbietern wird der Markt von wenigen großen Anbietern beherrscht. Fast alle KI-Dienstleistungen basieren auf KI-Chips von Nvidia und einem der großen drei Cloud-Anbieter Google Cloud, Amazon Web Services (AWS) und Microsoft Azure. Die Chip- und Hardware-Hersteller Dell, Intel, IBM, TSMC erreichten 2023 jeweils jährliche Umsätze von unter 100 Mrd. USD. Die Umsätze der großen Fünf lagen dagegen im Jahr 2023 jeweils bei mehreren Hundert Mrd. USD. Die großen Fünf erzielten im Jahr 2023 jeweils eine Rendite zwischen 38 Mrd. USD und 100 Mrd. USD, etwa 30 % ihres Umsatzes.³ Nvidia verzeichnet nach eigenen Angaben in 2025 einen Rekordumsatz von 130,5 Milliarden US-Dollar, ein Plus von 114 % gegenüber 2024.⁴ Um noch schneller zu wachsen, nehmen einige dieser Unternehmen seit 2025 zusätzliche Kredite auf.⁵

Cloud-Umgebungen bieten Tools, um darin Software zu entwickeln, KI-Systeme zu integrieren und Hardwarekapazitäten zu mieten. Dabei sind die genannten Clouds nicht interoperabel, d.h. Software, die für AWS geschrieben wurde, kann nur mit erheblichem Programmieraufwand in Microsoft Azure laufen. Dies wird als *Lock-in*-Effekt bezeichnet und zerbricht Preisbildung eines echten Marktes in drei Monopole. Vor dem KI-Hype waren Digitalisierung und Cloud die Fortschrittsnarrative, die für das Wachstum der Cloud-Betreiber gesorgt haben.

2014 kamen erstmals Transformer-Modelle auf, die Sprachmodelle wie GPT zum Durchbruch verhalfen. Zu diesem Zeitpunkt verfügten die großen Fünf schon über die größten Rechenkapazitäten, Daten und genügend Kapital, um KI-Entwicklung, Training und Auslieferung von KI-Diensten (Inferenz) im industriellen Maßstab zu betreiben. Zum Training haben sich die Unternehmen digital öffentlich verfügbares Wissen angeeignet, ungeachtet von Urheber- und Lizenzrechten. Dieses Wissen versteckt sich nun beispielsweise in den geheim gehaltenen Modellparametern der großen Sprachmodelle. Diese Industrialisierung des Internets kann als Einhegung des digitalen öffentlichen Wissens verstanden werden. Nur die großen Fünf haben das Kapital, die Rechenleistung und die Erfahrung, neue Modelle zu trainieren und Millionen Nutzer:innen billig zur Verfügung zu stellen. In der Einführungsphase ist die Nutzung vieler großer Sprachmodelle noch kostenfrei oder sehr günstig. Das führt dazu, dass eine ganze Start-up Szene auf dem Geschäftsmodell aufbaut, günstige Sprachmodelle in der Cloud in ihre Dienstleistung zu integrieren. Außerdem gehen die Sprachmodell-Betreiber Kooperationen mit Software-Herstellern ein, wie OpenAI mit Apple.⁶ So werden Lock-in-Effekte vorangetrieben.

Auch wenn es immer mehr kleine Sprachmodelle gibt, die man selbst auf dem Laptop betreiben kann, sind es im Wesentlichen die großen Cloud-Anbieter, die über genug Rechenressourcen

verfügen, um große Sprachmodelle zu bauen und zu trainieren. KI ist sehr geeignet, Rechenzentren der Cloud-Anbieter konstant hoch auszulasten und damit für einen zuverlässigen Umsatz zu sorgen. Daher werden die großen KI-Projekte maßgeblich von Cloud-Anbietern finanziert, wie OpenAI von Microsoft. Die großen Fünf lobbyieren massiv für staatliche Subventionen, Investitionen und Steuerprivilegien.⁷ In der politischen Rechtfertigung dominiert nicht mehr das Narrativ des Fortschrittes, sondern die Angst vor dem Zurückbleiben im internationalen Wettbewerb um die KI-Vorherrschaft.

Der KI-Boom nützt ökonomisch primär denjenigen, die auch vorher schon die physischen und logischen Ebenen der digitalen Infrastruktur monopolisiert hatten.

Strom und das fossile Rollback

Der Stromverbrauch von Rechenzentren wird sich von 487 TWh im Jahr 2023 auf voraussichtlich 1.389 TWh im Jahr 2030 verdreifachen. KI-spezifische Rechenzentren sind für diese Entwicklung hauptsächlich verantwortlich. Sie werden 2030 mehr Strom als klassische Rechenzentren verbrauchen. Moderne KI- und Hyperscale-Rechenzentren haben Anschlussleistungen von mehreren hundert Megawatt und beanspruchen Flächen von etwa vier Quadratkilometern.⁸

Den Stromnetzbetreibern gehen in Ballungszentren daher allmählich die Erzeugungs- und Übertragungskapazitäten aus, um neue Rechenzentren versorgen zu können. Rechenzentren erzeugen eine große Grundlast, viele Server verbrauchen die Hälfte ihrer maximalen Leistung, selbst wenn sie nichts tun. Hardware für das KI-Training wird konstant hoch ausgelastet, birgt aber das Potenzial für zeitliche und lokale Lastverschiebung.

Der starke Anstieg von Grundlast durch Rechenzentren ist ein doppelter Angriff auf die CO₂-Reduktionsziele und den globalen Klimaschutz: Das Wachstum des Stromverbrauchs ist schneller als der Ausbau der erneuerbaren Energien in den relevanten Stromnetzen. Dies zeigt sich beispielsweise an den zunehmenden Stromnetz-bezogenen (*location-based*) Emissionen von Meta.⁹

Durch das starke Wachstum des Strombedarfs nehmen Rechenzentren anderen Branchen den Ökostrom weg, verlängern die Laufzeiten von fossilen Kraftwerken und verschlechtern die CO₂-Intensität des Strommixes.

Als weitere Strategie, den Energiehunger ihrer Rechenzentren zu bedienen, bauen Rechenzentrumsbetreiber neue Gaskraftwerke, die mit Fracking-Gas betrieben werden.¹⁰ Die CO₂-Intensität von Strom aus Fracking-Gas ist über den gesamten Transportweg genauso hoch wie die CO₂-Intensität von Strom aus Braunkohlekraftwerken.¹¹

Fortschrittsversprechen Kernkraft

In ihren Nachhaltigkeitsberichten werben die Cloud-Anbieter und Meta neuerdings für den ökologischen Vorteil von Kernkraft und bezeichnen Atomstrom als *carbon-neutral*.

Microsoft hat mit Constellation Energy einen garantierten Abnahmevertrag für die gesamte Stromproduktion des noch zu modernisierenden Blocks 1 des Kernkraftwerks *Three Mile Island* in Pennsylvania unterzeichnet und verlängert damit die Laufzeit des mehr als 50 Jahre alten Kraftwerks um weitere 20 Jahre.¹² Meta hat im Juni 2025 nachgezogen und wird ab 2027 die rund 1 GW Leistung des ebenfalls 50 Jahre alten Atomkraftwerkes *Clinton* beziehen.

Amazon investiert in die Entwicklung von wassergekühlten *Small Modular Reactors* (SMRs).¹³ Google garantiert dem amerikanischen Start-up Kairos Power die Abnahme des Stroms aus den noch zu entwickelnden Mini-Reaktoren, die mit flüssigem Salz gekühlt werden sollen.¹⁴ Und Meta sucht Projektentwickler, die für das Unternehmen ab dem Jahr 2030 funktionsfähige SMRs betreiben können.¹⁵ Bei diesen Ankündigungen neuer Reaktorkonzepte handelt es sich um Spekulationen über die technische Machbarkeit, wirtschaftliche Tragfähigkeit und eine erfolgreiche Betriebsgenehmigung. Gelingt es jedoch der privaten Nuklearforschung, Mini-Reaktoren zu bauen, ist die Konsequenz möglicherweise, dass (ehemals) demokratische Staaten nicht nur ihre Raketen, sondern auch waffenfähiges Material bei Tech-Oligarchen einkaufen.

Atomkraft bringt in jedem Betriebskonzept die Gefahr von nicht-versicherbaren Unfällen, die problematische Entsorgung hochradioaktiver Abfälle, hohe Kosten und eine langsame Realisierung mit sich, die die Energiewende verzögert. Außerdem verunreinigt der Uranabbau Grundwasser und Landstriche. Auch die ausschließlich zivile Nutzung fördert die Verbreitung von Atomwaffen-Technologie und Anlagen können in Kriegsgeschehen oder Attentate verwickelt werden.

Warum also trotzdem? Die Atom-Industrie ist global auf einem absteigenden Ast, sowohl Sonne als auch Wind haben im Jahr 2025 erstmals jeweils mehr Strom erzeugt als alle Atomkraftwerke zusammen.¹⁶ Die Kosten von Batteriespeichern fallen um ca. 40 % pro Jahr (ebd.). Schon 2017 bescheinigte der *World Nuclear Industry Status Report* der Atomkraft, nicht mehr konkurrenzfähig zu sein.¹⁷

Selbst alte Meiler suchen also händeringend neue Abnehmer abseits der Stromnetze. Hyperscale-Rechenzentren könnten den Strom sogar noch am selben Standort verbrauchen. Um den Bau noch größerer Rechenzentren zu ermöglichen, braucht

es noch mehr Produktionskapazität, die zurzeit kaum jemand anbieten kann.

Warum sich die Cloud-Anbieter auf – im Vergleich zu Erneuerbaren – teuren Atomstrom einlassen, bleibt an dieser Stelle Spekulation. Möglicherweise waren die Cloud-Anbieter selbst überrascht vom schnellen Wachstum des Energieverbrauchs durch KI und diversifizieren ihre Energiestrategie hektisch in alle Richtungen, das Geld ist ja da. Möglicherweise sind die Tech-Oligarchen aber auch auf dem Weg, eine weitere zentralisierbare Technologie zu übernehmen.

Gleichzeitig hat die USA ein nationales Interesse, den Markt von Atomtechnologie nicht russischen Staatskonzernen zu überlassen, die schon seit Jahren den globalen Markt dominieren.

Mögliche Auswege

Die KI-Anbieter bauen ihr Geschäftsmodell auf öffentlichem Wissen auf, ungeachtet von Urheber- und Eigentumsrechten. Die Cloud-Anbieter sind die Profiteure, die über mehrere Jahre übermäßige Renditen erwirtschaften und relativ wenig Steuern zahlen. Volkswirtschaftliche Lösungen sind Übergewinnsteuern, globale Mindeststeuern und eine Digitalsteuer, die in Quellländern erhoben wird, wo die Kunden einer digitalen Dienstleistung sind.

Gesellschaftspolitische Ansätze stellen die Frage nach der demokratischen Kontrolle riesiger Unternehmen, die derzeit autokratisch und profitorientiert geführt werden. Das Spektrum an Maßnahmen fängt bei einer Pflicht zu Ethik- und Umweltbeiräten an und geht über Reformen des Aktienrechts bis zu Vergesellschaftung. Die Zweiklassen-Aktienstruktur ermöglicht es heute schon, Kapitalanteil und Stimmrechtanteil voneinander zu trennen. Zurzeit wird sie genutzt, um Einzelpersonen eine einfache Mehrheit des Stimmrechts zu ermöglichen, beispielsweise Marc Zuckerberg. Der Mechanismus könnte aber auch Zivilgesellschaft und Umweltorganisationen zugutekommen.

Technische Ansätze stellen Energieeffizienz- und Umweltauflagen. Geeignete Kriterien bietet beispielsweise der Blaue Engel für Rechenzentren.¹⁸ Standortkriterien umfassen Auflagen an die maximale Leistung, die Integration in lokale Wärmenetze und limitierte Wassernutzungsrechte. Betriebsgenehmigung

Felix Behrens



Öko-Institut

Felix Behrens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich *Produkte & Stoffströme* des Öko-Instituts. Er hat Physik mit den Schwerpunkten Computational Physics, Machine Learning und Vielteilchenquantensysteme an der Ruprecht-Karls Universität Heidelberg studiert. Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Rechenzentren. Felix Behrens ist an Projekten zur Bewertung von Energie- und Ressourceneffizienz von Rechenzentren und Kommunikationsnetzwerken sowie zur Entwicklung von produktspezifischen Kriterienkatalogen für das deutsche Umweltsiegel *Blauer Engel* beteiligt.

gungen können geknüpft sein an einen Nachweis über erneuerbare Energiekapazitäten oder geeignete Netzausbaupläne und Maßnahmen zur Netzdienlichkeit, wie geeignetes Energie- und Leistungsvolumen an Batteriespeichern und die Möglichkeit des Netzanbieters, die Leistung zu drosseln.

Das exponentielle Wachstum der großen Fünf zu bremsen, ist kein Selbstzweck. Aber es könnte ein Indikator für eine erfolgreiche Umsetzung der oben aufgeführten Maßnahmen sein. Die Suffizienz-Perspektive ergänzt mögliche Auswege um die Frage nach dem guten Leben für alle. Einerseits versucht sie, Sinn und Unsinn voneinander zu trennen, um bei Letzterem Ressourcen zu sparen. Andererseits bedeutet Suffizienz die Forderung nach globaler Gerechtigkeit und nach der Abschaffung von Armut und Ausbeutung. Auch hierfür sollten wir (Tech-)Milliardäre zur Verantwortung ziehen.

Referenzen

- Alvarez, R. A.; Zavala-Araiza, D.; Lyon, D. R.; Allen, D. T.; Barkley, Z. R.; Brandt, A. R.; Davis, K. J.; Herndon, S. C.; Jacob, D. J.; Karion, A.; Kort, E. A.; Lamb, B. K.; Lauvaux, T. et al. (2018): Assessment of methane emissions from the U.S. oil and gas supply chain. In: *Science* (New York, N.Y.) 361 (6398), S. 186–188. DOI: 10.1126/science.aar7204.
- Amazon (2024): Carbon-free energy, Investing in nuclear energy. Company communication. Online verfügbar unter <https://sustainability.aboutamazon.com/climate-solutions/carbon-free-energy>, zuletzt aktualisiert am 2024, zuletzt geprüft am 27.3.2025.
- Blauer Engel (2023): Rechenzentren DE-UZ 228, Vergabekriterien Ausgabe Januar 2023. Online verfügbar unter <https://www.blauer-engel.de/de/produktwelt/rechenzentren>, zuletzt aktualisiert am 20.11.2025, zuletzt geprüft am 21.11.2025.
- Brown, T. W. (2025): Carbon-free energy, Pressemitteilung. Technische Universität Berlin (Hg.). Online verfügbar unter <https://www.tu.berlin/en/about/profile/press-releases-news/2022/may/carbon-free-energy-every-hour-of-every-day>, zuletzt aktualisiert am 21.11.2025, zuletzt geprüft am 21.11.2025.
- CEG (2024): Constellation to Launch Crane Clean Energy Center, Restoring Jobs and Carbon-Free Power to The Grid. Company communication from 20/09/2024. Constellation Energy Corporation, 20.9.2024. Online verfügbar unter <https://www.constellationenergy.com/newsroom/2024/Constellation-to-Launch-Crane-Clean-Energy-Center-Restoring-Jobs-and-Carbon-Free-Power-to-The-Grid.html>, zuletzt geprüft am 27.3.2025.
- Duffy, F. (29.10.2025): EU-Lobbyausgaben der Digitalindustrie auf Rekordniveau. In: *LobbyControl*, 29.10.2025. Online verfügbar unter <https://www.lobbycontrol.de/macht-der-digitalkonzerne/eu-lobbyausgaben-der-digitalindustrie-auf-rekordniveau-122920/>, zuletzt geprüft am 19.11.2025.
- Google (2024): New nuclear clean energy agreement with Kairos Power. Company communication from 14/10/2024, Michael Terrell. Online verfügbar unter <https://blog.google/outreach-initiatives/sustainability/google-kairos-power-nuclear-energy-agreement/>, zuletzt geprüft am 27.3.2025.
- Gröger, J.; Behrens, F.; Gailhofer, P.; Hilbert, I. (2025): Umweltauswirkungen Künstlicher Intelligenz, 2025. Online verfügbar unter https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Report_KI_DEU.pdf.
- Meta (2024): Accelerating the Next Wave of Nuclear to Power AI Innovation. Company communication from 03/12/2024, Meta. Online verfügbar unter <https://sustainability.atmeta.com/blog/2024/12/03/accelerating-the-next-wave-of-nuclear-to-power-ai-innovation/>, zuletzt geprüft am 27.3.2025.
- Meta (2025): 2025 Sustainability Report. Online verfügbar unter https://sustainability.atmeta.com/wp-content/uploads/2025/08/Meta_2025-Sustainability-Report.pdf, zuletzt geprüft am 20.11.2025.
- netzpolitik.org (2025): Gaskraftwerke: Die fossile Industrie liebt KI. Online verfügbar unter <https://netzpolitik.org/2025/gaskraftwerke-die-fossile-industrie-liebt-ki/>, zuletzt aktualisiert am 19.11.2025, zuletzt geprüft am 19.11.2025.
- OpenAI (2025): OpenAI and Apple announce partnership. Online verfügbar unter <https://openai.com/index/openai-and-apple-announce-partnership/>, zuletzt aktualisiert am 20.11.2025, zuletzt geprüft am 20.11.2025.
- Probst, B. S.; Toetzke, M.; Kontoleon, A.; Diaz Anadon, L.; Minx, J. C.; Haya, B.; Schneider, L.; Trotter, P. A.; West, T. A. P.; Gill-Wiehl, A.; Hoffmann, V. (2024): Systematic assessment of the achieved emission reductions of carbon crediting projects. DOI: 10.1038/s41467-024-53645-z.
- Rueter, G. (12.09.2017): Atomkraft geht die Puste aus. In: *Deutsche Welle*, 12.9.2017. Online verfügbar unter <https://www.dw.com/de/energiewende-solar-wind-fukushima-nuklear-industry-report-edf-eon-rwe-tepcos-westinghaus/a-40471989>, zuletzt geprüft am 20.11.2025.
- Schneider, Mycle et al. (2025): World Nuclear Industry Status Report. Online verfügbar unter <https://www.worldnuclearreport.org/IMG/pdf/wnisr2025-v1.pdf>.
- Souza Soares, P. A. de (23.11.2025): Kapitalmarkt: Die KI-Schuldenwelle – Kreditrisiko der Tech-Konzerne steigt. In: *Handelsblatt*, 23.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/technik/it-internet/kapitalmarkt-die-ki-schuldenwelle-kreditrisiko-der-tech-konzerne-steigt/100174834.html>, zuletzt geprüft am 24.11.2025.
- Stenström, H.; Wingren, A. (2019): Hourly matching of renewable energy – a first-of-its-kind solution piloted at Vattenfall and Microsoft Headquarters. Vattenfall AB (Hg.). Online verfügbar unter <https://group.vattenfall.com/press-and-media/pressreleases/2019/vattenfall-and-microsoft-pilot-worlds-first-h-hourly-matching-247-of-renewable-energy>, zuletzt aktualisiert am 20.11.2019, zuletzt geprüft am 21.11.2025.

Anmerkungen

- 1 Probst et al. 2024
- 2 Brown 2025; Stenström und Wingren 2019
- 3 Gröger et al. 2025
- 4 <https://nvidianews.nvidia.com/news/nvidia-announces-financial-results-for-fourth-quarter-and-fiscal-2025>
- 5 Souza Soares 23.11.2025
- 6 OpenAI 2025
- 7 Duffy 29.10.2025
- 8 Gröger et al. 2025
- 9 Meta 2025
- 10 netzpolitik.org 2025
- 11 Alvarez et al. 2018
- 12 CEG 2024
- 13 Amazon 2024
- 14 Google 2024
- 15 Meta 2024
- 16 Schneider et al. 2025
- 17 Rueter 12.09.2017
- 18 Blauer Engel 2023

Satelliteninternet und das neue Wettrennen um den Weltraum

Vorbemerkung der Redaktion: In der Einleitung zu dem sehr lesenswerten Buch Digitaler Kolonialismus. Wie Tech-Konzerne und Großmächte die Welt unter sich aufteilen schreiben die Autoren Ingo Dachwitz und Sven Hilbig: „Zugleich ist die Digitalisierung verbunden mit dem Aufstieg einer neuen Klasse von Herrschern, die mithilfe von Daten, Künstlicher Intelligenz und digitalen Diensten globale Imperien errichten. Mit dem Siegeszug des Internets haben sie sich an die Spitze der Weltwirtschaft gesetzt. (...) Die Entscheidungen, die die Tech-Herrcher in ihren Unternehmenszentralen treffen, haben Folgen für das Wohl von Milliarden Menschen, für die Stabilität von Staaten und den Zustand der Demokratie. Es ist eine Verantwortung, der sie nicht gerecht werden, was insbesondere die Menschen im Globalen Süden zu spüren bekommen“ (S. 8f). Wir drucken hier mit freundlicher Genehmigung einen Auszug von Kapitel 5.2 nach, in dem es um aktuelle Satellitenprojekte geht, die die Abhängigkeit des Globalen Südens aufrechterhalten.

Eine teure Wette auf die Zukunft

Dass Satelliteninternet eine unsichere Wette auf die Zukunft ist, das betont auch Elon Musk. „Jede andere Satellitenkonstellation im erdnahen Orbit, die jemals aufgebaut wurde, ist bankrottgegangen“, sagte der Unternehmer 2021 auf dem Mobile World Congress in Barcelona. „Der erste Schritt für Starlink ist, nicht pleitezugehen.“¹

Ob das gelingt, ist alles andere als ausgemacht. Der südafrikanische Infrastrukturexperte Steve Song hat errechnet, dass es Starlink etwa 19 Milliarden US-Dollar kostet, die anvisierte Flotte von 12 000 LEO-Satelliten zu produzieren und ins All zu bringen. Denn auch wenn die Kosten für die kleinen LEO-Satelliten mit schätzungsweise 250 000 US-Dollar pro Stück relativ gering sind, kommen zahlreiche weitere Kosten hinzu. Allein sie in den Orbit zu befördern ist ein teures Unterfangen: „Ein Start in eine niedrige Erdumlaufbahn mit einer Falcon9-Rakete kostet SpaceX etwa 30 Millionen US-Dollar“, so Steve Song.

Mit der neuesten Generation der Starlink-Satelliten, die mit etwa 800 Kilogramm pro Stück deutlich schwerer und leistungsstärker ausfällt, können die Falcon9-Raketen von SpaceX zudem nur noch gut 20 Satelliten auf einmal ins All bringen. Darüber hinaus haben die Satelliten eine Lebensdauer von lediglich fünf Jahren. Musk muss folglich 2400 Satelliten pro Jahr ersetzen, was nach den Berechnungen von Song allein 3,9 Milliarden US-Dollar pro Jahr kostet. Hinzu kommen Kosten für mindestens 150 Bodenstationen überall auf der Welt, Investitionen in Forschung und Entwicklung, Lizenzen und die Kosten für das Benzin, mit dem die Satelliten betrieben werden.²

Ähnlich dürfte die Kalkulation für Amazons Projekt Kuiper aussehen, auch wenn dieses mit einer geringeren Zahl an Satelliten auskommen will. Möglich ist das alles nur, weil Elon Musk und Amazon-Inhaber Jeff Bezos nahezu unbegrenzte Finanzmittel sicherstellen können. Doch auch der US-Politikberater Jonathan Hillman, der unter anderem das US-Außenministerium beraten hat, weist auf die hohen Risiken im Zusammenhang mit Starlink hin. Profitabel werde das Projekt laut einer Prognose von Morgan Stanley frühestens im Jahr 2031 nach Investitionen von insgesamt 33 Milliarden US-Dollar. Erreichbar sei das nur mit einem rasanten Wachstumskurs, dem zufolge Starlink bis 2040 mindestens 360 Millionen Nutzer:innen akquirieren müsste und einen Umsatz von 90 Milliarden US-Dollar.³ Bislang bleibt das Unternehmen bei Nutzer:innenzahlen allerdings weit hinter den Erwartungen zurück. Starlink hatte gegenüber Inves-

toren das Ziel ausgegeben, 2022 mindestens 20 Millionen zahlende Nutzer:innen zu haben. Heute sind es immer noch nur ein Bruchteil davon, lediglich 3 Millionen im Mai 2024.⁴ Um überhaupt die Aufmerksamkeit von Kund:innen anzuziehen, subventioniert SpaceX die Anschaffung der Hardware massiv. Bei Produktionskosten von 2.400 Dollar für ein Empfangsterminal verlangte das Unternehmen zunächst nur 499 Dollar, so Jonathan Hillman.⁵



Ein zu großer Vorsprung?

Wenn die Wette allerdings aufgeht, dann werden Musks Starlink und Amazons Kuiper die Internetversorger der Zukunft. Der First-Mover-Vorteil könnte ihren Vorsprung uneinholbar machen, warnt die Stiftung Wissenschaft und Politik in ihrer schon zitierten Studie zu Internet aus dem Weltall.⁶ Den erfolgreichen Unternehmen winkt nicht nur riesiger Profit, sondern auch nahezu unbegrenzte Macht. Mit LEO-Satelliten könnte eine gänzlich neue Dimension der globalen Infrastruktur entstehen, so die SWP. Eine Infrastruktur, die sich in der Hand weniger Firmen befindet, die zudem noch aus wenigen Ländern stammen.

Dies wäre ein eklatanter Unterschied zur terrestrischen Infrastruktur, die sich dadurch auszeichnet, dass sie von vielen untereinander konkurrierenden Telekommunikationsunternehmen beherrscht wird. „Diese Vielfalt führt dazu, dass die verschiedenen Akteure ein intrinsisches Interesse hatten, sich zu koordinieren und gemeinsame Standards zu entwickeln“, so die Einschätzung vom Autor der SWP-Studie, Daniel Voelsen, im Interview.⁷ Da alles in einer Einheit gebündelt ist, wäre die Notwendigkeit, sich mit anderen abzustimmen, deutlich geringer.

Voelsen befürchtet vor allem, dass ein Unternehmenschef wie Elon Musk diese Macht nutzen wird, um seine oft kruden Vorstellungen libertärer Politik durchzusetzen. Denn weil die LEO-Satelliten nur ein Teil weiterreichender Ambitionen sind, „stehe für Bezos und Musk Rentabilität nicht an erster Stelle“. Voelsen betont, dass sogar Industriestaaten wie Deutschland eine Situation drohe, „in der die selbstbestimmt-demokratische Kontrolle über die eigenen digitalen Infrastrukturen immer weiter begrenzt wird“. Für die Länder des Globalen Südens mit stark ausgeprägten Infrastrukturbabhängigen wären die Konsequenzen ungleich größer.

Die Weltraumpläne der Tech-Barone zielen unterdessen weit über den Aufbau von Satelliten-Konstellationen hinaus. Elon Musk etwa plant, den Mars zu besiedeln und zum rechtsfreien Raum zu erklären. Seinen Vorstellungen nach sollen anstelle einer staatlichen Hoheit zukünftig auf dem Planeten ansässige Digitalkonzerne die Governance übernehmen. Entsprechende Ausführungen finden sich sogar in den Nutzungsbedingungen von Starlink: „Für Dienstleistungen auf dem Mars oder während eines Transports zum Mars mit Starship oder einem anderen Kolonialisierungsräumschiff erkennen die Parteien den Mars als freien Planeten an, über den keine Regierung auf der Erde Autorität und Souveränität besitzt. Entsprechend werden Dispute durch Grundsätze der Selbstregulierung geklärt, die zur Zeit der Marsbesiedlung nach Treu und Glauben aufgestellt werden.“⁸

Das falsche Versprechen vom Ende des Digital Divide

Für den Moment aber widmet Musk sich weiter irdischen Problemen und verspricht, mit Starlink die digitale Kluft zu überbrücken. Auch Amazon lässt verlauten, das Ziel von Projekt Kuiper sei es, „viele Millionen Menschen zu versorgen, die keinen Zugang zum Breitband-Internet haben“. Voelsen verweist auf die koloniale Komponente der digitalen Kluft: „Es ist eine traurige Pointe der Geschichte, dass dies zu einem großen Teil jene Gesellschaften betrifft, die einst unter dem Kolonialismus leiden mussten. Waren sie damals für die Zwecke kolonialer Herrschaft in globale Kommunikationssysteme eingebunden, so fehlt ihnen nun ebendieser Zugang als immer wichtigere Grundlage für eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung.“

Bisher sieht es allerdings nicht danach aus, dass Starlink seine Produkte jemals günstig genug anbieten kann, um sie für potenzielle Kund:innen in abgelegenen Regionen des Globalen Südens erschwinglich zu machen. Damit fehlen auch die Einnahmen, die für Aufbau und Betrieb der Konstellationen notwendig sind. So habe es zwar einige Schlagzeilen gemacht, dass Starlink die Genehmigung für den Betrieb in mehreren afrikanischen Ländern erhielt, schreibt Infrastrukturexperte Steve Song, doch in dieser Weltregion sei Starlinks Geschäftsmodell noch schwächer als ohnehin schon. „Es besteht zwar ein dringender Bedarf an Konnektivität in ländlichen Gebieten, doch die Zahl der dort lebenden Menschen, die in der Lage sind, die Hardware und die monatlichen Kosten von Starlink zu bezahlen, ist gering. Im Jahr 2022 zum Beispiel werden schätzungsweise 40 Millionen Nigerianer:innen ein Einkommen unterhalb der nationalen Armutsgrenze von 137 430 Naira pro Person und Jahr ha-



A stack of 60 Starlink test satellites atop a Falcon9 rocket, close to entering orbit. Foto: Official SpaceX Photos

ben, was weniger als zwei US-Dollar pro Tag entspricht.“ Auch Politikberater Jonathan Hillman macht eine einfache, aber kritische Rechnung auf: „Um Afrika zu 90 Prozent mit Internetzugang zu versorgen, müsste man laut der UN Broadband Kommission 10 bis 20 Prozent seiner ländlichen Bevölkerung über Satelliten oder andere drahtlose Lösungen anbinden. Doch in einem durchschnittlichen Dorf wohnen weniger als 500 Menschen, von denen jeder vielleicht nur zwei oder drei Dollar bezahlen kann.“

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen hält Steve Song den entwicklungspolitischen Nutzen von Starlink und Amazons Projekt Kuiper für gering und das Versprechen vom Ende des Digital Divide für vorgeschoben. Anders als terrestrische Infrastrukturbieter würden Starlink und Amazon in den meisten Ländern keinerlei Investitionen tätigen. „Es ist sicher kein Zufall, dass diese beiden Projekte von den reichsten Menschen auf dem Planeten finanziert werden“, kommentiert Song. „Diese Konstellationen stehen für das Endspiel der Globalisierung und des Kapitalismus.“ Wenn Starlink am Ende vor allem wohlhabende Menschen in abgelegenen Regionen mit Internet versorgt, führt das dazu, dass die prekär lebenden Menschen weiterhin von der Kommunikation ausgeschlossen bleiben. Doch gerade für sie und ihre Gemeinden wäre eine staatliche Versorgung mit Breitbandinfrastruktur dringend notwendig.

Geringer Nutzen, hohe Umweltkosten

Die Nichtregierungsorganisation TEDIC aus Paraguay berichtet, dass auch in Paraguay das Starlink-Empfangsterminal für die Mehrheit der Bevölkerung nicht erschwinglich ist. 500 US-Dollar ist der Preis, und die monatlichen Kosten belaufen sich auf 52 US-Dollar, etwa das Doppelte von dem, was eine terrestrische Breitbandinternetversorgung im Land kostet. Selbst Starlinks lokaler Kooperationspartner, der Internetanbieter Conatel, geht davon aus, dass sich das Produkt kaum jemand leisten können wird – weder in den urbanen noch in den abgelegenen Gebieten des Landes.⁹

Die Nichtregierungsorganisation weist zudem auf die hohen Umweltkosten hin, die die Internetversorgung durch Satelliten verursacht, und die in keinem Verhältnis zum relativ geringen Nutzen stehen. Die LEO-Flugkörper seien sehr kurzlebig und in mehrfacher Hinsicht nicht ökologisch nachhaltig. Die durchschnittliche Lebensdauer eines Starlink-Satelliten beträgt nur etwa fünf Jahre, da dieser aufgrund seiner Nähe zur Erde einem höheren Luftwiderstand ausgesetzt ist. Um dennoch die Flug-

bahn halten zu können, muss sein Antrieb regelmäßig Anpassungen vornehmen, was auf Kosten der begrenzten Treibstoffmenge geht.

Wissenschaftler:innen warnen zudem vor einem *Ozonloch 2.0*: Sie fürchten, dass Chemikalien, die beim Verglühen ausgedienter Satelliten freigesetzt werden, die Ozonschicht schädigen und die Lichtabsorption der Erde beeinflussen könnten. Die LEO-Satelliten bestehen hauptsächlich aus Aluminium, das zu Aluminiumoxid oxidiert. Die zahlreichen Satelliten, die beim Wiedereintritt in die Erdatmosphäre verbrennen und Chemikalien freisetzen, könnten zu einem Anstieg des Aluminiums in der Atmosphäre führen und so die Ozonschicht schädigen.¹⁰

TEDIC vermutet darüber hinaus, dass aufgrund der hohen Geschwindigkeit der Satelliten von 25 000 km/h Zusammenstöße unvermeidbar werden und so auch vermehrt Weltraummüll entstehen wird. Nach Angaben des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt treten bereits derzeit jährlich 100 bis 150 Tonnen Weltraummüll in die Erdatmosphäre ein.¹¹ TEDIC fordert deswegen, dringend Regelungen auf nationaler und internationaler Ebene zu erlassen, um diese ökologischen Herausforderungen zu bewältigen.

Das Militär ist interessiert

Vor dem Hintergrund der hohen Kosten und der ökologischen Nachteile des Satelliteninternets stellt sich die Frage, an wen sich Musk, Bezos und Co. wenden werden, um Einnahmen mit ihrem Geschäftsmodell zu generieren. Jonathan Hillman prognostiziert: „Voraussichtlich werden die Satellitenfirmen versuchen, finanzielle Unterstützung aus den Budgets der Entwicklungszusammenarbeit zu erhalten.“ Steve Song vermutet hingegen, Starlink und andere LEO-Konstellationen könnten nur rentabel werden, wenn sie mit dem Militär kooperierten.¹²

Ein potenzieller militärischer Nutzen ist unbestritten. „Staaten mit Kontrolle über LEO-Konstellationen könnten mehrere strategische Vorteile haben“, schreibt auch Jonathan Hillman. Zum einen seien sie billiger als die Verlegung von Unterwasserseekabeln und somit leichter zu ersetzen. Zum anderen ließen sich die Signale schwerer stören, sodass sich die Satelliten auch als Reserve für geostationäre Navigationssatelliten eignen würden. „Zukünftige LEO-Systeme könnten eine exaktere Positionierung sowie Frühwarnfunktion ermöglichen und so sogar Hyperschallwaffen entdecken, die von älteren geostationären Systemen möglicherweise übersehen werden“, so Hillman. Tatsächlich experimentierte das US-Militär bereits mit LEO-Satelliten. Laut dem US-Politikberater arbeitet das Pentagon mit Starlink zusammen, um ein sicheres und widerstandsfähiges System für eine globale Kommunikation und Steuerung zu entwickeln, welche die Technik an Land, auf dem Meer, in der Luft und im Weltraum miteinander verbindet. Die U. S. Air Force habe Starlink-Verbindungen bereits mit Kampf- und Tankflugzeugen getestet.

Der große militärische Nutzen der Technologie zeigte sich 2022 zunächst auch bei der Landesverteidigung der Ukraine gegen die russischen Angreifer. Die terrestrische ukrainische Kommunikationsinfrastruktur ist immer wieder Ziel von russischen Angriffen und deshalb regelmäßig gestört. Kurz nach Kriegsbeginn

ging Elon Musk öffentlichkeitswirksam auf ein Hilfesuchen der Ukraine ein. Auf X twitterte der ukrainische Digitalminister Mychajlo Fedorow: „@elon-musk, while you try to colonize Mars – Russia try to occupy Ukraine! While your rockets successfully land from space – Russian rockets attack Ukrainian civil people! We ask you to provide Ukraine with Starlink stations and to address sane Russians to stand.“¹³ Keine zwölf Stunden später kam die Antwort von Musk, ebenfalls via X: „Starlink service is now active in Ukraine. More terminals en route.“¹⁴

So beeindruckend Musks schnelle Reaktion war, so sehr demonstriert das Beispiel auch, wie gefährlich eine militärische Abhängigkeit von der Infrastruktur eines exzentrischen Tech-Milliärs ist. Das zeigte ein Vorfall im ersten Kriegsjahr. Da scheiterte ein potenziell verheerender Drohnenangriff der Ukraine auf die russische Schwarzmeerflotte an der Verfügbarkeit des Starlink-Internets. Aus Sorge vor Vladimir Putins Zorn verweigerte Musk der Ukraine die Bitte um Freischaltung von Starlink in der umkämpften Ostukraine.¹⁵ Später drohte Musk damit, den Zugang gänzlich abzuschalten, auch wegen der hohen Kosten. „Wie kommt es, dass ich plötzlich in einen Krieg involviert bin?“, fragte Musk 2023 seinen Biografen Walter Isaacson, und erläuterte: „Starlink ist nicht für Kriege gedacht, sondern dafür, dass Menschen Netflix schauen und chillen können und sie für die Schule online gehen können.“ Musk beteuerte, sein Satellitenetzwerk Starlink sei „für gute, friedliche Dinge geschaffen, nicht für Drohnenangriffe“¹⁶ Und so untersagte Musk der Ukraine die Nutzung von Starlink für offensive Einsätze gänzlich. Inzwischen finanzieren die USA die Starlink-Kapazitäten der Ukraine. Laut New York Times haben sie 400 bis 500 Starlink-Terminals für das Land gekauft, die nicht beschränkt oder deaktiviert werden können.¹⁷

Eine Neuauflage des Space Race: China holt auf

Das unberechenbare Verhalten Musks führte dazu, dass einige Staaten wie Deutschland oder Taiwan sich bewusst gegen eine Zusammenarbeit mit Starlink entschieden. Die Bundeswehr etwa brach Medienberichten zufolge Gespräche über mögliche Kooperationen ab.¹⁸ Die USA arbeiten zwar weiter mit Starlink zusammen, betreiben allerdings auch den Aufbau einer eigenen LEO-Konstellation, die bestehende Satelliten des Militärs und der Regierung in höheren Orbits ergänzt.¹⁹ Auch die Europäische Union entschied sich 2022 für den Aufbau einer eigenen Satellitenkonstellation, IRIS 2, mit der sie die Internetversorgung für Regierungen und Militär in Krisenzeiten sicherstellen will. IRIS 2 setzt dabei nicht nur auf LEO-Satelliten, sondern ist als Multi-Orbit-System gedacht, das durch Satelliten in höheren Orbits ergänzt wird. Die Konstellation soll bis 2027 ihren vollen Betrieb aufnehmen.²⁰

Auch China arbeitet mit Hochdruck an einer Internetversorgung aus dem Weltall. Die Volksrepublik ist im Vergleich zu den westlichen Staaten erst spät in das Satellitenrennen eingestiegen. Wie groß der Vorsprung der USA war, demonstrierten diese in der Taiwankrise 1996. Als das chinesische Militär Raketen als Warnung Richtung Taiwan abfeuerte, schalteten die USA China kurzerhand den Zugang zum US-Navigationssystem GPS ab – die chinesischen Raketen stürzten ins Meer.²¹ China nahm deshalb das Projekt Beidou („Großer Wagen“) in Angriff. Beidou ist

eine Konstellation aus Navigationssatelliten im geostationären Orbit in etwa 36 000 Kilometern Höhe, die eine Alternative zum US-amerikanischen GPS darstellt. Genau wie bei dem US-amerikanischen Pendant handelt es sich dabei um ein militärisch motiviertes Produkt, das auch zivil genutzt wird. In den 30 Jahren seit Start des Beidou-Projektes hat China mächtig aufgeholt. Inzwischen stützt sich das System auf 44 Satelliten im Weltall und ist zu einer echten Konkurrenz für GPS geworden. Mit Huawei und Xiaomi bauen zwei der größten Mobiltelefonhersteller der Welt standardmäßig Beidou-Module in ihre Geräte ein, und auch von Samsung und Apple gibt es Telefone mit Beidou-Navigation.²²

Auch in das Wettrennen um die Internetversorgung aus dem All ist China inzwischen eingestiegen. In einer der fortschrittlichsten Satellitenfabriken der Welt fertigt die China Aerospace Science and Industry Corporation in der Region Wuhan bis zu 240 kleine Satelliten pro Jahr.²³ Gemeinsam mit der China Aerospace Science and Technology Corporation arbeitete der chinesische Rüstungskonzern seit 2016 zunächst an zwei eigenen LEO-Konstellationen mit den Namen „Hongyan“ und „Hongyun“, die zusammen nicht mehr als 500 Satelliten umfassen sollten. Seit 2020 hat China die beiden Projekte zu einer Mega-Konstellation „Guowang“ zusammengelegt, die bis zu 26 000 Satelliten enthalten soll. Die ersten von ihnen wurden 2024 ins All geschossen.²⁴

Das Wettrennen im Weltall wird also nicht nur zwischen Tech- und Weltraumunternehmen, sondern auch zunehmend wieder zwischen Staaten geführt. Der Generaldirektor der Europäischen Raumagentur ESA, Josef Aschbacher, spricht sogar schon von einer Neuauflage des Space Race, also des propagandagetriebenen Wettrennens zwischen den USA und der Sowjetunion in den 1950er und 1960er Jahren.²⁵ Doch statt Russland ist es dieses Mal in erster Linie China, das sich mit dem Westen einen Wettlauf zu den Sternen liefert. Daniel Voelsen von der Stiftung Wissenschaft und Politik warnt deshalb bereits vor einer Aufspaltung der Welt in zwei digitale Blöcke: „Der Aufbau einer neuen weltumspannenden Internet-Infrastruktur in der Hand

weniger Unternehmen und der dahinterstehenden Staaten würde es erlauben, das Internet entlang einer politischen Konfliktlinie in zwei weithin voneinander getrennte Sphären aufzuspalten.“

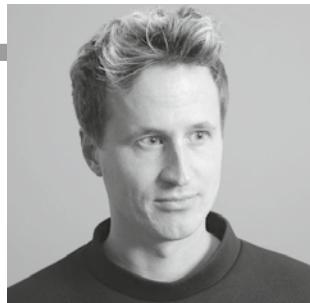
Das wäre das Ende des Internets, wie wir es heute kennen, das Ende des Internets als globaler Kommunikationsinfrastruktur. „Ein Austausch über die Grenzen dieser zwei Sphären hinweg wäre dann nur noch möglich, soweit dies von den Betreibern dieser neuen Infrastruktur zugelassen wird.“²⁶

Nachdruck der Seiten 216-225 von Kap. 5.2 aus dem 2025 im C.H.Beck-Verlag erschienenen Buch „Digitaler Kolonialismus. Wie Tech-Konzerne und Großmächte die Welt unter sich aufteilen“ von Ingo Dachwitz und Sven Hilbig. Wir bedanken uns bei den Autoren und dem Verlag für die freundliche Genehmigung.

Anmerkungen

- 1 Even Elon Musk Makes It Clear Starlink Could Have Limited Impact, May Not Be Financially Viable, online: <https://www.techdirt.com/2021/07/06/even-elon-musk-makes-it-clear-starlink-could-have-limited-impact-may-not-be-financially-viable/>
- 2 Starlink and Inequality, online: <https://manypossibilities.net/2023/11/starlink-and-inequality/>
- 3 Jonathan E. Hillman, Chinas Digitale Seidenstraße. Der globale Kampf um die Herrschaft über die Daten, Plassen, 2022.
- 4 Elon Musk über X.com, 21. Mai 2024, online: <https://x.com/elonmusk/status/1792690117947314323>
- 5 Jonathan E. Hillman, Chinas Digitale Seidenstraße. Der globale Kampf um die Herrschaft über die Daten, Plassen, 2022.
- 6 Daniel Voelsen, „Internet aus dem Weltraum. Wie neuartige Satellitenverbindungen die globale Internet-Governance verändern können“, Stiftung Wissenschaft und Politik, 2021, online: <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2021S02/>

Ingo Dachwitz und Sven Hilbig



Ingo Dachwitz ist Kommunikationswissenschaftler und arbeitet als politischer Tech-Journalist für das preisgekrönte Investigativmedium *netzpolitik.org*. Auf seine Expertise zur Ethik der Digitalisierung griffen in den vergangenen Jahren unter anderem das Bundeskanzleramt und die Evangelische Kirche in Deutschland zurück. Für seine Recherchen zur globalen Datenindustrie wurde er 2024 mit dem Alternativen Medienpreis und dem Grimme Online Award ausgezeichnet.

Foto: Darja Preuss



Sven Hilbig ist Jurist und arbeitet als Referent für Handelspolitik und Digitalisierung bei der evangelischen Entwicklungsorganisation Brot für die Welt. Zuvor war er bei der Heinrich-Böll-Stiftung zu verschiedenen Themen an der Schnittstelle von Ökonomie und Ökologie tätig. Von 2001 bis 2006 arbeitete er als Researcher und Rechtsberater für die Menschenrechtsorganisation Global Justice in Brasilien.

Foto: Hermann Bredehorst

- 7 Interview mit Daniel Voelsen am 26. Oktober 2023.
- 8 Starlink Terms of Service, online: <https://www.starlink.com/legal/documents/DOC-1020-91087-64>
- 9 Starlink in Paraguay: are there risks or concerns about this technology?, online: <https://www.tedic.org/en/starlink-in-paraguay-are-there-risks-or-concerns-about-this-technology/>
- 10 Air pollution from reentering megaconstellation satellites could cause ozone hole 2.0, online: <https://www.space.com/starlink-satellite-reentry-ozone-depletion-atmosphere>
- 11 Weltraummüll, online: https://www.dlr.de/rd/desktopdefault.aspx/tabid-2265/3376_read-5091/
- 12 Starlink and Inequality, online: <https://manypossibilities.net/2023/11/starlink-and-inequality/>
- 13 Mychajlo Fedorow über X.com, 26. Februar 2022, online: <https://x.com/FedorovMykhailo/status/1497543633293266944>
- 14 Elon Musk über X.com, 26. Februar 2022, online: <https://x.com/elonmusk/status/1497701484003213317?lang=de>
- 15 Elon Musk biographer admits suggestion SpaceX head blocked Ukraine drone attack was wrong, online: <https://www.theguardian.com/books/2023/sep/12/elon-musk-biographer-admits-suggestion-spacex-head-blocked-ukraine-drone-attack-was-wrong>
- 16 Elon Musk ordered Starlink to be turned off during Ukraine offensive, book says, online: <https://www.theguardian.com/technology/2023/sep/07/elon-musk-ordered-starlink-turned-off-ukraine-offensive-biography>
- 17 Elon Musk's Unmatched Power in the Stars, online: <https://www.nytimes.com/interactive/2023/07/28/business/starlink.html>
- 18 Bundeswehr beendet Gespräche mit Elon Musk, online: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/militaer-verteidigung/id_100332030/starlink-gespraeche-abgebrochen-deutschlands-angst-vor-elon-musk.html
- 19 Space Development Agency shaking up how the military buys satellites, online: <https://spacenews.com/space-development-agency-shaking-up-how-the-military-buys-satellites/>
- 20 IRIS2 – Die neue europäische LEO-Satellitenkonstellation, online: <https://crisis-prevention.de/kommunikation-it/2023-iris2-die-neue-europaeische-leo-satellitenkonstellation.html>
- 21 Friedrich Ebert Stiftung, China als sicherheitspolitischer Akteur, 2011, online: <https://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08539.pdf>
- 22 Jonathan E. Hillman, Chinas digitale Seidenstraße: Der globale Kampf um die Herrschaft über die Daten, Plassen, 2022.
- 23 Jonathan E. Hillman, Chinas digitale Seidenstraße: Der globale Kampf um die Herrschaft über die Daten, Plassen, 2022.
- 24 China launches satellites to rival SpaceX's Starlink in boost for its space ambitions, online: <https://edition.cnn.com/2024/08/09/china/china-satellite-qianfan-g60-starlink-intl-hnk/index.html>
- 25 <Der Mond ist wieder aktuell>: ESA-Chef Aschbacher über den neuen Wettkampf ins All, online: <https://www.tageblatt.lu/headlines/der-mond-ist-wieder-aktuell-esachef-aschbacher-ueber-den-neuen-wettkampf-ins-all/>
- 26 Daniel Voelsen, Internet aus dem Weltraum. Wie neuartige Satellitenverbindungen die globale Internet-Governance verändern könnten, Stiftung Wissenschaft und Politik, 2021, online: <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2021S02/>

Martin Andree

Krieg der Medien

Dark Tech und Populisten übernehmen die Macht

„Bürgerkrieg ist unvermeidlich.“ Diese Worte schrieb Elon Musk am 4. August 2024 auf X zu den Unruhen in Großbritannien, bei denen es unter anderem zu rassistischen Übergriffen, Brandstiftung und Plünderungen kam. Mehr als fünfzig Polizisten wurden verletzt, es kam zu Hunderten Festnahmen. In der Folge postete Elon Musk mehrfach Inhalte auf X, die dazu anstachelten, die angeblich tyrannische britische Regierung zu stürzen.

Der Krieg der Medien, um den es hier geht, ist kein abstraktes Theoriegebilde, sondern führt spätestens seit dem Sturm aufs US-Kapitol 2021 zu sehr realen Krawallen und Gewalttaten. Es ist ein Krieg, bei dem sich die Macht der Big-Tech-Plattformen mit populistischen Kräften verbündet hat. [...] Europa ist gerade dabei, den Krieg der Medien zu verlieren. Wir verlieren ihn, und wir verlieren dabei unsere Demokratie. Und das alles kann nur geschehen, weil wir als Gesellschaft bis heute nicht einmal genau verstanden haben, was hier überhaupt passiert. Worum genau geht es also?

Der Krieg der Medien, also der aktuell stattfindende Kampf um die Medienherrschaft, der in der westlichen Welt tobt, hat vor langer Zeit ganz unauffällig als wirtschaftlicher Verdrängungskrieg begonnen. Plattformen, die überwiegend aus den USA stammen, drücken seitdem die herkömmlichen redaktionellen Medien mehr und mehr an die Wand. Im Jahrzehntelangen Verlauf dieser feindlichen Übernahme haben sie zunächst ein Narrativ etabliert, wonach die Tech-Plattformen den Menschen die

wirklich freien Medien böten. Diese Erzählung wurde im Zeitverlauf zunehmend radikalisiert: die redaktionellen „Lügenmedien“, so hörte man, würden mit den vermeintlich „korrupten Eliten“ des Staates unter einer Decke stecken und so fort. Den vorläufigen Höhepunkt des Plattformfeldzugs gegen die redaktionellen Medien lieferte Trumps Wiederwahl im November 2024, nach der Elon Musk offiziell den Sieg über den Journalismus verkündete und den Menschen auf seiner Plattform X erklärte: „You are the media now.“

Das alles ist ein Krieg um die Medien. Und wir wissen alle, wem diese Medien der Zukunft gehören – Eigentümer sind die Dark-Tech-Konzerne. Darunter verstehe ich die großen, monopolistischen US-Tech-Konzerne, die früher einmal als Idealisten in Garagen begonnen haben – allerdings über einen Prozess der Darth-Vaderisierung auf die dunkle Seite der Macht geraten sind.

Wir erleben aber nicht nur einen Krieg um die Medien, sondern auch einen Krieg in den Medien, und zwar als Kampf um Vor-

herrschaft und Deutungshoheit in den Plattformen, die immer stärker das politische Agendasetting bestimmen. Der Ton dort wird immer aggressiver. Hass, Hetze, Häme sind die neue Realität des digitalen Diskurses. Beleidigungen, Verleumdungen, Anschuldigungen überschlagen sich, Mobbing, Rants und Shitstorms greifen um sich. Die Unruhen in Großbritannien, aber auch schon der Sturm aufs Kapitol in den USA zeigen, wie leicht dieser verbale Krieg in reale Gewalt umschlagen kann. Umgekehrt greift der echte, brutale Angriffskrieg, den Putin seit Jahren gegen die Ukraine und damit gegen Europa führt, medial die westlichen Demokratien an. Erneut sind es die Plattformen, die von russischen Cyberattacken, Trollfarmen und Fake-Accounts genutzt werden, um innerhalb der Bevölkerung Zweifel an der Unterstützung für den Krieg zu säen und so für den Krieg zu instrumentalisieren.

Im Krieg um die Medien gewinnen gerade die Dark-Tech-Konzerne. Im Krieg in den Medien sind an allen Fronten die Populisten auf dem Vormarsch. Und nun wird sichtbar, dass sich beide Bewegungen offen miteinander verbunden haben. Den Kampf, den die Plattformen seit den Nullerjahren gegen die „etablierten« redaktionellen Medien führen, konnten vor allem rechtspopulistische Strömungen für ihre Agenda nutzen. Eine gefährliche Synchronisierung, die in der Öffentlichkeit das Märchen erzählt, die westlichen Regierungen hätten die „Systemmedien“ in der Vergangenheit „zensiert“, aber jetzt würden die Trumps, Musks, Weidels und Höckes dieser Welt die Menschen „befreien“, und zwar durch die Kraft der „unzensierten“ Plattformen für echte „Meinungsfreiheit“. Wir haben alle in den letzten Monaten erleben müssen, wie ungeheuer erfolgreich diese Synchronisierung funktioniert.

In Wirklichkeit wird die Demokratie in Deutschland und in der EU von vier Seiten in die Zange genommen und angegriffen: Von den Tech-Plattformen, der US-Regierung, den europäischen populistischen Bewegungen und zuletzt durch die militärische Bedrohung aus dem Osten. Zwei Felder kristallisieren sich hier heraus: Die „etablierten Altmedien und Altparteien“ (so die programmatischen Begriffe aus der rechten Szene) verteidigen sich gegen zunehmend synchronisierte Attacken der Tech-Plattformen, der Trump-Regierung und ihren populistischen Verbündeten. Und das alles wird auch hierzulande längst getragen von einer großen Bottom-up-Bewegung, deren neuer Sound täglich in den Plattformen auf uns einprasselt.

Die Einschläge kommen von Monat zu Monat immer näher. Besonders beängstigend ist, dass die Angreifer ihrerseits offen ihren Vormarsch im Krieg der Medien mit konkreter militärischer Bedrohung verknüpfen. JD Vance hatte schon im Sommer 2024 damit gedroht, dass die USA die NATO sofort verlassen würden, wenn die EU es wagen sollte, die US-amerikanischen Tech-Plattformen strenger zu regulieren.

Wie wir ebenfalls sehen werden, stellen die Plattformen der Tech-Konzerne die wichtigsten Waffen im Krieg der Medien dar. In Zukunft wird derjenige gewinnen, der nicht nur Macht in Form von politischer Herrschaft oder wirtschaftlichem Reichtum besitzt, sondern zusätzlich auch Meinungsmacht kontrolliert, wie Elon Musk mit der Plattform X. Nach den Worten des libertären Vordenkers Peter Thiel (seinerseits ideologischer Ziehvater des US-Vizepräsidenten JD Vance) sind wir Zeugen eines

„Kriegs“ der alten Wissenseliten gegen das neue Medium des Internets – „ein Krieg, den das Internet gewonnen hat“.

Und wir? Wir haben den Schuss immer noch nicht gehört. Immerhin wurde bei der Bildung der neuen Regierung deutlich, dass die Politik verstanden hat: Wir müssen unsere Sicherheit verteidigen. Die Burgherren haben auf ihren Wehrtürmen also endlich das riesige feindliche Heer da draußen entdeckt, das sie bedroht, und sind fest entschlossen, die Burg zu verteidigen. Dumm nur, dass die Feinde längst schon im Inneren der Burg sind und mit den bewaffneten Heeren da draußen im munteren Austausch stehen. Noch dümmer ist, dass die Burgherren das nicht zu bemerken scheinen.

Schlucken wir erst einmal die Kröte: Die USA erweisen sich in diesen Tagen als feindselige, erpresserische und skrupellose Macht, die Jahrzehntealte Allianzen ebenso wie vertragliche Gewissheiten innerhalb weniger Tage über Bord wirft, ohne mit der Wimper zu zucken.

Und das Problem ist noch fundamentaler, als es auf den ersten Blick scheint. Denn im Gegensatz zu Putins Russland kontrollieren die USA unsere Demokratie schon jetzt auf zwei kritischen Feldern. Erstens „gehört“ ihnen durch ihre monopolistischen und oligopolistischen Plattformen unsere politische Öffentlichkeit in der digitalen Sphäre – und das ist nichts weniger als die zukünftige Grundlage unserer Demokratie. Der vergangene Bundestagswahlkampf hat mehr als deutlich gezeigt, dass die USA den Besitz dieser Plattformen offen dazu instrumentalisieren, um ausländische Wahlen für ihre Interessen und machpolitischen Partner (wie bei uns die AfD) zu beeinflussen.

Nicht genug damit – es sind dieselben Tech-Unternehmen, die hierzulande auch noch die digitalen Infrastrukturen kontrollieren. Riesige Mengen sensibler Daten, sowohl aus Unternehmen als auch aus Behörden und Verwaltungen, liegen bei den großen US-Cloud-Providern von Amazon, Microsoft und Google. Nicht anders ist es bei Office-Software mit dem Quasimonopol von Microsoft. Das Ausmaß unserer Erpressbarkeit und Abhängigkeit ist schwindelerregend.

In der Vergangenheit wurde immer mal wieder die Gefahr diskutiert, die diktatorische chinesische Regierung könne Daten von TikTok-Nutzern abgreifen und diese zu unserem Schaden einsetzen. Diese Gefahr aber ist geradezu ein Witz im Vergleich zu dem, was die zunehmend autokratischer agierenden USA mit der unvorstellbar riesigen Menge an privaten und sensiblen Daten aus Behörden, Verwaltungen und Unternehmen ausrichten können, auf die sie schon heute ganz einfach zugreifen können. Jede politische Programmatik, die das Ausmaß des Problems versteht, müsste das Thema digitale Souveränität auf derselben Prioritätsebene behandeln wie unsere militärische Verteidigungsfähigkeit. Unsere Freiheit wird aktuell von zwei Seiten in die Zange genommen, im Osten militärisch durch Putin, im Westen durch Trump, Vance, Tech und Co. – mit dem entscheidenden Unterschied, dass die westliche Allianz schon längst im Inneren unserer Burg ihre Posten bezogen hat. Sie beherrschen und kontrollieren unsere digitale Welt bereits vollständig. Und infolge der weiter fortschreitenden digitalen Transformation bauen sie diese Herrschaft von Monat zu Monat, von Quartal zu Quartal immer weiter aus, ohne auch nur irgendetwas aktiv tun zu müssen.

Wirtschaftlich gewinnen sie diesen Krieg der Medien sowieso, und deswegen wird die demokratische Öffentlichkeit geradezu zwangsläufig ihre Beute werden.

Wir müssen uns dann doch auch die Frage stellen: Welche Dimension dieses Kriegs stellt eigentlich eine akutere Bedrohung für die Menschen hier in Deutschland dar? Die militärische Bedrohung durch Putin aus dem Osten? Oder aber der Krieg der Medien, bei dem die libertären Feinde der Demokratie längst in unserem eigenen Land ihre Stellungen bezogen haben – und diese Bastionen von Monat zu Monat immer weiter ausbauen? Zumal diese Kräfte sich doch längst schon mit Putin synchronisiert haben.

Versetzen wir uns in das Mindset der US-Regierung in der Grundannahme, dass diese in Zukunft eine aggressive, imperialistische Expansionspolitik betreiben. Plakativ gesprochen: Warum soll man dann wie in alten Zeiten überhaupt militärisch gegen andere Länder vorgehen, wenn man doch sowieso schon die digitalen Infrastrukturen und Medien in diesen Ländern kontrolliert? Wenn man aus der Perspektive der USA die eigenen Interessen über trumpistische Partnerorganisationen wie etwa die AfD durchsetzen könnte, die man wiederum über die eigenen digitalen Plattformen nach Belieben unterstützen – und ebenfalls nach Belieben in Abhängigkeit halten könnte?

Ein Krieg der Medien ist für solche Akteure doch viel aussichtsreicher als ein altmodischer, klassischer Krieg mit militärischen Mitteln. Utopisch? Keinesfalls. Dieser Krieg der Medien ist bereits offen erklärt worden. Erinnern wir uns kurz an die Rede des US-amerikanischen Vizepräsidenten JD Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz. In einem Forum im Herzen Europas, in dem es in der Vergangenheit stets um Außen- und Sicherheitspolitik ging, und zu einer Zeit, da der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine an einem Kippunkt angelangt schien, da sprach Vance über was? Medien.

Die größte Gefahr für Europa, so Vance, ginge gar nicht von Russland oder China aus – sondern von innen. Europa hinke nämlich schwer hinterher auf dem Feld der „Meinungsfreiheit“, die durch „Zensur“ bedroht sei. Lichtgestalten wie Trump und er selbst dagegen stünden auf der Seite der Meinungsfreiheit.

Kurz darauf ergänzte er drohend, mit Trump sei jetzt „ein neuer Sheriff in der Stadt“ – nee klar, eine lustige Befreiung wird das für uns alle werden, mit diesem Sheriff – und man solle doch bitte in Zukunft mit Gruppierungen wie der AfD in Europa zusammenarbeiten.

[...] Denken wir das Ganze mal weiter. Das Narrativ von Vance und Co. ist so gestrickt, dass es angeblich Trumps USA sind, die Europa in diesem Krieg der Medien von den korrupten Eliten und der Zensur befreien. So weit, so absurd. Ihre wichtigste Waffe bei dieser Befreiungsbewegung sind natürlich die Plattformen der US-amerikanischen Tech-Konzerne. Das bedeutet dummerweise – für uns –, dass das Zerstörungswerk, das Trump, Vance und Musk in den USA anrichten, schon längst in Europa waltet, und zwar buchstäblich „auf allen Kanälen“. Trump und Vance mögen im wörtlichen Sinne aktuell „nur“ in den USA regieren, nicht in Europa. Doch ihre Kanäle sind dieselben, die auch unsere europäische digitale Öffentlichkeit beherrschen.

In der wissenschaftlichen Vermessung des gesamten digitalen Traffics über alle Endgeräte hinweg konnten wir zeigen: Die digitale Vielfalt ist eine Illusion. Das steht im völligen Widerspruch zu unserer intuitiven Wahrnehmung der digitalen Welt: Gibt es nicht Millionen von Angeboten da draußen? Tatsächlich ist aber fast der gesamte digitale Traffic auf ganz wenigen Tech-Plattformen gebündelt. Draußen, also außerhalb der Tech-Plattformen, erstreckt sich eine riesige Wüste von Inhalten, die kaum betreten wird. Den Dark-Tech-Konzernen ist es gelungen, den digitalen Traffic weitgehend in die Silos ihrer Plattformen hineinzuziehen und gleichzeitig die unabhängigen Angebote im freien Internet fast vollständig trocken zu legen. Das Internet ist schon jetzt eine besetzte Zone.

Genau das ist der unschlagbare strategische Vorteil dieser neuen Symbiose aus Trump und Tech: Sie kämpfen einen Krieg der Medien und sie tun dies in Medien, die ihnen gehören und die sie vollständig kontrollieren. Durch diese digitalen „Nuklearwaffen“ (Steve Bannon) können sie ihre eigene Vormacht maximal ausweiten. Und wir haben auf diesem Schachbrett nicht eine einzige eigene Figur stehen. [...] fast alle großen digitalen Plattformen der europäischen Medienwelt gehören den US-Tech-Oligarchen. Dagegen sind wir völlig bedeutungslos, ein Schwarm Fruchtfliegen, nervig, aber harmlos und komplett handlungsunfähig.

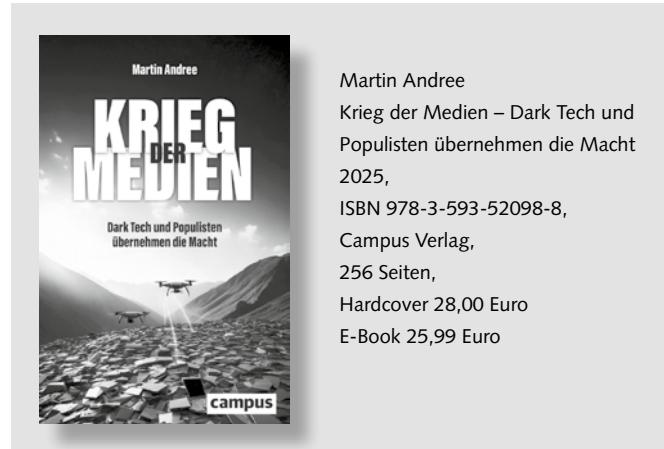
Martin Andree



Prof. Dr. **Martin Andree** lehrt Medienwissenschaft an der Universität zu Köln. Er forscht seit mehr als 15 Jahren zur Dominanz der Digitalkonzerne. Führende deutsche Medien und Konferenzen im In- und Ausland greifen für Beiträge zu diesem Thema regelmäßig auf seine Expertise zurück. Im Jahr 2020 veröffentlichte er den hoch angesehenen *Atlas der digitalen Welt*. Er erhielt den Günter-Wallraff-Sonderpreis für Pressefreiheit und Menschenrechte für seinen Bestseller *Big Tech muss weg* (2023), der auch in englischer Sprache erschienen ist, sowie den Beatrice-Primus-Forschungspreis der Universität Köln (2025). Am 21. August erscheint sein Buch zur aktuellen digitalpolitischen Situation: *Krieg der Medien. Dark Tech und Populisten übernehmen die Macht*. Sein Studium absolvierte er in Köln, Münster, Cambridge und Harvard; seine Habilitation erfolgte im Jahr 2018.

Wir sitzen also in der Falle. Und das sind wir komplett selbst schuld. Denn dieser Krieg der Medien hat schon vor vielen Jahren begonnen. Aber wir haben die ganze Zeit nur tatenlos von der Seitenlinie aus zugesehen. Die extreme Dynamik der letzten Monate hat aber alles verändert. Und eines ist auch klar: Diese Bedrohungslage wird keinesfalls von selbst wieder verschwinden. Im Gegenteil. Die antidemokratischen Warlords sind ganz kurz davor, ihre Ziele zu erreichen. Sie machen gerade in diesen Augenblicken den Sack zu. Es sieht nicht so aus, als seien sie noch zu stoppen. Warum sollten sie ihre sichere Beute wieder hergeben? Sicherlich, im Angesicht der Katastrophe haben wir jetzt immerhin eine Debatte. Aber wir gehen das Thema weiterhin viel zu langsam an. In wenigen Jahren könnte unsere Demokratie verloren sein. Die Chancen, dass wir das Ruder jetzt noch herumreißen können, sehe ich auch bei maximal entschlossenem Vorgehen nur noch bei unter zehn Prozent. Denn die neue Legislaturperiode ist in Deutschland schon angebrochen, und man müsste jetzt umgehend diese großen Themen mit maximaler Entschlossenheit angehen. Umgekehrt gilt: Themen, die jetzt nicht angepackt werden, lassen sich dann später kaum noch politisch aufsatteln. Aber de facto greifen wir den Stier momentan nicht bei den Hörnern. Und wenn wir das nicht in den kommenden Wochen und Monaten ändern, ist es zu spät. Aufgrund der digitalen Kippbewegung können wir keine vier Jahre mehr warten.

Wenn in hundert Jahren die Historiker auf unsere Zeit zurück schauen, werden sie vielleicht sagen: Im Frühjahr 2025, als die



Martin Andree
Krieg der Medien – Dark Tech und
Populisten übernehmen die Macht
2025,
ISBN 978-3-593-52098-8,
Campus Verlag,
256 Seiten,
Hardcover 28,00 Euro
E-Book 25,99 Euro

neue Regierung antrat, da gab es eine winzige Restchance für Deutschland und Europa, das Ruder gegen die Koalition aus Trump, Tech, Putin und den Populisten noch herumzureißen – aber auch sie wurde leider vertan. Wenn unsere Politik weiterhin nicht aufwacht, können wir getrost sagen: „Gute Nacht, Demokratie.“ Wir müssen anfangen, wirklich zu kämpfen. Sonst wird es schon sehr bald zu spät sein.

*Wir bedanken uns für die Nachdruckgenehmigung des Auszuges aus dem 2025 im Campus-Verlag erschienenen Buch **Krieg der Medien. Dark Tech und Populisten übernehmen die Macht** von Martin Andree.*

Max Bank

Europas Chance: Entschlossen gegen Marktmacht der Techkonzerne

US-Techkonzerne wie Google oder Meta setzen derzeit alles daran, die Durchsetzung europäischer Regeln wie der wettbewerblichen Missbrauchskontrolle, des Digital Markets Act (DMA) und des Digital Services Act (DSA) zu untergraben. Mit Unterstützung der US-Regierung. Die Europäische Kommission darf sich davon nicht einschüchtern lassen. Im Gegenteil: Sie muss ein klares Signal an das Silicon Valley senden – und ihre Möglichkeiten nutzen, um den Techkonzernen endlich Grenzen zu setzen. Das laufende Google-Adtech-Verfahren könnte dabei wichtige Weichen stellen.

Bruch nach enger Zusammenarbeit der Biden-Jahre

Unter US-Präsident Biden hatten die Wettbewerbsbehörden der USA und der EU noch eng kooperiert. Die US-Regierung selbst zeigte sich damals kritisch gegenüber der Marktmacht der großen Techkonzerne.¹ Mit Donald Trumps Amtsantritt im Januar 2025 hat sich das geändert. Trump besetzte die Wettbewerbsbehörde *Federal Trade Commission* (FTC) und das Justizministerium neu, die monopolkritische FTC-Chefin Lina Khan musste gehen.

Schon kurz nach Amtsübernahme suchte Trump demonstrativ den Schulterschluss mit den Tech-CEOs. Bei seiner Antrittsfeier ließ er sich mit den Chefs von Google, Meta und Co. ablichten. Seither verteidigt er aggressiv die Interessen von Big Tech, sowohl innenpolitisch als auch global: Er mobilisiert massive Investitionen und bekämpft jegliche Regulierungsvorstöße, attackiert Gesetze anderer Länder, behindert Regulierung in anderen Ländern und drängt auf ungehinderten Marktzugang für US-Konzerne.

Digital Services Act – als Steuer und Zensur diffamiert

Diese neue US-Linie hat Folgen für die EU. Der *Digital Services Act* (DSA) soll Hassrede und Desinformation auf Online-Plattformen eindämmen und mehr Transparenz bei digitaler Werbung schaffen. Er verpflichtet große Plattformen wie X, Facebook und Instagram, Verantwortung für die Inhalte auf ihren Seiten zu übernehmen.

Trump aber stellt die Ziele des DSA infrage.² Er bezeichnet das Gesetz als Instrument der Zensur und die Strafzahlungen bei Regelverstößen als „verdeckte Steuer“ auf US-Unternehmen.

Der politische Druck aus den USA bleibt nicht ohne Wirkung – die Durchsetzung des DSA verläuft bislang schleppend: Während die EU bereits Strafzahlungen wegen Verstößen gegen Meta verhängte, florieren auf Elon Musks Plattform X weiterhin Falschinformationen und Hassrede, ohne dass die EU-Kommission eingreift.³ Sie hat zwar ein Verfahren eröffnet, bisher jedoch

ohne Folgen. Eine konsequente Anwendung der Regeln würde bedeuten, X mindestens mit Strafzahlungen zu sanktionieren oder notfalls vom europäischen Markt auszuschließen.

Digital Markets Act – Fortschritt mit Bremsklotz

Auch beim *Digital Markets Act* (DMA) zeigt sich ein gemischtes Bild. Der DMA soll Märkte mit besonders großen Techkonzernen fair und bestreitbar, das heißt für Wettbewerb offen, halten. Unternehmen wie Alphabet (Google), Amazon, Apple, Booking, ByteDance, Meta und Microsoft sind als sogenannte Gatekeeper designiert – also zentrale Torwächter digitaler Märkte. Ihre Dienste, wie Facebook, Instagram, WhatsApp oder der App Store unterliegen besonderen Pflichten. Verstoßen die Torwächter gegen den DMA, drohen hohe Strafen bis hin zur Zerschlagung.

Die Europäische Kommission hat bereits mehrere Verfahren eingeleitet und erste Fortschritte erzielt: Gatekeeper mussten Schnittstellen öffnen und Dienste stärker interoperabel gestalten. Trotz des massiven Widerstands etwa von Apple⁴ scheint die Kommission am Kurs festzuhalten. Auch zivilgesellschaftliche Akteure beteiligen sich aktiv, etwa über die DMA-Compliance-Workshops, in denen die Konzerne ihre Compliance-Berichte vorstellen. Auch wenn es berechtigte Kritik⁵ an der Umsetzung der Workshops gab, sind diese gleichwohl ein Schritt nach vorne bei der Einbindung von Zivilgesellschaft.

Doch es fehlt insgesamt an Ressourcen für eine umfassende Durchsetzung des DMA. Das zeigt ein Rechtsgutachten von LobbyControl.⁶ Das bestätigt auch das Netzwerk der netzpolitischen Zivilgesellschaft EDRI, das fordert, den DMA zu stärken und auszuweiten.⁷ Und auch im Europäischen Parlament wird immer wieder Kritik an der vorsichtigen Umsetzung des DMA laut.⁸

Google-Adtech-Verfahren: ein Zeichen der Hoffnung

Besonders vielversprechend ist vergleichsweise das Kartellverfahren gegen Google. Es könnte die Weichen für eine strukturelle Begrenzung von Marktmacht stellen. Wir begleiten das Verfahren bereits seit Längerem.⁹

Am 5. September 2025 entschied die EU-Kommission, dass Google wegen Missbrauchs seiner dominanten Stellung im Werbegeschäft 2,95 Milliarden Euro Strafe zahlen muss. Noch wichtiger: Der Konzern muss innerhalb von 60 Tagen erklären, wie

er sein Geschäftsmodell künftig wettbewerbskonform gestalten will. Google bekommt damit die Aufgabe, eine effektive Lösung für seine Interessenkonflikte vorzuschlagen.

Die Zerschlagung von Googles Werbegeschäft bleibt damit auf dem Tisch. Viele Expertinnen und Experten teilen unsere Einschätzung, dass nur eine Zerschlagung, also ein Verkauf von Unternehmensteilen, das Problem löst. Darunter ist der Vorsitzende der Monopolkommission Tomaso Duso.¹⁰

Jetzt unterzeichnen: Für die Zerschlagung des Google-Monopols:
<https://weact.campact.de/petitions/google-zerschlagen>

Ein Weckruf für Europa

Die US-Techmilliardäre und die Trump-Administration machen keinen Hehl daraus, dass sie europäische Regeln zur Begrenzung von Marktmacht ablehnen. Trump dürfte seinen Druck auf die EU weiter erhöhen – mit wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Drohungen.

Europa ist in Teilen abhängig von US-Technologie und Rüstungshilfe, besonders im Kontext des Ukrainekriegs. Diese Abhängigkeit verschafft den USA politischen Einfluss. Doch das darf Europa nicht lähmen.

Das Erpressungspotenzial muss ein Weckruf sein. Brüssel und die Mitgliedstaaten sollten jetzt entschlossen handeln: Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Bundeskanzler Merz und Frankreichs Präsident Macron müssen Wege finden, Europas digitale und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu stärken – insbesondere gegenüber den Techkonzernen.

Die EU sollte ihre Regeln konsequent durchsetzen, ihre Wettbewerbsbehörden stärken und neue Allianzen mit Staaten im Globalen Süden suchen, die sich ebenfalls gegen Monopolmacht stellen, etwa Brasilien oder Südafrika.

Es ist Zeit, die Macht der Techkonzerne zu brechen zugunsten einer offenen, freien und demokratischen Wirtschaft und Gesellschaft. Wir machen dafür weiter Druck.

Dieser Beitrag wurde am 30. Oktober 2025 auf der Website von rebalance now veröffentlicht unter <https://rebalance-now.de/europas-chance-entschlossen-gegen-marktmacht-der-tech-konzerne>. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.



Max Bank

Max Bank ist Wirtschaftshistoriker und Mitbegründer der deutschen Anti-Monopol-Organisation *Rebalance Now*. Er vertritt Rebalance Now zu Fragen der EU-Wettbewerbspolitik in Brüssel. Zuvor hat er bei *LobbyControl* zu Marktmacht und Lobbymacht der Tech-Konzerne gearbeitet.

Anmerkungen

- 1 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/technologiebranche-regulierungsoffensive-in-den-usa-bringt-tech-riesen-in-bedraengnis/27017942.html>
- 2 <https://www.politico.eu/article/us-question-report-sanction-eu-officials-dsa-donald-trump/>
- 3 <https://www.politico.eu/article/eu-meta-apple-x-fines-digital-antitrust-rules-digital-services-act-elon-musk/>
- 4 <https://www.beuc.eu/news/digital-markets-act-good-european-consumers-and-must-be-protected-eu-consumer-groups-response>
- 5 <https://www.lobbycontrol.de/macht-der-digitalkonzerne/wie-big-tech-die-debatte-um-den-digital-markets-acts-verzerrt-2-118196/>
- 6 <https://www.lobbycontrol.de/macht-der-digitalkonzerne/lobbycontrol-rechtsgutachten-schlupfloecher-fuer-google-co-im-digital-markets-act-dringend-schliessen-96307/>
- 7 <https://edri.org/our-work/the-dma-is-a-success-it-should-be-strengthened-and-expanded/>
- 8 <https://www.euractiv.com/news/widespread-alarm-over-commissions-hesitant-dma-enforcement/>
- 9 <https://rebalance-now.de/google-zerschlagen-die-entscheidende-phase-beginnt/>
- 10 https://www.diw.de/de/diw_01.c.973413.de/nachrichten/ein_zeichen_gegen_big_tech.html

Sandra Barthel

Forderungen anlässlich des „Europäischen Gipfels für Digitale Souveränität“

Unser Bündnis Offene Netzwerke und demokratische Öffentlichkeiten – dezentral, souverän und fürs Gemeinwohl! wurde im November 2025 gelauncht. Unterstützt von über 20 Digitalorganisationen möchte es sich aus Anlass des Europäischen Gipfels zur Digitalen Souveränität von Deutschland und Frankreich am 18. November 2025 in Berlin aktiv in die Ausarbeitung von Konzepten zur digitalen Souveränität einbringen.

Mit den Forderungen zum Europäischen Digitalgipfel¹ stützen wir uns unter anderem auf das Konzept zur Förderung des Fediverse (FöFed) des Zentrums für Digitalrechte und Demokratie:

1. Fediverse Fund für nutzendenzentrierte Weiterentwicklung in Höhe von 30 Millionen Euro jährlich

Damit das Fediverse als gemeinwohlorientierte digitale Infrastruktur nachhaltig in Deutschland und damit auch vorbildhaft für Europa verankert werden kann, ist die Finanzierung eines Fediverse Fund in Höhe von 30 Millionen Euro ab 2026 aus den Haushaltssmitteln des Bundesministeriums für Digitalisierung und Staatsmodernisierung notwendig. Parallel zur technologischen Weiterentwicklung des Fediverse ist die Verankerung in der Gesellschaft durch eine Vielzahl von Community-basierten Projekten erforderlich, um die Bedürfnisse und Erfahrungen der Nutzenden in die Entwicklung einfließen zu lassen.

In Abhängigkeit von den Erfahrungen wie für den Sovereign Tech Fund sollte in den weiteren Jahren nach Evaluierung nachgesteuert werden.

2. Verankerung des Plus1-Prinzips für die Arbeit der Bundesregierung und öffentliche Institutionen

Öffentliche Institutionen (Politik, Behörden, Universitäten, Bibliotheken, öffentlich-rechtlicher Rundfunk und weitere) produzieren heute mit teils hohem Aufwand Inhalte für geschlossene Plattformen wie Instagram, X oder TikTok. Es ist entschieden abzulehnen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger Accounts auf kommerziellen Plattformen anlegen und bezahlen müssen – und sei es „nur“ mit ihren Daten – um Zugang zu öffentlich relevanten Informationen zu erhalten. Freie Plattformen stehen bereit.

Daher werden sie entsprechend dem *Plus1-Prinzip* (entwickelt von Ralf Stockmann von der Zentral- und Landesbibliothek Berlin – ZLB) und den Forderungen der Initiative Save Social künftig verpflichtet, mindestens mit vergleichbarem finanziellen und strukturellen Aufwand zumindest eine offene Plattform zu berücksichtigen. SMARTe Kriterien² wären Postingfrequenz, Postingkomplexität sowie Interaktionen mit den Bürger:innen.

Wir fordern die deutsche und auch französische Regierung auf, sich zu diesem Prinzip als Signal zum Anlass des Gipfels zu verpflichten.

Dafür könnte beispielsweise die deutsche Bundesregierung einen neuen Absatz 6 in Paragraph 25 der gemeinsamen Geschäftsordnung (GGO) zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aufnehmen, wie das Zentrum für Digitalrechte und Demokratie vorgeschlagen hat³:

Sofern das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung oder die Bundesministerien für ihre Öffentlichkeitsarbeit im Internet Dienste von Drittanbietern nutzen, insbesondere digitale Plattformen oder soziale Medien, ist sicherzustellen, dass in vergleichbarem Umfang auch Angebote einbezogen werden, die auf quellloffenen und dezentralen Infrastrukturen beruhen und unabhängig von außereuropäischen wirtschaftlichen Einflüssen betrieben werden.

3. Rechtssicherheit herstellen: Anerkennung der Gemeinnützigkeit

Organisationen, die Fediverse-Instanzen oder Freie-Software-Infrastruktur ohne Gewinnerzielungsabsicht fördern oder betreiben, brauchen Rechtssicherheit. Deswegen müssen diese Tätigkeiten verlässlich als gemeinnützig anerkannt werden. Ehrenamt

im Kontext Freier Software ist bislang in Deutschland gesellschaftlich, rechtlich und auch fördertechnisch nicht ausreichend anerkannt, obwohl eine breit genutzte digitale Allmende entwickelt, betrieben und gepflegt wird (digitale Souveränität, Sicherheit, Nachnutzbarkeit, Kosteneffizienz für Staat, Schulen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft).

Wir schlagen daher vor, in § 52 Absatz 2 Abgabenordnung (AO) nach Nummer 26 einzufügen:

27. die Förderung der Entwicklung, Pflege und des Betriebs nicht gewinnorientierter offener digitaler Infrastrukturen sowie von Freier Software (auch bekannt als Open Source), die von allen verwendet, analysiert, verbreitet und modifiziert werden kann und dadurch zum Gemeinwohl beiträgt.

Die Umsetzung könnte über eine Änderung im Jahressteuergesetz erfolgen. Parallel sollte im Rahmen der Rechtssicherheit eine Klarstellung im JStG-Begründungsteil erfolgen. In diesem Fall liegt eine Zuständigkeit u. a. vom BMF vor, mit dem sich das BMDS eng abstimmen sollte.

Free and Open Source Software (FOSS) wird in weiten Teilen auch ehrenamtlich getragen und ist bislang in Deutschland gesellschaftlich, rechtlich und auch fördertechnisch nicht ausreichend anerkannt, obwohl eine breit genutzte digitale Allmende entwickelt und betrieben wird (digitale Souveränität, Sicherheit, Nachnutzbarkeit, Kosteneffizienz für Staat, Schulen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft). Die Abgrenzung zu kommerziellen Tätigkeiten ist möglich: Orientierung an der Logik, die im *Cyber Resilience Act* der EU Anwendung findet, in dem Hersteller (kommerzielle Produkthersteller) als Abgrenzung zur gemeinnützigen Tätigkeit herangezogen werden.

4. Dezentrale, interoperable, sektorübergreifende multilinguale europäische Medienplattformen im Europäischen Mediendatenraum

Bezugnehmend auf den Koalitionsvertrag von CDU/CSU/SPD: „Wir unterstützen den Aufbau einer europäischen Medienplatt-

form unter Einbeziehung von ARTE“ (S. 87) sowie die *Apply AI Strategy* der Europäischen Kommission, die die Unterstützung der Entwicklung (mehrerer) paneuropäischer Medienplattformen durch die EU-Kommission vorsieht, fordern wir:

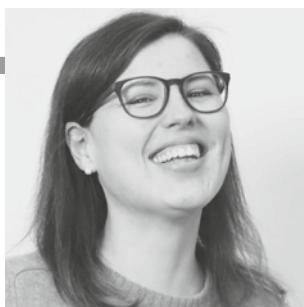
Diese europäischen Medienplattformen sollen:

- *im Sinne des Europäischen Mediendatenraumes multilingual, dezentral/föderiert, nicht nur öffentlich-rechtlich, sondern sektorübergreifend (öffentlicht-rechtlich, privat-kommerziell, zivilgesellschaftlich/not-for-profit), formatunabhängig (nicht Video-only, sondern auch Text und Audio) und interoperabel auf Basis anerkannter, offener Protokolle (u. a. ActivityPub) sein,*
- *die demokratische Debatte der europäischen BürgerInnen unterstützen und daher ein Eckpfeiler in einem föderierten, souveränen europäischen Social-Media-Ökosystem sein, sowie*
- *demokratisch betrieben und von Beginn an unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und mit dezidiertester anteiliger Mittelzuwendung für den Betrieb zivilgesellschaftlicher Infrastruktur aufgesetzt werden.*

Über das Bündnis

Das Bündnis *Offene Netzwerke und demokratische Öffentlichkeiten – dezentral, souverän und fürs Gemeinwohl!*¹⁴ hat sich anlässlich des Europäischen Gipfels für Digitale Souveränität zusammengefunden. Unsere Forderungen fokussieren sich auf dezentrale Infrastrukturen, sei es im Bereich freier Software oder im offenen Wissensaustausch – Architekturen für unabhängige soziale Netzwerke und dezentrale europäische Medienangebote. Alle diese gemeinwohlorientierten digitalen Infrastrukturen ermöglichen demokratische Öffentlichkeiten. Die Forderungen vereinen unsere Blickwinkel und können bei politischer Umsetzung die Etablierung echter digitaler Souveränität für alle Menschen in Europa ermöglichen. Unser Bündnis möchte Standards abstimmen, Kräfte bündeln, eine Stimme sein; ohne Monopole, dafür mit Commons-Spirit. Gefunden haben wir uns dort, wo

Sandra Barthel



Sandra Barthel ist Initiatorin des Bündnisses *Für offene Netzwerke und demokratische Öffentlichkeiten – dezentral, souverän und fürs Gemeinwohl!* Sie ist Politikwissenschaftlerin, Geographin und Journalistin. Als interdisziplinäre Wissenschaftlerin lebt sie in Wien & Berlin. Sie engagiert sich für die Digitalisierung zum Wohle der Allgemeinheit und setzt sich aktiv für eine interoperable digitale Infrastruktur in ganz Europa ein.

Sandra organisiert und moderiert seit vielen Jahren den *netzpolitischen Abend* in Österreich⁵, um den Dialog über demokratische Alternativen zur Plattformökonomie zu fördern. Als Mitglied der *Digitalen Gesellschaft*⁶ in Berlin hat sie den diesjährigen Berliner *Fediverse-Tag*⁷ mitorganisiert. Sie ist außerdem Mitglied beim IfI. Als Mitglied bei *Wikimedia Österreich*⁸ setzt sie sich für freies Wissen und offene, partizipative digitale Räume ein. Durch ihr Engagement bei *FSFE Women*, *Women in Open Source Software* und dem *Haecksen-Netzwerk* stärkt Sandra außerdem die Vielfalt und Inklusion in der Tech-Branche.

politisch Engagierte und Nerds sich treffen: Im Fediverse, auf Mailinglisten oder in Hackspace und auf Konferenzen. Entstanden ist alles ehrenamtlich – nachts, am Wochenende, mit viel Mate und noch mehr Kaffee.



Das Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIffF) unterstützt die Forderungen vom Bündnis, zusammen mit über 20 anderen Organisationen und Initiativen: Digitale Gesellschaft e.V., Save Social – Networks For Democracy, Zentrum für Digitalrechte und Demokratie, Innovationsverbund Öffentliche Gesundheit, Cultural Broadcasting Archive – cba.media, Display Europe, Mastodon gGmbH, D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt, Newsmost Foundation, IF-TAS – federated trust and safety, Verband Freier Rundfunk Österreich, Free Software Foundation Europe e.V. (FSFE), Krytyk

Polityczna, Fairkom, Wikimedia Deutschland, Wikimedia Österreich, Bundesverband Smart City, Bits & Bäume Berlin, Netzbegrünung, Nextcloud, Anoxinon e.V., King Konsult – Kommunikation, kleindatenverein, Topio e.V., Datenpunks e.V.

Anmerkungen

- 1 https://offene-netzwerke.eu/wp-content/uploads/2025/11/Papier_Buendnis-Offene-Netzwerke-und-demokratische-Oeffentlichkeit_251120.pdf
- 2 *Im Projektmanagement sind damit Kriterien zur eindeutigen Formulierung von mess- und überprüfbaren Zielen gemeint (Akronym für Specific Measurable Achievable Reasonable Time-bound; s. Wikipedia)*
- 3 <https://digitalrechte.de/news/fuer-ein-souveraenes-internet-warum-die-politik-jetzt-das-fediverse-foerdern-muss>
- 4 <https://offene-netzwerke.eu/>
- 5 <https://netzpolitischerabend.wordpress.com/>
- 6 <https://digitalegesellschaft.de/>
- 7 <https://berlinfedi.day/>
- 8 <https://wikimedia.at/>

Petition an: EU-Wettbewerbskommissarin Teresa Ribera

Google zerschlagen!

Gestartet von Rebalance Now

Kein Techkonzern sollte eine solche Monopolmacht besitzen, wie Google sie bei Suchmaschinen oder in der Online-Werbung innehat. Die EU-Kommission hat bereits festgestellt, dass Google seine Macht missbraucht hat [1]. Jetzt kommt es darauf an, dieser Einschätzung wirksame Maßnahmen folgen zu lassen. Eine dauerhafte Lösung kann nur bedeuten: Google zerschlagen!

Die EU-Kommission kann als Kartellbehörde das Instrument der Aufspaltung nutzen, um wirksam gegen die Monopolmacht von Google vorzugehen. **Google soll dazu gezwungen werden, Teile seines Konzerns zu verkaufen, um so die Monopolmacht des Konzerns nachhaltig zurückzudrängen!**

Warum ist das wichtig?

Im Netz führt an Google kaum ein Weg vorbei. Neben der Google-Suche, Google Maps und dem Browser Chrome gehören auch YouTube, Android und enorm profitable Werbeplattformen dazu. Über diese Plattformen vermarkten auch die meisten Medien ihre Anzeigen. Googles Monopol dominiert die digitale Welt so stark, dass es der Vielfalt im Netz – und damit auch der Demokratie – schadet.

Google verlangt von Werbetreibenden überhöhte Preise und drückt die Einnahmen von Medien und Verlagen [2]. Das schwächt den Journalismus und damit die Demokratie. Letztlich zahlen wir alle für Googles Monopol.

Wie die USA erwägt nun auch die EU, dieses bislang ungelöste Problem anzugehen: Google soll dazu gezwungen werden, Teile

des Werbegeschäfts abzuspalten und zu verkaufen. Genau das könnte **Googles Monopolmacht brechen** – und die Macht des Konzerns wirksam zurückdrängen!

Die EU-Kommission hat bereits festgestellt, dass Google seine Marktmacht bei der Vermittlung von Online-Werbung ausnutzt. Im Juni 2023 schlug sie eine Abspaltung von Teilen des Werbegeschäfts als Lösung vor. Eine endgültige Entscheidung steht noch aus. **Mit unserer Aktion machen wir Druck, dass die EU-Kommission das Verfahren trotz Druck der Tech-Konzerne endlich abschließt und eine Abspaltung anordnet.**

Mitmachen!

<https://weact.campact.de/petitions/google-zerschlagen>

Referenzen

- [1] https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3207
- [2] <https://netzpolitik.org/2024/monopolmacht-warum-google-jetzt-zerschlagen-werden-sollte/>

Ingo Dachwitz

Auf Crash-Kurs mit digitalen Grundrechten

19. November 2025 – Das angekündigte Reformpaket ist da und die EU-Kommission bleibt auf Konfrontationskurs: Statt den Datenschutz zu vereinfachen, schleift sie Grundrechte. Statt europäischen Unternehmen zu helfen, kommt sie Big Tech entgegen. Ein Kommentar.

Die Europäische Kommission hat heute Nachmittag Pläne für die Überarbeitung mehrerer Digitalgesetze¹ vorgestellt. Der „digitale Omnibus“, wie das Sammelgesetz genannt wird, soll unter anderem die KI-Verordnung, IT-Sicherheitsgesetze, den Data Act und die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) anpassen. Von uns veröffentlichte Entwürfe² hatten Befürchtungen geähnkt, die EU-Kommission plane „den größten Rückschritt für digitale Grundrechte in der Geschichte der EU“³, vor allem beim Datenschutz.

Diese Sorgen bestätigen sich nun weitgehend. Auch wenn ein paar Regeln weniger unter die Räder kommen, ist der digitale Omnibus tatsächlich auf Crash-Kurs mit digitalen Grundrechten.

Unter anderem sollen KI-Unternehmen eine Art Freifahrtsschein für das Training ihrer Systeme mit personenbezogenen Daten erhalten. Die Kommission will klarstellen, dass Menschen hierfür nicht gefragt werden müssen, sondern lediglich über eine Widerspruchsmöglichkeit verfügen. Zudem sollen Regeln für gefährliche KI-Systeme aus dem AI Act aufgeschoben werden.

Die wohl weitreichendste Änderung wäre eine Neudeinition dessen, was als personenbezogene Daten verstanden wird. So sollen pseudonymisierte Daten teilweise ausgenommen werden. Die Kommission will zudem Betroffenenrechte schleifen: Unternehmen und Behörden sollen zudem weitreichende Möglichkeiten bekommen, Auskunfts- oder Löschanfragen von Betroffenen abzuweisen.

Getriebene im KI-Rennen

Dass diese Pläne hochgradig problematisch sind, darauf haben bereits im Vorfeld der heutigen Vorstellung mehr als 120 zivilgesellschaftliche Organisation sowie Sozialdemokraten, Liberale und Grüne im Europäischen Parlament hingewiesen. Und auch jetzt hagelt es Kritik von Verbraucherschutz⁴ und Grundrechtsorganisationen⁵.

Motiviert sind die Pläne durch den Wunsch der EU-Kommission, Europas Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Sie treibt vor allem die Sorge um, im globalen KI-Wettrennen den Anschluss zu verlieren, wie Kommissionsvizepräsidentin Henna Virkkunen und die Kommissare Valdis Dombrovskis und Michael McGrath auf einer Pressekonferenz heute deutlich machten. „Europa muss



Der digitale Omnibus auf Crash-Kurs,
Foto: Photo: MTA/Marc Hermann, CC BY 2.0

sich verändernden Technologien und Märkten anpassen“, so Virkkunen.

Mal abgesehen davon, dass viele Europäer:innen wohl lieber weniger als mehr KI⁶ in ihrem Leben haben wollen: Die Kommission kann auch auf explizite Nachfrage nicht erklären, wie der Abbau von Datenschutzregeln europäischen Unternehmen in einem Markt helfen soll, der von US-amerikanischen und chinesischen Firmen dominiert wird.

Reform ja, aber bitte nicht so

Um das einmal klar zu sagen: Die Datenschutzgrundverordnung ist nicht perfekt. Es gibt Reformbedarf. Das zeigen nicht zuletzt unsere Recherchen bei netzpolitik.org. Seit Jahren decken wir auf, dass das Schutzversprechen der DSGVO in manchen Bereichen unerfüllt bleibt, allen voran bei Online-Tracking⁷ und Datenhandel⁸. Verantwortlich dafür ist vor allem die schleppende Durchsetzung, aber auch der Gesetzestext selbst.

Das Grundproblem der DSGVO ist der falsch verteilte Nerv-Faktor. Während kleine Unternehmen, Menschen in Vereinen oder Blogger:innen sich oft überfordert fühlen, haben große Digitalkonzerne leichtes Spiel. Allen voran Big Tech mit seinen Heeren an Anwält:innen weigert sich bis heute beharrlich, die DSGVO umzusetzen. Strafzahlungen, die ihnen die Kommission aufbrummt, preisen Meta, Google und Co. ein – was sind schon ein paar Milliarden Bußgeld bei einem Jahresgewinn von 100 Milliarden Dollar?

Hier müsste die EU-Kommission ansetzen, wenn sie ihr Mantra von der wertegeleiteten Digitalisierung ernstnimmt. Gerne auch mit echten Vereinfachungen. Stattdessen räumt sie vor allem den Überwachungskapitalisten und KI-Räuberbaronen weitere Hürden aus dem Weg. Von den vorgeschlagenen Änderungen, so die Einschätzung der Datenschutzorganisation noyb⁹, würden die großen Tech-Konzerne am meisten profitieren. Für die meisten anderen bringe die Reform eher mehr Rechtsunsicherheit als weniger.

Das eine tun, das Gegenteil behaupten

Das alles versucht die Kommission in ein Verfahren zu pressen, das eigentlich nur für technische Änderungen und Vereinfachungen gedacht ist. Ein Omnibus, das sagen selbst Freunde der Datenindustrie, ist kein geeignetes Werkzeug für eine derart umfassende Reform. Noch vor wenigen Wochen kommunizierte die Kommission deshalb in alle Richtungen, die DSGVO solle erst 2026 im Rahmen eines *Digital Fitness Checks* wohlgeordnet überarbeitet werden.

In anderen Teilen hält der Omnibus zwar, was er verspricht. Vier verschiedene Gesetze zur Datennutzung will er zu einem zusammenfassen. Die Regeln für Cookies und Tracking sollen fortan nicht mehr in zwei unterschiedlichen Rechtsakten stehen. Und Unternehmen sollen IT-Sicherheitsvorfälle nur noch einer Stelle melden müssen. All das vereinfacht die Dinge und ist zu begrüßen.

Bei der Datenschutzgrundverordnung aber liefert die EU-Kommission einen überhasteten und verstopften Reformvorschlag, der im Eiltempo die Arbeit eines Jahrzehnts europäischer Digitalpolitik einzureißen droht. Selbst Vorschläge, die die Flut an Cookie-Bannern reduzieren sollen, wirken unausgegoren und enthalten riesige Schlupflöcher für Medienunternehmen.

Derweil behauptet die Kommission steif und fest, sie schlage lediglich Vereinfachungen vor. Gleichzeitig wahre sie „die höchsten europäischen Standards in Bezug auf Grundrechte, Datenschutz, Sicherheit und Fairness“. Von Vereinfachung sprechen, während man einen Kahlschlag plant und von Werten, wenn man an Wertschöpfung denkt, – diese Form des orwellschen *Neusprech*¹⁰ kennen wir sonst eigentlich von Populisten und Diktatoren wie Trump oder Putin.

Wobei: Dass sie die Konsequenzen der eigenen Vorschläge lieber nicht klar kommuniziert, kann man durchaus nachvollziehen. Die EU-Kommission opfert hier dem KI-Hype Europas Position als globales Vorbild bei der demokratischen Gestaltung der digitalen Welt.

Wo bleibt die Digitalisierung, die den Menschen dient?

Mit ihrem Vorschlag verlässt die EU-Kommission jenen Pfad, der als ein dritter Weg der Digitalisierung¹¹ galt. Nicht der Wild-West-Kapitalismus der USA sollte Vorbild sein, nicht der staatlich gesteuerte Digitalkapitalismus Chinas, sondern etwas Eigenes. Europa ist die einzige digitale Großmacht, die Freiheit und Fairness garantieren will. Das droht nun vorbei zu sein.

Die Kommission kann sich bei ihrem Kurs der Unterstützung Deutschlands und Frankreichs sicher sein. Auf dem gestrigen *Gipfel zur Europäischen Digitalen Souveränität* beschworen Vertreter:innen beider Regierungen die Stärke Europas. Unabhängigkeit durch Innovation und Innovation durch Deregulierung, so lautet jetzt das neue Mantra. Merz, Wildberger und Co. merken offenbar gar nicht, wie sehr ihr „Erst machen, dann regulieren“-Ansatz¹² dem Sound des Silicon Valley ähnelt.

Für Stimmen aus der Zivilgesellschaft war auf dem Gipfel kein Platz. Es könnte wohl den Innovationsgeist stören, wenn jemand darauf hinweist, dass beim KI-Wettrennen bereits die Prämisse verkehrt ist, weil Big Tech die Regeln vorgibt. Jetzt lässt man die USA gewinnen, von denen man sich doch gerade unabhängig machen wollte.

Es ist damit nur konsequent, dass der deutsche Digitalminister auf dem Gipfel von Europäer:innen vor allem als „Kunden“ und nicht als „Bürgern“ spricht. In einem Punkt allerdings hat er durchaus Recht: Europa darf sich nicht aufs Regulieren beschränken, sondern muss auch selbst gestalten. Das Ziel muss eine Digitalisierung sein, die nicht Konzernen, sondern Menschen dient. Dafür aber fehlt sowohl der deutschen Regierung als auch der EU-Kommission jeglicher Plan.

Referenz: <https://netzpolitik.org/2025/digitaler-omnibus-auf-crash-kurs-mit-digitalen-grundrechten/>

Anmerkungen

- 1 <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/digital-omnibus-regulation-proposal>
- 2 <https://netzpolitik.org/2025/digitaler-omnibus-eu-kommission-will-datenschutzgrundverordnung-und-ki-regulierung-schleifen/>
- 3 <https://netzpolitik.org/2025/digitaler-omnibus-groesster-rueckschritt-fuer-digitale-grundrechte-in-der-geschichte-der-eu/>
- 4 <https://www.vzbv.de/meldungen/vereinfachung-der-eu-digitalgesetzgebung-klare-regelnstatt-abbau-von-grundrechten>
- 5 <https://noyb.eu/de/digital-omnibus-eu-commission-wants-wreck-core-gdpr-principles>
- 6 <https://noyb.eu/en/noyb-survey-only-7-users-want-meta-use-their-personal-data-ai>
- 7 <https://netzpolitik.org/2023/microsofts-datenmarktplatz-xandr-das-sind-650-000-kategorien-in-die-uns-die-online-werbeindustrie-einsortiert/>
- 8 <https://netzpolitik.org/2025/databroker-files-datenhaendler-verkaufen-metergenaue-standortdaten-von-eu-personal/>
- 9 <https://noyb.eu/de/digital-omnibus-eu-commission-wants-wreck-core-gdpr-principles>
- 10 <https://de.wikipedia.org/wiki/Neusprech>
- 11 <https://internationalepolitik.de/de/digitaler-dritter-weg>
- 12 <https://netzpolitik.org/2025/gipfel-zur-europaeischen-digitalen-souveraenitaet-kehrtwende-fuer-die-innovationsfuehrerschaft/>

Autoreninfo siehe Seite 51



Was plant die EU-Kommission bei KI und Datenschutz?

20. November 2025 – Mit ihrem Digitalen Omnibus will die Kommission Regeln für risikoreiche KI-Systeme um mehr als ein Jahr hinauszögern und den Datenschutz deutlich einschränken. Industrieverbände begrüßen den Schritt, Verbraucherschützer:innen sind alarmiert. Wir beantworten die wichtigsten Fragen zum Gesetzespaket.

Als Omnibus („für alle“) bezeichnet man Gesetze, mit denen mehrere Rechtsakte auf einmal geändert werden. Offiziell will die EU-Kommission mit ihrem gestern vorgestellten Omnibus-Paket¹ eine Reihe europäischer Digitalgesetze in Einklang bringen. Das soll nach eigener Aussage vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie europäischen Start-ups helfen.

Durch Bürokratieabbau, Vereinfachung der EU-Rechtsvorschriften und einen besseren Datenzugang „schaffen wir Raum für Innovationen und deren Vermarktung in Europa“, sagt die zuständige Kommissionsvizepräsidentin Henna Virkkunen². „Dies tun wir auf europäische Art und Weise: indem wir sicherstellen, dass die Grundrechte der Nutzer:innen in vollem Umfang geschützt bleiben.“

Vor allem die deutsche und die französische Regierung haben sich jüngst für weitgehende Änderungen und Deregulierung eingesetzt. Aber auch die US-Regierung hat in den vergangenen Monaten den Druck auf die EU und ihre Mitgliedsländer erhöht, die europäischen Standards bei den Datenschutz- und Verbraucherschutzrechten zu senken.

Wir beantworten die zentralen Fragen zum *Digitalen Omnibus*: Welche kritischen Veränderungen strebt die Kommission bei der Regulierung von sogenannter Künstlicher Intelligenz an? Inwiefern will sie den Datenschutz aufweichen? Und verschaffen weniger Cookie-Banner den Nutzer:innen mehr Rechte?

- Was plant die EU-Kommission mit Blick auf die KI-Verordnung?
- Warum sollen KI-Systeme mit personenbezogenen Daten ohne Einwilligung trainiert werden dürfen?
- Inwiefern will die Kommission die Datenschutzgrundverordnung einschränken?
- Was schlägt die Kommission zu Cookies vor?
- Warum sollen Unternehmen aus Sicherheitsgründen auf unsere Geräte zugreifen dürfen?
- Wie sollen Betroffenenrechte eingeschränkt werden?
- Wie fallen die Reaktionen auf den Vorschlag aus?
- Was hat die Kommission auf den letzten Metern gestrichen?
- Wie geht's jetzt weiter?

Was plant die EU-Kommission mit Blick auf die KI-Verordnung?

- Die Kommission will die Umsetzung eines Teils der KI-Verordnung um fast eineinhalb Jahre nach hinten schieben. Das betrifft vor allem die sogenannten Hochrisiko-Systeme. Konkret geht es um zwei Fristen.
- Erstens beim Einsatz bestimmter KI-Anwendungen, wie sie im Anhang III³ der KI-Verordnung definiert sind. Das be-

trifft Systeme, die etwa in Beschäftigungsverhältnissen, bei der Migrationskontrolle oder bei biometrischer Videoüberwachung zum Einsatz kommen.

- Die ursprüngliche Frist für die Umsetzung dieser Regeln war der 2. August 2026. Nun sollen Unternehmen sechs Monate mehr Zeit erhalten, die hier genannten Anforderungen umzusetzen.
- Zunächst aber muss die Kommission die hierfür erforderlichen Standards finalisieren. Das muss sie nun bis Juni 2027 tun, damit die Regeln, wie von der Kommission angekündigt, ab Dezember 2027 gelten können.
- Zweitens verschieben sich die Umsetzungsfristen für hochriskante KI-Systeme etwa im Medizin-, Justiz- oder Maschinenbereich. Deren Vorgaben finden sich in Anhang I⁴ der KI-Verordnung. Solche Anbieter sollen die Vorgaben sogar erst ab Dezember 2028 einhalten.
- In beiden Fällen will die Kommission die Regulierung offenkundig verzögern, damit europäische Anbieter im KI-Wettlauf aufholen können. Ebendies hatten Vertreter:innen der deutschen und der französischen Regierung auch auf dem Gipfel zur Europäischen Digitalen Souveränität betont⁵. Dabei geht die Kommission mit ihrem Vorschlag noch über die Forderungen der deutschen und französischen Regierung hinaus. Sie hatten eine Verzögerung von 12 Monaten gefordert. Als Begründung dafür gab Henna Virkkunen an, dass die Kommission die notwendigen Standards noch nicht ausgearbeitet habe.

Warum sollen KI-Systeme mit personenbezogenen Daten ohne Einwilligung trainiert werden dürfen?

- In den vergangenen Jahren gab es wiederholt einen Aufschrei, wenn Unternehmen wie Meta⁶ oder LinkedIn⁷ entschieden, die Daten ihrer Nutzer:innen für das Training von KI-Modellen zu nutzen, ohne die Einwilligung ihrer Nutzer:innen einzuhören. Die Kommission will klarstellen, dass dies rechtmäßig ist.
- Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sieht unterschiedliche Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten⁸ vor. Neben der Einwilligung, die Nutzer:innen den stärksten Schutz bieten soll, gibt es zum Beispiel auch das sogenannte berechtigte Interesse. Datenverarbeiter:innen müssen hierbei in einer Abwägung zu dem Schluss kommen, dass ihre Interessen die der Nutzer:innen überwiegen, müssen diesen aber eine Widerspruchsmöglichkeit anbieten.

- Genau das haben Meta, LinkedIn und Co. getan – und die Widerspruchsmöglichkeit dabei so umständlich gestaltet, dass sie möglichst wenige Leute nutzen können.
- Dagegen hatte die Verbraucherzentrale NRW mit einem Eilantrag beim Oberlandesgericht Köln geklagt und verloren. Zuvor hatte bereits der Europäische Datenschutzausschuss den Weg für KI-Training auf Basis des berechtigten Interesses geebnet.
- Die EU-Kommission will diese Lesart nun gesetzlich festschreiben. Zum Schutz der Nutzer:innen soll es Informations- und Widerspruchsmöglichkeiten geben.
- **Das Problem:** Einige Datenschutzexpert:innen kritisieren das „legitime Interesse“ als Rechtsgrundlage schon seit langem, unter anderem, weil die Risiken nicht absehbar seien. KI-Firmen könnten in der Regel nicht sagen, wessen Daten verarbeitet werden und ob dabei besonders geschützte sensible Daten eingeflossen seien, schrieb etwa Jura-Professorin Paulina Jo Pesch in einem Gastbeitrag auf netzpolitik.org⁹.
- Die EU-Kommission begründet den **Freifahrtschein für das Training und den Betrieb von KI-Modellen** damit, dass Europa im KI-Wettrennen aufholen soll und europäischen Firmen mehr Innovationen ermöglicht werden müssen. Der KI-Markt wird jedoch von großen Tech-Firmen aus den USA dominiert, sodass vor allem diese von dem Schritt profitieren dürften. Auf Nachfrage bei einer Pressekonferenz am Mittwoch konnte die Kommission nicht erklären, wie die Maßnahme europäischen Unternehmen beim Aufholen helfen soll.

Inwiefern will die Kommission die Datenschutzgrundverordnung einschränken?

- Die Kommission will **pseudonymisierte Daten überwiegend nicht mehr als personenbezogene Daten definieren** und vom Schutz durch die DSGVO ausnehmen. Solche Ausnahmen soll es künftig etwa dann geben, wenn es unwahrscheinlich ist, dass der Datenverarbeiter eine betroffene Person über ihre Daten identifizieren kann.
- Pseudonymisierung meint in der Regel, dass Daten keine direkten Identifikationsmerkmale wie den Namen oder die Telefonnummer einer Person enthalten. Stattdessen werden Pseudonyme vergeben, etwa individuelle IDs.
- **Das Problem:** Anders als bei einer Anonymisierung ist es bei der Pseudonymisierung oft leicht möglich, die betroffene Person zu re-identifizieren. Wir haben das erst jüngst in der *Databroker-Files-Recherche*¹⁰ vorgeführt, bei der wir von Datenhändlern kostenlos Millionen Standortdaten aus Belgien erhielten. Die Daten enthielten keine Namen, sondern waren lediglich pseudonymen Werbe-IDs zugeordnet. So konnten wir die einzelnen Standorte zu Bewegungsprofilen zusammensetzen und mit einfachen Mitteln hochrangiges Personal der Europäischen Union identifizieren und ausspionieren.
- Die EU-Kommission beruft sich bei ihrem Vorschlag auf ein **Urteil des Europäischen Gerichtshofs**. Dieser hatte die De-

finition personenbezogener Daten in der Vergangenheit mehrfach weit ausgelegt. Im September 2025 entschied er erstmalig¹¹, dass Pseudonymisierung dazu führen kann, dass diese Definition, was personenbezogene Daten sind, enger gefasst wird.

- Kritiker:innen wenden ein, dass die **Kommission mit ihrem Vorschlag weit über das Urteil des EuGH hinausgeht** und zudem vorherige Rechtsprechung zur weiten Auslegung des Personenbezuges ignoriert.
- Die Datenschutzorganisation noyb kritisiert zudem, dass der vorgeschlagene „subjektive Ansatz“, bei dem von Fall zu Fall entschieden wird, ob pseudonymisierte Daten personenbezogen sind, zu Chaos führen und Datenschutz verhindern werde. Das sei wie ein Waffengesetz, das nur dann gelte, wenn der Besitzer einer Waffe freiwillig sage, dass er damit jemanden erschießen wolle. Es drohten deshalb endlose Debatten darüber, was die tatsächlichen Möglichkeiten und Absichten eines Unternehmens zur Re-Identifikation sein könnten. Die DSGVO wäre dann kaum noch durchsetzbar.
- Auch die **Fraktionen der Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen** im Europaparlament warnten vor der Änderung¹². „Diese Definition schafft erhebliche Rechtsunsicherheit und große Lücken für Unternehmen und würde den Anwendungsbereich der Verordnung drastisch einschränken. Es stellt sich die Frage, ob die Verordnung dann überhaupt noch Adressaten hätte“, schrieben etwa führende sozialdemokratische Abgeordnete¹³.

Was schlägt die Kommission zu Cookies vor?

- Cookie-Banner gelten als **Symbol für den gescheiterten Datenschutz im Netz**. Unternehmen dürfen das Online-Verhalten von Menschen eigentlich nur tracken, wenn diese freiwillig und informiert zugestimmt haben. Cookie-Banner lassen Nutzer:innen aber oft weder eine freie Wahl, noch informieren sie sie ausreichend über das Tracking. Dabei kann eine Einwilligung hier weitgehende Folgen haben, denn **Tracking-Firmen sehen sie als Freifahrtschein**, um uns komplett zu durchleuchten, in Kategorien zu stecken¹⁴ und unsere Daten an Databroker zu verschleudern¹⁵.
- Die Kommission will der Cookie-Banner-Flut und der „**Zustimmungsmüdigkeit**“ bei den Nutzenden begegnen und „den Weg für automatisierte und maschinenlesbare Angaben zu individuellen Präferenzen und deren Berücksichtigung durch Website-Anbieter ebnen, sobald entsprechende Standards verfügbar sind“.
- Konkret bedeutet das: Browser, Apps, Betriebssysteme oder Einwilligungsmanager sollen **Signale an Websites senden**, die individuelle Entscheidungen der Nutzenden übermitteln, ob diese **Cookies annehmen oder ablehnen** wollen.
- Website-Anbieter sollen rechtlich verpflichtet werden, diese Signale zu akzeptieren und maximal alle sechs Monate erneut nachzufragen, ob man nicht doch Tracking-Cookies akzeptieren möchte.

- Ausgenommen von dieser Regel sollen Medienanbieter (media service providers) sein – „angesichts der Bedeutung des unabhängigen Journalismus in einer demokratischen Gesellschaft und um dessen wirtschaftliche Grundlage nicht zu untergraben“.
- Die Kommission schlägt zudem vor, dass die Mitgliedsstaaten diese Regeln durch nationale Gesetze aushebeln können.

Warum sollen Unternehmen aus Sicherheitsgründen auf unsere Geräte zugreifen dürfen?

- Technisch gesehen geht es bei Cookies darum, dass andere (kleine) Dateien auf unseren Rechnern und Telefonen speichern und auslesen dürfen. Dieser Zugriff auf den Speicher kann auch anderen Zwecken als Werbe-Tracking dienen. Für einige davon will die EU-Kommission eine Art **Freifahrtsschein ausstellen**, etwa für das Erstellen von Besucherstatistiken, für das Bereitstellen von angefragten Diensten oder für Sicherheitszwecke.
- Es wäre dann klargestellt, dass es beim **Setzen von Cookies oder anderweitigem Zugriff auf den Gerätespeicher** für diese Zwecke **keine vorherige Einwilligung** braucht.
- Die Datenschutzorganisation noyb sieht vor allem die weitgehenden Befugnisse für Sicherheitszwecke kritisch, weil nicht klar genug definiert ist, was damit gemeint ist und **weil Unternehmen Sicherheitsgründe vorschreiben könnten**: „Während die allgemeine Richtung der Änderungen verständlich ist, ist die Formulierung extrem freizügig und würde auch exzessive „Durchsuchungen“ von Nutzergeräten zu (winzigen) Sicherheitszwecken erlauben.“

Wie sollen Betroffenenrechte eingeschränkt werden?

- Auch eine zentrale Errungenschaft der DSGVO kommt unter Druck: die **Betroffenenrechte**. Anträge auf Auskunft, Berichtigung oder Löschung von Daten sollen künftig abgelehnt werden können, wenn sie ‚missbräuchlich‘ seien. Die Ausübung dieser Rechte soll **nur noch gestattet sein, wenn sie „Datenschutzzwecken“ dient**.

Wie fallen die Reaktionen aus?

- European Digital Rights (EDRI), die Dachorganisation europäischer Digital-NGOs, lässt **kein gutes Haar am Vorschlag der EU-Kommission**. Dieser berge die Gefahr, ein „über Jahrzehnte hinweg mühsam aufgebautes regelbasiertes System zu zerstören“. Dadurch würden „die Grundlagen von Menschenrechten und der Digitalpolitik in der EU gefährdet“.
- Auch der Datenschutzexperte Max Schrems und seine Organisation noyb bekräftigen ihre Kritik an den Plänen. Sie warnen: Die EU-Kommission wolle „**Kernprinzipien der DSGVO zerstören**“.

- Vom deutschen **Verbraucherzentrale Bundesverband** kommt ebenfalls Kritik. „Statt unter dem Deckmantel von Entbürokratisierung Verbraucherschutz und Grundrechte abzubauen, muss die EU für klare Regeln sorgen und gleichzeitig das bestehende Schutzniveau erhalten“, sagt Verbandsvorsitzende Ramona Pop¹⁶. „Mit ihren Plänen **setzt die EU jedoch das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher aufs Spiel**.“

- **Industrieverbände** zeigen sich hingegen eher erfreut¹⁷ – sowohl über den deutsch-französischen Vorstoß in dieser Woche als auch über die Gesetzesvorschläge der Kommission. Der Bundesverband Digitale Wirtschaft etwa befürchtet allerdings auch neue Komplexität statt Vereinfachung.
- Und der Branchenverband Bitkom e.V. verlangt, „mehr Mut, Bürokratie und Überregulierung drastisch zu reduzieren“. Zugleich fordern¹⁸ Bitkom und der Verband der Automobilwirtschaft, die DSGVO grundsätzlich zu überarbeiten.

Was hat die Kommission auf den letzten Metern gestrichen?

- Nicht mehr enthalten ist ein Vorschlag, Online-Tracking auf Basis anderer Rechtsgrundlagen als der Einwilligung zu ermöglichen. Dies hätte bedeutet, dass Tracking-Firmen das Online-Verhalten von Menschen auch ohne Einwilligung auf Basis ihres „berechtigten Interesses“ hätten rechtfertigen können.
- Der geleakte Zwischenentwurf sah vor¹⁹, dass die Vorgaben des Artikels 9 der Datenschutzgrundverordnung aufgeweicht werden. Durch diesen Artikel sind Daten besonders geschützt, aus denen die „ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen“. Außerdem gehört dazu „die Verarbeitung von genetischen Daten, biometrischen Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung einer natürlichen Person“. Diese sensiblen Daten hätten enger definiert werden sollen. Besonders geschützt wären dann nur noch jene Daten gewesen, die die genannten Informationen explizit offenbaren. Das ist nun offenbar erst einmal vom Tisch.

Wie geht's jetzt weiter?

- Der Omnibus nimmt nun den **normalen Weg der EU-Gesetzgebung**. Die Vorschläge der Kommission werden also unter den 27 EU-Staaten im Rat sowie im Europäischen Parlament diskutiert. Die einzelnen Institutionen kommen zu eigenen Positionen und müssen sich im Anschluss im sogenannten **Trilog-Verfahren** einigen.
- Die EU-Kommission macht bei ihren Vereinfachungsvorhaben allerdings **ordentlich Druck**. Statt wie üblich Jahre soll die Beratung am besten **nur wenige Monate** in Anspruch nehmen.

- Im Parlament wird bereits Kritik am digitalen Omnibus laut. So haben **Sozialdemokraten und Grüne** bereits angekündigt, gegen die Aushöhlung des Datenschutzes zu stimmen. Nach der gestrigen Vorstellung der Vorschläge positionierte sich **auch die Linke** dagegen.
- Allerdings könnte die konservative EVP-Faktion erneut **mit Stimmen der extremen Rechten** wie bereits beim ersten Omnibus-Paket²⁰ am 13. November eine Mehrheit bilden und auch dieses Gesetzespaket durchwinken.

Referenz: <https://netzpolitik.org/2025/faq-zum-digitalen-omnibus-was-plant-die-eu-kommision-bei-ki-und-datenschutz/>

Anmerkungen

- https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_2718
- https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_2718
- <https://artificialintelligenceact.eu/de/annex/3/>
- <https://artificialintelligenceact.eu/de/annex/1/>
- <https://netzpolitik.org/2025/gipfel-zur-europaeischen-digitalen-souveraenitaet-kehrtwende-fuer-die-innovationsfuehrerschaft/>
- <https://netzpolitik.org/2025/meta-ki-jetzt-widersprechen-oder-fuer-immer-schweigen/>
- <https://netzpolitik.org/2025/opt-out-anleitung-so-verhinderst-du-dass-linkedin-mit-deinen-daten-ki-trainiert/>
- <https://dsgvo-gesetz.de/art-6-dsgvo/>
- <https://netzpolitik.org/2025/datenschutz-und-ki-schluss-mit-der-zoegerlichkeit/>
- <https://netzpolitik.org/2025/databroker-files-datenhaendler-verkaufen-metergenaue-standortdaten-von-eu-personal/>
- <https://www.ldi.nrw.de/eugh-zu-personenbezogene-daten-und-pseudonymisierung-wichtige-klarstellungen-fuer-fachleute>
- <https://netzpolitik.org/2025/digitaler-omnibus-groesster-rueckschritt-fuer-digitale-grundrechte-in-der-geschichte-der-eu/>
- https://www.linkedin.com/posts/anja-wyrobek_safeguarding-europe-regulatory-leadership-activity-7394066445833248768-KWM3/
- <https://netzpolitik.org/2023/microsofts-datenmarktplatz-xandr-das-sind-650-000-kategorien-in-die-uns-die-online-werbeindustrie-einsortiert/>
- <https://netzpolitik.org/2024/databroker-files-wie-datenhaendler-deutschlands-sicherheit-gefaehrden/>
- <https://www.vzvb.de/meldungen/vereinfachung-der-eu-digitalgesetzgebung-klare-regelnstatt-abbau-von-grundrechten>
- <https://www.heise.de/news/EU-Kommision-schickt-Digitalpaket-mit-Omnibus-auf-die-Reise-11085595.html>
- <https://www.datensicherheit.de/bitkom-positionspapier-digital-omnibus-eu>
- <https://netzpolitik.org/2025/digitaler-omnibus-eu-kommision-will-datenschutzgrundverordnung-und-ki-regulierung-schleifen/>
- <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/europaparlament-evp-rechte-abgeordnete-abstimmung-lieferkettengesetz-li.3338251>
- <https://netzpolitik.org/podcast/>
- <https://netzpolitik.org/2024/xandr-und-die-netzwerke-der-datenhaendler-alternativer-medienpreis-2024-fuer-netzpolitik-org-recherche/>
- <https://netzpolitik.org/2024/in-eigener-sache-netzpolitik-org-holt-zwei-grimme-online-awards/>
- <https://www.chbeck.de/dachwitz-hilbig-digitaler-kolonialismus/product/37000393>
- <mailto:ingo.dachwitz@netzpolitik.org>
- <https://keys.openpgp.org/search?q=ingo.dachwitz@netzpolitik.org>
- <https://mamot.fr/@roofjoke>
- <https://bsky.app/profile/roofjoke.bsky.social>
- <https://fragdenstaat.de/profil/i.dachwitz/>
- <https://www.blaetter.de/>
- http://www.schmetterling-verlag.de/page-5_isbn-3-89657-068-4.htm
- <https://www.alternativer-medienpreis.de/preistraeger-2016/daniel-leisegang/>
- <https://www.eurozine.com/>
- <mailto:daniel@netzpolitik.org>
- <https://keys.openpgp.org/search?q=daniel@netzpolitik.org>
- <https://mastodon.social/@dleisegang>
- <https://bsky.app/profile/dleisegang.bsky.social>



Ingo Dachwitz und Daniel Leisegang

Ingo Dachwitz ist Journalist und Kommunikationswissenschaftler. Seit 2016 ist er Redakteur bei *netzpolitik.org* und u. a. Ko-Host des Podcasts Off/On²¹. Er schreibt häufig über Datenmissbrauch und Datenschutz, Big Tech, Plattformregulierung, Transparenz, Lobbyismus, Online-Werbung, Wahlkämpfe und die Polizei. 2024 wurde er mit dem *Alternativen Medienpreis*²² und dem *Grimme-Online-Award*²³ ausgezeichnet. Ingo ist Mitglied des Vereins Digitale Gesellschaft sowie der Evangelischen Kirche. Seit 02/2025 ist sein Buch erhältlich: „*Digitaler Kolonialismus: Wie Tech-Konzerne und Großmächte die Welt unter sich aufteilen*“²⁴.

Kontakt: E-Mail²⁵ (*OpenPGP*²⁶), Mastodon²⁷, Bluesky²⁸, FragDenStaat²⁹

Daniel Leisegang ist Politikwissenschaftler und Co-Chefredakteur bei *netzpolitik.org*. Zu seinen Schwerpunkten zählen die Gesundheitsdigitalisierung, Digital Public Infrastructure und die sogenannte Künstliche Intelligenz. Daniel war einst Redakteur bei den *Blättern für deutsche und internationale Politik*³⁰. 2014 erschien von ihm das Buch *Amazon – Das Buch als Beute*³¹; 2016 erhielt er den *Alternativen Medienpreis*³² in der Rubrik *Medienkritik*. Er gehört dem Board of Trustees von *Eurozine*³³ an.

Kontakt: E-Mail³⁴ (*OpenPGP*³⁵), Mastodon³⁶, Bluesky³⁷, Threema ENU3SC7K, Telefon: +49-30-5771482-28 (Montag bis Freitag, jeweils 8 bis 18 Uhr).

„Die Verantwortung für alles, was auf dem Kinderhandy passiert, liegt bei den Eltern“

17. Dezember 2025 – Kinder wachsen in einer digitalen Umgebung auf, die sie oft überfordert und gefährdet, sagt der Digitaltrainer Julian Bühler. Schärfere Gesetze und Verbote alleine würden das Problem allerdings nicht lösen. Ein Gespräch über Klassennachts, Alterskontrollen im Netz und die Frage, was wirklich helfen kann.

Donnerstagmorgen, 8:30 Uhr in einer Grundschule in Berlin-Mitte. Julian Bühler steht auf der Bühne in der Aula, in den Reihen vor ihm sitzen Kinder aus der fünften und sechsten Klasse, Zehn- bis Elfjährige. In den kommenden anderthalb Stunden spricht Bühler mit ihnen über Dinge, die für die meisten von ihnen zum Alltag gehören: ihre liebsten Apps, die Zahl der Push-Benachrichtigungen, die sie pro Tag bekommen, über Gruselvideos und Nacktaufnahmen. Sie melden sich, als er fragt, ob sie schon mal Einladungen von Fremden auf WhatsApp gefolgt sind, und erkennen sofort ein Bild aus der blutrünstigen Netflix-Serie Squid Game.

„Wie alt seid ihr denn auf TikTok?“, will Bühler wissen. Die Kinder lachen auf, einige rufen rein: „18!“, „25!“. Bühler hat diese Antworten wohl schon erwartet. „Und wie habt ihr das gemacht? Ach so, ihr habt bei der Anmeldung gelogen!“, feixt er. „Anscheinend muss man das, wenn man TikTok benutzen will in eurem Alter.“ Gelächter und Zustimmung.

Mehrmals im Monat steht Bühler vor Schüler:innen, von der ersten Klasse bis zur Oberschule. Als Digitaltrainer spricht er mit den Kindern über ihre Erfahrungen im Internet und mit dem Smartphone, aber auch mit Eltern und Schulpersonal.

Er ist Kollege des Digitaltrainers Daniel Wolff, über dessen Buch wir bereits berichtet haben¹. Im Interview mit netzpolitik.org erzählt Bühler, was er aus den Gesprächen mit den Kindern mitgenommen hat, und warum technische Lösungen wie Alterskontrollen Eltern nicht die Verantwortung abnehmen können.

„Ohne Vertrauen geht es generell nicht“

netzpolitik.org: Julian Bühler, Sie arbeiten seit mehreren Jahren als Digitaltrainer an Schulen. Was wissen Sie über den Alltag von Kindern im Netz, das viele Erwachsene sich nie ausmalen würden?

Julian Bühler: Den Älteren ist nicht bewusst, wie komplett unterschiedlich die jüngere Generation das Smartphone benutzt. Zu vielen Smartphone-Themen kann ich vormittags bei den Schülern Fragen stellen und bekomme sofort eine Antwort von der ganzen Gruppe. Stelle ich die gleiche Frage abends vor den Eltern, gucken mich die Erwachsenen nur entgeistert an und verstehen oft schon die Frage nicht. Beide Seiten leben in verschiedenen Welten.

netzpolitik.org: Zum Beispiel?

Julian Bühler: „Wie viele Nummern habt ihr geblockt?“ oder: „Habt ihr schon mal eine Einladung in eine Gruppe bekommen und wusstet nicht von wem?“. Bei solchen Fragen melden sich

fast alle Kinder. Das liegt daran, dass die Kinder ab der vierten, fünften Klasse alle WhatsApp haben und diesen Messenger für ihren Klassennchat und vieles mehr nutzen. Während Erwachsene mit WhatsApp meist einzelnen Personen schreiben, kommunizieren Kinder fast immer in Gruppen. Das macht einen starken Unterschied.

Ich sage den Eltern dann: Euer Kind hat ein Smartphone, wir müssen uns dringend über Horror, Gewalt und Pornografie unterhalten. Die sind entsetzt und antworten, ihre Kinder interessiere sich mit 10 oder 11 Jahren doch noch gar nicht für sowas. Aber das geht an der Realität vorbei, denn viele Kinder bekommen diese Inhalte, ohne je danach gesucht zu haben. Sie sind einfach in einem Gruppenchat, in dem ein anderes Kind Bilder oder Videos weiterleitet, die es zum Beispiel von älteren Freunden erhalten hat.

netzpolitik.org: Was raten Sie Eltern in so einer Situation?

Julian Bühler: Bei jüngeren Kindern würde ich dazu raten, den Chat regelmäßig gemeinsam anzusehen und über problematische Inhalte zu diskutieren. Jeder Mensch hat allerdings auch ein Recht auf Privatsphäre, und spätestens mit dem Beginn der Pubertät sollte man diese auch dem eigenen Kind immer mehr zugestehen. Ohne Vertrauen geht es generell nicht. Eltern müssen sich bewusst sein, dass sie gegen den Willen ihrer Kinder vieles nie erfahren werden. Dabei sind zwei Punkte für Eltern besonders wichtig: Ich muss glaubhaft vermitteln, dass ich nicht in Panik geraten werde, wenn mein Kind mir komische Sachen zeigt und, dass ich das Smartphone dann nicht wegnehmen werde.

netzpolitik.org: Warum nicht?

Julian Bühler: Ich höre ständig von Kindern: „Wenn meine Eltern wüssten, was auf meinem Smartphone ist, wäre das Ding sofort weg“. Wenn Kinder dann früher oder später schlimme Dinge erleben, gemobbt werden oder Inhalte sehen, die für sie belastend sind, werden sie diese Dinge ihren Eltern nicht zeigen. Einfach aus Angst, dass sie dann ihr Smartphone verlieren. Und diese Sorge ist für Kinder immens groß, denn dieses Gerät bedeutet für sie nicht nur Spielen, Spaß haben, Blödsinn machen – es ist die soziale Schnittstelle zu allen anderen Kindern! Wer nicht im Klassennchat dabei ist, wer nicht auf den Plattformen ist, kriegt nicht mit, was der Rest der Gruppe macht. Und darum geht es für viele Kinder. Deswegen ist die ganz große Aufgabe, dem Kind immer wieder zu sagen: Egal was passiert, du kannst zu mir kommen, ich bin da, und wenn es Probleme gibt, kannst du mich ansprechen, ohne Angst zu haben.

netzpolitik.org: Derzeit diskutieren Politiker:innen in Deutschland und in der EU über mehrere gesetzliche Maßnahmen, die

Kinder schützen sollen, etwa ein Social-Media-Verbot für alle unter 16. Halten Sie solche Regelungen für sinnvoll?

Julian Bühler: Die Debatte und auch die Berichterstattung ist oft undifferenziert. Da heißt es etwa: Australien hat jetzt ein Social-Media-Verbot für alle unter 16, deswegen brauchen wir das auch. Doch wenn man dann genau hinschaut, sieht man: WhatsApp wird dort gar nicht als Social-Media-App erfasst, verursacht aber oft viele Probleme. Generell gibt es jede Menge Problem-Apps, die nicht in die Kategorie Social Media fallen. So-was ist also gerade mal eine kleine Teil-Lösung.

Ich bin der Meinung, dass wir dringend mehr Regulierung benötigen, doch es sollte klar sein, dass wir das Problem nicht allein über Verbote geregelt bekommen. Wir brauchen eine bewusste und detaillierte Auseinandersetzung mit dem Thema – für Erwachsene und für Kinder und Jugendliche.

netzpolitik.org: Welche Regeln braucht es Ihrer Meinung nach konkret?

Julian Bühler: Ich würde grundsätzlich dafür plädieren, dass Kinder bis zum 12. Lebensjahr kein eigenes Smartphone haben. Das sollte verboten werden – nicht nur während der Schulzeit, sondern grundsätzlich. Die Kinder, mit denen ich spreche, verbringen schon ab der fünften Klasse im Schnitt zwei bis drei Stunden am Handy, teils auch sieben oder acht Stunden. Und das auch an Schulen, die Handys gar nicht erlauben.

netzpolitik.org: Wie soll so ein Smartphone-Verbot für unter 12-Jährige funktionieren? In der Regel kaufen ja Erwachsene das Handy.

Julian Bühler: Wir brauchen eine Hardware-basierte Altersüberprüfung im Gerät. Die EU könnte vorschreiben, dass jedes verkauftes Handy einen „Kinderschutz-Chip“ enthalten muss. Im Verkaufszustand könnte man dann sämtliche Webseiten und Inhalte ab 18 damit nicht anzeigen. Erwachsene könnten den Chip in einem Geschäft gegen Vorlage ihres Personalausweises freischalten lassen, Kinder nicht.

„Viel schlechte Symbolpolitik“

netzpolitik.org: Das EU-Parlament hat sich gerade in einer Resolution² für eine verpflichtende Alterskontrolle im Netz ausgesprochen. 13- bis 16-Jährige sollten demnach nur mit Zustimmung der Eltern Zugang zu sozialen Medien erhalten. Allerdings sollen diese Kontrollen nicht auf Geräteebene, sondern über eine App passieren³, die das Alter für einzelne Webseiten und Plattformen nachweisen soll.

Julian Bühler: Der Ansatz geht in die richtige Richtung. Ich finde, für Jugendliche ab 13 sollten wir nicht von einem auf den anderen Tag alles zugänglich machen, sondern über ein Heranführen an die Technik und den Aufbau von Medienkompetenz reden. Was die App-Überprüfung angeht: Wenn man sich etwa die Altersüberprüfung auf TikTok heute anschaut, dann ist das nicht ernst zu nehmen. Da werde ich bei der Anmeldung nach meinem Geburtsjahr gefragt; und wenn es beim ersten Mal nicht klappt, verstehen die Kinder sofort, dass sie sich beim nächsten

Versuch einfach älter machen müssen. Das ist lächerlich. Eine App-Kontrolle muss hier schon mehr leisten. Aber auch strengere Alterskontrollen werden uns nicht darum herumbringen, die Kinder und Jugendlichen zu begleiten.

netzpolitik.org: Schaffen technische Maßnahmen wie Alterskontrollen eher ein falsches Sicherheitsgefühl bei Eltern und Politik?

Julian Bühler: Zweifellos. Eltern müssen hier endlich ihre Verantwortung erkennen und annehmen. Und die Politik muss endlich konkrete Maßnahmen vorlegen – bisher hatten wir in diesem Bereich nur schlechte Symbolpolitik. Ernsthafter Kinderschutz im Web wurde bisher nicht umgesetzt.

netzpolitik.org: Das Gesetz für digitale Dienste der EU sieht heute schon vor, dass Plattformen für die Sicherheit ihrer minderjährigen Nutzer:innen sorgen und diese vor illegalen Inhalten schützen müssen – etwa per Altersschranke. Das betrifft nicht nur Pornoseiten, sondern auch TikTok oder Instagram.

Julian Bühler: Das ist richtig so. Ich bin äußerst skeptisch, dass die Firmen von allein zu einer sinnvollen Lösung kommen. Die großen Konzerne wie zum Beispiel Meta haben über die letzten Jahre immer wieder klar gezeigt, dass sie gar kein Interesse an einer sinnvollen Kinderschutzlösung haben. Man wird sie dazu zwingen müssen.

„Man muss für das Kind da sein“

netzpolitik.org: Es gibt heute schon eine Reihe von Möglichkeiten, um Kinderhandys abzusichern. Apple und Google bieten in ihren Betriebssystemen einen begleiteten Elternmodus an. Was halten Sie davon?

Julian Bühler: Eltern fragen mich oft nach diesen technischen Lösungen. Die sind auch gut, um die Bildschirmzeit und die Auswahl der Apps zu begrenzen. Allerdings werden hier keine Inhalte in den Apps kontrolliert oder beschränkt. Die traurige Wahrheit ist, dass sich das Problem nicht mit der Anschaffung einer Sicherheitssoftware lösen lässt. Die Aufgabenstellung ist, das Kind über Jahre hinweg in der Auseinandersetzung mit digitalen Medien zu begleiten. Dafür muss man als Elternteil wesentlich mehr machen als Schutz-Software zu installieren. Man muss für das Kind da sein.

netzpolitik.org: Wenn Kinder statt technischer Lösungen vor allem Erwachsene brauchen, die sich Zeit nehmen – was halten Sie von politischen Maßnahmen wie verlässlicher Betreuung, mehr Möglichkeiten für Teilzeit oder höheres Kindergeld?

Julian Bühler: Der mangelnde Kenntnisstand von Eltern ist nicht unbedingt an mangelnder Zeit festzumachen. Wir brauchen eher mehr digitale Bildung. Oft kennen sich ja schon die Erwachsenen nicht gut mit den Geräten aus, die sie benutzen und kennen die Gefahren gar nicht. Wie sollen sie dann einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Smartphone an die Kinder vermitteln? Hier brauchen wir ein anderes Bewusstsein.

Um das einmal klar zu sagen: Die Verantwortung für alles, was auf dem Kinderhandy passiert, liegt bei den Eltern. Die meisten Eltern haben diese Verantwortung nicht erkannt und nicht angenommen. Wir müssten erst mal durchsetzen, dass Eltern das verstehen.

netzpolitik.org: Hätte es einen Vorteil, wenn der Klassenchat wenigstens von WhatsApp auf alternative Messenger wie Signal verlegt würde?

Julian Bühler: Das wäre positiv, doch an der Grundthematik, dass Kinder problematische Inhalte teilen können, ändert das nichts – weil auch da keine Inhaltskontrolle stattfindet. Aus Sicht des Kinderschutzes müssten die Inhalte in der App irgendwie maschinell kontrolliert werden. Da gibt es natürlich viele Gegenstimmen, die das auf keinen Fall wollen, weil sie fürchten, das könnte auch außerhalb des Kinderschutzes zum Tragen kommen.

„Wir lassen da eine ganze Generation gegen die Wand laufen“

netzpolitik.org: Das führt uns zur Debatte um die sogenannte Chatkontrolle in der EU. Die EU-Kommission und einzelne Mitgliedstaaten wollten, dass Anbieter auf Anordnung die verschlüsselten Inhalte in Messengern durchsuchen müssen, um darin nach Darstellungen sexualisierter Gewalt an Kindern zu suchen. Dazu müsste allerdings die Verschlüsselung umgangen werden mit Folgen für die Grundrechte aller. Nach eindringlichen Warnungen aus der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft haben sich, Stand aktuell, sowohl der Rat als auch das Parlament der Europäischen Union hierzu kritisch positioniert⁴.

Julian Bühler: Technisch können wir alle möglichen Dinge diskutieren. Es ist ein politisches Versagen, dass bei digitalen Medien seit Jahren kein sinnvoller Kinderschutz umgesetzt wurde und wir die jungen Menschen einfach schutzlos lassen. Laut der gerade erschienenen Studie der Landesanstalt für Medien NRW⁵ hat mittlerweile bereits jedes dritte Kind im Alter von 11 bis 13 Jahren Kontakt zu Pornos. Viele ungewollt, weil sie die Inhalte einfach zugeschickt bekommen. Das gleiche gilt für extreme Horror- und Gewalt-Videos. Diese Zahlen steigen seit Jahren, doch wir tun nichts dagegen und nehmen hin, dass sich die Kinder daran gewöhnen. Welche Folgen das hat, werden wir wahrscheinlich erst in vielen Jahren erkennen. Aus meiner Sicht lassen wir da eine ganze Generation gegen die Wand laufen, und das ist verantwortungslos.

netzpolitik.org: Was würden Sie sich wünschen?

Julian Bühler: Es braucht den politischen Willen, sich von plakativen Forderungen zu trennen und sich ernsthaft mit dem Thema zu beschäftigen. Weder Social Media ab 16 noch andere Verbotsforderungen sind eine vollständige Lösung. Bei mir rufen Grundschulen an und berichten von Fällen, bei denen sich 9-jährige Mädchen ausziehen, sich nackt filmen und das im Klassenchat teilen. Weil sie halt nachmachen, was sie in Videos gesehen haben. Das wäre ohne Smartphones alles nicht denkbar. Da komme ich auch an meine Grenzen. Dass die Politik hier nichts unternimmt, ist absurd.

netzpolitik.org: Die Bundesregierung hat im Herbst eine Expert:innenkommission⁶ für *Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt* eingesetzt. Die soll ein Jahr lang Empfehlungen erarbeiten.

Julian Bühler: Das ist toll, wenn daraus auch bald konkrete Maßnahmen entstehen. Die Zeit drängt.

Referenz: <https://netzpolitik.org/2025/aufwachsen-im-internet-die-verantwortung-fuer-alles-was-auf-dem-kinderhandy-passiert-liegt-bei-den-eltern/>

Anmerkungen

- 1 <https://netzpolitik.org/2025/400-schulen-besucht-was-kinder-im-netz-erleben-und-was-politik-daraus-lernen-kann/>
- 2 <https://www.dw.com/de/eu-parlament-soziale-medien-16-jahre-strassburg-social-media-kunstliche-intelligenz-von-der-leyen/a-74918861>
- 3 <https://netzpolitik.org/2025/eu-konzept-so-sollen-die-alterskontrollen-im-netz-ablaufen/>
- 4 <https://netzpolitik.org/2025/faq-wie-geht-es-weiter-mit-der-chatkontrolle/>
- 5 <https://www.medienanstalt-nrw.de/sexting-porno-missbrauch.html>
- 6 <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/alle-meldungen/bundesregierung-beruft-expertenkommission-ein-269648>
- 7 <https://missy-magazine.de/>
- 8 <mailto:chris@netzpolitik.org>
- 9 <https://keys.openpgp.org/search?q=0x5E598DD0D37B9F71A88DD92233D38859243016F9>
- 10 <https://bsky.app/profile/ckoever.bsky.social>
- 11 <https://mastodon.social/@ckoever>



Chris Köver

Chris Köver recherchiert und schreibt über Migrationskontrolle, biometrische Überwachung, digitale Gewalt und Jugendschutz. Recherche-Anregungen und -Hinweise gerne per Mail oder via Signal (ckoever.24). Seit 2018 bei *netzpolitik.org*. Hat Kulturwissenschaften studiert und bei *Zeit Online* mit dem Schreiben begonnen, später eine eigene Zeitschrift⁷ mitgegründet. Ihre Arbeit wurden ausgezeichnet mit dem Journalistenpreis Informatik, dem Grimme-Online-Award und dem Rainer-Reichert-Preis zum Tag der Pressefreiheit.
Kontakt: E-Mail⁸ (OpenPGP⁹), BlueSky¹⁰, Mastodon¹¹, Signal: ckoever.24

Kein Nachweis, dass Massen-Scans verhältnismäßig sind

17. Dezember 2025 – Die EU-Kommission veröffentlicht ihre Evaluierung der freiwilligen Chatkontrolle. Doch sie kann weiterhin nur unvollständiges Datenmaterial sammeln und scheitert daran, zu beweisen, dass freiwillige Massen-Scans verhältnismäßig sind.

Heimlich, still und leise hat die EU-Kommission nun doch ihren Bericht zur freiwilligen Chatkontrolle¹ veröffentlicht. Dazu ist sie gesetzlich verpflichtet, um die Verhältnismäßigkeit der freiwilligen Massen-Scans zu untersuchen.

Seit Anfang September stand der Bericht bereits aus. Die EU-Kommission zögerte ihn monatelang hinaus und veröffentlichte ihn dann genau am Tag nach der Einigung zur Chatkontrolle im EU-Rat².

Der Kommissionsbericht kann auch nach mehreren Monaten Verzögerung wieder keine ausreichenden Fakten und Statistiken liefern, um ein Urteil über die Verhältnismäßigkeit der freiwilligen Chatkontrolle zu treffen. Die aufgelisteten Zahlen von Dienstleistern und Mitgliedstaaten sind nach wie vor unvollständig und nicht hinreichend. Die EU-Kommission schlussfolgert daher zur Verhältnismäßigkeit: „Die verfügbaren Daten reichen nicht aus, um diese Frage eindeutig zu beantworten.“

Konstantin Macher von der Digitalen Gesellschaft kommt in der Frage die Verhältnismäßigkeit zu dem Ergebnis: „Es gibt auch über vier Jahre nach dem ersten Beschluss zur freiwilligen Chatkontrolle keine Evidenz, dass diese Form der Massenüberwachung funktionieren würde. Die freiwillige Chatkontrolle ist ein massiver Grundrechtseingriff, dessen Verhältnismäßigkeit nicht nachgewiesen werden kann. Sie ist unverhältnismäßig.“

Kommentieren oder Einordnen will die EU-Kommission selbst ihren Bericht offenbar nicht. Auf Nachfrage von netzpolitik.org sagte eine Sprecherin, dass „keine weitere Kommunikation“ zu dem Bericht geplant sei. Angesichts der Tatsache, dass die Chatkontrolle zumindest in einigen EU-Ländern ein breit diskutiertes Thema ist und von Experten und aus der Wissenschaft jahrelang sehr kritisch bewertet wurde, überrascht die Funkstille.

Freiwillige Chatkontrolle nur als Ausnahme erlaubt

Die freiwillige Chatkontrolle ist kaum weniger umstritten als der verpflichtende anlasslose Zwang zum Scannen, über den drei Jahre verhandelt wurde. Denn in Europa muss die Vertraulichkeit der Kommunikation³ von den Mitgliedstaaten sichergestellt werden. So schreibt es die EU-Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation⁴ schon seit 2002 vor.

Es ist also in Europa grundsätzlich nicht erlaubt, massenhaft Inhalte von Nachrichten freiwillig zu durchleuchten. Denn derartige Grundrechtseingriffe müssten gesetzlich geregelt werden. Doch das bisherige freiwillige Scannen beruht auf keiner expliziten Rechtsgrundlage und wäre damit schlicht rechtswidrig. Allerdings besteht seit 2021 eine vorübergehende Ausnahme⁵, die nochmal verlängert⁶ wurde. Diese temporäre Ausnahme endet im April 2026. Weil auch nach Jahren des Bestehens dieser Ausnahmeregelung keine wirksamen Schutzmaßnahmen oder ein-

schränkende Regeln vorgesehen wurden, hat der Europäische Datenschutzbeauftragte, Wojciech Wiewiórowski⁷, die Verlängerung kritisiert. Sie dürfte nicht einfach durchgewunken werden. Wiewiórowski hatte schon zu Beginn der Ausnahme⁸ im Jahr 2021 gewarnt, dass man keinen „Präzedenzfall“ schaffen dürfe.

Die EU-Kommission konnte bisher keinen Nachweis erbringen⁹, dass die „freiwillige“ Massenüberwachung der privaten Kommunikation verhältnismäßig oder auch nur signifikant wirksam wäre. Auch der aktuelle Bericht kann das nicht leisten, wie die Kommission selbst einräumt.

In welchen Größenordnungen wird gescannt?

Dienstleister haben zwar keine Verpflichtung, massenhaft Inhalte zu scannen. Dennoch führen Konzerne wie Google, Microsoft oder Meta, beispielsweise bei Facebook oder WhatsApp, diese sogenannten CSAM-Scans¹⁰ seit Jahren durch. Sie sollen aufdecken, wenn Nutzer Inhalte verschicken, die sexuellen Kindesmissbrauch (child sexual abuse material, CSAM) zeigen. Genaue Vorschriften, welche Nutzernachrichten wie und wann durchleuchtet werden, macht ihnen dabei niemand.

Nur zwei Dienstleister übermittelten der EU-Kommission Angaben zur Größenordnung der freiwillig gescannten Bilder und Filme. Microsoft wertete im Jahr 2023 weltweit über 11,7 Milliarden Inhalte¹¹ und im Jahr 2024 etwas unter 10 Milliarden Inhalte¹² aus. Wie viele dieser gescannten Bilder oder Filme in der EU anfielen, ist dabei nicht spezifiziert.

Im Jahr 2023 wurden im Fall von Microsoft weltweit über 32.000 Inhalte als möglicher CSAM identifiziert, davon über 9.000 aus der EU. Berechnet man aus den milliardenfachen weltweiten Scans den Prozentsatz, kommt man bei 32.000 Inhalten auf 0,0002735 Prozent. Anders ausgedrückt schlagen die Scans bei einem von 365.000 Inhalten an. Für das Jahr 2024 sind weltweit 26.000 CSAM-Inhalte angegeben, davon 5.800 Inhalte in der EU. Das ergibt für 26.000 Inhalte 0,00027083 Prozent.

Bei LinkedIn sind die Zahlen deutlich geringer: Das Unternehmen gab für 2023 den Scan von über 24 Millionen Bildern und über einer Million Filmen und für 2024 von über 22 Millionen Bildern und über zwei Millionen Filmen an. In beiden Jahren stammten diese Inhalte aus der EU. Für das Jahr 2023 meldete LinkedIn zwei Bilder (und keinerlei Filme), die Kindesmissbrauch darstellen könnten, und für 2024 dann ein Bild. Berechnet man aus den millionenfachen Scans den Prozentsatz, kommt man im Jahr 2023 auf 0,00000833 Prozent. Die massenhaften Scans brachten sowohl bei Microsoft als auch bei LinkedIn also nur minimale Ergebnisse.

Bei Google hingegen fehlte die Datenbasis, nur die Ergebnisse sind im Bericht hinterlegt: Demnach wurden im Jahr 2023 1.558 Inhalte als möglicher CSAM identifiziert, im Jahr 2024 dann

1.824 Inhalte. Der Konzern dürfte aufgrund seiner populären Dienste bei der Anzahl der Scans in eine ähnliche Größenordnung fallen wie Microsoft. Entsprechend dürften auch hier die Ergebnisse nicht einmal im Promillebereich liegen.

Anders sieht es bei Meta aus, die völlig andere Zahlen melden: Im Jahr 2023 gibt der Konzern 3,6 Millionen Inhalte an, die als möglicher CSAM identifiziert worden sind, die alle in der EU anfielen. Die Millionenzahlen setzen sich im Jahr 2024 fort: 1,5 Millionen Inhalte in der EU sind als möglicher CSAM gemeldet worden.

Diese enorm große Diskrepanz setzt sich bei den Nutzermeldungen an die Dienste-Anbieter fort: Google meldet 297 und 216 Nutzerbeschwerden für die Jahre 2023 und 2024, Meta hingegen 254.500 und 76.900. Wie diese erheblichen Unterschiede in den Größenordnungen zustandekommen, wird nicht erklärt.

Technisch sind die Massen-Scans als fehleranfällig bekannt. Das wird dann gefährlich für Nutzer, wenn Bilder oder Filme einen falschen Verdacht auslösen. Wie häufig das vorkommt, bleibt jedoch unklar. Denn miteinander vergleichbare Falsch-Positiv-Fehlerraten kann der Bericht nicht liefern, so dass die Anzahl von Falschmeldungen und Fehlerquoten¹³ vage bleibt. Laut Bundeskriminalamt¹⁴ ist fast die Hälfte der Verdachtsmeldungen aus den Vereinigten Staaten nach deutschem Recht strafrechtlich nicht relevant.

Datenmaterial weiter zu dünn

Schon im Dezember 2023¹⁵ hatte die EU-Kommission eine Evaluierung der freiwilligen Chatkontrolle versucht. Die Verhältnismäßigkeit zu belegen, gelang ihr damals nicht, weil das Datenmaterial zu dünn war: Man könne keine „endgültigen Schlussfolgerungen ziehen“. Gleichwohl blieb die Ausnahme für die freiwillige Chatkontrolle weiter bestehen.

Die EU-Kommission verweist nun in ihrem Fazit wieder auf die Unzulänglichkeiten des Zahlenmaterials: Die Berichte aus den Mitgliedstaaten würden „nach wie vor ähnliche Probleme wie im ersten Bericht“ zur Chatkontrolle-Ausnahmeregelung aufweisen, nämlich auf nur „unvollständigen und fragmentierten“ Daten beruhen. Es sei daher weiter „nicht möglich, einen umfassenden und zuverlässigen Überblick“ zur Anzahl der gemeldeten Fälle von aufgedeckter sexueller Ausbeutung von Kindern oder zur Anzahl identifizierter Kinder oder zur Anzahl von verurteilten

Tätern zu geben. Die Datenerhebung und Berichterstattung der Mitgliedstaaten habe „nach wie vor erhebliche Mängel“.

Dennoch will die EU-Kommission an der freiwilligen Chatkontrolle festhalten, weil ein „numerischer Maßstab“ angesichts der „Anzahl der geretteten Kinder“ nicht der einzige Anhaltspunkt sein könne. In der Anhörung im EU-Ausschuss für *Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres* (LIBE)¹⁶ hatte eine Abgeordnete wissen wollen, wie viele Kinder denn durch freiwillige Massen-Scans gerettet worden wären. Eine Antwort blieb die Kommission schuldig.

Obwohl auch der Bericht wieder keine handfesten Aussagen über tatsächlich gerettete Kinder machen kann, bleibt die Kommission bei der fast wortgleichen Schlussfolgerung wie schon in der ersten Evaluation: Es gebe „keine Anhaltspunkte dafür, dass die Ausnahmeregelung nicht verhältnismäßig ist“. Sie versucht also, den Spieß umzudrehen und damit den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz auf den Kopf zu stellen.

Es ist keine Kleinigkeit, die Verhältnismäßigkeit einer Maßnahme zu zeigen. Denn Grundrechtseingriffe – erst recht massenhafte – müssen notwendig und verhältnismäßig sein. Das hat die Kommission zu beweisen. Das misslang jedoch anhand der Zahlen.

Stattdessen versucht sie es mit einer Verdrehung der Tatsachen: Die Kommission hat zwar keine ausreichenden Daten, um zu belegen, dass die Chatkontrolle verhältnismäßig ist, aber auch keine Hinweise, dass sie unverhältnismäßig ist. Als würde das als Nachweis genügen. Patrick Breyer, ehemaliger EU-Abgeordneter und Jurist, der sich seit Jahren dem Thema widmet, bezeichnet diese Beweislastumkehr als „juristischen Unsinn“¹⁷.

Referenz: <https://netzpolitik.org/2025/chatkontrolle-kein-nachweis-dass-massen-scans-verhaeltnismaessig-sind/>

Anmerkungen

- 1 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:52025DC0740>
- 2 <https://netzpolitik.org/2025/interne-dokumente-eu-staaten-einigen-sich-auf-freiwillige-chatkontrolle/>
- 3 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:02002L0058-20091219#tocId7>

Constanze Kurz



Constanze Kurz¹⁸ ist promovierte Informatikerin, Autorin und Herausgeberin¹⁹ von Büchern²⁰, zuletzt *Cyberwar*²¹. Ihre Kolumne *Aus dem Maschinenraum*²² erschien von 2010 bis 2019 im Feuilleton der FAZ. Sie lebt in Berlin²³ und ist ehrenamtlich Sprecherin²⁴ des Chaos Computer Clubs. Sie war Sachverständige der Enquête-Kommission *Internet und digitale Gesellschaft* des Bundestags. Sie erhielt den Toleranz-Preis²⁵ für Zivilcourage und die Theodor-Heuss-Medaille.

Kontakt: E-Mail²⁶ (OpenPGP²⁷)

Telefon: +49-30-5771482-28 (Montag bis Freitag, jeweils 8 bis 18 Uhr).

Foto: Heike Huslage-Koch, CC BY-SA 4.0

- 4 https://de.wikipedia.org/wiki/Datenschutzrichtlinie_für_elektronische_Kommunikation
- 5 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32021R1232>
- 6 <https://netzpolitik.org/2024/024/grundrechte-europaeischer-daten-schutzbeauftragter-lehnt-freiwillige-chatkontrolle-ab/>
- 8 https://www.edps.europa.eu/system/files/2021-03/20-11-10_opinion_combating_child_abuse_de_3.pdf
- 9 <https://netzpolitik.org/2023/bericht-eu-kommission-scheitert-verhaeltnismaessigkeit-der-freiwilligen-chatkontrolle-zu-belegen/>
- 10 <https://netzpolitik.org/2022/chatkontrolle-was-unternehmen-schon-freiwillig-tun/>
- 11 <https://cdn-dynmedia-1.microsoft.com/is/content/microsoftcorp/microsoft/final/en-us/microsoft-brand/documents/Transparent-2023-EU-CSAM-Interim-Regulatory-Report.pdf>
- 12 <https://cdn-dynmedia-1.microsoft.com/is/content/microsoftcorp/microsoft/msc/documents/presentations/CSR/CY2024-EU-CSAM-Interim-Regulatory-Report.pdf>
- 13 <https://netzpolitik.org/2025/chatkontrolle-total-unausgegoren-und-technisch-nicht-tragfaehig/>
- 14 <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/SexualdeliktezNvKindernuJugendlichen/BLBSexualdeliktezNvKindernuJugendlichen2024.pdf?blob=publicationFile#page=17>
- 15 <https://netzpolitik.org/2023/bericht-eu-kommission-scheitert-verhaeltnismaessigkeit-der-freiwilligen-chatkontrolle-zu-belegen/>
- 16 https://multimedia.europarl.europa.eu/en/webstreaming/committee-on-civil-liberties-justice-and-home-affairs-ordinary-meeting_20251204-0900-COMMITTEE-LIBE
- 17 <https://www.patrick-breyer.de/erneut-verheerende-bilanz-der-freiwilligen-chatkontrolle/>
- 18 https://de.wikipedia.org/wiki/Constanze_Kurz
- 19 <https://nowyouknow.eu/>
- 20 <http://gewissensbits.gi.de/constanze-kurz/>
- 21 <https://www.randomhouse.de/Buch/Cyberwar-Die-Gefahr-aus-dem-Netz/Constanze-Kurz/C.-Bertelsmann/e537921.rhd>
- 22 <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/aus-dem-maschinenraum/>
- 23 <https://wirsindderosten.de/menschen/constanze-kurz/>
- 24 <https://www.youtube.com/watch?v=hj3gAsqrB18>
- 25 <http://www.ev-akademie-tutzing.de/toleranz-preis-fuer-christian-wulff-und-constanze-kurz/>
- 26 <mailto:constanze@netzpolitik.org>
- 27 <https://keys.openpgp.org/vks/v1/by-fingerprint/58ACBDA9D67D462D249605444A13B8EE269F8A45>



Anna Biselli

„Wir brauchen Transparenz, wo in Gerichtsverfahren KI eingesetzt wird“

11. Dezember 2025 – Digitale Modelle von Skeletten werden neuerdings in Strafverfahren genutzt. Warum ist das etwas anderes als ein Fingerabdruck? Und warum ist es nicht ratsam, derartige Beweismethoden für eine Anklage zu nutzen? Darüber sprechen wir im Interview mit zwei Fachleuten.

Dass Fingerabdrücke oder DNA-Spuren in Strafverfahren als Beweise herangezogen werden, ist weit verbreitet. Aber mittlerweile halten zunehmend neue Technologien in die Gerichtssäle Einzug. Ein Beispiel: 3D-Modelle von mutmaßlichen Täter:innen werden automatisiert mit Videoaufnahmen vom Tatort abgeglichen. So soll bestimmt werden, ob auf dem Video die vermutete Person zu sehen ist – ganz ohne Gesicht.

Auch im sogenannten Budapest-Komplex spielt das eine Rolle. In einem aktuellen Prozess werden einem Beschuldigten Angriffe auf Neonazis, darunter versuchter Mord, vorgeworfen. Die Anklage stützt sich auch auf eine Analyse mittels Skelett-Modell und den Abgleich mit Tatort-Videos¹.

Wir haben dazu mit Anne Zettelmeier² und Prof. Dr. Dominik Brodowski³ von der Universität des Saarlandes gesprochen. Sie forschen zum Einsatz von Technologien im Justizwesen und warnen davor, KI-gestützte Ergebnisse als alleinige Beweismittel zu nutzen.

Sie forschen im von der Daimler und Benz Stiftung geförderten Ladenburger Kolleg *Technologische Intelligenz zur Transformation, Automatisierung und Nutzerorientierung des Justizsystems (TITAN)* und warnen davor, KI-gestützte Ergebnisse als alleinige Beweismittel zu nutzen.

netzpolitik.org: Wie funktioniert eine Analyse mit digitalen Skeletten und wo kommt dabei eine KI zum Einsatz?

Zettelmeier: Um ein Skelettmmodell einer Person zu erstellen, werden Marker an die Person angebracht – entweder händisch an bestimmten Körperstellen oder durch die automatisierte Erkennung bestimmter Punkte am Skelett.

Beim Einsatz in Strafverfahren geht es um den Vergleich zwischen dem erstellten digitalen Skelettmmodell und einem Tatort-Video. Bei diesem Abgleich soll eine KI eingesetzt werden, um die beiden Täter-Skelett-Modelle zu vergleichen. Das Programm nennt dann am Ende eine Prozentzahl, mit welcher Wahrscheinlichkeit die Personen übereinstimmen und ein Verdächtiger die Person auf einem Tatort-Video ist.

netzpolitik.org: Mit welcher Software kann man das machen?

Brodowski: Mit Produkten, die auf dem Markt erhältlich sind und zur Modellierung von Bewegungsabläufen oder auch zur Identifikation von entsprechenden Markern dienen.

Allerdings sind diese Produkte teils für ganz andere Zwecke geschaffen worden, beispielsweise für die Filmindustrie, um verstorbene Schauspieler mit Bewegungen wieder zum Leben zu erwecken. In Kinofilmen geht es im Gegensatz zu Strafverfahren aber nicht um die Rekonstruktion einer materiellen Wahrheit. Da gelten ganz andere Zielrichtungen und Genauigkeitsmaßstäbe.

netzpolitik.org: Ist der Ansatz, 3D-Modelle in Strafverfahren für eine Beweisführung zu nutzen, komplett neu?

Brodowski: Dass Skelettmmodelle für die Beweisführung genutzt werden, ist noch relativ neu. Der Literatur zufolge wurde das allerdings bereits in anderen Verfahren eingesetzt, um Beschuldigte zu be- oder entlasten.

Bereits etablierter sind von Gutachtern erstellte Expertisen. Ein eindrückliches Beispiel hierfür ist der sogenannte Badewannen-Mord⁴, bei dem sich im Nachhinein herausgestellt hat, dass es gar kein Mord war.

Ein Mann wurde dafür verurteilt und saß 13 Jahre lang unschuldig in Haft, bis ein Wiederaufnahmeverfahren nachgewiesen hat, dass er als Täter nicht in Betracht kommt. Dafür hat man unter anderem in einem biomechanischen Gutachten und per Computersimulationen untersucht, wie die Mechanik des menschlichen Körpers mit dem vermuteten Geschehen in Einklang zu bringen ist.

netzpolitik.org: Worin besteht der Unterschied, ob ich ein Verfahren zur Be- oder Entlastung nutze?

Zettelmeier: Gerade das ist eine wichtige Differenzierung. Es kann auf der einen Seite natürlich zur Entlastung beitragen, wenn Körperbau und Bewegungen einer Person gar nicht zu denen eines Menschen auf einer Aufnahme passen. Um solche Modell-Analysen aber zur Belastung von Verdächtigen zu nutzen, muss man sich sehr sicher sein – beispielsweise wenn ein KI-Modell zum Ergebnis kommt, dass es sich bei einer Person auf einem Video wahrscheinlich um den Tatverdächtigen handelt.

Eine Anklage oder am Ende sogar eine Verurteilung allein auf die Ergebnisse eines solchen Modells zu stützen, wäre ein Problem, weil diese Methode nicht ausreichend wissenschaftlich fundiert und untersucht ist. Wenn jemand falsch verurteilt wird und dann wie im Badewannen-Fall viele Jahre unschuldig in Haft sitzt, hat das schwerwiegende Folgen.

Brodowski: Für eine Verurteilung muss ein Gericht von der Schuld des Beschuldigten überzeugt sein und diese subjektive Überzeugung muss sich auch auf eine objektiv hohe Wahrscheinlichkeit stützen. Umgekehrt ist es aber so, dass bereits begründete Zweifel an der Schuld zwingend zum Freispruch zu führen haben. Dann greift der In-dubio-pro-reo-Grundsatz.

Das heißt, wenn wir nun anhand einer solchen Methodik Zweifel an einer Täterschaft eines Beschuldigten säen können, funktioniert das. Aber um als alleiniges Beweismittel dafür auszureichen, dass eine Person am Tatort war, braucht man eine ausgesprochen hohe Sicherheit hinter dieser Methodik. Die sehe ich zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht.

Es braucht mehr Untersuchungen unter Realbedingungen

netzpolitik.org: Was bräuchte es denn dafür, dass solche Skelett-Analysen für eine Beweisführung vor Gericht genutzt werden könnten?

Brodowski: Mehr Untersuchungen zur Zuverlässigkeit der Methode, gerade unter Realbedingungen. Es ist ein Unterschied, ob man solche Analysen in einem Labor unter Idealbedingungen mit genügend Vergleichsmaterial durchführt oder ob man verrauchte Handyvideos und Schwarz-Weiß-Aufnahmen einer Überwachungskamera nutzt.

Menschen bewegen sich auch im Laufe der Zeit unterschiedlich. Die Knochen bleiben dieselben, aber der Bewegungsapparat verändert sich im Laufe eines Tages, im Laufe von mehreren Monaten. Auch in Stresssituationen können sich Bewegungsmuster verändern. All diese Faktoren und ihre Auswirkungen müssen untersucht werden. Ich sehe da noch großen Forschungsbedarf.

Dazu kommt noch eine andere Problematik, die beim Einsatz von KI auftritt: Die Berechnungen und die Ergebnisse sind nicht gut nachvollziehbar. Das ist die sogenannte Blackbox-Problematik, und Ansätze mit Explainable Artificial Intelligence und Ähnlichem haben noch keinen durchschlagenden Erfolg gebracht.

Wenn wir nicht wissen, wie nun eine solche Blackbox von einem Ausgangsdatensatz zum Ergebnis kommt, müssen wir das immer mit Vorsicht genießen.

Verteidiger:innen müssen sich bei digitalen Beweismitteln weiterbilden

netzpolitik.org: Welche Auswirkungen hat es denn auf die Verteidigung und die Richter:innen in Strafverfahren, wenn Ergebnisse eines KI-Modells in Strafverfahren einfließen und nicht klar nachvollziehbar ist, wie diese zustande kommen?

Zettelmeier: Im Zweifel kann das zu einem sogenannten Automation Bias führen. Das bedeutet, dass man sich zu sehr auf die generierten Ergebnisse verlässt und beruft.

Es gibt zum Beispiel in Spanien das *VioGén-System*⁵, das nach Anzeigen von Frauen wegen Gewalt das Risiko berechnen soll, erneut Gewalt zu erfahren. Basierend auf dem Risiko kann es dann richterliche Anordnungen zum Beispiel für ein Näherungsverbot der früheren Täter geben. Dort gibt es auch die Kritik, dass sich die Richter zu stark auf das generierte Ergebnis berufen und es nicht mehr zu einer eigenständigen Überprüfung kommt.

Anna Biselli

Anna Biselli ist Co-Chefredakteurin bei netzpolitik.org. Sie interessiert sich vor allem für staatliche Überwachung und Dinge rund um digitalisierte Migrationskontrolle.
Kontakt: E-Mail⁷ (OpenPGP⁸), Mastodon⁹, Telefon: +49-30-5771482-42 (Montag bis Freitag jeweils 8 bis 18 Uhr).

Brodowski: Umso wichtiger ist deshalb, dass man Transparenz herstellt, wann und an welcher Stelle in Verfahren Künstliche Intelligenz eingesetzt wird. Es darf etwa nicht passieren, dass ein Sachverständiger sehr überzeugt im Gerichtssaal auftritt und dort sein schriftliches Gutachten präsentiert und man nur in Fußnoten herausfindet, dass bei bestimmten Auswerteschritten KI eingesetzt wurde.

Das entspricht auch nicht den Anforderungen, die aus der EU-KI-Verordnung folgen⁶. Diese verlangt ein hohes Maß an Transparenz, um einem solchen Automation Bias entgegenwirken zu können.

Eine gute Verteidigung wird solchen Ansätzen nachgehen und versuchen, Zweifel an der Methodik zu säen. Das verlangt jedoch viel von der Strafverteidigung, die sich deswegen auch im Bereich solcher digitalen Beweismittel zunehmend professionalisieren muss. Während in der Vergangenheit der Fokus der Verteidigung häufig auf der Glaubwürdigkeit von Zeugenaussagen gelegen hat, muss sie sich zukünftig immer mehr auch auf die Aussagekraft von solchen digitalen Beweismitteln fokussieren und hier Fachkompetenz hinzuziehen.

Referenz: <https://netzpolitik.org/2025/digitale-skelette-wir-brauchen-transparenz-wo-in-gerichtsverfahren-ki-eingesetzt-wird/>

Anmerkungen

- 1 <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/strafverfahren-budapest-komplex-3d-modell-ki-berechnung-beweis>
- 2 <https://www.uni-saarland.de/lehrstuhl/brodowski/team/studentische-hilfskraefte/anne-zettelmeier.html>
- 3 <https://www.uni-saarland.de/lehrstuhl/brodowski.html>
- 4 https://de.wikipedia.org/wiki/Manfred_Genditzki
- 5 <https://netzpolitik.org/2025/femizide-unverantwortlich-die-risikobewertung-einem-algorithmus-zu-ueberlassen/>
- 6 <https://netzpolitik.org/2025/regeln-fuer-chatgpt-so-will-die-eu-die-ki-verordnung-umsetzen/>
- 7 <mailto:anna@netzpolitik.org>
- 8 <https://keys.openpgp.org/search?q=anna@netzpolitik.org>
- 9 <https://mastodon.social/@annskaja>



Wissenschaft und Frieden 4/2025

Autoritäre Wende Repression – Militarisierung – Faschisierung

Aktuell lässt sich eine dramatische rechts-autoritäre Verschiebung beobachten – sie zeigt sich auch in einer neuen Qualität der Verrohung der Sprache, der Polarisierung und nicht zuletzt der Normalisierung von Gewalt und Krieg. Diese Verschiebung wird global von Akteuren der extremen Rechten bewusst vorangetrieben, autoritäre Bewegungen machen Druck auf der Straße, der autoritäre Zugriff auf die Macht geht voran.

Doch was ist das – ein neuer Faschismus, überhaupt eine neue Rechte? Oder doch wieder nur die alte, auf neu gemacht? Wie beeinflusst dies den innergesellschaftlichen Frieden und die Außenpolitik von Staaten? Welche Konsequenzen bringt diese Wende mit sich?

Diesen Fragen widmet sich das Heft und macht deutlich: Es ist wichtig, genau hinzusehen, um die „schlauen“ Taktiken heutiger autoritärer Zurichtung zu entlarven. Es bedarf kluger Ansätze, sich dieses geschickt manövrirenden Autoritarismus zu erwehren – mancherorts bedeutet dies, den Weg über die Wahlurne zu organisieren, anderenorts braucht es andere Formen des Widerstands. Vor allem aber ein klares Verständnis davon, was sich zusammenbraut.

Mit Beiträgen von Fabian Virchow, Ulrike Flader, Benjamin Zariah, Raphael Behr und weiteren

Weitere Texte: Ghulami *Frauenrechte unter den Taliban* | Baraki *Afghanistan am Abgrund* | Holper *Integrierte Strategie zur Kriegsbeendigung*

W&F
Wissenschaft und Frieden ■ 4/2025

November · 43. Jahrgang · 15,00 € · G 11069 | Trägerin des Göttinger Friedenspreises

Autoritäre Wende
Repression – Militarisierung – Faschisierung

Faschistische Internationale damals und heute
 Digitaler Faschismus: Ideologien der Tech-Blase
 Antifa, quo vadis? Eine Bestandsaufnahme

W&F 4/25 | November | 72 Seiten | 12 € (druck) / 12 € (ePUB+PDF)



Stefan Hügel

Big Brother Awards 2025

Am 10. Oktober 2025 fand in der Hechelei in Bielefeld wieder die Verleihung der BigBrotherAwards statt. Sie wurden in diesem Jahr in sechs Kategorien verliehen:

- Technik – Google,
- Behörden & Verwaltung – Bundesinnenminister Alexander Dobrindt,
- Arbeitswelt – Verwaltungsgericht Hannover und Bundesarbeitsgericht,

- Social Media – TikTok,
- Was mich wirklich wütend macht – Bürokratieabbau,
- Jung & überwacht – Soziale Exklusion durch WhatsApp; iPad-Zwang in Schulen.

Wir drucken die Laudationes für die einzelnen Awards mit freundlicher Genehmigung.

Frank Rosengart

Kategorie Technik – Laudatio

Der BigBrotherAward in der Kategorie Technik geht an Google für den KI-Assistenten Gemini, der ab jetzt unauffällig, aber zwangsläufig auf Android Mobiltelefonen installiert wird. Gemini erhält Zugriff auf umfangreiche Nutzungs- und Kommunikationsdaten, die für das Training von Googles KI genutzt und auch von menschlichen Mitarbeitenden eingesehen werden. Darunter könnten komplett Chatverläufe fallen – ohne dass der Kommunikationspartner eingewilligt hat. Die Deaktivierung dieses KI-Assistenten erfordert komplexe Einstellungen in verschiedenen Menüs.

Der BigBrotherAward 2025 in der Kategorie Technik geht an

Google,

in der EU vertreten durch die Google Ireland Limited, für das Zwangs-KI-Feature *Gemini* in seinen Android-Mobiltelefonen.

Großmutter – nein – Google, warum hast du so große Ohren? Das könnten sich seit einiger Zeit die Nutzer:innen von Googles Android-basierten Mobiltelefonen fragen. Still und heimlich tauscht Google derzeit über das Software-Update den bisherigen Google-Assistenten gegen die KI-basierte Anwendung Gemini aus.

Bislang konnte man per Spracheingabe mit dem Gerät kommunizieren, Apps starten, sich den Wetterbericht ansagen lassen und so weiter. Schon dieser „alte“ Google-Assistent – eine Kombination aus technologischer Raffinesse und unterschwelliger Überwachung – war viel schlauer, als einem lieb sein konnte. Je mehr er mit Daten gefüttert wurde, desto besser konnte er antworten.

Nun erwartet die Nutzer:innen der Millionen Android-Geräte weltweit eine große Neuerung: Google Gemini schleicht sich per Software-Update auf die Telefone und Tablets. Bei den meisten Geräten dürfte die automatische App-Aktualisierung aktiviert sein, so dass quasi über Nacht, ohne Benachrichtigung, der Assistent ersetzt wird. Google feiert Gemini als ein großartiges neues Feature: Künstliche Intelligenz, die mir als Anwender das Denken gern komplett abnehmen möchte.

Wenn man Gemini nicht umfänglich deaktiviert und den Zugriff beschränkt, wird Googles KI-App quasi zur Kommandozentrale des Gerätes. Gemini klinkt sich in die Chat-Kommunikation ein, liest Nachrichten und formuliert Antworten automatisch. Anders als der alte Assistent ist Gemini ein Chat-Bot: Ich kann mich mit ihm unterhalten, er weiß auf alles eine Antwort und soll mich in allen Lebenslagen unterstützen.

Der schwerwiegende Nachteil ist, dass ganz viele private und intime Details das Gerät verlassen, denn – das ist der Unterschied zum alten Google-Assistenten – Gemini hält den Großteil der Intelligenz in der Cloud bereit. Und „Cloud“ meint hier: Google. Die Daten werden auf den Servern von Google verarbeitet und



unterliegen damit dem Risiko, dass sie für mehr Zwecke verwendet werden, als den meisten Benutzern lieb sein dürfte. Lediglich einfache Aufgaben werden von einer lokalen KI auf dem Gerät ausgeführt. Die mindert immerhin das Risiko, dass Daten unerwünscht in die Cloud wandern – eine Garantie dafür gibt es nicht.

Wer in den vergangenen zwei Jahren die Nachrichten rund um KI verfolgt hat, wird mitbekommen haben, dass auf dem Markt der großen Anbieter ein Wettstreit entbrannt ist: Wer hat mit wem Verträge über die Nutzung von Trainingsdaten abgeschlossen, um sie für die Erzeugung von noch besseren KI-Modellen zu nutzen? Wobei viele Trainingsdaten auch ohne Erlaubnis der Rechteinhaber verwendet wurden und werden, was bereits erhebliche Rechtsstreitigkeiten provoziert hat. Das möchte Google vermeiden – und besorgt sich deshalb einen permanenten Nachschub bei den Nutzenden von Gemini. Gigantische Mengen an Text und Sprache sind gefragt, ebenso wie Material aus Zeitungsarchiven oder Social Media-Seiten. Warum?

Ein Large Language Model (kurz LLM, so die korrekte Bezeichnung für ein KI-System, das Text verarbeitet und erzeugt und auf Fragen antworten kann) wäre nicht so „schlau“, wenn es nicht mit gigantischen Datenmengen trainiert würde.

Da kommt es Google gelegen, dass Android-Benutzer:innen die Textpassagen für das Training frei Haus liefern. Denn laut den eigenen Nutzungsbedingungen sammelt Google unsere Text- und Sprachnachrichten sowie weitere Inhalte, die für Gemini freigegeben sind, um seine KI-Modelle damit zu füttern.

Selbst wenn ich mit der Nutzung meiner Texte für Trainingsdaten einverstanden wäre (ist ja anonym, kann ja nichts passieren!), dürfte mir der folgende Passus jedoch ein leichtes Unbehagen einflößen. In den Nutzungsbedingungen für Gemini heißt es:

Damit wir die Qualität der Ergebnisse und unsere Produkte selbst verbessern können (wie etwa die generativen Modelle für maschinelles Lernen, auf denen Gemini-Apps basieren), werden Ihre Unterhaltungen mit Gemini-Apps von unseren Prüferinnen und Prüfern (darunter auch Personal von Google-Dienstleistern) gelesen, mit Anmerkungen versehen und verarbeitet.

(Mit Anmerkungen sind manuelle Ergänzungen zum aufgenommenen Text gemeint, die dem Computer beim Training der KI-Modelle helfen, das Fragment richtig einzuordnen.)

Was diese manuelle Nachbearbeitung in der Praxis bedeutet, zeigt ein Artikel im Guardian, der von Tausenden unterbezahlten und überarbeiteten Mitarbeitenden bei Vertragsfirmen von Google berichtet, die mitunter brisante und schwer verdauliche

Fragmente für das KI-Training einordnen sollen – gewalttätige und sexuell explizite Inhalte. Diese belastende Arbeit wird von Google an Firmen wie GlobalLogic ausgelagert, die noch dazu enormen Zeitdruck vorgeben.



Frank Rosengart kürt in der Kategorie „Technik“ ein weiteres Mal: Google. Foto: Inflac CC BY-SA 4.0

Damit die Trainingsdaten auch für nachfolgende KI-Modelle verwendet werden können, erlaubt sich Google, diese Aufzeichnungen bis zu drei Jahren aufzubewahren. Für eine ähnliche Praxis hat Amazons Alexa schon 2018 einen BigBrotherAward erhalten.

Es sollte uns nicht überraschen, dass unsere Kommunikationsinhalte als Trainingsdaten genutzt werden. Sie sind quasi die Leistung für den extrem kostspieligen Betrieb der KI.

Die Entwicklung und der Betrieb von großen KI-Modellen verschlingt riesige Mengen an Energie – soviel, dass z. B. Meta (also Facebook o. Instagram) dafür am liebsten eigene Atomkraftwerke bauen würde. Vorsichtige Schätzungen besagen, dass OpenAI zum Training von ChatGPT4 etwa 50 Gigawatt-Stunden Strom benötigt hat und ca. 100 Millionen US-Dollar gekostet haben dürfte. Auch die Abfrage der KI, die sogenannte „Inferenz“, kann schnell in den Kilowattstunden-Bereich gehen, wenn z. B. ein hochauflösendes Video erzeugt werden soll.

Für die Nutzung von Gemini auf Android wird kein Geld verlangt. Das sollte aufhorchen lassen – wie übrigens bei jedem Dienst, der „gratis“ angeboten wird.

Frank Rosengart

Frank Rosengart ist ein Urgestein der BigBrotherAwards. Seit 2002 ist er Teil der Jury und vergab den beliebten Datenschutznegativpreis in der Kategorie „Technik“. Frank Rosengart programmiert im Kommunikationsbereich und ist Teil des Chaos Computer Club e. V. (CCC) – 1981 gegründet und die größte europäische Hackervereinigung.

Was aber ist das Problem, wenn meine – möglicherweise sehr privaten – Gespräche als Trainingsdaten genutzt werden? Dazu müssen wir einen Blick darauf werfen, wie Large Language Models funktionieren: Sie lernen, indem sie auf riesigen Mengen von Textdaten trainiert werden und dabei Muster in Sprache erkennen. Diese Trainingsdaten werden in Zahlen (Vektoren) umgewandelt, sodass das Modell mithilfe neuronaler Netze Wahrscheinlichkeiten für das nächste Wort berechnen kann. Es ist unwahrscheinlich, aber nicht auszuschließen, dass eine spätere Antwort der KI Elemente aus meiner Konversation enthält. Aus Versehen – oder weil Hacker durch gezielte Prompts diese Fragmente dem KI-Modell entlocken. Auch das ist schon vorgekommen.

Ich möchte meine Textnachrichten nicht in den KI-generierten Antworten anderer Leute wiederfinden.

Dabei geht es nicht um unverfängliche Redewendungen, sondern um persönliche Daten wie Passwörter oder Kreditkartendaten, die aus meiner Kommunikation „gelernt“ wurden. Google behauptet, solche Fälle zu erkennen und nicht für das Training zu verwenden. Aber auch die Chefin des Messenger-Dienstes Signal, Meredith Whittaker, spricht eine deutliche Warnung aus. Sie weist darauf hin, dass KI-Agenten wie Gemini vollumfänglichen Zugriff auf unsere höchstpersönlichen Daten wie Kalender, E-Mail-Konto oder Messaging-App bekommen, wenn sie tief ins Betriebssystem integriert sind. Sie sieht die Hersteller der Geräte und die KI-Entwickler in der Pflicht, einen wirksamen Schutz und Widerspruchsmöglichkeit gegen den ungewollten und meist unbemerkten Datenabfluss zu gewährleisten.

Bis es so weit ist: Wie kann ich verhindern, dass Gemini meine Nachrichteninhalte als Trainingsdaten übermittelt? Dazu muss man sich durch verschiedene Untermenüs im Smartphone hangeln, um dort dem Aktivitätstracking und der Verwendung für Trainingszwecke zu widersprechen. Sicherheitshalber sollte man auch alle Verbindungen zu Apps deaktivieren. Neuerdings gibt es in Gemini auch einen „privaten“ Modus, der zumindest die Datennutzung zum KI-Training untersagen soll. Trotz allem blei-

ben Unterhaltungen mit Gemini in jedem Fall 72 Stunden gespeichert.

Google hat auf den Support-Seiten selbst einen Tipp parat, wie man die Gemini App ohne Sorge nutzt:

Geben Sie in Ihren Unterhaltungen keine vertraulichen Informationen und keine Daten an, die Prüferinnen und Prüfer nicht sehen sollen oder die nicht zur Verbesserung der Produkte, Dienste und Technologien für maschinelles Lernen von Google verwendet werden sollen.

Wir sollen uns also nicht mehr über private, vertrauliche Dinge unterhalten, wenn Gemini mit an Bord ist.

Da haben wir einen besseren Tipp: Lieber nicht benutzen, Gemini deaktivieren, Zugriffsrechte beschränken und hoffen, dass nicht trotzdem Daten gesammelt werden.

Herzlichen Glückwunsch, Google, zum BigBrotherAward in der Kategorie Technik.

Referenzen

- google.com: „Gemini Apps Privacy Hub“,
<https://support.google.com/gemini/answer/13594961>
- theguardian.com (Bansal): „How thousands of ‘overworked, underpaid’ humans train Google’s AI to seem smart“,
<https://www.theguardian.com/technology/2025/sep/11/google-gemini-ai-training-humans>, 11.09.2025.
- technologyreview.com (O’Donnell/Crownhart): „We did the math on AI’s energy footprint. Here’s the story you haven’t heard“,
<https://www.technologyreview.com/2025/05/20/1116327/ai-energy-usage-climate-footprint-big-tech/>, 20.05.2025.
- heise.de: „WhatsApp-Konkurrent Signal droht mit Rückzug aus Europa“,
<https://www.heise.de/news/Chefin-der-Signal-App-droht-mit-Rueckzug-aus-Europa-10688792.html>, 1.10.2025.

Elisabeth Niekrenz

Kategorie Behörden & Verwaltung – Laudatio

Der BigBrotherAward 2025 in der Kategorie Behörden und Verwaltung geht an Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) für sein geplantes „Sicherheitspaket“, das den umfangreichen Einsatz von Gesichtersuchmaschinen vorsieht. Dobrindts Behörde will mit datenschutzwidrigen Anbietern wie Clearview AI und PimEyes zusammenarbeiten, die auf alle online zu findenden Bilder zugreifen – ganz gleich, ob sie mit oder ohne Einverständnis der Betroffenen eingestellt wurden. Der Entwurf des Innenministers zielt darauf, diese illegale Schnüffel-Praxis zu legitimieren. Zudem will Dobrindt die hochumstrittene Software Palantir des Anti-Demokraten Peter Thiel auf Bundesebene einführen.

Den Big Brother Award in der Kategorie Behörden und Verwaltung erhält dieses Jahr der

Bundesminister des Inneren Alexander Dobrindt

für sein sogenanntes Sicherheitspaket.

Die Herausforderungen, vor denen die Welt und unser Land derzeit stehen, könnten kaum größer sein. Die Zukunft des Pla-

neten und der internationalen Ordnung ist ungewiss. Auch die soziale Marktwirtschaft ist ins Wanken geraten. Gründe genug für viele Menschen, sich unsicher zu fühlen. Was tut der Bundesinnenminister? Er beschwört Feindbilder. Versucht den Eindruck zu erwecken, durch den Kampf gegen Kriminalität Sicherheit zu schaffen. Die CSU beherrscht dieses Populismus-Spiel perfekt. Wie schafft man vermeintliche Sicherheit, demonstriert vermeintliche Stärke? Durch Kontrolle und Überwachung. Von uns allen.

Dabei ist die Union den Heilsversprechen der autoritärsten Silicon-Valley-Ideologen auf den Leim gegangen.

Woraus besteht Dobrindts Sicherheitspaket? Die toxischen Zutaten: Gesichtersuchmaschinen und der Ersatz von Polizeiarbeit durch die gruseligste Software der Welt – Gotham von Palantir a. k. a. *Bundes-VerA*. Eine Realität gewordene Dystopie.



Laudatorin Elisabeth Nikrenz zeichnet Bundesinnenminister Dobrindt in der Kategorie Behörden und Verwaltung aus.

Foto: Inflac CC BY-SA 4.0

Was Gesichtersuchmaschinen technisch ermöglichen, ist der feuchte Traum jedes Stalkers. Ein heimlich auf der Straße aufgenommenes Foto einer Person hochladen, binnen Sekunden einen automatischen biometrischen Abgleich durchführen – schon findet man alle Onlinetreffer, in denen dieses Gesicht vorkommt, gleich, ob es sich um ein jahrealtes Party-Foto in den sozialen Medien oder um die Aufnahme einer Demonstration handelt. Biometrische Gesichtersuchmaschinen ermöglichen es Jedem und Jeder, fremde Menschen aus der Ferne zu identifizieren. Sehr praktisch, zum Beispiel um Frauen oder Kindern nachzustellen.

Gesichtersuchmaschinen sind nicht nur extrem gefährlich, sondern auch illegal. Sie vermessen biometrisch sämtliche Bilder von Gesichtern, die im Internet verfügbar sind, und verstößen daher gegen Art. 9 der Datenschutz-Grundverordnung, der unsere sensibelsten Daten schützt. Biometrisch vermessen werden nicht nur Verdächtigte oder gesuchte Straftäter – sondern wir alle. Die beiden größten Anbieter sind Clearview AI und PimEyes. Clearview AI wurde bereits mehrfach von europäischen Datenschutzaufsichtsbehörden abgestraft [1]. Gegen PimEyes läuft derzeit ein Bußgeldverfahren vor dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg [2].

Beide Unternehmen sind flüchtig: PimEyes zog von Polen zunächst auf die Seychellen und von dort nach Georgien, um den Behörden zu entgehen. Auch die Vollstreckung der Bußgelder gegen Clearview AI mit Sitz in New York gelingt bislang nicht. Alexander Dobrindt will nun mit diesen flüchtigen Rechtsbrechern gemeinsame Sache machen. Denn das Sicherheitspaket sieht eine Befugnis der Behörden zur Nutzung der illegalen Gesichtersuchmaschinen vor. Mit diesen Werkzeugen soll nicht nur nach Verdächtigen, sondern auch nach Zeug:innen gesucht werden können. Größer könnte der Widerspruch in einem Rechtsstaat nicht sein. Dobrindt legitimiert die illegalen Schnüffelmaschinen.

Mit § 15a Asylgesetz wurde eine solche Erlaubnis bereits im letzten Jahr für das BAMF geschaffen – zur Identifikation von Asylantragsteller:innen. Wie oft werden repressive Maßnahmen schrittweise eingeführt: Als erstes gegen Migrant:innen, als nächstes zur Bekämpfung schwerer Kriminalität – im nächsten Schritt folgt häufig der Einsatz gegen breite Bevölkerungsgruppen. Bald könnten diese Methoden auch zur Aufklärung und Verhinderung von geringfügigen Verstößen zum Beispiel in Betäubungsmittelsachen, Steuerhinterziehung oder falschen Angaben gegenüber Sozialbehörden eingesetzt werden.

Der zweite Teil des Sicherheitspakets bringt Deutschland noch einen Schritt näher an die Dystopie totaler Überwachung. Bei der Software Gotham von Palantir, die das BKA künftig unter der Bezeichnung *BundesVeRA* nutzen soll, handelt es sich um eine Mischung aus *Minority Report* und dem chinesischen Social Scoring System. Ihr erinnert euch, in *Minority Report* konnten Morde vorhergesehen werden.

Mit dieser als KI vermarkteteten Software zur Datenanalyse sollen Verbrechen aufgeklärt und sogar vorhergesagt werden [3]. Dabei wird ausgerechnet, wer „wahrscheinlich“ eine bestimmte Straftat begeht.

Alles, was in den Datenbeständen des Bundeskriminalamts gespeichert ist, will Dobrindt in diese vermeintlich intelligenten Systeme einspeisen: Daten aus Verbunddateien, polizeilichen Ermittlungsakten, biometrische Daten, Vernehmungen von Verdächtigen und Zeug:innen, Informationen aus Terrorismus- und Rechtsextremismus-Datenbanken [4]. In diesen Datensätzen sollen ominöse „Muster“ erkannt werden. Wissenschaftliche Belege dafür, dass solche Analysen funktionieren, gibt es nicht. In den 2010er Jahren wurden in einigen Bundesländern zum Beispiel Softwares zur Vorhersage von Wohnungseinbrüchen angeschafft – und wieder abgeschafft, nachdem sie keinen messbaren Erfolg brachten. Sie hatten nur eine Menge Lizenzkosten verschlungen [5].

Also, was kann schon schiefgehen?

Du wohnst im falschen Viertel oder hast die falschen Kontakte. Zum Beispiel, weil du als Sozialarbeiterin viel mit Straftätern zu tun hast. So gerätst du schnell ins Fadenkreuz. Statistische Berechnungen von Wahrscheinlichkeiten, wer Täter einer Straftat sein könnte, sind die reinsten Diskriminierungsmaschinen. Am häufigsten kontrolliert werden die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft: Wenn du arm bist, wenn deine Haut dunkel ist, wenn dein Vorname nicht deutsch klingt, dann ist wahrscheinlicher, dass du verdächtigt wirst. In Polizeidatenbanken sind jede Menge Angaben mit Diskriminierungspotenzial enthalten, etwa der Phänotyp oder die Volkszugehörigkeit einer Person.

Wir alle können falsch verdächtigt werden. Der wahre Täter? Gerät leicht aus dem Fokus.

In Frankreich und in den Niederlanden wurden bereits Systeme dieser Art eingeführt, die Hinweise geben sollten, welche Personen wahrscheinlich Täter von Sozialbetrug sein könnten. Es stellte sich heraus, dass die Schwächsten am häufigsten falsch verdächtigt wurden: Alleinerziehende, Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen oder mit Migrationsgeschichte [6].

Die Liste der Fälle, in denen dem BKA solche Analysen ermöglicht werden sollen, ist lang. Sie umfasst bei weitem nicht nur Mord, Totschlag oder schwere terroristische Angriffe, sondern reicht von Sportwettenbetrug über gewerbsmäßige Hehlerei bis zu bestimmten Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz.

Als das Bundesverfassungsgericht 2023 eine ähnliche Bestimmung im Hessischen Landesrecht für verfassungswidrig erklärt hat, war gerade dies einer der Knackpunkte: Die Norm enthielt unklare Formulierungen und konnte bereits bei Straftaten zur Anwendung kommen, die unterhalb der verfassungsrechtlich gebotenen Eingriffsschwelle liegen. Außerdem hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass in keinem Fall Daten von Zeug:innen verwendet werden dürfen. Doch die Entwürfe aus dem Bundesinnenministerium halten sich nicht an diese Vorgaben. Besonders pikant: nach dem Referentenentwurf soll der Einsatz auch ermöglicht werden, um Straftaten im Voraus zu verhindern [7].

Nach dem Gesetzgebungsprojekt soll das Bundeskriminalamt zur Durchführung dieser Analysen auch mit „Dritten, auch außerhalb der Europäischen Union“ zusammenarbeiten. Alexander Dobrindt macht keinen Hehl daraus, dass er Software von Palantir einführen möchte. Peter Thiel und Alexander Karp haben ihr Unternehmen nach den sehenden Steinen aus *Herr der Ringe* benannt. Wer in Tolkiens Trilogie einen solchen Stein besitzt, kann über weite Entfernung kommunizieren und sehen, was an fernen Orten geschieht und so die eigene Macht absichern – ein IT-Unternehmen als Allmachtphantasie.

Man könnte meinen, die Regentschaft des unberechenbaren Donald Trump sei ein offensichtlicher Grund, die Souveränität unserer Sicherheits- und Polizeibehörden zu stärken, mit europäischen IT-Systemen zu arbeiten und so die Handlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten – auch im Fall geopolitischer Umbrüche. Doch Dobrindt will das Bundeskriminalamt abhängig von der Gunst dieser beiden Oligarchen machen. Unternehmensgründer Peter Thiel zählt zur extremen Rechten der USA [8]. Er ist Trump-Anhänger und verfolgt offen anti-demokratische Ziele. Peter Thiel bekennt öffentlich, dass aus seiner Sicht „Demokratie und Freiheit nicht vereinbar sind“ [9]. Die Software ist gemacht für einen autoritären Staat.

Mit der Wahl von Palantir-Software geben wir diesen Menschen ein Stück Kontrolle über die bundesdeutsche Polizeiarbeit. Und nebenbei zahlen wir ihnen Millionen aus Steuergeldern [10]. Dies könnte die neueste Pleite für den Staatshaushalt werden, die die CSU verursacht.

Dobrindt setzt Tech-Solutionismus – also die scheinbare Lösung gesellschaftlicher Probleme durch Technologie – an die Stelle echter politischer Kompetenz und Führungsstärke.

Insofern – herzlichen Glückwunsch, Alexander Dobrindt, zum Big Brother Award 2025.

Referenzen

- 1 EDPB: „The French SA fines Clearview AI EUR 20 million“, https://www.edpb.europa.eu/news/national-news/2022/french-sa-fines-clearview-ai-eur-20-million_en, 20.10.2022; AP: „AP legt Clearview boete op voor illegale dataverzameling voor gezichtsherkenning“, <https://www.autoriteitpersoonsgegevens.nl/actueel/ap-legt-clearview-boete-op-voor-illegale-dataverzameling-voor-gezichtsherkenning>, 03.09.2024; Natasha Lomas: „Italy fines Clearview AI €20M and orders data deleted“, <https://techcrunch.com/2022/03/09/clearview-italy-gdpr/>, techcrunch.
- 2 Louzri: „PimEyes – Verlust der Anonymität“, <https://www.datenschutz-notizen.de/pimeyes-verlust-der-anonymitaet-2539875/>, Datenschutz-Notizen, 10.01.2023.
- 3 Kl-Komponenten können über die Artificial Intelligence Platform (AIP) an Gotham angeschlossen werden. Zum Überblick über die technische Funktionsweise von Gotham: Stock: „Missing Link: Machtzentrale Palantir – eine Software lenkt Organisationen“, <https://www.heise.de/hintergrund/Missing-Link-Machtzentrale-Palantir-eine-Software-lenkt-Organisationen-10463034.html>, heise.de, 29.06.2025. Vielen Dank an HonkHase für den klarstellenden Hinweis.
- 4 Kurz/Ullrich: „Tür zu für Palantir und Co.“, <https://netzpolitik.org/2025/automatisierte-rasterfahndung-tuer-zu-fuer-palantir-und-co/>, netzpolitik.org, 07.04.2025.
- 5 Peteranderl: „Automatisierte Ungerechtigkeit: Predictive Policing in Deutschland“, <https://www.cilip.de/2025/08/20/automatisierte-ungerechtigkeit-predictive-policing-in-deutschland/>, CILIP, 20.08.2025.
- 6 „France: Discriminatory algorithm used by the social security agency must be stopped“, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/10/france-discriminatory-algorithm-used-by-the-social-security-agency-must-be-stopped/>, Amnesty International, 16.10.2024.
- 7 Vgl. Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums, § 10 c Abs. 1 BKAG-E. Veröffentlicht von Netzpolitik am 23.07.2025.
- 8 Gumbel: „Peter Thiel's midterm bet: the billionaire seeking to disrupt America's democracy“, <https://www.theguardian.com/technology/2022/oct/15/peter-thiel-who-is-he-republican-donor-tech-entrepreneur>, The Guardian, 15.10.2022.
- 9 Joswig: „Peter Thiel is watching you“, <https://taz.de/Palantir-in-Deutschland/!6078828/>, taz, 31.03.2025.
- 10 Hell/Kartheuser: „NRW-Polizei: Knapp 40 Millionen Euro für umstrittene Palantir-Software“, <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/nrw-polizei-datenbank-software-palantir-kosten-100.html>, WDR, 25.09.2022.

Elisabeth Niekrenz

Elisabeth Niekrenz ist als Rechtsanwältin bei der Kanzlei *Spirit Legal* in Leipzig tätig. Sie ist spezialisiert auf Datenschutzrecht und streitet vor Gericht unter anderem für Schadenersatz für Betroffene von Datenschutzverletzungen und gegen Onlinetracking. Sie berät Unternehmen und öffentliche Stellen zur datenschutzkonformen Gestaltung ihrer Prozesse und Produkte. Von 2019 bis 2020 war sie politische Referentin des Vereins *Digitale Gesellschaft*, in dem sie seither Mitglied ist. Elisabeth ist Mitherausgeberin des 2018 erschienenen Sammelbandes *Chaos – Zur Konstitution, Subversion und Transformation von Ordnung*.



Kategorie *Arbeitswelt* – Laudatio

Der BigBrotherAward in der Kategorie Arbeitswelt 2025 geht an das Verwaltungsgericht Hannover und das Bundesarbeitsgericht für krasse Fehlurteile in Sachen Amazon. Das Verwaltungsgericht hat die Totalüberwachung von Angestellten eines Amazon-Logistikzentrums abgesegnet. Das Bundesarbeitsgericht verweigerte einem Amazon-Betriebsrat das Mitbestimmungsrecht bei der Einführung einer Software, die Beschäftigtendaten rechtswidrig in den USA verarbeitet.

Der BigBrotherAward in der Kategorie Arbeitswelt 2025 geht an

das Verwaltungsgericht Hannover und das Bundesarbeitsgericht

für zwei krasse Fehlurteile in Verfahren gegen Amazon.

Diese Preisverleihung ist ein Novum: Zum ersten Mal in der 25-jährigen Geschichte der BigBrotherAwards werden Gerichte ausgezeichnet. Erstmals trifft es keine Datenkrake direkt, sondern diejenigen, die Datenkraken gewähren lassen, die sich ohne Not zum Gehilfen des US-Konzerns Amazon machen.

Ganz ehrlich: Wir würden hier lieber ein Loblied auf die Gerichte anstimmen. Gerichte sind aktuell – siehe USA – oft die letzte Bastion des demokratischen Widerstands gegen staatliche Willkür und autokratische Machenschaften.

Auch der Datenschutz hat Gerichten viel zu verdanken. In den 1980ern wurde er vom Bundesverfassungsgericht zum Grundrecht erklärt, viele Instanzen, auch der Europäische Gerichtshof, verteidigen ihn bis heute beharrlich.

Umso alarmierender ist es, wenn Gerichte sich plötzlich zum Sprachrohr eines US-Konzerns wie Amazon machen. Wenn sie beginnen, den Datenschutz und das Mitbestimmungsrecht wegzuargumentieren – in Urteilen, die sich lesen, als hätte Amazons PR-Abteilung sie verfasst.

Worum geht's?

Das erste Verfahren führt uns nach Niedersachsen, nach Winsen an der Luhe. Amazon betreibt dort eines seiner 23 berüchtigten Logistikzentren, zuständig für die Abwicklung der Online-bestellungen.

Diese „Fulfillment Center“ machen regelmäßig Negativ-Schlagzeilen. Überwachungsdruck gehört dort zum Betriebsalltag [1]. Jeder Handgriff wird per Kamera oder Handscanner dokumentiert und protokolliert. Amazon misst, wie lange die Arbeiter.innen für eine Bestellung brauchen, wie viele Waren sie innerhalb einer Stunde tragen oder wie ihre Geschwindigkeit und Leistung im Vergleich zu anderen Personen ausfällt. Mitarbeiter*innen berichteten von einem „Klima der Angst und des Misstrauens“ [2]. Der Betriebsrat beschwerte sich 2017 über diese Praxis bei der zuständigen Landesdatenschutzbehörde.

Nach jahrelangem Hin und Her fällte die niedersächsische Datenschutzbeauftragte 2020 einen Beschluss gegen Amazon. Sie befand: mit dieser „ununterbrochenen Erhebung und Verwendung von Beschäftigtendaten“ greife Amazon auf „schwerwiegende Art und Weise in das Recht auf informationelle



Gastlaudatorin Katharina Just prämiert das Verwaltungsgericht Hannover und das Bundesarbeitsgericht (Kategorie: Arbeitswelt). Foto: INflac CC BY-SA 4.0

Selbstbestimmung“ der Beschäftigten ein. Die Dauerkontrolle sei nicht erforderlich und unverhältnismäßig. Dies gelte besonders für die längerfristige Speicherung der Leistungsdaten sogenannter „Picker“ – also derjenigen Menschen, die die Waren aus den Hochregalen holen.

Amazon nutzt diese Leistungsdaten regelmäßig für personelle Maßnahmen. Für befristet Beschäftigte gilt: Wer nicht schnell genug arbeitet, bekommt keine Vertragsverlängerung. Das nennt sich intern „Release day“ – „Tag der Freisetzung“ [3]. Die übrigen Betroffenen müssen sich in eng getakteten Feedbackgesprächen rechtfertigen.

Der US-Konzern zog gegen den Bescheid der Aufsichtsbehörde vor das Verwaltungsgericht Hannover, dessen 10. Kammer nahm sich des Falles an.

Verhandelt wurde allerdings nicht im Gerichtsgebäude – wo man es erwarten dürfte – sondern in den Geschäftsräumen von Amazon. Am Ort der Tat. Dass Beschäftigte hier als Zeugen kaum unbefangen aussagen können, spielte für das Gericht offenbar keine Rolle. Stellen Sie sich vor, der Prozess gegen ihren Peiniger würde in dessen Wohnzimmer verhandelt ...

Am 2. Februar 2023 gab das Gericht der Klage Amazons statt. Auf 20 eng bedruckten Seiten folgte es jedem – wirklich jedem! – Argument des US-Konzerns: Alle detaillierten Daten der Picker würden von Amazon, Zitat: „vernünftigerweise benötigt, z.B. um Leistungsdefizite einzelner Beschäftigter sowie verstärkten Warenanfall in Echtzeit ausgleichen“ zu können. Die Speicherung der Daten sei ferner „für die permanente Qualifizierung der Mitarbeiter:innen erforderlich“ und daher „im Eigeninteresse“ der Beschäftigten. Das Gericht stellt fest: Der Anpassungs- und



Wow, das war eine Überraschung! Seit langer Zeit wurde der BigBrotherAward mal wieder persönlich entgegengenommen – von Ingo Behrens, dem Präsidenten des Verwaltungsgerichts Hannover. Foto: Inflac CC BY-SA 4.0

Leistungsdruck durch die dauernde Datenerfassung sei gar nicht „permanent“. Außerdem gebe es angesichts der vielen offenen Stellen im Logistikbereich ja genügend Alternativen zum Arbeitgeber Amazon [4].

Die Datenschutzbeauftragte hat gegen dieses krasse Fehlurteil Berufung eingereicht.

Der zweite Fall ist nicht weniger gravierend: Er betrifft ein Verfahren gegen die Amazon Logistik GmbH in Bad Hersfeld. Übrigens: Ein BigBrotherAward-Preisträger von 2015.

In diesem aktuellen Fall weigerte sich der Betriebsrat, der Einführung einer Personalssoftware – mit dem sprechenden Namen *People Engine / New HCM [Human Capital Management]* – zuzustimmen. Die Amazon-Konzernzentrale schreibt diese Software weltweit vor. Die Verarbeitung der Daten erfolgt wesentlich beim Konzern in den USA. Dagegen protestierte der Betriebsrat – mit dem berechtigten Argument, dass weder er noch andere deutsche Instanzen irgendeine Kontrolle über diese Datenverarbeitung in den USA haben. Deshalb sei sie unzulässig.

Was folgte, war ein kafkaesker Weg durch die Instanzen.

Zunächst wurde eine Einigungsstelle eingerichtet. Diese wies alle Bedenken des Betriebsrats zurück – mit den Stimmen des Vorsitzenden und der Arbeitgebervertreter. Der Betriebsrat zog daraufhin vor das Arbeitsgericht Fulda – und scheiterte erneut. Die Fuldaer Richter behaupteten, Betriebsvereinbarungen

dienten nicht allgemein der Einhaltung des Datenschutzes [5]. Entsprechend könnte die Einführung von *People Engine* auch nicht mit Datenschutzargumenten untersagt werden.

In der Berufung bestätigte das Landesarbeitsgericht Hessen die Ansichten der Fuldaer Richter [6]. Es stellte auch gleich noch fest, dass der Gang vor das Bundesarbeitsgericht in dieser Sache unzulässig sei. Wogegen sich der Betriebsrat zur Wehr setzte. So landete der Fall doch noch vor dem 1. Senat des Bundesarbeitsgerichts.

Jetzt hätte die Geschichte ein Happy End nehmen können: Der 1. Senat hätte sich nämlich an einem Urteil des Europäischen Gerichtshof vom Dezember 2024 orientieren können. Hier heißt es: „Bei einer mitbestimmungspflichtigen Personaldatenverarbeitung müssen die Regelungen der DSGVO umfassend beachtet werden“ [7]. Nichts anderes wollte der Betriebsrat.

Und eigentlich sind die Vorgaben des EuGH verbindlich für deutsche Gerichte. Das Bundesarbeitsgericht sah das anders, es teilte dem Betriebsrat im vergangenen August per Beschluss mit: Die Rechtsbeschwerde sei unzulässig, sie genüge nicht den Anforderungen. Zitat: „Von einer weiteren Begründung (...) wird abgesehen“.

An dieser Stelle könnten wir von einer weiteren Begründung für die Verleihung des BigBrotherAwards absehen. Doch es lohnt sich, die Konsequenzen des Urteils genauer zu betrachten. Es bedeutet:

- Arbeitgeber können sich bei Datenschutzverstößen auch in mitbestimmungspflichtigen Verfahren einfach stur stellen.
- Arbeitsgerichte können beim Datenschutz alle Augen zudrücken.
- Gerichte können Mitbestimmungsrechte kappen.

Weshalb die genannten Gerichte so urteilten, darüber lässt sich nur spekulieren.

Dass Beschäftigte bei diesem Thema überhaupt der Willkür von Richter:innen ausgeliefert sind, liegt auch an der Untätigkeit der Politik: Seit Jahren weigert sich der Gesetzgeber, verbindliche Vorgaben zum Beschäftigtendatenschutz zu erlassen. Aktuell auch die schwarz-rote Regierung. Die geltenden Regelungen zur Mitbestimmung stammen aus dem Jahr 1972, als es das Grundrecht auf Datenschutz in Deutschland noch nicht gab.

Katharina Just

Katharina Just ist Informatikerin und zertifizierte Datenschutzbeauftragte. Sie arbeitete an den Universitäten Bonn und Dortmund und beriet viele Jahre Interessenvertretungen bei der Technologieberatungsstelle beim DGB NRW. Heute ist sie als Beraterin für Betriebs- und Personalräte tätig. Sie berät zur Gestaltung der IT in der Arbeitswelt und zum Datenschutz. Aktuell arbeitet sie bei Forbit PartG in Hamburg sowie bei mitgestaltet Technologieberatung in Köln. Mitgliedschaften: Forum InformatikerInnen für Frieden e. V. (FlfF), Deutsche Vereinigung für Datenschutz e. V. (DVD).

Das alles kann keine Entschuldigung dafür sein, dass sich das Verwaltungsgericht Hannover zum Gehilfen von Amazon macht, damit künftig nur noch Arbeiter:innen unbefristete Arbeitsverträge bekommen, die sich dem täglichen Hamsterrad ergeben.

Betriebsräte sind eine wichtige demokratische Instanz in unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Sie dienen dem Ausgleich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen. Wer, wie das Bundesarbeitsgericht im Amazon-Verfahren, die Axt an dieses Mitbestimmungsrecht setzt, der stellt eine Grundsäule unserer sozialen Wirtschaftsordnung in Frage.

Das darf nicht sein!

Herzlichen Glückwunsch dem 1. Senat des Bundesarbeitsgerichts und der 10. Kammer des Verwaltungsgerichts Hannover – Ihnen gebührt der BigBrotherAward 2025 in der Kategorie Arbeitswelt.

Pressemitteilung des Verwaltungsgerichts Hannover:

<https://www.verwaltungsgericht-hannover.niedersachsen.de/aktuelles/pressemitteilungen/verwaltungsgericht-hannover-nimmt-big-brother-award-2025-entgegen-245659.html> (vom 13. Oktober 2025)

Referenzen

- 1 taz.de (Katharina Schipkowsky): „Arbeitsbedingungen bei Amazon: Fatale Überwachung“,
<https://taz.de/Arbeitsbedingungen-bei-Amazon/!5722884/>, 28.10.2020.
- 2 t-online.de (mkr): „Amazon: Mitarbeiter kritisieren Überwachung und Druck“,

https://hamburg.t-online.de/region/hamburg/id_100121898/arbeitbedingungen-bei-amazon-mitarbeiter-kritisieren-arbeitsklima-der angst-.html, 01.02.2023.

„CORRECTIV.Lokal“ und das „Hamburger Abendblatt“ haben mit Beschäftigten des Logistikzentrums in Winsen an der Luhe über genau diese Vorwürfe gesprochen. Eine Mitarbeiterin, die anonym bleiben möchte, fühlt sich „wie in einem Gefängnis“ und kritisiert ein „Arbeitsklima der Angst und des Misstrauens“.

- 3 taz.de (Katharina Schipkowsky): „Arbeitsbedingungen bei Amazon: Fatale Überwachung“,

<https://taz.de/Arbeitsbedingungen-bei-Amazon/!5722884/>, 28.10.2020. Amazon hat ein spezielles Vorgehen dafür, befristet angestellte Mitarbeiter*innen, die nicht so schnell arbeiten wie andere oder irgendwie negativ auffallen, loszuwerden. Es gibt feste Tage für solche indirekten Entlassungen, sie heißen „Release Days“ (auf deutsch: „Tag der Freilassung“).

ndr.de (Sebastian Friedrich, Johannes Jolmes): „Mitarbeiterüberwachung: Verfahren gegen Amazon“, <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/aktuell/Mitarbeiterueberwachung-Verfahren-gegen-Amazon,amazon446.html>, 1.12.2020.

boeckler.de (Tina Morgenroth): „Digitalisierung: Wie Amazon seine Beschäftigten kontrolliert“,

<https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-wie-amazon-seine-beschäftigten-kontrolliert-41311.htm>, Ausgabe 9/2022.

SWR Landesschau Baden-Württemberg: „Hinter den Kulissen von Amazon: Wie ist die Arbeit im Logistikzentrum?“,

<https://www.youtube.com/watch?v=JhMg-qBHGjk> (YouTube-Video)

- 4 VG Hannover v. 09.02.2023 – 10 A 6199/20.

- 5 ArbG Fulda B. v. 08.12.2023 – 1 BV 2/23.

- 6 LAG Hessen B. v. 05.12.2024 – 5 TaBV 4/24

- 7 EuGH U. v. 19.12.2024 – C-65/23.

Thilo Weichert

Kategorie Social Media – Laudatio

Den BigBrotherAward 2025 in der Kategorie Social Media erhält die chinesische Plattform TikTok für Verletzungen des Datenschutzes, für die Verbreitung von Fake-News und Hatespeech, für die Manipulation von Menschen in Bezug auf ihre politischen Überzeugungen, ihre Wertvorstellungen und ihr Konsumverhalten durch undurchsichtige Algorithmen sowie für die Schaffung von Abhängigkeiten, insbesondere bei Minderjährigen.

Den BigBrotherAward 2025 in der Kategorie Social Media erhält die chinesische Plattform

TikTok

für

- Verletzungen des Datenschutzes,
- die Verbreitung von Fake-News und Hatespeech,
- die Manipulation von Menschen in Bezug auf ihre politischen Überzeugungen, ihre Wertvorstellungen und ihr Konsumverhalten durch undurchsichtige Algorithmen,
- die Schaffung von Abhängigkeiten, insbesondere bei Minderjährigen [1].

Meine heutige Laudatio ist für mich etwas Besonderes. Sie richtet sich nicht nur an den Preisträger und an die Öffentlichkeit, sondern sie richtet sich insbesondere an meine Enkelin. Ich nenne sie hier „Marie“. Marie ist 17 Jahre alt und nutzt mit Begeisterung TikTok. Die Laudatio wendet sich zudem an die Millionen Jugendlichen, die in ähnlichem Maße TikTok nutzen [2], aber auch an all die Erwachsenen, die von TikTok in den Bann gezogen sind.

Vorneweg: Ich habe nichts gegen Videoclips, ich habe nichts gegen Schminktipps oder lustige Memes, die über das Internet verbreitet werden. Mir geht es darum, dich, Marie, und die ca. 142 Millionen regelmäßigen TikTok-Nutzenden in Deutschland und Europa auf einige Dinge hinzuweisen, über die ihr euch vielleicht noch gar keine Gedanken gemacht habt.

Das 2018 von der chinesischen Firma ByteDance auf den Markt gebrachte TikTok ist weltweit beliebt. Jede Nutzerin



TikTok gewinnt in der Kategorie „Soziale Medien“. Die Laudatio hielt Dr. Thilo Weichert. Foto: Inflac CC-BY-SA 4.0

und jeder Nutzer kann sich dort mit Kurzvideos und Musik auf einer globalen Bühne präsentieren oder verfolgen, wie sich andere – auch Influencer und Unternehmen – auf dieser Bühne präsentieren. Das kann sicher kurzweilig und unterhaltsam sein [3]. In Europa ist ein Drittel, in den USA gar die Hälfte der Bevölkerung auf TikTok. Der Zuspruch liegt nicht an der besonderen Qualität der Videos. Er liegt auch nur begrenzt daran, dass dort so genannte Content-Creator teils witzige, teils nachdenkliche oder gar lehrreiche Beiträge veröffentlichen. Die Beliebtheit beruht darauf, dass der Algorithmus im Minutentakt Videoschnipsel für die „for you“-Seite ausliefert – auf der Basis eines hochdifferenzierten Persönlichkeitsprofils, das durch euer Nutzungsverhalten erstellt wurde.

Pro Video hinlässt du, liebe Marie, etwa 600 Datenspuren – mit detaillierten Angaben zu deinem Endgerät, bis hin zu deiner Verweildauer auf die Millisekunde genau [4]. Der Algorithmus ist darauf trainiert, euch laufend mit neuen Reizen zu beglücken, die zur Ausschüttung des Glückshormons Dopamin führen. Ihr sollt von TikTok abhängig gemacht werden, damit ihr immer wieder die App aufruft [5]. Weshalb?

Weil TikTok in erster Linie eine gewaltige Geldmaschine ist. Etwa die Hälfte der angezeigten Videos haben einen direkten Werbehintergrund. Geld scheffeln einflussreiche InfluencerInnen, die für Produkte werben, die ihr – am besten direkt im TikTok-Shop – kaufen sollt [6]. Geld scheffelt aber vor allem TikTok selbst, indem das Unternehmen euch individuell adressierte Werbung zeigt und dafür bezahlt wird.

Ihr und eure Daten sind das Produkt, das TikTok vermarktet [7]. Was euch angezeigt und verkauft wird, mag auf den ersten Blick vielleicht reizvoll erscheinen; es ist aber überwiegend Ramschware. Die chinesischen Online-Vermarkter Temu und Shein – die im vergangenen Jahr einen BigBrotherAward erhalten haben [8] – verhökern hier ihre chinesischen Billigprodukte. Ich habe generell nichts gegen den Internethandel – aber bei diesen TikTok-Deals stehen die Kosten und euer Nutzen in einem besonders krassen Missverhältnis: Viele der Wegwerfprodukte gefährden nicht nur euer Portemonnaie, sondern auch eure Umwelt und vielleicht sogar eure Gesundheit. Übrigens: 1 Stunde TikTok verbraucht 0,8 Gigabyte Datenvolumen. Auch diese Netzkosten gehen auf euer Konto [9].

Euch soll auf TikTok aber nicht nur Schrott verkauft werden. Die Plattform manipuliert politisch. Euch werden Werte vermittelt, die nicht zu einer humanen und solidarischen Gesellschaft passen. Sicherlich gibt es auch Videos von demokratischen Parteien auf TikTok [10]. Doch die Algorithmen sorgen dafür, dass vorrangig Videos von Extremisten angezeigt werden, die Hass und Falschinformationen verbreiten – etwa von der AfD [11]. Die Männlichkeitsphantasien, die der AfD-EU-Abgeordnete Maximilian Krah über TikTok verbreitet, sind z.B. einfach nur frauenfeindlich. Mit solchen Videos aus dem rechtsextremen Lager werden Vorurteile gegen queere Menschen geschürt. Sie propagieren Gewalt und Hass gegen Menschen mit Migrationsgeschichte und Geflüchtete. Sie verbreiten Rollenbilder von Männern und Frauen, die nicht ins Jahr 2025 passen [12].

Obwohl explizite politische Werbung im Social-Media-Recht und von TikToks eigenen Community-Richtlinien untersagt wird [13], sind diese Videos auf TikTok allgegenwärtig [14]. Wirklich relevante politische Probleme – wie Klimakrise, Friedensbedrohung durch Putin oder soziale Ungleichheit – sortiert der Algorithmus nach hinten. Es sei denn, es handelt sich um Schwurbelbeiträge zu diesen Themen. Zu kurz kommen erst recht konstruktive Lösungsvorschläge. Und das ist Absicht von ByteDance.

Das chinesische TikTok-Unternehmen betätigt sich bei uns in der westlichen Welt als verlängerter Arm der chinesischen Regierung, eines diktatorischen Regimes. In China werden Menschen auf Schritt und Tritt überwacht. Davon erfährt ihr auf TikTok nichts – auch nichts über Proteste, wie es sie vor einigen Jahren in Hongkong gab. Russische Trollarmeen nutzen TikTok, um in den westlichen Staaten die Gesellschaft zu spalten [15]. Die hauseigene Trust-and-Safety-Abteilung mit Sitz in Berlin, die das verhindern oder zumindest einschränken soll, steht vor der Auflösung. Sie soll durch sogenannte Künstliche Intelligenz ersetzt werden [16]. Wer sich gegen TikTok als Arbeitgeber wehrt, dem droht, wie derzeit bei protestierenden Mitarbeitern in Berlin, die Kündigung [17].

Liebe TikTok-Nutzerinnen und -Nutzer: Euch werden nicht nur lustige Videos oder harmlose Tipps vermittelt, sondern auch falsche Werte und Fakenews. Glaubt nicht, was euch da präsentiert wird. Bei einem Faktencheck im Jahr 2022 enthielten von 540 TikTok-Videos 105 Unwahrheiten [18]. Es ist kein Zufall, dass Präsident Donald Trump, der mit seiner Propaganda die ganze Welt in Unordnung bringt, ein Freund von TikTok ist und die Plattform gezielt für seine Hetze gegen Migranten, Demokraten oder Wissenschaftler nutzt [19]. Trump hat auf TikTok mehr als 15 Millionen Follower [20] – fast doppelt so viele wie auf seiner eigenen Plattform Truth Social [21]. Informiert euch nicht in eurer TikTok Blase, sondern über vertrauenswürdige Medien!

TikTok diskriminiert ganze gesellschaftliche Gruppen, v.a. Minderheiten, z.B. indem die Reichweite von queeren Menschen oder von solchen mit Behinderung eingeschränkt wird – angeblich zu deren eigenem Schutz [22]. Viele Angebote bringen euch dazu, nicht nur euer Geld zum Fenster herauszuschmeißen, sondern auch euch selbst zu schädigen, etwa bei gefährlichen Challenges. TikTok-Stunts oder andere TikTok-Einflüsse führen

immer wieder zu psychischen [23] und körperlichen Schäden, in Einzelfällen bis zum Tod [24].

Liebe Marie, du weißt, dass ich mich seit vielen Jahren für den Datenschutz engagiere. Was du wahrscheinlich nicht weißt, ist, dass TikTok dauernd gegen den Datenschutz verstößt. Das beginnt damit, dass deine Daten und die der anderen NutzerInnen auch in China verarbeitet werden, wo weder du noch irgendwelche Aufsichtsbehörden darüber Kontrolle haben [25]. Wenn du von TikTok erfahren möchtest, was das Unternehmen über dich weiß – darauf hast du einen gesetzlichen Anspruch –, wird dir eine echte Auskunft verweigert [26]. Wenn du wüsstest, was das Unternehmen mit deinen Daten macht, würdest du vielleicht weniger tiktoker. Mit Hilfe von KI durchleuchtet TikTok dich bis hinein in deine verborgensten Wünsche und Ängste, um dich dann zu manipulieren und auszubeuten. Du weißt, wie brutal Mobbing in einer Clique sein kann. TikTok hat mehr Informationsmaterial über dich und euch als jeder Mobber. Unabhängig davon: Für viele spätere Jobbewerbungen ist es nicht hilfreich, wenn man sich in TikTok-Videos zum Affen gemacht hat. Das Internet vergisst nichts.

Da wir in einem freien Land leben, dürft Ihr TikTok nutzen, wie es euch gefällt. Ginge es nach denen, die hinter TikTok stehen, dürftet ihr das nicht mehr. Douyin – wie TikTok in China heißt – betreibt massiv Zensur im Sinne der chinesischen Diktatur und sammelt für diese Nutzerdaten [27].

Schon viele Aufsichtsbehörden haben gegen TikTok wegen vielfältiger Gesetzesverstöße Bußgelder verhängt. Doch die Betreiber verdienen so viel Geld, dass sie dagegen mit vielen Anwälten vorgehen und die Bußgelder aus der Portokasse bezahlen können [28]. Das darf Aufsichtsbehörden natürlich nicht davon abhalten, die Gesetze gegenüber ByteDance einzufordern. Viel wirksamer wäre es aber, wenn du, Marie, und überhaupt alle Nutzer die Finger von TikTok lassen würden. Oder, falls ihr nicht anders könnt, wenigstens Einstellungen in der App wählt, die den Datenklau begrenzen [29].

Außerdem könnt ihr euch mit einer Schadenersatzforderung gegen TikTok Genugtuung wegen der illegalen Datenweitergaben verschaffen. Eine gemeinnützige Verbraucherstiftung kann Euch dabei unterstützen [30].

Um es noch einmal klar zu sagen: Mir geht es nicht darum, euch, die TikTok-Nutzenden, zu kritisieren [31]. Zu schelten ist vor allem TikTok bzw. das Mutterunternehmen ByteDance, das euch an der Nase herumführt.

Daher herzlichen Glückwunsch zum BigBrotherAward 2025 in der Kategorie Social Media: TikTok.

Referenzen

- 1 Umfassend: Book/Giesen/Hoppenstedt/Rosenbach: „Wie gefährlich ist TikTok?“, Der Spiegel Nr. 18, 27.04.2025, 56 ff.; Becker/Beuth/Book u. a.: „Weltmarkt TikTok“, Der Spiegel, 08.06.2024, 9 ff.; Weichert: „TikTok – und die Notwendigkeit einer Zeitenwende bei Social Media“, DatenschutzNachrichten 2/2025, 60 ff.
- 2 10 % der 6- bis 7-Jährigen, 17 % der 8- bis 9-Jährigen, 46 % der 10- bis 11-Jährigen und 71 % der 12- bis 13-Jährigen nutzten 2024 mindestens einmal pro Woche TikTok, vgl. Feierabend/Rathgeb/Gerigk/Glöckler, KIM-Studie, S. 36, <https://mpfs.de/app/uploads/2025/05/KIM-Studie-2024.pdf>.
- 3 schau-hin.info: „TikTok: Das steckt hinter der Trend-App“, <https://www.schau-hin.info/grundlagen/tiktok-das-steckt-hinter-der-trend-app>.
- 4 Beuth/Rosenbach: „600 Datenspuren pro Video“, Der Spiegel Nr. 24, 08.06.2024, S. 12.
- 5 heise.de (Ernst): „TikTok: US-Richter untersuchen mutmaßliche Suchtmechanismen“, <https://www.heise.de/news/TikTok-US-Richter-untersuchen-mutmassliche-Suchtmechanismen-10485100.html>, 12.07.2025; ai.gopubby.com (Mustać): „The Great (Brain) Heist: How TikTok Hijacks Your Brain And Why That Should Be Illegal“, <https://ai.gopubby.com/the-great-brain-heist-how-tiktok-hijacks-your-brain-and-why-that-should-be-illegal-part-1-97e8ce2a6067>, 21.02.2025.
- 6 Süddeutsche Zeitung (Kläsgen/Wittmann): „Shopping leicht (gefährlich) gemacht“, 28.03.2025, S. 16; „TikTok Shop fordert Onlinehändler heraus“, Der Spiegel Nr. 14, 29.05.2025.
- 7 ads.tiktok.com: „Events-API“, <https://ads.tiktok.com/help/article/events-api?lang=de>, April 2025.
- 8 bigbrotherawards.de (Wedde): „Temu & Shein“, <https://bigbrotherawards.de/2024/temu-and-shein>.
- 9 Süddeutsche Zeitung (Martin-Jung): „Die Angst, offline zu sein, kostet richtig Geld“, 31.07.2025, S. 17.
- 10 Süddeutsche Zeitung (Müller-Lancé): „Tanzen ist nicht genug“, 25.01.2025, S. 6; Süddeutsche Zeitung (Bovermann): „Wo seid ihr, verdammt!“, 08./09.05.2025, S. 3; Djajadisastra/Fiedler/Müller/Schaible: „Die TikTok-Panik“, Der Spiegel Nr. 12, 16.03.2024, S. 13 f.
- 11 von Boeselager, Fauler Zauberer, Der Spiegel Nr. 14, 14.08.2024, S. 110 ff.; Süddeutsche Zeitung (Festl/Muschel): „Der AfD-Tiktoker aus dem Schwarzwald“, 15.07.2024, S. 5.
- 12 Süddeutsche Zeitung (Schroeder): „Wie Tiktok radikaliert“, Interview mit Deborah Schnabel, 12.02.2024, S. 12; amadeu-antonio-stiftung.de (Rafael): „Bundestagswahl 2025: Warum Jugendliche AfD wählen“, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/bundestagswahl-2025-warum-jugendliche-afd-waehlen-132929/>, 13.02.2025.
- 13 support.tiktok.com: „Konten von Regierungen, Politiker*innen und politischen Parteien“, <https://support.tiktok.com/de/using-tiktok/growing-your-audience/government-politician-and-political-party-accounts>.
- 14 netzpolitik.org (Dachwitz): „Schufa, Shisha, SPD: Verbotene politische Werbung auf TikTok“, <https://netzpolitik.org/2023/schufa-shisha-spd-verbotene-politische-werbung-auf-tiktok/>, 02.10.2023.
- 15 heise.de (Krempl): „EU-Kommission: TikTok muss alle Daten zu Wahlen in der EU aufbewahren“,

Thilo Weichert

Dr. Thilo Weichert ist ehemaliger Datenschutzbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein. Das Netzwerk *Datenschutzexpertise* ist ein Zusammenschluss von Expertinnen, die Gesetze und Technologien juristisch und technisch detailliert analysieren. Die Deutsche Vereinigung für Datenschutz e. V. (DVD) ist eine unabhängige Bürger:innenrechtsvereinigung. Seit 2024 ist Thilo Weichert Mitglied des Vorstands von *Digitalcourage*.

- https://www.heise.de/news/EU-Kommission-TikTok-muss-alle-Daten-zu-Wahlen-in-der-EU-aufbewahren-10191198.html, 06.12.2024.
- 16 Süddeutsche Zeitung (Moorstedt): „Lass uns weiter schlimme Videos sichten“, 25.07.2025, S. 19; verdi.de (Schuhmacher): „TikTok: Warnstreik gegen Kahlschlag in der Content-Moderation“, https://www.verdi.de/themen/arbeit/++co++19d30bc8-622c-11f0-937c-b715127af524; Sippel: „Ich würde mein Kind nicht auf Tiktok lassen“, Interview, Stern, 31.07.2025, S. 64 f.
- 17 t-online.de (Bröckl): „Drohende Kündigung nach Streik? Schwere Vorwürfe gegen TikTok“, https://berlin.t-online.de/region/berlin/id_100871130/berlin-erst-gestreikt-dann-gekuendigt-verdi-erhebt-vorwuerfe-gegen-tiktok.html, 22.08.2025.
- 18 internet-abc.de: „Viele Falschmeldungen bei TikTok“, https://www.internet-abc.de/kinder/neues-uebers-netz/viele-falschmeldungen-bei-tiktok/.
- 19 heise.de (Sokolov): „Trump deutet Sinneswandel bei Tiktok an“, https://www.heise.de/news/Donald-T-hat-ein-Herz-fuer-Tiktok-10202233.html, 17.12.2024.
- 20 Süddeutsche Zeitung: „Berlin, Warmer Platz!“, 01.07.2025, S. 16.
- 21 demandsage.com (Kumar): „30 Truth Social Statistics (2025): Users Demographics“, https://www.demandsage.com/truth-social-statistics/, 25.07.2025.
- 22 netzpolitik.org (Köver/Reuter): „Diskriminierende Moderationsregeln: TikToks Obergrenze für Behinderungen“, https://netzpolitik.org/2019/tiktoks-obergrenze-fuer-behinderungen/; faz.net (Sippel): „Hässliche‘ Menschen?“, https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien-und-film/diskriminierung-tiktok-betreibt-selektion-16685047.html, 19.03.2020.
- 23 Leopoldina: „Soziale Medien und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“, 2025.
- 24 Windmann: „Wir verlernen, uns auf eine Sache zu konzentrieren“, Interview mit Anne-Linda Camereni, Der Spiegel Nr. 24, 08.06.2024, S. 16.; ai.gopubby.com (Mustać): „The Great (Brain) Heist: How TikTok Hijacks Your Brain And Why That Should Be Illegal“, https://ai.gopubby.com/the-great-brain-heist-how-tiktok-hijacks-your-brain-and-why-that-should-be-illegal-part-1-97e8ce2a6067, 21.02.2025, Exhibit A – Challenges.
- 25 netzpolitik.org (Keber/Henning): „Wahlkampf: Olaf Scholz und die auf TikTok herrschenden Datenschutzpraktiken“, https://netzpolitik.org/2024/wahlkampf-olaf-scholz-und-die-auf-tiktok-herrschenden-datenschutzpraktiken/, 13.05.2024; Süddeutsche Zeitung (Hurtz): „Tiktok und das Vertrauen“, 03.04.2025, S. 16.
- 26 noyb.eu: „Wie TikTok, AliExpress und WeChat deine DSGVO-Rechte ignorieren“, https://noyb.eu/de/how-tiktok-alieexpress-wechat-ignore-your-gdpr-rights, 17.07.2025.
- 27 zdfheute.de (Schmidt): „Zensiert China tibetische Posts auf TikTok?“, https://www.zdfheute.de/politik/ausland/china-zensur-tibet-tiktok-douyin-100.html, 26.08.2024.
- 28 spiegel.de: „Datenschutzverstoß bei Cookies Frankreich verhängt Millionenstrafe gegen Tiktok“, https://www.spiegel.de/netzwelt/apps/tiktok-frankreich-verhaengt-millionenstrafe-wegen-datenschutzverstoessen-bei-cookies-a-603a6c3d-25b7-43c6-a447-a1e33b4bfa72, 13.01.2023; tagesschau.de: „Maßnahme gegen TikTok – 530 Millionen Euro Strafe wegen Datenschutz-Verstößen“, https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/tiktok-datenschutzverstoess-100.html, 02.05.2025.
- 29 youngdata.de: „So bist du sicherer auf TikTok unterwegs“, https://youngdata.de/a/so-bist-du-sicherer-auf-tiktok-unterwegs und „So kannst du deine Daten auf TikTok anfordern“, https://youngdata.de/a/so-kannst-du-deine-daten-auf-tiktok-anfordern.
- 30 bundesjustizamt.de: „Abhilfeklage gegen TikTok Technology Limited“, https://www.bundesjustizamt.de/DE/Themen/Verbraucherrechte/VerbandsklageregisterMusterfeststellungsklagenregister/Verbandsklagenregister/Verbandsklagen/Klagen/202504/VRUG_4_2025_node.html, 04.06.2025; heise.de: „Verbandsklage: Tiktok soll Verbrauchern Schadenersatz zahlen“, https://www.heise.de/news/Verbandsklage-Tiktok-soll-Verbrauchern-Schadenersatz-zahlen-10423683.html, 03.06.2025; spiritlegal.com (Hense): „Pressemitteilung: Class Actions gegen TikTok und X in Deutschland eingereicht: Bewährungsprobe für DSA, DSGVO und AI Act“, https://www.spiritlegal.com/de/aktuelles/details/pressemitteilung-bewahrungsprobe-fuer-dsa-dsgvo-und-ai-act.html, 05.02.2025.
- 31 rsw.beck.de: „Intransparente Werbung? TikTok im Visier der EU-Kommission“, https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/intransparente-werbung-tiktok-visier-eu-kommission, 15.05.2025.

Rena Tangens

Kategorie *Was mich wirklich wütend macht* – Laudatio

Bürokratieabbau ist ein vergifteter Begriff. Er suggeriert, dass etwas für Bürger:innen einfacher wird. Tatsächlich aber geht es oft um Deregulierung und den Abbau von Gesetzen, die Verbraucher:innen schützen. Große US-Tech-Konzerne wollen die europäische Digitalgesetzgebung am liebsten komplett kippen. Die EU-Kommission und die deutsche Bundesregierung machen sich mitschuldig, wenn sie die Digitalgesetzgebung zur Verhandlungsmasse bei einem Deal um Strafzölle machen.

Bürokratie nervt!

Bürokratie – was für eine Zumutung für uns intelligente, freiheitsliebende, unternehmungsfreudige und bis dahin sanftmüttige Menschen! Kaum wollen wir etwas unternehmen, stellt sich uns die Bürokratie in den Weg. Und packt ihr ganzes Arsenal an Hindernissen aus: Formulare, nie zuvor gehörte Paragraphen, unverständliche Formulierungen, Kleingedrucktes, Fristen.

Alle sind gegen Bürokratie. Jede und jeder kann dazu Geschichten erzählen. Mit kaum etwas ist es einfacher, Beifall zu bekommen, als mit dem Abhassen auf Bürokratie.

Aber wir sind ja nicht hier, um es uns einfach zu machen. Nein, dieser BigBrotherAward geht *nicht* an die Bürokratie. Der BigBrotherAward 2025 in der Kategorie „Was mich wirklich wütend macht“ geht an den

„Bürokratieabbau“

als Vorwand für etwas ganz anderes.

Ja, „Bürokratieabbau“ finden alle gut. Deshalb steht das Ziel „Bürokratieabbau“ im Programm quasi jeder Partei. Besonders engagiert beim Kampf gegen die Bürokratie sind

Wirtschaftsunternehmen. Und ihre Vorfeldorganisationen wie die Lobbyisten von der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*¹. Die kriegen sich gar nicht wieder ein vor Eifer. Zumaldest solange, wie es um *staatliche Bürokratie* geht.

Aber ist Bürokratie ist wirklich per se eine staatliche Angelegenheit? Dann versuchen Sie mal, bei einem großen Konzern jemanden ans Telefon zu bekommen.

Sobald es um ein Problem geht, wenn Sie Service brauchen, eine Frage haben, eine Beschwerde loswerden, ein Abo kündigen, eine Reparatur oder eine Rückerstattung haben wollen, wird jeder sinnvolle Kontakt planvoll erschwert und Sie werden durch kunstvoll orchestrierte Ermüdungsparcours geschickt.

Um Amazon Prime oder Facebook zu kündigen, muss man sich durch komplizierte Navigationsmenüs durchklicken. Wo es Callcenter gibt, ist ihren Agenten oft explizit verboten, uns mit dem richtigen Sachbearbeiter zu verbinden². Google hat vorsichtshalber für viele Dienste erst gar keine Kontaktmöglichkeit.

Was mich wirklich wütend macht: Diese Heuchelei! Denn was bitte ist das anderes als Bürokratie?

Wenn Wirtschaftsvertreter aber „Bürokratieabbau“ fordern, meinen sie in der Regel nicht, dass Bürger es einfacher haben sollen, sondern ihr Unternehmen. Sie selber wollen ungehemmt von Vorschriften und Gesetzen agieren. „Bürokratieabbau“ ist oft ein Vorwand – meist geht es um „Deregulierung“, den Abbau von Regeln.

„Deregulierung“ heißt im Klartext: Weg mit Verbraucherrechten, Datenschutz, Umweltschutz, Arbeitnehmerrechten, Pressefreiheit, Gesetzen für fairen Wettbewerb und anderem lästigen Kram. Big Tech will Freiheit nur für sich selbst. Und da geht ihnen die EU mächtig auf die Nerven, denn wenn man in Europa Business machen will, gibt es Regeln, die für alle gelten. Als da wären: Die europäische Datenschutzgrundverordnung, Digital Services Act, Digital Markets Act, AI Act und Data Act.

Das Narrativ mit dem Bürokratieabbau ist nicht neu. Aber neu ist die globale politische Situation, in der die Deregulierung jetzt durchgedrückt werden soll. Insbesondere können wir gerade live miterleben, wie in den USA ein Staatsstreich im Gange ist: Das Recht wird mit Füßen getreten, der Congress entmachtet, kompetente Menschen in Behörden werden durch gewissenlose Opportunisten ersetzt. Günstlingswirtschaft, offene Korruption, völlig unverhohlen – der Aufbau eines autoritären Mafia-Staates. Es ist atemberaubend, wie schnell die Silicon-Valley-Bosse sich mit vorauseilendem Gehorsam an den US-Präsidenten rangeschmissen haben und ihm huldigen. So wird für alle Welt sichtbar: Big Tech baut ab jetzt auf die Macht ihres Paten im Weißen Haus.

Diese Allianz aus Big Tech und einem mafiosen US-Präsidenten ist auch für uns brandgefährlich! Sie baut ein Imperium³ mit Zugriff auf Software, Plattformen und Informationsströme weltweit – kombiniert mit Chaos, Willkür und Erpressung. Das bedroht unseren Lebensnerv.

Zur Erinnerung: Die meisten Firmen und Behörden in Deutschland nutzen immer noch Microsoft, Google, Amazon und x andere digitale Dienste aus den USA. Damit setzen sie sich zum einen der Überwachung der US-Geheimdienste aus – denn jedes US-Unternehmen muss Daten von Nicht-US-Bürgern jederzeit an die Geheimdienste weitergeben – FISA Act, Cloud Act und Patriot Act verpflichten sie dazu. Und zum zweiten riskieren sie, dass ihre technische Abhängigkeit in Sachen IT knallhart als politisches Druckmittel ausgenutzt wird. („Wäre doch schade, wenn Ihr Microsoft-Server ausfallen oder Ihren Daten in der Amazon-Cloud etwas zustoßen würde, oder?“). Dänemark traut sich derzeit nicht mehr, gegen Übergriffe wie US-Agenten in Grönland oder die willkürliche Schließung des Windkraftprojektes einer dänischen Firma in den USA zu protestieren. Denn Dänemarks Verwaltung ist voll durchdigitalisiert mit US-Software – und in Kopenhagen kann man sich mittlerweile alles vorstellen.⁴

Klar: Wer wie Big Tech sein Geschäftsmodell auf Werbung, Manipulation und Überwachung aufgebaut hat, findet Datenschutz natürlich lästig. Wer mit seinen Social-Media-Plattformen an der Verbreitung von Hass, Lügen und Falschinformationen verdient, weil die besonders viel Aufmerksamkeit und damit Werbekohle bringen, ist natürlich gegen den Digital Services Act, weil der eine Offenlegung der Algorithmen ermöglicht. Wer ein Monopol behalten und ausbeuten will, hasst den Digital Markets Act, denn dieses Gesetz fördert Wettbewerb und freie Märkte⁵. Diese Gesetze sind alles andere als perfekt, aber sie schaffen eine Rechtsgrundlage und schützen Verbraucher.innen und die europäische Wirtschaft vor Willkür und dem Recht des Stärkeren. Big Tech findet, dass genau das das Problem ist.

Ich übersetze das mal: US-Konzerne so: „Her mit allen persönlichen Daten! Ihr sollt keine Plattformen neben uns haben. All eure Daten, Lebensäußerungen und kreativen Werke, die wir irgendwo finden, sind herrenloses Strandgut und gehören jetzt uns. Unsere KI ist hungrig. Was wir damit machen, geht euch nix an. Widerstand ist zwecklos. Datenschutz ist Diebstahl am Konzerneigentum.“

Das ist Räuberei!⁶

Und wenn dabei Gerichte oder die EU Einhalt gebieten wollen, wie gerade bei dem Bußgeld für Google, dann tritt sofort der Pate aus dem Weißen Haus in Aktion und droht wieder mit Strafzöllen. Das ist (versuchte) Erpressung.

Was tun bei Erpressung?

Der Ratschlag von Experten bei Polizei, Handelskammern und Detekteien an Betroffene von Erpressung ist sehr klar:

1. Nein sagen. Niemals zahlen. Wer sich auf Erpressung einlässt und zahlt, wird immer weiter erpresst werden.
2. Den Gegenstand der Erpressung unschädlich machen. Nehmen Sie dem Erpresser seinen Hebel.

Was heißt das für die EU?



„Was mich wirklich wütend macht“ – so lautet die Kategorie, in der Laudatorin Rena Tangens dieses Jahr ihren Preis „Bürokratieabbau“ vergibt. Foto: Inflac CC BY-SA 4.0

1. Die Digital-Gesetze durchsetzen! Keine Ausnahmen für US-Konzerne machen.
2. Raus aus der Abhängigkeit, digitale Souveränität in Europa verwirklichen, die Zusammenarbeit mit Google, Amazon, Microsoft & Co. schnellstmöglich beenden.

Digitale Souveränität wird seit Jahren immer wieder angekündigt. Aber nichts passiert! Das kotzt mich an!

Wir brauchen eine *Digitale Zeitenwende*⁷, schreibt IT-Sicherheitsexperte Manuel Atug, Gründer der AG Kritis (AG Kritische Infrastruktur). Zitat: „Von autoritären USA müssen wir annehmen, dass sie uns aktiv schaden wollen. (...) Die Erfahrungen der vergangenen Wochen lehren: Wir sollten vom Schlimmsten ausgehen. (...) Die technologische und informationelle Abhängigkeit von den USA war vorher nur ein theoretisches Sicherheitsrisiko. Nun ist sie real geworden.“

Und hat sich diese Erkenntnis jetzt auch bei der Bundesregierung durchgesetzt? Ich habe Zweifel. Der Digitalgipfel der Bundesregierung fällt dieses Jahr offenbar aus. Bei der gerade stattgefundenen Konferenz *Smart Country Convention*, ausgerichtet vom deutschen IT-Branchenverband Bitkom⁸, gab es einen Talk mit dem Titel *Deutschlands digitale Zeitenwende*. Das klingt doch vielversprechend. Aber jetzt raten Sie mal, wer diesen Talk gehalten hat? Eine Mitarbeiterin von Microsoft! Leute, so funktioniert das nicht mit der Unabhängigkeit!

Mafiapaten fordern Unterwerfung. Deshalb müssen seine Günstlinge ständig die lächerlichen Lügen des US-Präsidenten öffentlich wiederholen. Alle wissen, dass es Lügen sind. Wer diese öffentlich wiederholt, weiß, dass er sich mitschuldig macht. Wer seine Seele verkauft, verliert auch sein Rückgrat.

Was mich wirklich wütend macht: Die EU-Kommission, Ursula von der Leyen, Kanzler Merz und Co. machen sich mitschuldig, wenn sie sich an die Mafia im Weißen Haus anbiedern. Bei einem vertraulichen Treffen in Paris forderte US-Vizepräsident Vance offenbar die EU-Kommission auf, die europäischen Digitalgesetze für US-Konzerne auf Eis zu legen. Unklar, ob sie es tut, trotz aller Beteuerungen des Gegenteils. Wir verstehen ja, dass EU-Kommission und Bundesregierung in einer schwierigen Situation sind. Wir unterstellen ihnen keine Bösartigkeit. Aber wir sehen die Gefahr, dass sie gar nicht überblicken, was sie da tun und welchen Schaden sie anrichten. Möglicherweise glauben sie, sie könnten sich mit Deregulierung, also dem Außerkraftsetzen der Digitalgesetze, von höheren Strafzöllen freikaufen. Können sie nicht. Denn das Einzige, auf was wir uns von Seiten USA verlassen können, ist die Willkür – jede Vereinbarung kann jederzeit wieder gebrochen werden.

Andere, die sonst nicht unbedingt unsere Crowd sind, haben es verstanden – quer durch die politischen Lager: Der NRW-Medienminister Liminski lehnt entschieden ab, dass die europäischen Digitalgesetze zur Verhandlungsmasse werden. Er sagt: „Wir dürfen uns in Deutschland nicht um Sandförmchen streiten, während die Big-Tech-Plattformen mit dem Bagger den ganzen Sandkasten abtragen.“ Der Deutsche Startup-Verband warnt vor den Folgen für innovative Firmen in Europa, wenn der Digital Markets Act nicht durchgesetzt wird. Die Wirtschaftswoche schreibt: „Für Europa lohnt es sich, standhaft zu bleiben: Big Tech braucht Europa. Mehrfach drohten US-Digitalkonzerne Features nicht nach Europa zu bringen – und ruderten zurück, weil der Markt zu wichtig ist. Das sollte die EU im Streit mit Trump nutzen.“

Tatsächlich könnte Europa viel selbstbewusster auftreten, denn Europa hat etwas Gewichtiges im Angebot: 450 Millionen Einwohner.innen und rund 23 Millionen Unternehmen – ein riesiger Markt, den sich weder die Tech-Konzerne noch die USA insgesamt entgehen lassen wollen.

Und wer auf diesem Markt Geschäfte machen will, muss sich an unsere europäischen Regeln halten. Punkt. Und zwar alle gleichermaßen, egal, wo die Firma ihren Sitz hat.⁹

Wir müssen verdammt nochmal Ernst machen mit der digitalen Souveränität! Bundesbehörden und alle wichtigen Institutionen, Schulen, Universitäten, Stadtwerke, Verbände und Firmen müssen schnellstmöglich weg von Microsoft, Google, Amazon etc. Die Umstellung der gesamten Infrastruktur wird vielleicht erstmal etwas ruckeln, aber hey: Wir schaffen das! Es gibt längst brauchbare Alternativen auf Basis freier Software. Gebt den Entwickler.innen öffentliche Aufträge, damit die Software weiterentwickelt werden kann und dem Allgemeinwohl dienen kann! Es gibt bereits Firmen und Genossenschaften, die unabhängige Plattformen und Service anbieten. Gebt ihnen Aufträge, damit sich weitere Investitionen lohnen. Wir haben

Rena Tangens

Rena Tangens ist Künstlerin, Internet-Pionierin und politische Geschäftsführerin von *Digitalcourage*. Sie hat 1987 Digitalcourage – damals als FoeBuD – mitgegründet. Für Ihre Arbeit wurde sie bereits mehrfach ausgezeichnet.

Forschung, wir haben kreative Talente und wir haben innovative kleine Firmen, die sich etwas trauen. Und wir bevorzugen den Rechtsstaat vor Willkür und dem Recht des Stärkeren.

Herzlichen Glückwunsch zum BigBrotherAward, lieber „Bürokratieabbau“: Als Vorwand für Deregulierung hast du ab heute ausgedient.

Referenzen

- 1 Mehr Info zu INSM bei Lobbycontrol: Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“, <https://www.lobbycontrol.de/aus-der-lobbywelt-die-insm-und-der-deckmantel-buerokratieabbau-116311/>
- 2 Vgl. The Atlantic, June 29, 2025, Ideas – That Dropped Call With Customer Service? It Was on Purpose. Endless wait times and excessive procedural fuss — it's all part of a tactic called “sludge.” By Chris Colin, <https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2025/06/customer-service-sludge/683340/>
- 3 Herfried Münkler: „Raum“ im 21. Jahrhundert – Über geopolitische Umbrüche und Verwerfungen. 2015.
- 4 Vgl Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 31.8.2025:
Trumps Agenten, von Julian Staib.
Zitat: „Vor härterer Kritik schrekt Copenhagen zurück. Zu groß ist die Sorge, dass Trump den Streit weiter eskaliert. Vielleicht ist er ja schon dabei. Kürzlich ordnete seine Regierung einen sofortigen Baustopp des fast fertigen Offshore-Windprojektes der dänischen Firma Ørsted vor Rhode Island an. Auch drohte er, Zölle von bis zu 250 Prozent für Medikamentenhersteller einzusetzen. Damit wäre Dänemarks starke Pharmabranche tot. Am größten aber ist in Copenhagen die Sorge davor, dass Trump Amerikas Tech-Riesen für seinen Annexionszweck einspannt. Die könnten den Kommunikationsverkehr im durchdigitalisierten Dänemark nahezu lahmlegen. In Copenhagen kann man sich jetzt alles vorstellen.“
- 5 „Competition is for losers“, Zitat Peter Thiel 2014 im Wallstreet Journal.
- 6 Illustration: Haiopeis: „Überfalleraubnis und Räubereischein bitte!“ und Postkarte von Digitalcourage, <https://shop.digitalcourage.de/digitalcourage-postkarten-und-kalender/text-postkarten-002.html>
- 7 golem.de, 11.4.2025: Cybersicherheit im Tech-Autoritarismus: Wir brauchen eine digitale Zeitenwende. Trump wird alles tun, um digitale Technik für Überwachung und Unterdrückung zu nutzen. Die Gefahr der Erpressung ist real, aber Europa kann sich wehren. Von Matthias Schulze, Manuel Atug <https://www.golem.de/news/cybersicherheit-im-tech-autoritarismus-wir-brauchen-eine-digitale-zeitenwende-2504-195221.html>
- 8 Eine kleine Randbemerkung: Leider ist Bitkom mitnichten eine gute Interessenvertretung der innovativen deutschen IT-Unternehmen, denn Bitkom ist von großen US-Unternehmen unterwandert. Und lobbyiert seitdem gegen Datenschutz. Dafür hat Bitkom 2017 einen BigBrotherAward erhalten.
<https://bigbrotherawards.de/2017/it-brachenverband-bitkom>
- 9 Das heißt „Marktortprinzip“. Das ist gerade keine Diskriminierung, sondern Gleichbehandlung.

Teckids

Kategorie Jung & überwacht

In der Kategorie Jung & überwacht bei den BigBrotherAwards 2025 zeigt die Jugendorganisation Teckids zwei Probleme aus der digitalen Lebenswelt von Jugendlichen auf.

Skript zu „Soziale Exklusion am Beispiel von WhatsApp“

Chatverlauf

Leon: Hey, lasst mal was zusammen machen heute!

Maik: Guter Vorschlag, wie wär's mit Basketball?

Miriam: Coole Idee! Wollen wir uns dann vielleicht so um 17 Uhr treffen?

Leon: Jo, dann bis gleich!

Maik: ☺

Maik: Och nö, jetzt muss ich schon wieder Jan Bescheid geben, dass wir uns treffen.

Miriam: Lass das doch einfach. Er ist doch selbst schuld, wenn er kein WhatsApp hat.

Leon: Genau, und da kann er doch nicht von uns erwarten, dass wir ihm auch noch zusätzlich Bescheid sagen.

Maik: Eigentlich habt ihr Recht. Aber wir sollten ihn auch nicht ausschließen ...

Maik: Wisst ihr was? Dieses eine Mal gebe ich ihm noch Bescheid. Wenn er sich aber bis zum nächsten Mal kein WhatsApp installiert hat, hat er dann halt Pech gehabt.

Auf der Bühne

Maik: Hey Jan! Wir treffen uns heute um 17 Uhr auf dem Basketballplatz. Willst du mitkommen?

Jan: Eigentlich gerne. Danke, dass du's mir gesagt hast! Ich kann leider heute um 17 Uhr nicht. Ging nicht auch später?

Maik: Ne, das haben wir jetzt schon in der Chatgruppe festgelegt. Hol dir doch endlich mal WhatsApp, dann hättest du das direkt sagen können.

Jan: Wie ich dir schon oft gesagt habe, möchte ich das nicht. Wir könnten ja einen anderen Messenger-Dienst nutzen.

Maik: Was ist denn überhaupt dein Problem mit WhatsApp?

Jan: Ich will nicht, dass ein großer Konzern wie Meta hinter WhatsApp weiß, mit wem ich schreibe. Das geht schließlich niemanden etwas an.

Maik: Aber das ist mir doch egal. Wieso sollte mich das kümmern, ob die meine Daten haben?

Jan: Solche Daten können zum Beispiel später mal gegen dich verwendet werden. Wenn ein Freund von dir in 10 Jahren kriminell wird, kann Meta den Behörden weiterleiten, dass du früher viel mit dem geschrieben hast. Vielleicht wirst du dann zu Unrecht verdächtigt, ebenfalls kriminell zu sein.

Maik: Okay, da hast du einen Punkt.

Jan: Versuch doch mal, die Gruppe mal davon zu überzeugen, einen datenschutzfreundlicheren Messengerdienst zu verwenden.

Maik: Okay, ich versuch's mal.

Chatverlauf

Maik: Ey, ich habe jetzt mit Jan gesprochen. Er schlägt vor, dass wir auf einen anderen Messenger umsteigen könnten.

Leon: Ehrlich, wegen dem sollen wir jetzt eine andere App verwenden?

Miriam: Warum will er denn kein WhatsApp nutzen, aber schon einen anderen Messenger?

Maik: Er meint, es gibt auch andere Messengerdienste, die besser mit persönlichen Daten umgehen.

Leon: Ach, was interessiert mich das?

Miriam: Ja, Jan soll mal lernen, dass sich nicht alles nach ihm richtet.

Leon: Ist auch immer bei Gruppenarbeiten so nervig, dass man sich nie mit ihm nach der Schule absprechen kann, weil er kein WhatsApp nutzt.

Maik: Aber er hat schon gute Gründe ... Lasst es uns doch mal wenigstens mal versuchen.

Leon: Ach komm, jetzt fängst du auch schon damit an.

Leon: Ich muss jetzt zum Bus. Wir sehen uns gleich.

Miriam: Bis gleich!

Maik: Bis gleich!

Video

Maik: Können wir nicht zumindest mal den anderen Messenger für Jan ausprobieren?

Leon: Ne, kein Bock!

wirft Ball in die Kamera

Skript zu „iPad-Zwang in Schulen“

Szene 1

Teckids präsentiert – ein Lanti-Film – Schöne neue iPad-Welt

Klassenraum: Lehrerin kommt rein und stellt sich vor die Klasse.

Lehrerin: Guten Morgen! Ab nächstem Monat arbeiten wir mit iPads. Die müsst ihr selber kaufen, dann spielen wir da eine spezielle Software drauf, damit wir kontrollieren können, dass ihr keinen Quatsch macht.

Lea: Wie jetzt? Wie viel kosten die denn?

Lehrerin: Die gibt es ab 350 €. Aber ihr solltet die vielleicht besser nicht privat einsetzen, weil das sehe ich dann ja auch alles.

Lennart: Und trotzdem müssen wir die selbst kaufen? Unfair!

Pierre: Und warum eigentlich Apple? Ist Werbung an Schulen nicht verboten?

Lea: Das ist doch sogar noch schlimmer als Werbung, das ist ja eine Kaufverpflichtung!

Tülin: Und in Dänemark und Finnland haben die das alles wieder gekickt, weil man mit Stift und Papier besser lernt.

Lehrerin: Tut mir leid, aber das wurde vom Schulministerium so vorgegeben.

Lennart: Die sind ja nur auf das Marketing von Apple reingefallen!

Lehrerin: Ich verstehe eure Einwände. Ich frage mich dabei auch, wie ich euch eigentlich einen kritischen Blick auf Digitaltechnik vermitteln soll, wenn wir da so enge und problematische Vorgaben gemacht kriegen.

Tülin: Ich krieg schon vom Handy viereckige Augen und nen steifen Nacken. Jetzt noch acht Stunden Schule vorm Bildschirm? Mega gesund!

Lehrerin: Aber das ist jetzt nun mal so, dass ihr euch die iPads kaufen müsst.

Pierre: Cool. Also müssen unsere Eltern zahlen und am Unterricht wird nichts besser.

Szene 2

Einblendung: Ein paar Monate später

Klassenraum: Lehrerin sitzt am Pult, Schüler.innen machen Aufgaben mit iPads

Tülin: Boa ej! Habt ihr mal die AGB gelesen? „Apple darf den Service jederzeit ohne Ankündigung ändern oder einstellen.“ Au ja! Schulfrei, wenn Apple das so will!

Lehrerin: Egal. Klick einfach akzeptieren.

Tülin: Meine Mama hat mir immer gepredigt, dass ich nie einen Vertrag unterschreiben soll, den ich nicht vollständig gelesen habe. *liest weiter*

Lea: Und was, wenn du da was findest, was dir nicht gefällt? Du musst sie ja eh akzeptieren. Schon mal was von Schulpflicht gehört?

Lennart: Ey, mein iPad hängt! Können Sie mir helfen?

Lehrerin geht hin und guckt aufs iPad

Lehrer: Tut mir leid, aber da habe ich leider auch keine Ahnung von.

Lennart: Na toll! Wie soll ich jetzt die Aufgabe erfüllen?

Lea: Und das ist voll unpraktisch! Wie soll man da recherchieren und sich gleichzeitig auf dem selben Gerät Notizen machen?

Lehrerin: Sorry, ich wollte ja dazu eine Fortbildung machen, aber dafür war kein Geld mehr da.

Pierre: Das ging wohl alles für teure Hardware drauf.

Tülin: Wie wär's, wenn wir die Dinger nur dann benutzen würden, wenn es auch sinnvoll ist?

Lea: Hast du nicht gestern den Minister in den Nachrichten gehört? *nachäffend* „Digitalisierung an Schulen ist Fortschritt. Wir können uns nicht leisten, darüber zu diskutieren, ob sie sinnvoll ist.“

Alle lachen

Pierre: Aber mal im Ernst: Wir packen da jetzt alle unsere Daten drauf: Hausaufgaben, Fotos, Krankmeldungen und alles. Hat Apple da überall Zugriff drauf?

Lea: Keine Ahnung. Aber auf jeden Fall ist es gruselig zu wissen, dass die Möglichkeit besteht. Zumal Apple ne US-Firma ist. Wenn Trump will, kann er ja alles einsehen.

Pierre: Muss ich dann im Politik-Unterricht aufpassen, was ich in Aufsätze schreibe, weil ich sonst nicht mehr in die USA einreisen darf?

Lennart: Aber Hauptsache, wir haben jetzt fancy digitalen Unterricht!



Das waren die BBAs 2025 – vielen Dank an alle ehrenamtlichen Helfer.innen, Unterstützerinnen und Sponsoren.
Bis zum 2. Oktober 2026! Foto: Inflac CC BY-SA 4.0



Lesen & Sehen

Neues für Bücherwürmer & Cineasten



Birgit Ahlmann

Arved Fuchs: Das Eis schmilzt – Klimaschutz und Wirtschaft neu denken!

Dieses Buch ist bereits vor einigen Jahren erschienen. Angesichts des ungebremst fortschreitenden Klimawandels möchte ich nun dringend empfehlen, es (noch einmal) zu lesen, in den Schulen, zu Hause oder/und an den Hochschulen zu diskutieren und – hoffentlich! – aus dem Gelesenen die so lange überfälligen Maßnahmen abzuleiten und umzusetzen.

Bereits in den 1990er-Jahren bereiste Eisforscher Arved Fuchs mehrfach die eisigen Regionen der Erde mit seinem Schiff DAGMAR AAEN: er dokumentierte und erforschte die Entwicklung des Eises auf diesem Planeten. In *Das Eis schmilzt* beschreibt Arved Fuchs sehr eindringlich, dass das „ewige Eis“ der Erde mit stetig zunehmender Geschwindigkeit verschwindet.

Die Reduzierung des Eises führt natürlich zur Erwärmung der Atmosphäre. Die zunehmende Erwärmung beschleunigt dann wieder das Schmelzen des Eises etc. Arved Fuchs führt aus, dass das Eis die Sonneneinstrahlung ins Weltall reflektiert, was einen zusätzlich kühlenden Einfluss auf die Erderwärmung hat. Verschwindet jedoch das Eis, wird die Sonneneinstrahlung nicht mehr in den Weltraum reflektiert, sondern von der Erde absorbiert, was zu zusätzlicher Erwärmung führt.

Eindringlich und gut verständlich weist der Autor die Leser:in auf das aktuelle und grundsätzliche klimatische Geschehen auf unserem Planeten hin und führt aus, dass die bisherigen Maßnahmen gegen die Erwärmung absolut unzureichend sind und dass die derzeitigen und bisherigen Küstenschutzmaßnahmen keinesfalls genügen, um die Küstenbewohner und das küstennahe Binnenland vor den Wassermassen zu schützen, die sich aus dem schmelzenden Eis ergeben werden.

Zugleich drohen die Sünden der Vergangenheit die Menschheit einzuholen, wenn das „ewige Eis“ schmilzt: US-Amerikaner und Russen ließen im „ewigen Eis“ Kriegsmaterial, Treibstoffe und Schrott zurück, die mit der Eisschmelze die Küsten und das Trinkwasser belasten werden. Zudem sind Art und Umfang dieser Altlasten nicht wirklich bekannt. Arved Fuchs hat auf seinen Segeltörns die derart gefährdeten Gegenden immer wieder besucht und den jeweiligen Zustand dokumentiert, vor allem die Veränderungen erfasst. Zunächst erscheint die Gefahr durch die Erwärmung des Eises unausweichlich für Mensch und Tier. Andererseits kann man nicht ausschließen, dass die freigesetzten Wassermassen für die Erde etwas Gutes bringen: beispielsweise aus Wüstenböden wieder fruchtbare Ackerland „zaubern“?!

Was wird bei sich deutlich erhöhendem Meeresspiegel wohl aus den Küstenlandschaften weltweit? Werden Großstädte wie Singapur, San Francisco, Sidney, Kapstadt, Tokio, und viele andere

große Küstenstädte und Inseln wie Hawaii oder die auf Korallen ruhenden Inseln eines Tages in den Fluten versinken? Oder nicht? Wohin im Fall des Falles mit all den Flüchtenden?

Eindrucksvolle Fotos illustrieren in diesem Buch den aktuellen Zustand etlicher Küstenregionen. Mittels verschiedener Grafiken und geografischer Karten wird die bereits offensichtliche Veränderung an den verschiedenen Küsten der Welt aufgezeigt.

Ein Buch, das uns alle sehr nachdenklich machen und motivieren möge, unseren Umgang mit dieser Erde schnellstmöglich, also: SOFORT, zu verbessern.



Arved Fuchs (2020)
Das Eis schmilzt – Klimaschutz und
Wirtschaft neu denken.
2. Auflage. 2020
Bielefeld, Delius Klasing Verlag,
256 Seiten
gebunden 19,90 Euro
ISBN 978-3-667-11985-8

Persönliche Anmerkung:

Gemessen am vorindustriellen Niveau wird sich die Erde laut UN bis Ende dieses Jahrhunderts um 2,8 °C erwärmen.¹ Das 1,5 °C-Ziel wird wahrscheinlich sehr bald überschritten. Die G20-Staaten sind für einen Großteil der Erderwärmung durch Emissionen verantwortlich. Diese Umweltbelastungen müssten bis 2035 um mindestens 55 % gesenkt werden, um das 1,5 °C-Ziel doch noch zu realisieren.

Anmerkung

¹ 4.11.2025 Zeit.de, Tagesspiegel u.a.



Wir sind ...

... etwa 700 engagierte Menschen aus Wissenschaft und Praxis. Wir sind Fachleute der Informatik und Informationstechnik. Wir denken bei unserer Arbeit auch über deren Konsequenzen nach. Wir wissen, dass nicht alle Probleme technisch lösbar sind. Wir heißen alle willkommen, die Informationstechnik verwenden und sich Gedanken über deren gesellschaftlichen Auswirkungen machen.

Allen, die sich mit Informatik und Informationstechnik beschäftigen – in der Ausbildung, im Beruf oder danach, in Wissenschaft

Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung

und Praxis – wollen wir ein Forum für eine kritische und lebendige Auseinandersetzung bieten – offen für alle, die mitarbeiten möchten oder auch einfach nur informiert bleiben wollen.

Unsere Arbeit wird vom FlfF-Vorstand koordiniert – unterstützt durch die FlfF-Geschäftsstelle. In wissenschaftlichen Fragen unterstützt uns der Beirat des FlfF. Wir kooperieren mit vielen in- und ausländischen Initiativen und Organisationen.

FlfF online

Website: Aktuelles, Regionalgruppen, Publikationen, Aktivitäten, Texte und Themen
<https://www.fiff.de>

Mitmachen:
<https://www.fiff.de/mitmachen>

Regionalgruppen:
<https://www.fiff.de/regionalgruppen>

Videos und Vorträge:
<https://video.fiffkon.de>

Social Media:
Mastodon: https://mastodon.bits-und-baeume.org/@fiff_de

Mitglieder-Wiki und IT-Handbuch:
<https://www.fiff.de>

FlfF-Beirat

Ute Bernhardt (Berlin); Dagmar Boedicker (München); Dr. Phillip W. Brunst (Köln); Prof. Dr. Christina B. Class (Jena); Prof. Dr. Wolfgang Coy (Berlin); Prof. Dr. Wolfgang Däubler (Bremen); Prof. Dr. Christiane Floyd (Berlin); Prof. Dr. Klaus Fuchs-Kittowski (Berlin); Prof. Dr. Michael Grütz (München); Prof. Dr. Thomas Herrmann (Bochum); Prof. Dr. Wolfgang Hesse (München); Prof. Dr. Eva Hornecker (Weimar); Werner Hülsmann (München); Ulrich Klotz (Frankfurt am Main); Prof. Dr. Klaus Köhler (Mannheim); Prof. Dr. Jochen Koubek (Bayreuth); Dr. Constanze Kurz (Berlin); Prof. Dr. Klaus-Peter Löhr (Berlin); Prof. Dr. Dietrich Meyer-Ebrecht (Aachen); Werner Mühlmann (Calau); Prof. Dr. Rolf Oberliesen (Paderborn); Prof. Dr. Arno Rolf (Hamburg); Prof. Dr. Alexander Rossnagel (Kassel); Ingo Ruhmann (Berlin); Prof. Dr. Gerhard Sagerer (Bielefeld); Prof. Dr. Gabriele Schade (Erfurt); Ralf E. Streibl (Bremen); Prof. Dr. Marie-Theres Tinnefeld (München); Prof. Dr. Eberhard Zehendner (Jena)

FlfF-Mailinglisten

Überblick: <https://www.fiff.de/mailinglisten>

Allgemeine FlfF-Mailingliste:
Anmeldung per Mail: fiff-l-subscribe@lists.fiff.de

Newsletter (etwa alle drei Monate):
Anmeldung per Mail: newsletter-subscribe@lists.fiff.de

Presseverteiler:
Anmeldung per Mail: presse-subscribe@lists.fiff.de

FlfF-Vorstand

Stefan Hügel (Vorsitzender) – Frankfurt am Main
Rainer Rehak (stellv. Vorsitzender) – Berlin
Michael Ahlmann – Kiel / Blumenthal
Gilbert Assaf – Berlin
Prof. Dr. Wolfgang Hofkirchner – Wien
Sylvia Johnigk – München
Siobhan Kraus – Münster
Prof. Dr. Hans-Jörg Kreowski – Bremen
Kai Nothdurft – München
Dr. Friedrich Strauß – München
Margita Zallmann – Bremen

FlfF-Geschäftsstelle

Ingrid Schlagheck (Geschäftsführung) – Bremen

Impressum

Herausgeber	Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e. V. (FlfF)
Verlagsadresse	FlfF-Geschäftsstelle Goetheplatz 4 D-28203 Bremen Tel. (0421) 33 65 92 55 fiff@fiff.de
Erscheinungsweise	vierteljährlich
Erscheinungsort	Bremen
ISSN	0938-3476
Auflage	1300 Stück
Heftpreis	7 Euro. Der Bezugspreis für die FlfF-Kommunikation ist für FlfF-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können die FlfF-Kommunikation für 28 Euro pro Jahr (inkl. Versand) abonnieren.
Hauptredaktion	Dagmar Boedicker, Stefan Hügel (Koordination), Sylvia Johnigk, Hans-Jörg Kreowski, Dietrich Meyer-Ebrecht, Ingrid Schlagheck
Schwerpunktredaktion	Ulrike Erb, Stefan Hügel, Hans-Jörg Kreowski, Margita Zallmann
V.i.S.d.P.	Stefan Hügel
Retrospektive	Beiträge für diese Rubrik bitte per E-Mail an redaktion@fiff.de
Lesen, SchlussFlfF	Beiträge für diese Rubriken bitte per E-Mail an redaktion@fiff.de
Layout	Berthold Schroeder, München
Cover	Karin Vosseberg
Druck	Girzig+Gottschalk GmbH, Bremen Heftinhalt auf 100 % Altpapier gedruckt.



Druckprodukt mit finanziellem
Klimabeitrag
ClimatePartner.com/12164-2404-1001



Die FlfF-Kommunikation ist die Zeitschrift des „Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e. V.“ (FlfF). Die Beiträge sollen die Diskussionen unter Fachleuten anregen und die interessierte Öffentlichkeit informieren. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die jeweilige Autor:innen-Meinung wieder.

Die FlfF-Kommunikation ist das Organ des FlfF und den politischen Zielen und Werten des FlfF verpflichtet. Die Redaktion behält sich vor, in Ausnahmefällen Beiträge abzulehnen.

Nachdruckgenehmigung wird nach Rücksprache mit der Redaktion in der Regel gern erteilt. Voraussetzung hierfür sind die Quellenangabe und die Zusendung von zwei Belegexemplaren. Für unverlangt eingesandte Artikel übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Wichtiger Hinweis: Wir bitten alle Mitglieder und Abonnent:innen, Adressänderungen dem FlfF-Büro möglichst umgehend mitzuteilen.

Aktuelle Ankündigungen

(mehr Termine unter www.fiff.de)

FlfF-Kommunikation

- 1/2026 Digitaler Humanismus für eine techno-öko-soziale Transformation der Weltgesellschaft Wolfgang Hofkirchner u. a.
- 2/2026 Digitale Souveränität gegen Big Tech und Big Brother Ulrike Erb, Karin Vosseberg

Zuletzt erschienen:

- 3/2024 Datenschutz überall – außer in der Praxis?
- 4/2024 Künstliche Intelligenz zwischen euphorischen Erwartungen und dystopischen Szenarien
- 1/2025 FlfF-Konferenz 2024: Nachhaltigkeit in der IT green coding – open source – green by IT
- 2/2025 Informatik und Gesellschaft
- 3/2025 KI, Arbeit, Bildung, Frieden

W&F – Wissenschaft & Frieden

- 1/25 Wider das Vergessen
- 2/25 Nicht verzagen! Weitermachen in Zeiten multipler Krisen
- 3/25 Ära der Aufrüstung
- 4/25 Autoritäre Wende
- 1/26 See der Inseln / Ozeanien

vorgänge – Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik

- #250/251 Gibt es Ostdeutschland?
Alternativbericht zum Stand der deutschen Einheit
- #252 Demokratisierung
- #253 Einengung der Diskursräume
- #254 Menschenrechte in Lieferketten
- #255 Wohnungslosigkeit

DANA – Datenschutz-Nachrichten

- 1/25 Digitalzwang
- 2/25 Social Media
- 3/25 Datenschutz in der Roulette-Koalition
- 4/25 Das Internet der Dinge
- 1/26 Biometrie

Das FlfF-Büro

Geschäftsstelle FlfF e. V.

Ingrid Schlagheck (Geschäftsleitung)
Goetheplatz 4, D-28203 Bremen
Tel.: (0421) 33 65 92 55, Fax: (0421) 33 65 92 56
E-Mail: fiff@fiff.de
Die Bürozeiten finden Sie unter www.fiff.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft (BFS) Köln
Spendenkonto:
IBAN: DE79 3702 0500 0001 3828 03
BIC: BFSWDE33XXX

Kontakt zur Redaktion der FlfF-Kommunikation:

redaktion@fiff.de
PGP-Key: <https://www.fiff.de/pgp>

Schluss F...I...f...F...

Knecht Grundrecht

Jo Bock feat. Theodor Storm

Aus dem Netz, vom Datenschutz da komm ich her;
ich muss euch sagen, privat ist bald nichts mehr!
Überall auf den Bahnhofsplätzen
sah ich neue Kameras blitzen,
und drüber im Polizeirevier
erweckt Palantir neue Datengier.

Und wie ich strolch' durch der Daten Strom,
da rief's mich an, mit dunklem Ton:
„Knecht Grundrecht“, rief es, „alter Gesell“,
mach dich vom Acker, spute dich, schnell!
Die KI fängt zu trainieren an,
das Datentor ist aufgetan,
alt und jung sollen nun
von ‚Einwilligung‘ und ‚Privatsphäre‘ einmal ruhn,
und morgen vernetz ich ganz die Erden;
denn die Menschen sollen endlich gläsern werden!“
Ich sprach: „Oh lieber großer Bruder du,
ganz ohne Daten geht's nicht, ich geb's ja zu,
doch hab ich noch ein paar Maßnahmen zur Hand,
um Freiheit zu wahren in diesem Land.“

„Du hast doch nicht deine Rechtsgrundlagen bei dir?“
Ich sprach: „Meine Rechtsgrundlagen hab ich hier;
denn Vertraulichkeit und Zweckbindung
lenken schnell den Datenstrom.“

„Hast du denn auch deine Sanktionen bei dir?“
„Mein Bußgeldkatalog ist hier;
doch für die Datenkraken nur, die schlechten,
die trifft es auf den Teil den rechten!“
Big Brother sprach: „Dann hast du recht;
Du kämpfst für die DSGVO, mein Knecht!“

Aus dem Netz, vom Datenschutz da komm ich her;
ich muss euch sagen, privat ist bald nichts mehr!
Nun spreicht, wer macht sich mit euren Daten von
dannen?
Hab't ihr Zugangskontrollen, oder Datenpannen?



Jo Bock

Jo Bock studiert Sprachwissenschaft und Informatik an der CAU Kiel sowie Creative Writing am OCA, UK, und forscht und schreibt zu Appropriative Literature und Computer-generierten Texten. Jo ist studien-tische Mitarbeitende der Stiftung Datenschutz.

Geeignete Texte für den SchlussFlfF bitte mit Quellenangabe an redaktion@fiff.de senden.

Nutzungshinweise

**Die vorliegende Datei wird im Rahmen der Mitgliedschaft des IfF e.V.
oder eines Abonnements der IfF-Kommunikation zur Verfügung
gestellt.**

**Die Einspeisung in Datenbanksysteme, Listen, Blogs oder die
Bereitstellung der Datei zum Download durch Dritte wird ausdrücklich
untersagt – die Datei dient ausschließlich dem privaten unbegrenzten
Gebrauch durch die Mitglieder und die Abonnent:innen.**

[zurück zum Cover](#)